

Das Parlament

Berlin, Wochentag 26. November 2012

www.das-parlament.de

62. Jahrgang | Nr. 48 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Dithmarscher Dickschädel

Jürgen Koppelin Er ist gebürtiger Dithmarscher und damit prädestiniert, einen eigenen Kopf zu haben. Ob Euro-Rettung, Atomlaufzeiten-Verlängerung oder Afghanistan-Einsatz – der FDP-Bundestagsabgeordnete aus Schleswig-Holstein ist stets gut für abweichende Meinungen von der Fraktionslinie. 2013 scheidet der Mann mit dem weißen Haar nach 23 Jahren aus dem Bundestag aus. Er war Parlamentarischer Geschäftsführer, Fraktionsvize und ist derzeit FDP-Obmann im Haushaltsausschuss. Der 67-Jährige bleibt schlagzeilentragend. Derzeit ist er im Fokus, weil er als FDP-Berichterstatter für Entwicklungspolitik Etatkürzungen bei seinem Parteifreund und Minister Dirk Niebel durchwinkte. „Der Minister wird mit diesem Etat wunderbar klarkommen“, sagt Koppelin kühl wie eine Nordbrise. *kru*

ZAHLE DER WOCHE

7

Jahre beträgt der Zeitraum, für den die EU ihren mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) festlegt. Der aktuelle MFR betrifft den Zeitraum 2007 bis 2013, der nächste 2014 bis 2020. Ende vergangener Woche stritten die EU-Staats- und Regierungschefs über den nächsten MFR, der rund eine Billion Euro groß sein soll. Der EU-Etat wird auf Basis des MFR jährlich vom Europa-Parlament und dem EU-Rat beschlossen.

ZITAT DER WOCHE

»Es kann nicht ganz so schlecht gewesen sein.«

Wolfgang Schäuble (CDU), Bundesfinanzminister, in der allgemeinen Finanzdebatte des Bundestags am vergangenen Dienstag zur sinkenden Neuverschuldung unter Schwarz-Gelb

IN DIESER WOCHE

INNENPOLITIK

Beschneidung Bundestag befasst sich mit Gesetzentwurf der Regierung **Seite 10**

EUROPA UND DIE WELT

Israel Angespannte Lage im Land nach den Raketenangriffen aus Gaza **Seite 12**

KULTUR UND MEDIEN

Konzertsaal Daniel Barenboim gründet eine Akademie für Musiker aus Nahost **Seite 13**

KEHRSEITE

Wiedersehen Ehemalige Bundestagsabgeordnete treffen sich in Bonn **Seite 14**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
60268 Frankfurt am Main



Wie eine Insel im Sturm

HAUSHALT I Merkel: Deutschland kam gut aus der Krise. Opposition warnt vor neuen Risiken

Es geht längst nicht mehr allein um Griechenland. Über Europas Wirtschaft zieht schlechtes Wetter auf. So ist die Industrieproduktion in der EU bereits rückläufig. Dafür stieg der öffentliche Schuldenstand seit 2007 von 59 auf 82,5 Prozent, die Arbeitslosenquote von sieben auf rund elf Prozent. Nur Deutschland scheint den Schlechtwetterfronten zu trotzen wie eine Insel der stürmischen See. FDP-Chef Rainer Brüderle sprach am Mittwoch in der Generaldebatte des Bundestages sogar von einem „Hafen des Wohlstands“.

SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück hätte sich Schutzmaßnahmen gegen die Widrigkeiten gewünscht. Doch die guten Zeiten seien nicht genutzt worden, um Vorsorge für angespannte Zeiten zu treffen. Er warf besonders Kanzlerin Angela Merkel (CDU) Untätigkeit in der Wirtschaftspolitik vor: „Wir haben im Schloss Bellevue bereits einen Präsidenten.“ Merkel sei keine „über ihrem Kabinett schwebende Präsidentin, die mit den Niederungen der innenpolitischen Herausforderungen nichts zu tun hat“, sondern als Chefin der Regierung für deren Handeln und Qualität in erster Linie verantwortlich. Auch die „chaotischen Folgen des Atomausstiegs“ stießen auf Kritik. Merkel hätte statt einer Ethik-besser eine Expertenkommission zur Erstellung eines Masterplans berufen sollen. „Jede Frittenbude in Deutschland wird besser gemanagt als diese Energiewende.“



Unruhig und unsicher wird die wirtschaftliche Lage in Europa. Aber noch stemmt sich Deutschland mit seinem starken Industriekern gegen die Krisenbrandung.

Griechenland und die Wahrheit Steinbrück warnte vor einer Destabilisierung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung Griechenlands. Die Probleme könnten nicht mit Warten und Wegsehen überbrückt werden: „Die Stunde der Wahrheit ist da“, sagte Steinbrück. Die Zeit des Lavierens, Abwartens und der Scheibchendiplomatie sei vorbei: „Die Finanzlücke Griechenlands ist ohne Inanspruchnahme des deutschen Steuerzahlers nicht zu schließen. Wir sind längst in einer Haftungsunion“, sagte Steinbrück, der auch erwartet, „dass wir für die europäische Währungsunion wie für die deutsche Wiedereingliederung Opfer bringen müssen“. Er nannte neben einem Schuldentilgungsfonds auch eine faktische Entlastung Griechenlands.

Merkel hielt dagegen, dass Deutschland stärker aus der Krise herausgekommen sei, als es hineingegangen sei. Ein nüchterner Blick auf die Fakten zeige: „Diese Bundesregierung ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung.“ Als Beispiele nannte sie den tiefen Stand der Arbeitslosigkeit und die seit der Wiedervereinigung höchsten Ausgaben für Forschung

und Bildung. Merkel zeigte sich optimistisch, 2016 zum ersten Mal seit 14 Jahren ohne Neuverschuldung auszukommen.

Die Kanzlerin erklärte, Europa befinde sich in einer ernstesten Lage, auf die aber mit Ruhe und Anerkennung der Dinge, die passieren würden, geschaut werden solle. In Griechenland gehe es um einen „tiefgreifenden und notwendigen Umbau des Staates“. Die Menschen dort sollten wieder in Wohlstand leben können. Aber die Reformen müssten durchgeführt werden, sagte die Kanzlerin, die die Kombination von Anforderungen einerseits und Solidarität andererseits als die richtige Antwort bezeichnete. Es würde keine Abstriche bei den Anforderungen gemacht, aber man gebe Griechenland zwei Jahre mehr Zeit.

Brüderle warnte vor einer Überforderung Deutschlands durch die europäische Hilfspolitik. Reformen in Griechenland dürften nicht nur beschlossen, sondern müssten auch in der Praxis umgesetzt werden. Der Opposition im Bundestag warf er vor, nicht sparen zu wollen. Ein rot-grüne Koalition werde die Steuern um 40 Milliarden Euro erhöhen, warnte Brüderle.

Das „Redeuell von Kanzlerkandidat und Kanzlerin“ wurde von Katja Kipping, der Vorsitzenden der Linken, mit einer „Casting-Show“ verglichen: „Deutschland sucht den Super-Wahlkämpfer.“ Die Frage sei, wie groß die Unterschiede wirklich seien. „Wird nicht hinter der Bühne schon ganz heftig geflirtet?“, griff Kipping Spekulationen über eine Neuaufgabe der Großen Koalition nach der Bundestagswahl 2013 auf.

Der Name Europa ist laut Kipping inzwischen untrennbar mit dem Begriff Krise verbunden. Der Kurs der Koalition und das „Kürzungsdiktat“ verschärften die Krise noch. Die Folge der drohenden flächendeckenden Armut in Südeuropa werde ein Rückgang deutscher Exporte sein.

Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin warf Merkel vor, die Bevölkerung in der Euro-Krise zu täuschen. „Sie sagen, was die Euro-Krise angeht, den Bürgerinnen und Bürgern nicht einmal die halbe Wahrheit.“ So habe

die Kanzlerin die Vergemeinschaftung von Schulden ausgeschlossen. Angesichts von 200 Milliarden Euro Staatsanleihen in der Europäischen Zentralbank (EZB) finde diese Vergemeinschaftung längst statt und werde jetzt für Griechenland noch erweitert, kritisierte Trittin, der ein drittes Hilfspaket für Athen verlangte. Merkels Strategie der kleinen Schritte und des Zögerns sei „sichtbar an ein Ende“ gelangt.

Merkel scheue sich aus Wahlkampfgründen den Menschen zu sagen, dass Griechenland „Geld kosten und auch Steuergeld kosten wird“. Die nächstlichen Verhandlungen in Brüssel bezeichnete er als „schwarze Zeichen“.

Merkel griff Merkel frontal an. Sie sei jetzt sieben Jahre Kanzlerin. „Sieben Jahre Merkel waren sieben verlorene Jahre.“ Was bleibe, sei ein „gewaltiger Ansehensverlust Deutschlands“ und eine um 500 Milliarden Euro gestiegene Staatsverschuldung. *Hans-Jürgen Leersch*

EDITORIAL

Unhaltbarer Verdacht

VON JÖRG BIALLAS

Im Prinzip unterscheidet sich der Haushaltsplan eines Staates nicht von dem einer Familie: Es muss genügend Geld vorgehalten werden, um ein auskömmliches Leben für alle Mitglieder der Gemeinschaft zu gewährleisten. Es gilt, dieses Geld in ausreichendem Maß einzunehmen und es verantwortungsbewusst auszugeben. Im besten Fall wird dabei so gewirtschaftet, dass für schlechtere Zeiten vorgesorgt ist. Rücklagen können angespart oder Schulden getilgt werden.

So weit die Theorie aus dem Grundkurs „Volkswirtschaft für Anfänger“. Tatsächlich ist es ungleich komplizierter, einen Staatshaushalt zu organisieren. Die vom Parlament mehr oder minder umfangreich genehmigte Wunschliste der Ministerien ist zum Teil eine Wette auf die Zukunft. Dabei sind viele nur annäherungsweise oder gänzlich spekulativ zu beantwortende Fragen im Spiel: Wie hoch werden die Steuereinnahmen tatsächlich sein? Wie entwickeln sich Wirtschaft und Arbeitsmarkt und damit die Sozialausgaben? Wie stark belasten internationale Verpflichtungen und Hilfsprogramme für befreundete Nationen das Staatssäckel?

Gerade der letzte Punkt hat in den vergangenen Monaten dazu geführt, dass nach den Finanzmärkten auch die Finanzpolitik in den Ruf geraten ist, unseriös zu sein. Jedenfalls wird derlei immer wieder artikuliert, freilich ohne eine genauere Definition dessen zu geben, woran sich diese Behauptung eigentlich festmacht.

Gewiss ist es stets eine politische Wertung, ob ein Haushaltsplan realistisch, vorausschauend, klug oder eben all das nicht ist. Und deshalb nimmt der Deutsche Bundestag sein Königsrecht alljährlich leidenschaftlich wahr und streitet über den Etat so intensiv, wie über kein anderes Thema.

Am Ende ist jeder Haushaltsplan ein Kompromiss zwischen dem in den Fachbereichen gewünschten, dem finanziell Machbaren und dem politisch Gewollten. Oft unbeachtet von der Öffentlichkeit wird dieser Kompromiss im Haushaltsausschuss des Bundestages akribisch geprüft und bei Bedarf korrigiert. Die Sorgfalt, mit der dies geschieht, entkräftet nachhaltig den leisensten Verdacht jeglicher Oberflächlichkeit, schon gar den Vorwurf, unseriös zu handeln. In Zeiten hitziger und manchmal auch überhitzter Debatten über die Euro-Rettung wird das schnell übersehen. Leider.

Bund kann 302 Milliarden Euro ausgeben

HAUSHALT II Bundesetat 2013 gegen die Stimmen der Opposition verabschiedet. Arbeit und Soziales bleibt größter Einzeletat

Der Bund kann im kommenden Jahr 302 Milliarden Euro ausgeben. Das beschloss der Bundestag am vergangenen Freitag. Für den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Haushalt 2013 (17/10200) stimmten in geänderter Fassung auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/10801 bis 17/10825) in namentlicher Abstimmung 312 Abgeordnete, 258 votierten dagegen. Im Regierungsentwurf waren noch Ausgaben von 302,2 Milliarden Euro vorgesehen. Somit wurde bei den parlamentarischen Beratungen 200 Millionen Euro eingespart. In diesem Jahr sind Gesamtausgaben von 311,6 Milliarden Euro vorgesehen. Die Neuverschuldung soll im kommenden Jahr 17,1 Milliarden Euro betragen. Im Entwurf waren noch 18,8 Milliarden Euro vorgesehen (2012: 28,1 Milliarden Euro).

Investieren kann der Bund im kommenden Jahr 34,8 Milliarden Euro. Das sind 468 Millionen Euro mehr als die Regierung eingeplant hatte. Die Einnahmen aus Steuern sollen 2013 260,61 Milliarden Euro betragen. Das sind 798 Millionen Euro mehr als die Regierung vorgesehen hatte. Die Höhe der eingeplanten Steuereinnahmen beruht auf der jüngsten Steuerschätzung. Den



Namentliche Abstimmung zum Etat der Bundeskanzlerin

größten Einzeletat hat weiter das Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit 119,23 Milliarden Euro (126,13 Milliarden Euro). Es folgt das Bundesministerium der Verteidigung mit 33,26 Milliarden Euro (31,87 Milliarden Euro) und die Bundes-schuld mit 32,99 Milliarden Euro (32,54 Milliarden Euro).

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann 2013 über

25,72 Milliarden Euro (25,93 Milliarden Euro) verfügen. Erhöht werden sollen im kommenden Jahr vor allem die Etats des Bundesverteidigungsministeriums um 1,39 Milliarden Euro und der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung um 799,13 Millionen Euro. Damit soll dieses Ministerium im kommenden Jahr über 13,74 Milliarden Euro (12,94 Milliarden Euro) verfügen. Insgesamt sollen sich die

Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) 2013 auf 184,72 Milliarden Euro summieren. Das sind 7,85 Milliarden Euro weniger als in diesem Jahr. Für Investitionen sind nach 37,47 Milliarden Euro in diesem Jahr für 2013 34,8 Milliarden Euro eingeplant.

Die Personalausgaben steigen um 18,24 Millionen Euro auf 28,48 Milliarden Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 11,34 Milliarden Euro auf 12,4 Milliarden Euro. Für militärische Beschaffungen sind 10,4 Milliarden Euro eingeplant (10,67 Milliarden Euro). Der Schuldendienst soll um 308,6 Millionen Euro auf 31,6 Milliarden Euro steigen.

Zur Kenntnis genommen hat der Bundestag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/10826) die Finanzplanung des Bundes 2012 bis 2016 (17/10201). Danach sollen die Ausgaben in den Jahren 2014 und 2015 mit 302,9 Milliarden Euro und 303,3 Milliarden Euro gegenüber 2013 beinahe konstant bleiben. Erst im Jahr 2016 sollen die Ausgaben auf 309,9 Milliarden Euro steigen. Damit würden sie dann immer noch unter den Ausgaben für dieses Jahr liegen, die 311,6 Milliarden Euro betragen sollen. *Michael Klein*

GASTKOMMENTARE

MEHR HAUSHALTSKONTROLLE DURCH BRÜSSEL?

Kontrolle ist besser

PRO



Jan Hildebrand
»Die Welt«,
»Welt am Sonntag«

Europa gibt derzeit kein vertrauenswürdiges Bild ab. Die Finanzminister der Euro-Staaten können sich wochenlang nicht auf einen neuen Rettungsplan für Griechenland einigen. Und die europäischen Regierungschefs und das Parlament zerstreiten sich über den EU-Finanzrahmen. Zugegeben: Was derzeit in Brüssel aufgeführt wird, ist keine Bewerbung für eine weitere Kompetenzübertragung. Doch die mangelhafte Performance ändert an dem grundsätzlich richtigen Befund nichts: Um die Krise zu überwinden, braucht es mehr Europa, nicht weniger. Das gilt vor allem für die Haushaltskontrolle. Die Euro-Krise hat bereits viele Notmaßnahmen erzwungen: Griechenland-Kredite, Rettungsschirm EFSF und Hilfsfonds ESM. Die Euro-Staaten haften immer stärker füreinander. Angela Merkel hat versucht, diese finanzielle Solidarität mit Mechanismen zu verknüpfen, die Solidarität erzwingen. Ihr Grundkonzept, Hilfe gegen Kontrolle zu tauschen, ist richtig. Da die finanziellen Verpflichtungen steigen, müssen auch die Kontrollmechanismen weiterentwickelt werden. Gelingt dies nicht mit allen EU-Staaten, müssen die Euro-Länder voranmarschieren. Die Krise hat gezeigt, wie schnell die Finanznöte eines Landes auf andere überspringen. Deshalb muss sichergestellt werden, dass alle Länder im Sinne der Gemeinschaft haushalten. Zwischenstaatliche Lösungen wie der Fiskalpakt sind weitgehend ausgereizt. Zudem bergen sie bei der Überwachung die Gefahr der Mauschelei zwischen den Regierungen. Für ein solides Fundament der Währungsunion braucht es eine gegen nationale Einflussnahme möglichst immune Kontrollinstanz in Brüssel. Sie kann am ehesten verhindern, dass es sich ein Staat auf Kosten der Gemeinschaft gemütlich macht.

Königsrecht in Gefahr

CONTRA



Joachim Riecker
»Märkische Allgemeine«,
Potsdam

Es klingt wie eine Phrase, aber es ist ein Satz mit einem sehr ernsten Hintergrund: Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Seit der frühen Neuzeit haben die Bürger erst in England, dann in Amerika und Frankreich und schließlich auch in Deutschland das Recht durchgesetzt, dass sie ihre Repräsentanten wählen können und diese dann die Einnahmen und Ausgaben des Staates kontrollieren. Durch die Euro-Krise gerät dieser Grundpfeiler der Demokratie in Gefahr. Denn die Bestrebungen der EU-Kommission, in die Haushalte der einzelnen Mitgliedsländer hineinzuregieren, werden immer stärker. Um kein Missverständnis aufkommen zu lassen: Es ist richtig, dass die vor einigen Jahren von Deutschland und Frankreich aufgeweichten Maastricht-Kriterien durch den Fiskalpakt wieder gestärkt wurden und das Prinzip der deutschen Schuldenbremse nun auch in allen anderen Euro-Ländern gilt. Eine gemeinsame Währung kann nur funktionieren, wenn die Mitgliedsländer Obergrenzen bei der Verschuldung einhalten. Nicht zu akzeptieren ist allerdings, dass die EU-Kommission oder eine andere Institution den Mitgliedsländern Vorschriften macht, wie sie ihre Haushalte zu gestalten haben. Die EU-Behörde ist dafür demokratisch nicht ausreichend legitimiert, denn die Kommissare wurden nicht gewählt, sondern von den einzelnen Regierungen nach wenig transparenten Kriterien bestimmt. Anders ist die Situation, wenn ein Land Finanzhilfe von außen benötigt. In diesem Fall ist eine Kontrolle durch die jeweiligen Geldgeber unverzichtbar. So lange ein Staat aber in der Lage ist, seinen Finanzbedarf durch eigene Einnahmen zu decken, muss das jeweilige nationale Parlament im vollen Besitz des Budgetrechts bleiben.

Mehr zum Thema auf den Seiten 1 bis 8.
Kontakt: gastautor@das-parlament@bundestag.de

Herr Schneider, der Bundestag hat in der vergangenen Woche Gesetzentwürfe der Regierung zum Haushalt 2013, zum Haushaltsbegleitgesetz 2013, zum Zweiten Nachtragsetat 2012, zur Umsetzung des Fiskalvertrages und zur Finanzmarktstabilisierung verabschiedet. Es geht dabei immer um hohe Milliardensummen. Können Sie nachvollziehen, dass die Bürgerinnen und Bürger langsam nicht mehr durchblicken?

Ja, natürlich. Erstens werden die Zahlen größer und zweitens muss man für einen Überblick zum Haftungsrisiko verfolgen, wie hoch die übernommenen Bürgschaften sind. Beispiel: Bankenrettung. Dazu wurde am Freitag das Finanzmarktstabilisierungsgesetz nochmal um zwei Jahre verlängert. Jetzt gehen viele davon aus, dass die 480 Milliarden Euro, die dazu im ersten Gesetz bereitgestellt wurden, schon ausgegeben wurden. Nach heutiger Einschätzung wird die Belastung am Ende voraussichtlich bei 20 bis 30 Milliarden Euro liegen. Da kann schon einiges durcheinander kommen. Wichtig ist, dass wir im Bundestag den Überblick behalten und alles so transparent ist, dass die Bürger, auf alle Informationen zugreifen können – wenn sie es wollen.

Jetzt konkret zum Haushalt 2013. Die Ausgaben betragen beinahe unverändert 302 Milliarden Euro, die Neuverschuldung beträgt nur 17,1 Milliarden Euro. Ist das kein Erfolg für die Regierungskoalition?

Es wäre ein Erfolg, wenn die Regierungskoalition die Neuverschuldung deutlich reduziert hätte. Wir haben als SPD Vorschläge gemacht, wie wir zu einer Halbierung der Neuverschuldung kommen können. Mein Vorwurf an Finanzminister Schäuble ist, dass er die Konsolidierung quasi im Schlafwagen mitgenommen hat. Er hat im Haushalt strukturell kaum eingespart und keine Subventionen abgebaut. Er hätte schon 2013 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können, wenn er die höheren Steuereinnahmen und die geringeren Ausgaben für den Arbeitsmarkt eins zu eins durchgereicht hätte. Das wäre seine Verpflichtung gewesen.

Bundesfinanzminister Schäuble hat angekündigt, er wolle bis 2014 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Halten Sie das für zu spät?

Das halte ich eindeutig für zu spät, weil es erstens verschoben ist in die nächste Legislatur. Das wird der nächste Bundestag, die nächste Regierung dann zu entscheiden haben. Zweitens kündigt er immer noch eine Neuverschuldung von rund neun Milliarden Euro an. Unter einer schwarzen Null stelle ich mir etwas anderes vor, nämlich gar keine Neuverschuldung. Schließlich hat er viele Risiken für 2014 noch nicht eingerechnet. Dazu zählen die Kredite für Griechenland und das Betreuungsgeld in Höhe von einer Milliarde Euro. Für beides gibt es keine Gegenfinanzierung.

Was halten Sie denn sonst noch an diesem Haushalt für falsch?

Er enthält zu wenig strukturelle Zukunftsvorsorge. Es werden Belastungen in die Zukunft verschoben und er hat eine Unwucht zu Lasten der sozial Schwachen.

Wie sieht ihr Programm aus, um dies auszugleichen?

Wir als SPD schlagen vor, Subventionen stärker abzubauen und mit einem höheren Spitzensteuersatz die Besserverdienenden an der Konsolidierung stärker zu beteiligen. Auf der anderen Seite wollen wir mehr ausgeben für Bildung und für Infrastruktur. Wir leben von der Substanz. Da muss eindeutig mehr Geld rein, sonst werden wir unsere exzellente Infrastruktur in Deutschland nicht erhalten können. Im Bildungsbereich wollen wir für sowohl für den Kindertagesstättenausbau als auch für die Bildung alle-

»Das ist eindeutig zu spät«

CARSTEN SCHNEIDER Der SPD-Politiker fordert schon früher einen ausgeglichenen Etat und will Klarheit über die Griechenlandkosten



© Fotostudio Bundestag/Blanke

Sie haben eben die Griechenlandkredite erwähnt und dass es keine Risikoversorge dafür gibt. Letzte Woche gab es Forderungen, dass man deshalb den Haushalt 2013 nicht hätte verabschieden sollen. Stimmen Sie dem zu?

Ja, absolut. Wir haben gegenüber Griechenland einen zweistelligen Milliardenbetrag im Feuer und es ist klar, dass Griechenland dieses Geld nicht vollständig zurückzahlen kann. Anders als geplant wird Griechenland auch 2015 deshalb auch am Kapitalmarkt kein Geld für neue Kredite bekommen. Deswegen muss man heute für das wahrscheinliche Risiko von Verlusten Vorsorge treffen. Das hat die Regierung nicht getan. Minister Schäuble geht nämlich davon aus, dass es bei den Griechenlandkrediten überhaupt keine Ausfallwahrscheinlichkeit gibt. Das ist so hanebüchen, dass wir als SPD verlangt haben, die Haushaltsverabschiedung zu verschieben, bis das Griechenlandprogramm tatsächlich auf ordentlichen Füßen steht. Die Koalition versucht dagegen, das Risiko zu verschleiern und die Belastung für den Haushalt hinter die Bundestagswahl zu schieben.

Sie haben bisher diese Griechenlandhilfspakete zumindest nicht abgelehnt. Finden Sie es richtig, dass offensichtlich jetzt immer mehr Geld nach Griechenland gepumpt werden muss?

Es gibt dazu zwei Kreditpakete. Das erste war im Mai 2010. Der deutsche Anteil beträgt dabei 15 Milliarden Euro. Dem haben wir als SPD nicht zugestimmt, weil wir gesagt haben, es muss auch eine Beteiligung der Banken geben. Dies hat nicht stattgefunden. Deshalb ist die öffentliche Hand jetzt auch so stark in Griechenland engagiert. Beim zweiten Programm haben wir zugestimmt, weil es dann eine private Gläubigerbeteiligung gab. Inzwischen ist nun aber offensichtlich, dass die von Deutschland geprägte europäische Wirtschaftspolitik gegenüber Griechenland, die fast ausschließlich auf Einsparungen setzt, gescheitert ist. Das Wirtschaftsleistung in Griechenland ist um 25 Prozent zurückgegangen. Damit ist wirklich kein Staat zu machen. Wenn man will, dass Griechenland im Euro bleibt, muss man auch in den sauren Apfel beißen und sagen, dass es uns jetzt auch Geld kostet. Wir als SPD wollen nur, dass die Kosten auch durch die Beteiligung der Finanzmärkte erbracht werden, also durch die Finanztransaktionssteuer. Ich bin gespannt, was die Bundesregierung uns für einen Vorschlag vorlegen wird.

Griechenland verfolgt uns schon mindestens zwei Jahre. Sehen Sie ein Ende dieser Krise?

Da ist viel Unehrlichkeit im Spiel. Die Fakten zu Griechenland liegen auf dem Tisch. Man kann heute schon sagen, bis zum Jahr 2020 ist Griechenland nicht durch Privatkapital zu finanzieren. Minister Schäuble hat bei uns in der Fraktion gesagt, er will nur bis 2014 ein Programm stricken. Dieses Durchwursteln, das besonders durch die Bundesregierung in Europa betrieben wird, sorgt für permanente Verunsicherung. Solange wird es auch keine Klarheit geben, ob Griechenland im Euro bleibt. Und solange gibt es eben auch keine Investitionssicherheit. Solange wird es auch in Griechenland nicht vorwärts gehen. Das führt auch dazu, dass wir permanent Griechenland wieder auf dem Tisch haben werden. Ich verlange, dass die Regierung endlich eine dauerhafte Lösung vorlegt, sodass die nächtlichen Krisensitzungen in Brüssel mal ein Ende haben.

Das Interview führte Michael Klein.

Carsten Schneider (36) ist haushaltspolitischer Sprecher und Sprecher der Landesgruppe Thüringen der SPD-Fraktion. Seit 1998 ist Schneider Mitglied des Bundestages.

mein mehr Mittel zur Verfügung stellen, weil wir das zukünftig auch brauchen.

Nächstes Jahr ist Bundestagswahl. Sehen Sie in diesem Haushalt auch von Seiten der Koalition irgendwelche Wahlschenkungen?

Ja. So ist im Koalitionsausschuss am Sonntag vor den abschließenden Beratungen zum Etat 2013 im Haushaltsausschuss zum Beispiel das unter anderem von der EU-

Kommission abgelehnte Betreuungsgeld vereinbart worden. Die Kosten betragen mehr als eine Milliarde Euro. Aber es gibt auch kleinere Maßnahmen, die bei den Haushaltsberatungen von der Koalition durchgesetzt wurden. Dazu zähle ich zum Beispiel den Neubau eines Museums in München – ohne dass dafür ein Konzept vorlag. Das ist ganz klar ein Wahlgewinn an die CSU, die nächstes Jahr eine Landtagswahl zu bestehen hat.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Rechnungsprüfer: Michael Luther

Haushaltswoche im Bundestag. Soeben hat sich Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der allgemeinen Finanzdebatte geäußert. Sein Parteifreund Michael Luther, Mitglied im Haushaltsausschuss und Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, sitzt zufrieden in seinem Büro: „Natürlich, meine Seele als Haushälter hätte auch gesagt, bei den Schulden kann man noch weiter runtergehen. Aber auch so sind wir auf gutem Weg.“ 2013 sind 17,1 Milliarden Euro neue Schulden im Bund eingeplant. Luther erinnert an den Etatentwurf für 2010, als die Koalition noch eine Nettokreditaufnahme von 86 Milliarden Euro vorsah. Kommt der Bundesetat wie versprochen 2014 ohne neue Schulden aus? „Ich hoffe es, aber es gibt immer auch Unwägbarkeiten“, sagt Michael Luther mit seinem breiten Zwickauer Dialekt. Der 56-Jährige erinnert an die Finanzkrise 2008, die alle Etatplanungen über den Haufen warf. Die neuen Unwägbarkeiten könnten diesmal aus der Eurokrise erwachsen. Luther stimmte bisher allen Euro-Rettungspaketen zu. Er will dies auch weiter tun, obwohl in der von ihm geführten CDU-Landesgruppe Sachsen etliche Rebellen wie Arnold Vaatz, Veronika Bellmann oder Manfred Kolbe sitzen. „Angela Merkel macht bei der Euro-Krise einen guten Job“, findet dagegen Luther. Keiner kennt derzeit einen „besseren Weg“ in dieser schwierigen Frage als die Kanzlerin. Seit 2009 führt Michael Luther den Rechnungsprüfungsausschuss. Der 15-köpfige Unterausschuss des wichtigen Haushaltsausschusses prüft auf Basis der Bundesrechnungshof-Berichte das Ausgabe-

gebaren des Bundes und bereitet die Entlastung der Bundesregierung vor. Es ist eine eher unspektakuläre Arbeit, bei der aber die Exekutive gelegentlich gehörig ins Schwitzen kommt. So musste sich im September mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) ein Ressortchef persönlich vor dem Rechnungsprüfungsausschuss verantworten – ein seltener Fall, stehen doch dort zumeist nur Spitzenbeamte der Ressorts Rede und Antwort. Gelegentlich



© DRF/Leichtschim/Blahe

»Meine Seele als Haushälter hätte auch gesagt, bei den Schulden kann man noch weiter runtergehen. Aber auch so sind wir auf gutem Weg.«

sei es aber angemessen, dass auch mal Minister über Fehlhandlungen ihrer Mitarbeiter informiert würden, meint der Ausschusschef. Michael Luther wurde erst in den Wendetagen der untergehenden DDR politisch aktiv. Zuletzt war der promovierte Diplom-Ingenieur für angewandte Mechanik wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Zwickau. Der Katholik hatte sich vom DDR-System ferngehalten. Im November 1989 trat er in seiner Heimatstadt Zwickau der Ost-CDU bei und demonstrierte in den Massendemonstrationen gegen die SED-Diktatur. Warum ging er in die Ost-CDU, die alte staatstragende Blockpartei? „Ich habe diese Par-

tei damals mit Helmut Kohls Partei im Westen identifiziert“, sagt Luther. „Das Engagement dort schien mir der beste Weg zu sein, schnell zur deutschen Einheit zu kommen.“ Aus dem Stand nominierte die Basis das unbelastete Neumitglied für die erste demokratische Volkskammerwahl – Michael Luther wurde tatsächlich für die von März bis Oktober 1990 tagende Volksvertretung gewählt. Dort wirkte er als Parlamentarischer Fraktions-Geschäftsführer. Politik ließ Luther fortan nicht mehr los. Er wurde auch in den ersten gesamtdeutschen Bundestag 1990 gewählt und sitzt seither als direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Zwickau im deutschen Parlament. Von 1998 bis 2000 war er als Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten Fraktionsvize. Der umgängliche Luther gilt zwar als fleißig, die harte Attacke auf den politischen Gegner liegt ihm aber weniger. So endete dieser Karriereposten schnell. Luther ist gleichwohl zufrieden mit seinem Abgeordnetendasein. „Mehr Karriere ist nur schwer familien-tauglich“, resümiert er. Und da will er nach mehr als 22 Jahren Parlamentszugehörigkeit keine Kompromisse mehr machen. Deshalb scheidet Michael Luther 2013 aus dem Bundestag aus. Um mehr Zeit für die Familie zu haben, sagt der dreifache Vater. Mit seiner Ehefrau und einer Tochter samt Mann und zwei Enkeln wohnt er in einem Doppelhaus in Zwickau. Sein CDU-Kreistagsmandat im Landkreis Zwickau will er beibehalten, und demnächst vor Ort seine politischen Erfahrungen für die Heimat zunutzen machen. Michael Luther freut sich auch darauf, bald wieder mehr Zeit für sein großes Hobby zu haben – das Segeln in der Ostsee und im Mittelmeer. Hans Krump

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)
Anschrift der Redaktion
(äußer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15,
Telefon (0 30) 2 27-3 65 24
Internet:
http://www.das-parlament.de
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de
Chefredakteur
Jörg Biallas (jbi)
Verantwortliche Redakteure
Dr. Bernard Bode (bob)
Alexander Heinrich (ahe), stellv. Cvd
Michael Klein (mik)
Hans Krump (kru), Cvd
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Dr. Verena Renneberg (ver)
Annette Sach (as)
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)
Dr. Thomas von Winter (twv)
Fotos
Stephan Roters
Redaktionsschluss
23. November 2012

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
64546 Mörfelden-Walldorf
Anzeigen-/Vertriebsleitung
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Klaus Hofmann (verantw.)
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Leserservice/Abonnement
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung Das Parlament
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 53
Telefon (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: parlament@fs-medien.de
Anzeigenverkauf
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Karin Kortmann
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-43 75
Telefon (0 69) 75 01-45 02
E-Mail: karin.kortmann@fs-medien.de
Anzeigenverwaltung, Disposition
Zeitungsanzeigengesellschaft
RheinMainMedia mbH
Andreas Schröder
Frankenallee 71-81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 75 01-41 33
Telefon (0 69) 75 01-41 34
E-Mail: parlament@rheinmainmedia.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement für
vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert werden.
Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.
„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
zur Verhinderung von
Werbetätigkeiten e.V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitung
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.

Einnahmen steigen weiter

FINANZVERWALTUNG Die Einnahmen des Bundes sollen im kommenden Jahr 273,1 Milliarden Euro betragen. Das sind 1,94 Milliarden Euro mehr als im Regierungsentwurf vorgesehen. In diesem Jahr sollen es 267,4 Milliarden Euro sein. Die erwarteten Mehreinnahmen beruhen auf der jüngsten Steuerschätzung. Danach sollen die Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 66,77 Milliarden Euro steigen verglichen mit 66,32 Milliarden Euro im Regierungsentwurf. Die veranlagte Einkommenssteuer soll statt 16,34 Milliarden Euro wie im Regierungsentwurf eingeplant nunmehr 16,92 Milliarden Euro betragen. Im einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 76,25 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 78,78 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Gewerbesteuer sind 1,64 Milliarden Euro (2012: 1,61 Milliarden Euro) vorgesehen; der 50prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 10,26 Milliarden Euro (9,15 Milliarden Euro) betragen. Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,66 Milliarden Euro (39,95 Milliarden Euro) betragen. Leicht steigen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer von 14,2 Milliarden Euro auf 14,45 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen mit 1,045 Milliarden Euro etwa gleich bleiben. Die Einnahmen aus der Versicherungsteuer sollen beinahe unverändert bei 11,15 Milliarden Euro liegen. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Bundesbank soll 2013 insgesamt 1,5 Milliarden Euro (2,2 Milliarden Euro) betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 3,25 Milliarden Euro (5,1 Milliarden Euro). Dazu gehören auch der Börsengang der Deutschen Bahn AG. Die Privatisierungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen. *mik*



Im Disput über den Etat 2013: Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) und Norbert Barthle (CDU)

KURZ NOTIERT

Mehr Geld für die Künstlerhilfe

Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt können 2013 über 32,45 Millionen Euro (2012: 30,72 Millionen Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 32,24 Millionen Euro vorgesehen. Die Personalausgaben steigen von 17,17 Millionen Euro auf 18,32 Millionen Euro und die sächlichen Verwaltungsausgaben von 8,81 Millionen Euro auf 9,44 Millionen Euro. Für Investitionen sind nach 1,3 Millionen Euro im Jahr 2012 für kommendes Jahr 1,12 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 3,9 Millionen Euro (3,8 Millionen Euro) vorgesehen. Bei den Ausgaben des Bundespräsidenten wurde der Zuschuss an die Deutsche Künstlerhilfe bei den parlamentarischen Beratungen um 100.000 Euro auf 2,3 Millionen Euro erhöht. 1,38 Millionen Euro sind auch 2013 wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrengaben an Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten werden von 199.000 Euro auf 217.000 Euro im kommenden Jahr angehoben. *mik*

Etat des Bundesrats bleibt unverändert

Der Etat des Bundesrates ist bei den parlamentarischen Beratungen unverändert geblieben. Daher kann die Länderkammer im kommenden Jahr über 22,81 Millionen Euro (2012: 21,74 Millionen Euro) verfügen. Dabei steigen die Personalausgaben von 13,7 Millionen Euro auf 14,67 Millionen Euro. Für sächliche Verwaltungsausgaben sollen unverändert 7,48 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Für Investitionen sind nach 340.000 Euro im Haushaltsjahr 2012 im kommenden Jahr 325.000 Euro vorgesehen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) stehen 330.000 Euro (215.000 Euro) bereit. *mik*

Steigende Ausgaben beim Bundesrechnungshof

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes (BRH) werden 2013 auf 132,85 Millionen Euro (2012: 122,74 Millionen Euro) steigen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 103,46 Millionen Euro auf 111,17 Millionen Euro steigen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben erhöhen sich ebenfalls von 16,21 Millionen Euro auf 16,95 Millionen Euro, und die Investitionen steigen von 932.000 Euro auf 1,88 Millionen Euro. Für die Prüfungsämter des Bundes betragen die Ausgaben 37,62 Millionen Euro (35,41 Millionen Euro). Insgesamt blieb der BRH-Etat unverändert. *mik*

Deutsche Wachstumslök

HAUSHALTSDEBATTE Koalition sieht Schuldenbremse eingehalten. Opposition kritisiert Neuverschuldung

Für Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geht in Europa ohne Deutschland nicht viel. „Deutschland ist Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive in Europa“, erklärte er vergangene Woche in der viertägigen Debatte zum Haushalt 2013. Der Etat mit Ausgaben von 302 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 17,1 Milliarden Euro mache deutlich, dass Deutschland national auf Kurs sei und zudem seine internationalen Vereinbarungen einhalte sowie der Verantwortung für die Weltwirtschaft gerecht werde. Er wies darauf, dass die ab 2016 verpflichtende Vorgabe der Schuldenbremse bereits drei Jahre früher eingehalten werde.

Ausgaben verringert Unterstützung fand der Minister bei den Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP. Deutschland werde seiner internationalen Verantwortung gerecht, in dem es den Kurs einer „wachstumsfreundlichen Konsolidierung“ konsequent fortsetze, sagte der haushaltspolitische Sprecher der Union, Norbert Barthle (CDU). Er bezeichnete es als „einmalige Leistung“, dass die Koalition in den vergangenen drei Jahren die Ausgaben des Bundeshaushaltes verringert habe. Trotzdem sei auch sinnvoll investiert worden. So seien die Ausgaben für Bildung und Forschung um 13,3 Milliarden Euro angestiegen und für den Verkehr würden insgesamt 1,75 Milliarden Euro mehr aufgewendet.

„Wir stehen für Sicherheit und Solidität“, sagte auch Otto Frick, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Er kritisierte, dass die Opposition keine konkreten Sparvorschläge mache und wies darauf hin, dass mehr Geld für Soziales ausgegeben werde als jemals zuvor. Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Carsten Schneider, sah in der Finanzpolitik der Regierung vor allem „Chaos, Verantwortungslosigkeit und Buchungstricks“. In den Jahren dieser Koalition seien mehr als 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht worden – trotz sprudelnder Steuer-

einnahmen und niedriger Zinsen. „Die Neuverschuldung hätte schon längst auf Null gestellt werden müssen“, betonte er. „Wir werden dies so schnell wie möglich tun.“ Wie Schneider hielt auch Dietmar Bartsch (Die Linke) den Etat für „unsolid“. Die soziale Spaltung werde fortgesetzt und der Haushalt sei eine Gefahr für den Euro. Die Regierung würde die Situation beschönigen, um die Leute zu beruhigen. „Wichtig wäre es gewesen, für die Krisenländer entsprechende Mittel einzustellen“, sagte er. Nach seiner Ansicht müsse mehr investiert werden zum Beispiel in den Kita-Ausbau und in den Wohnungsbau.

Für die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Priska Hinz, ist die Energie- „nicht ausfinanzierbar“. Sie warf der Regierung vor, dass die „soziale Schere immer weiter auseinander“ gehe. In der Steuerpolitik werde nur die eigene Klientel bedient. Sie hielt es für unangebracht, dass die Koalition die Sozialkassen „plündere“. Für die europäischen Probleme werde keine Vorsorge betrieben. Sie forderte eine höhere Vermögenssteuer ausschließlich für den Schuldenabbau und warf der Regierung vor, mit Buchungstricks bei Privatisierungserlösen den Etat zu schönen.

Haushaltsbegleitgesetz Neben dem Beginn der abschließenden Beratungen über die Etat 2013 verabschiedete der Bundestag am Dienstag auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/11477) das Haushaltsbegleitgesetz 2013 (17/10588, 17/10864). Danach wird im kommenden Jahr die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Arbeitsförderung gestrichen. Gleichzeitig fällt der von der Bundesagentur für Arbeit an den Bund zu leistende Eingliederungsbeitrag weg. Dadurch ergeben sich für den Bund im kommenden Jahr Minderausgaben von 2,15 Milliarden Euro.

Um 2,5 Milliarden Euro abgesenkt wird auch der Zuschuss des Bundes für die Gesetzliche Krankenversicherung, so dass er im kommenden Jahr nur 11,5 Milliarden Euro beträgt. Für den Gesetzentwurf stimmten die Abgeordneten der Koalition, die Opposition votierte geschlossen dagegen.

Nachtragsetat Mit dem selben Ergebnis nahm der Bundestag das Zweite Nachtragshaushaltsgesetz 2012 (17/10900) auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/11290, 17/10291) an. Danach stellt der Bund noch in diesem Jahr 580,5 Millionen Euro für das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ zur Verfügung. Zudem bekommt die Europäische Investitionsbank (EIB) 1,62 Milliarden Euro, um ihr Kapital insgesamt auf 21,6 Milliarden Euro zu erhöhen. Ziel der Kapitalerhöhung ist es, den wirtschaftlichen Aufschwung der Mitgliedstaaten zu unterstützen. Mit der Stärkung der Eigenkapitalbasis erhöht sich die Darlehenskapazität der EIB um 60 Milliarden Euro. Auf diese Weise kann die Bank einen Beitrag zur Wachstum und Beschäftigung in Europa leisten und wichtige Impulse für die nachhaltige Überwindung der aktuellen Krise und der Wettbewerbschwäche in einigen Mitgliedsstaaten geben.

Schließlich verabschiedete das Plenum auch gegen die Stimmen von SPD und Linksfraktion den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrages (17/10976, 17/11504). Danach wird im Haushaltsgrundsatzgesetz entsprechend den Vorgaben des europäischen Fiskalvertrages und des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine Obergrenze für das strukturelle Defizit von höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts festgeschrieben. Die Einhaltung der gesamtstaatlichen Defizitobergrenze soll der bereits existierende Stabilitätsrat überwachen. *Michael Klein*

»Wichtig wäre es gewesen, für die Krisenländer entsprechende Mittel einzustellen.«

Dietmar Bartsch (Die Linke)

AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

Bankenrettung bis 2014 verlängert

HAUSHALT Der Finanzmarktstabilisierungsfonds SoFFin wird bis Ende 2014 verlängert. Einem entsprechenden Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP (17/11138) stimmte der Bundestag am Freitag in geänderter Fassung zu. Für die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/11586) votierten die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP; die Oppositionsfraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen stimmten dagegen. Das im Oktober 2008 verabschiedete Finanzmarktstabilisierungsgesetz und die Erweiterung des Instrumentariums durch das Finanzmarktstabilisierungsergänzungsgesetz hätten wesentlich zur Stabilisierung des Finanzmarktes beigetragen, heißt es im Gesetz. Trotzdem bestünden auch angesichts der anhaltenden Staatsschuldenkrise im Euroraum weiterhin potenzielle Gefahren für die Finanzmarktstabilität. Damit der Bund den Gefahren für die Finanzmarktstabilität auch im Falle einer systemischen Krise weiterhin begegnen könne,

solle mit dem Gesetzentwurf deshalb über den 31. Dezember 2012 hinaus die befristete Möglichkeit geschaffen werden, dass erneut Maßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetz gewährt werden können. Diese Möglichkeit soll bis zum 31. Dezember 2014 befristet werden. Bei den parlamentarischen Beratungen wurde unter anderem festgelegt, dass die Restrukturierung der Banken die Regel sei; Stabilisierungsmaßnahmen sollen die Ausnahme bleiben. Zudem soll die Rekapitalisierung durch den SoFFin nachrangig sein, zunächst sind die Eigentümer in der Pflicht. Die Finanzierung soll dabei über die Bankengabe erfolgen. Der Deutsche Bundestag kontrolliert das 480 Milliarden Euro schwere Banken-Rettungspaket mit dem parlamentarischen Kontrollgremium gemäß Paragraf 10a des Finanzmarktstabilisierungsfondsgesetzes und Paragraf 16 des Restrukturierungsfondsgesetzes (Finanzmarkt-gremium). *mik*

Zuschuss an BND deutlich erhöht

BUNDESKANZLERAMT Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2013 über 2,05 Milliarden Euro (2012: 1,96 Milliarden Euro) verfügen. Im Regierungsentwurf waren noch 1,95 Milliarden Euro vorgesehen. Somit wurden die Ausgaben in diesem Einzelplan in den parlamentarischen Beratungen um 101,45 Millionen Euro erhöht. Während für das Personal insgesamt 267,98 Millionen Euro (252,83 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 657,11 Millionen Euro (624,95 Millionen Euro) betragen. Den größten Anteil am Gesamtat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien mit mehr als 1,1 Milliarden Euro. Hier wurden bei den parlamentarischen Beratungen die Ausgaben für allgemeine kulturelle Angelegenheiten von

95,97 Millionen Euro im Regierungsentwurf auf 142,43 Millionen Euro erhöht und für Kulturförderung im Inland von 281,54 Millionen Euro auf 330,73 Millionen Euro erhöht. Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung steigen von 84,63 Millionen Euro in diesem Jahr auf 96,07 Millionen Euro. Das Bundesarchiv kann über 56,18 Millionen Euro (53,83 Millionen Euro) verfügen. Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 531,17 Millionen Euro (504,77 Millionen Euro). Der Etat der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll 100,01 Millionen Euro (99,99 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 5,04 Millionen Euro (4,92 Millionen Euro) bereitgestellt. *mik*

Fünf Milliarden für Schäuble

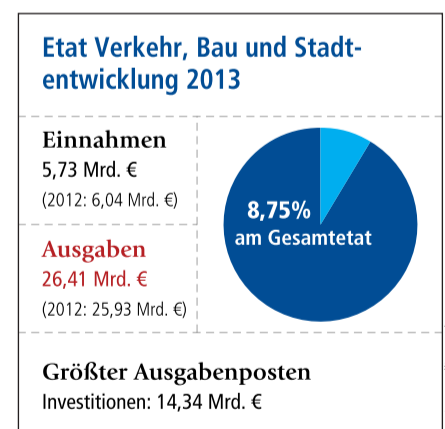
FINANZEN Die Ausgaben des Finanzministeriums werden stärker steigen als zunächst geplant. Der Bundestag beschloss in der vergangenen Woche auf Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (17/10823, 17/10825) Ausgaben in Höhe von 5,02 Milliarden Euro. Im Regierungsentwurf hatten die Ausgaben noch knapp unter fünf Milliarden Euro bleiben sollen. Im Vergleich zum Haushalt 2012 werden die Ausgaben jetzt um 413,2 Millionen Euro angehoben. Im Haus von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) ist eine Vielzahl von Aufgaben gebündelt. Das Ministerium ist nicht nur für den Etat und die Steuergesetze zuständig, sondern auch für die 38.000 deutschen Zöllner, die etwa die Hälfte der dem Bund zufließenden Steuereinnahmen erzielen. Zöllner kontrollieren auch die Einhaltung von außenwirtschaftsrecht-

chen Bestimmungen beim Warenverkehr über die Grenze. In der Praxis heißt das, dass Zollfahnder auf großen Messen erscheinen und nach verbotenen Plagiaten Ausschau halten. So geschah es zuletzt auf der Elektronikmesse IFA, als 40 Berliner Zöllner aufgrund der Anzeige eines italienischen Patentvermarkters die Stände von sechs asiatischen Ausstellern durchsuchten, die keine Lizenzgebühren für die Nutzung von Patenten gezahlt haben sollen. Aber auch auf Baustellen sind Zollbeamte regelmäßig anzutreffen. Die „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“, zu der 6.500 Zollbeamte gehören, sucht nach Schwarzarbeitern und illegal Beschäftigten. Damit trägt der Zoll zur Stabilisierung der Sozialsysteme bei. Nicht zu vergessen sind die klassischen Aufgaben des Zolls: die Bekämpfung des Rauschgift- und Zigaretten-schmuggels sowie der Geldwäsche. *h/e*

Kampf gegen den Stau

VERKEHR UND BAU 750 Millionen Euro mehr für Straßenbau

Es ist viel Geld da, und trotzdem sind sich alle einig: Es ist zu wenig. Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung kann im kommenden Jahr insgesamt über 26,41 Milliarden Euro verfügen. Das sind 476,84 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Im Regierungsentwurf waren noch 25,72 Milliarden Euro für 2013 vorgesehen. Somit wurden während der parlamentarischen Beratungen insgesamt 690,59 Millionen Euro auf den Regierungsentwurf draufgepackt. Dabei beschlossen die Parlamentarier eine Erhöhung der Ausgaben für die Verkehrsinfrastruktur um insgesamt 750 Millionen Euro. Davon werden 600 Millionen Euro direkt zur Verfügung gestellt, die restlichen 150 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung. Vom Gesamtvolumen sollen die Bundesfernstraßen 570 Millionen Euro erhalten. Davon sind zehn Millionen Euro für Radwege vorgesehen. Die Schiene soll 40 Millionen Euro für ein Lärmschutzprogramm erhalten und die Wasserstraßen 140 Millionen Euro. Ebenfalls erhöht wurde während den parlamentarischen Beratungen der Finanzbeitrag für die Seeschifffahrt um 29,1 Millionen Euro auf 57,8 Millionen Euro. Neu eingestellt wurde ein Zuschuss zum Erweiterungsbau des Großaquariums des Ozeaneums in Stralsund in Höhe von 15 Millionen Euro. Für Flughafengesellschaften, an denen der Bund beteiligt ist, sind im kommenden Jahr 169 Millionen Euro eingeplant. Dabei geht es vor allem um Zuschüsse für den neuen Berliner Flughafen. Von dem Gesamtat des Ministeriums sind insgesamt 14,34 Milliarden Euro für Investitionen eingestellt. Für die Opposition ist dies jedoch zu wenig. So warf der SPD-Haushaltsexperte Johannes Kahrs Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) „Schlamperei“ vor. Er hinterlasse einen In-



vestitionsstau. Es gebe viele Versprechungen, die nachher nicht eingehalten würden. Bartholomäus Kalb (CSU) wies auf die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung hin. Deshalb müsse bei der Infrastruktur immer abgewogen werden, was getan werden müsse. „Wir brauchen Investitionen nicht nur in Bildung und Forschung sondern auch in die Infrastruktur“, betonte er. Ein Beispiel dafür sei das neue 750 Millionen-Euro-Programm. Roland Claus (Die Linke) betonte, dass das Verkehrsministerium nicht mit Geld umgehen könne. „Ärger, wo man hinsieht“, sagte er. Er nannte dabei unter anderem Stuttgart 21 und den Berliner Flughafen BER. „Nicht alles, was notwendig ist, ist zur Zeit erfüllbar“, erklärte Claudia Winterstein (FDP). Trotzdem würden die Mittel im Verkehrsbereich sinnvoll eingesetzt. Valerie Wilms (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, dass die neuen Mittel nur für neue Straßen genutzt würden. Sinnvoll wäre es jedoch, mehr in den Erhalt zu investieren. Jeder neue Kilometer binde die Mittel in der Zukunft. Mit Nachhaltigkeit habe dies nichts zu tun. *mik*



Noch stapeln sich die Container im Hamburger Hafen. Aber die Rezession in Europa dürfte auch auf Deutschland ausstrahlen. Hamburger Hafen-Aktien sind schon im Keller.

Aigners letzter Haushaltsplan

AGRAR Agrarministerin Ilse Aigner (CSU) muss in ihrem anbrechenden letzten Amtsjahr mit knapp elf Millionen Euro weniger auskommen als zunächst geplant. Mit Koalitionsmehrheit bewilligte der Bundestag der im Herbst 2013 in die bayerische Landespolitik wechselnden Politikerin im Einzelplan 10 des Bundeshaushalts 2013 (17/10823, 17/10824, 17/10825) Ausgaben von 5,27 Milliarden Euro. „Es ist die Leistung unserer Landwirtschaft, dass sich heute keiner mehr Gedanken machen muss, ob er genug zu essen hat oder nicht“, lobte Aigner in der Debatte am Mittwoch. Von der Opposition gab es Kritik. Die Verbraucher seien durch Lebensmittelkrisen und durch den Missbrauch von Antibiotika verunsichert. „Wir brauchen neue Lösungsansätze“, sagte Wilhelm Priesmeier (SPD). „Obwohl die Lebensmittel heute so sicher wie noch nie sind, misstraut man der gesamten Lebensmittelindustrie.“ Doch der von der Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf zeichne sich durch Anspruchslosigkeit aus.

Georg Schirmbeck (CDU) entgegnete, dass Investitionen in den Verbraucher- oder Tiererschutz nur begrenzt erfolgreich sein können, wenn das Kaufverhalten sich nicht ändere. „Wer ein halbes Hähnchen braungegrillt für 1,98 Euro haben will, der muss auch gewisse Konsequenzen ertragen, die mit der Tierhaltung einhergehen.“

Die Förderung von Agrarexporten kritisierte Alexander Süßmair (Die Linke): „Billigexporte verhindern den Aufbau regionaler Märkte in den Ländern des globalen Südens.“ Die Werbung und Exportförderung im Lebensmittelbereich müsse gestoppt werden.

„Die Landwirtschaftspolitik ist geprägt vom sozialen Engagement der Regierung“, stellte Heinz-Peter Hausteil (FDP) fest. 270 Prozent dieses Plans gehen in den Sozialbereich dieses Haushaltes.“

Harald Ebner (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte, die Regierung setze zu einseitig auf industrielle Großbetriebe, während bäuerliche Betriebe verdrängt würden. Auch der Tierschutz habe in diesem Konzept keinen Platz.

Einschnitt in die Konjunktur

WIRTSCHAFT Opposition besorgt wegen Ansteckungsgefahr aus dem Ausland. Regierung blickt stolz zurück

Einkaufsbarometer, Wachstumswerte, Arbeitslosenzahlen, Staatsfinanzen: Überall in Europa kennen die Konjunkturindikatoren nur eine Richtung: abwärts. Die Opposition im Bundestag wird daher nicht müde zu warnen: Europa rutsche in die Rezession, und auch in Deutschland sehe man Zeichen der Eintrübung. „Das muss uns alarmieren“, sagte Klaus Brandner (SPD) am Donnerstag in der Wirtschaftsdebatte des Bundestages. Im Regierungslager will man dagegen von Panikmache nichts wissen, sondern blickt stolz auf die Bilanz. Martin Lindner (FDP) verwies auf die Zahl von 41,6 Millionen Arbeitsplätzen, 423.000 mehr als noch im Vorjahr. „Das ist eine Erfolgsstory, wie sie in kaum einem anderen Land der Welt geschrieben wird.“

Wachstumsimpulse vermisst Brandner kritisierte den von Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) vorgelegten und vom Bundestag beschlossenen Haushalt (17/10809, 17/10823), der für 2013 Ausgaben in Höhe von 6,2 Milliarden Euro vorsieht. Es seien zu wenig Wachstumsimpulse enthalten: „Von einer Wachstumslokomotive kann wirklich keine Rede mehr sein.“ Die Konjunkturprognosen der EU würden ein rückläufiges Bruttoinlandsprodukt verzeichnen, und der Sachverständigenrat habe einen Rückgang der Konsumausgaben, der Investitionen und der Exporte festgestellt. Viele Unternehmen würden an einen Abbau von Arbeitsplätzen denken, „und in dieser Ausgangssituation legen Sie einen wenig ambitionierten Haushalt vor, der keine besonderen Impulse für ein dauerhaftes, nachhaltiges Wachstum setzt.“

Brandner verwies auf Möglichkeiten, mehr Investitionen anzuregen. So sollte der Mittelansatz für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur um 14 Millionen Euro erhöht werden, wie auch in einem abgelehnten Änderungsantrag der SPD-Fraktion (17/11543) gefordert wurde. Da die Ausgaben für die Steinkohlenförderung um 52 Millionen Euro gekürzt worden seien, hätte es genug Geld ge-



geben. Auch in der Energiepolitik könne von Wachstumsimpulsen nicht geredet werden. Die Akzeptanz für die Energiewende schwinde, warnte Brandner. Von den Warnungen der Opposition wollte Rösler nichts wissen: „Deutschland geht es gut.“ Man verzeichne die niedrigste Arbeitslosenquote seit 20 Jahren und eine Million mehr Arbeitsplätze als zu den Regierungszeiten von Rot-Grün. Aber es sei klar, dass die Zeiten schwieriger würden. „Deswegen ist es unsere Aufgabe, die Wachstumskräfte

zu stärken und gleichzeitig die Eurozone weiter zu stabilisieren.“ Schuldenfinanzierte Konjunkturpakete, wie von der SPD-Fraktion gefordert, seien aber eine Sackgasse. In der Energiepolitik verlangte Rösler eine Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Sonst werde man die Strompreiserhöhungen nicht in den Griff bekommen. Ebenso wie zuvor Brandner kritisierte auch Roland Claus (Die Linke) die falsche Ausrichtung des Wirtschaftsetzes. Rösler habe liefern wollen, erinnerte Claus den FDP-Vorsitzenden an dessen Versprechen bei der Übernahme des Parteivorsitzes. Und was für den Nebenjob des Vorsitzenden gelte, müsse auch für das Ministeramt gelten. „Mit Ihrem Etat sind Sie aber in einen einzigen Lieferstreik getreten.“ Claus wies die positiven Darstellungen der Arbeitsmarktentwicklung zurück. Fakt sei, dass Leiharbeit und Niedriglohn „ein ungeheures Ausmaß“ angenommen hätten. Er warnte vor Darstellungen, der Aufschwung sei bei den Menschen angekommen. „Leute, die in schlecht bezahlten Jobs arbeiten, empfinden diese Lösungen und Schönrednerie als Zynismus und als eine Verhöhnung ihres Lebens.“

„Auf dem Weg ins Nirwana“ sah Priska Hinz (Grüne) den Wirtschaftsminister und dessen Politik. Die Euro-Krise gehe in das vierte Jahr, und aufgrund der Sparpolitik in Europa gebe es in vielen EU-Ländern eine Rezession, was eine Konjunkturertrübung in Deutschland zur Folge habe. „Man fragt sich, mit welchem Politikansatz sich ein Wirtschaftsminister gegen diesen Trend stemmt.“ Es gebe jedoch nur „große Fehlentscheidungen“, was das Handeln dieses Wirtschaftsministers und der Koalition angeht. Da paare sich „Unvermögen mit Unwillen“,

sagte Hinz zum Beispiel mit Blick auf die Energiewende. Michael Luther (CDU) warf der Opposition eine falsche Wahrnehmung der Realität vor: „Ich weiß nicht, von welchem Land Sie geredet haben.“ Am Ende der rot-grünen Regierungszeit seien fünf Millio-

nen Menschen in Deutschland arbeitslos gewesen. Inzwischen sei die Zahl der Arbeitslosen hierzulande um die Hälfte zurückgegangen. Luthers Fazit der schwarz-gelben Wirtschaftspolitik: „Wir stehen so gut da wie nie.“

Hans-Jürgen Leersch

Anzeige



Kleiner Haushalt für große Aufgaben

UMWELT Der Etat wird leicht erhöht. Opposition kritisiert Finanzierung mit Klimafonds

Alle wollen sie, alle beschwören sie und alle werfen dem jeweils anderen politischen Lager vor, sie zu torpedieren: die Energiewende. Auch bei der Debatte um den Haushalt des Bundesumweltministers (17/10200, Einzelplan 016) in der vergangenen Woche stand der Erfolg – oder auch Misserfolg – der bisherigen Anstrengungen zur Umsetzung der Energiewende im Mittelpunkt der Debatte. Mit insgesamt 1,64 Milliarden Euro gehört der Etat von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zwar zu den kleineren Posten des Bundeshaushalts, ist aber im Vergleich zum Vorjahr 3,4 Prozent höher als 2012 ausgefallen. Nach den Beratungen im Haushaltsausschuss wurde der Etat nur leicht um 1,153 Milliarden (17/10824) gekürzt. Einsparungen erfolgten dabei im Verwaltungshaushalt, der sich jetzt auf rund 310 Millionen Euro beläuft, aber nicht im Programmhaushalt des Ministeriums, für den 840,5 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Mehr Geld wird mit 501,6 Millionen im kommenden Jahr auch für die Ausgaben im Endlagerbereich verbucht.

Querschnittsaufgabe Die Zahlen über den Umweltausgaben sagen nichts darüber aus, wie viel Geld im nächsten Jahr insgesamt für die Energiewende zur Verfügung steht.

Denn der Umweltbereich ist eine Querschnittsaufgabe. Alles in allem werden im Haushalt 2013 für den Schutz der Umwelt, Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zusammen 7,4 Milliarden Euro bereitgestellt.

Fehlende Prioritäten Uwe Beckmeyer (SPD) reicht das nicht. Er warf der Bundesregierung vor, die Energiewende zu „vertagen“. Im vorliegenden Bundeshaushalt fehlten klare Prioritäten etwa im Bereich der erneuerbaren Energien und im internationalen Klimaschutz, um die Energiewende voranzubringen. Gleichzeitig kritisierte Beckmeyer die Finanzierung von Projekten durch den Energie- und Klimafonds (EKF). Da seine Einnahmen nicht gesichert seien, sei diese Art der Finanzierung nicht verlässlich: „Dieses Sondervermögen ist nicht geeignet, die Zukunftsaufgaben der Energiewende zu bewältigen“, sagte er. Auch Dorothea Steiner (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, dass das Marktanreizprogramm aus dem „unsicheren“ EKF herausgenommen und stattdessen im Haushalt verbucht werden müsse. Mit Blick auf die Diskussion um die Umlage nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz sprach sie von einer „Kampagne“, mit der behauptet würde, die Energiewende würde den Strom für die Verbraucher teurer machen. Es werde zu viel auf die

privaten Stromkunden umgelegt, während die Anzahl „der angeblich energieintensiven Betriebe steigt“, sagte sie.

Eine Kritik an der Energiewende, die Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) inzwischen leid ist, „Machen sie sie nicht mies, machen sie sie nicht schlecht, sondern freuen sie sich, dass überall in Deutschland über die Energiewende diskutiert wird“, sagte er. Altmaier kündigte an, bei den Planungen der Energiewende die Bürgerbeteiligung ausbauen zu wollen. Mit 40 neuen Planstellen will er das Vorhaben in seinem Ministerium auch personell verstärken.

Stilllegung der Asse Erhöht werden auch die Ausgaben für die Endlagerung radioaktiver Abfälle. Stephan Thomae (FDP) hob hervor, dass die Ausgaben dafür um 8,4 Prozent auf rund 501 Millionen erhöht wurden. Allein die Ausgaben für die Stilllegung der Schachtanlage Asse wurden auf 142,6 Millionen Euro aufgestockt: „Ich glaube, das ist eine richtige Maßnahme“, sagte der FDP-Politiker. Für Dorothea Menzner (Die Linke) ist das hingegen noch immer „deutlich zu wenig“. Zu viel Geld werde mit 41 Millionen für die weitere Erkundung von Gorleben ausgegeben, kritisierte sie und fragte: „Sollen hier weitere Fakten geschaffen werden?“ Annette Sach

Energiewende. Wir fördern das.

Fokussierung auf erneuerbare Energien, Klimawandel, Ressourcenschonung und Risikominimierung – es gibt viele Motive für die Energiewende. Die KfW hat den Umwelt- und Klimaschutz im ersten Halbjahr 2012 bereits mit mehr als 12 Mrd. EUR gefördert und somit vielen Einzelnen ermöglicht, einen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Ganz gleich, ob Sie die Steigerung der Energieeffizienz Ihres Hauses anstreben oder Ihr Beitrag im Bau einer Offshore-Anlage besteht: Wir fördern das.

Mehr Informationen erhalten Sie unter www.kfw.de

Bank aus Verantwortung



Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) fand in der abschließenden Beratung ihres Etats für 2013 deutliche Worte: „Familien sind nicht der Steinbruch der Wirtschaft zur Fachkräftesicherung.“ Adressiert war die Schelte an Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt, der sich für eine Beschränkung von Elternzeit und Elterngeld auf ein Jahr ausgesprochen hatte. Schröder stellte klar: Abstriche bei der Elternzeit oder des Elterngeldes wird es mit ihr nicht geben. Die Wirtschaft habe „es selbst in der Hand“, Eltern durch familienfreundliche Arbeitsplätze nach der Geburt ihres Kindes wieder schneller in das Erwerbsleben zu integrieren. Kinder dürften nicht als „Sand im Getriebe der ökonomischen Effizienz“ wahrgenommen werden.

Der CDU-Haushaltspolitiker Andreas Mattfeldt und die CSU-Familienexpertin Dorothee Bär erteilten den Forderungen Hundts eine ebenso klare Absage. „Das Elterngeld bleibt – da können noch so viele Arbeitgeberpräsidenten meinen, daran rütteln zu müssen“, betonte Bär.

Das Plädoyer für das Elterngeld kommt nicht von ungefähr. Schließlich bildet es mit 4,9 Milliarden Euro bereits mehr als zwei Drittel aller Ausgaben im 6,88 Milliarden umfassenden Familienetat (17/10200), den der Bundestag in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (17/10816, 17/10823) verabschiedete.

Derzeit können Eltern bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres ihres Kindes Elterngeld nehmen und bis zu 14 Monate Elterngeld beziehen. Schröder lobte das Elterngeld als familien- und gleichstellungspolitischen Erfolg. Inzwischen würden auch 27,3 Prozent der Väter Elternzeit und Elterngeld in Anspruch nehmen, sagte sie unter Berufung auf aktuelle Angaben des Statistischen Bundesamtes. Das Elterngeld, so argumentierte Schröder, schaffe zusammen mit dem Ausbau der Kita-Plätze und dem Betreuungsgeld für die Eltern die Wahlfreiheit, wo und wie sie ihre Kleinkinder betreuen oder betreuen lassen wollen.

Betreuungsgeld Schröders Argumentation verfiel bei der Opposition nicht – im Gegenteil. SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erneuerten ihre grundlegende Kritik an der Politik der jüngsten Ministerin im Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Vor allem das Betreuungsgeld bleibt der Stein des Anstoßes. Dieses sei ein „familien- und gleichstellungspolitischer Rückschritt“, der mittelfristig Milliarden verschlinge, bemängelte Caren Marks. Die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion kündigte an, dass das Betreuungsgeld nach einem roten Wahltag bei der Bundestagswahl wieder abgeschafft werde.

Für das Betreuungsgeld, das zum 1. August 2013 eingeführt wird, sind im Etat 55 Millionen Euro eingeplant. Im Jahr 2014 wird es mit 1,1 Milliarden Euro und ab 2015 jährlich mit 1,2 Milliarden Euro zu Buche schlagen. Der Haushaltspolitiker Steffen Bockhahn von der Linksfraktion geißelte es als „sinnfreie bildungs- und integrationsfeindliche Maßnahme“, die die soziale Spaltung des Landes verschärfe, die die Bezahler von Arbeitslosigkeit II nicht erhalte. Und Sven-Christian Kindler, Haushaltsexperte

Sand im Getriebe

FAMILIE Einer der kleinsten Etats im Bundeshaushalt sorgt für großen gesellschaftspolitischen Streit



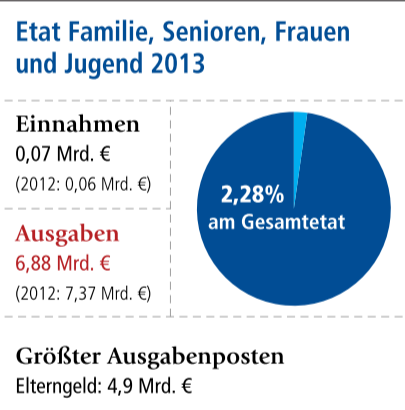
Um die Betreuung von Kleinkindern tobt eine der letzten ideologischen Auseinandersetzungen der deutschen Politik.

der Grünen, kritisierte, solange Eltern ihre Kinder nicht in eine wohnortnahe und bedarfsgerechte Kita ihrer Wahl schicken könnten, existiere die von Schröder behauptete Wahlfreiheit nicht. Schröders Amtszeit, so schallte es unisono aus den Reihen der Opposition, sei eine „verlorene Zeit“ für die Familien, die Frauen und die Jugend. Völlig konträr dazu fiel das Fazit bei Union und Liberalen aus. Auch in der Familienpolitik „sind wir die erfolgreichste Koalition seit der Wiedervereinigung“, lobte die familienpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Miriam Gruß, das eigene Handeln. Sie verwies unter anderem auf die „geringste Jugendarbeitslosigkeit Europas“, das Programm für Familienhebammen in Höhe von 45 Millionen Euro, das Kinderschutzgesetz, die Familienpflegezeit, die finanzielle

Unterstützung für kinderlose Paare bei künstlichen Befruchtungen.

Extremismus Scharf attackiert wurde Schröder von der Opposition zudem für die Zusammenlegung der Bundesprogramme gegen Rechts- und Linksextremismus und Islamismus. Die Vermischung dieser Bereiche sei „unwissenschaftlich“ und stelle eine „Verharmlosung des Rechtsextremismus“ dar. SPD, Linke und Grüne kritisierten zudem die sogenannte Extremismusklausel, die Projektträger unterzeichnen müssen, wenn sie Fördermittel des Bundes für ihre Projekte gegen Extremismus beantragen. Dadurch würde die Zivilgesellschaft unter einen Generalverdacht gestellt. Im Familienetat sind für 2013 insgesamt 29 Millionen Euro eingestellt, 24 Millionen für Projekte

gegen Rechtsextremismus und fünf Millionen Euro für Projekte gegen Linksextremismus und Islamismus. *Alexander Weinlein*



Pleiten, Pech und Pannen – oder zeitgemäß und solide

INNERES Ressortchef Friedrich verteidigt seine Politik zur Extremismusbekämpfung gegen scharfe Oppositionskritik

Dass der Haushaltsausschuss des Bundestages den Ortsverbänden des Technischen Hilfswerks für das kommende Jahr zwei Millionen Euro mehr zugestanden hatte als im Etatentwurf der Bundesregierung vorgesehen, fand vergangene Woche lobende Worte von Abgeordneten der Koalition wie auch der Opposition. Doch ansonsten bestätigte auch die Bundestagsdebatte über den Etat 2013 des Bundesinnenministeriums, dass Koalition und Opposition quasi naturgegeben eine gegenseitliche Sicht auf das Regierungshandeln haben: Wohin man auch blicke, „gibt es Pleiten, Pech und Pannen – und auch selbstherrliche Geheimdienste“. Das ist Ihre innenpolitische Bilanz“, attestierte etwa der Grünen-Abgeordnete Memet Kilic der Regierungskoalition. Sein CSU-Kollege Stephan Mayer dagegen beschleunigte Schwarz-Gelb, Garant zu sein „für eine zeitgemäße, solide und qualitativ hochwertige Innenpolitik“.

»Roter Faden« Unter den Streitpunkten der Aussprache ragten vor allem die Asylpolitik und die Extremismusbekämpfung heraus. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) mahnte, angesichts „islamistischer Terrorgefahr“ sowie „rechts- und linksextremistischer Gewaltgefahr“ die Abwehrkraft des Staates gegen „kriminelle Angriffe“ zu stärken. Dazu müssten die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden verbessert und moderne Informations- und Kommunikationstechnologien eingesetzt werden. Deshalb habe man im vergangenen Jahr die Anti-Terror-Gesetze verlängert und das Gemeinsame Abwehrzentrum gegen Rechtsextremismus auf die Beine gestellt. Dieses sei jetzt um ein Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) erweitert worden, „das alle Phänomenebereiche abdeckt“. Ferner habe er die Rechtsextremisusdatei auf den Weg ge-

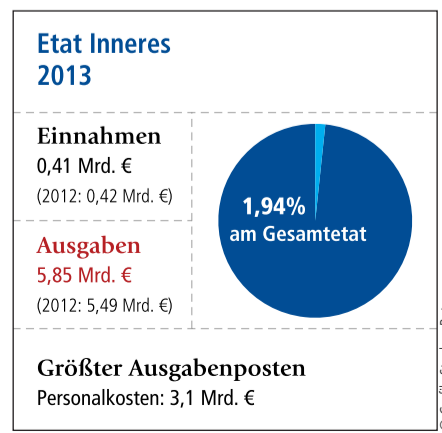
bracht, die den Sicherheitsbehörden einen bundesweiten Überblick über rechtsextremistische Gewalttäter ermögliche. Dies sei „die richtige Antwort auf die NSU-Mordserie“, betonte der Ressortchef, für den sich die Effizienzsteigerung der Sicherheitsbehörden „wie ein roter Faden“ durch die Etatvorlage zieht.

Der vom Bundestag in der Ausschussfassung beschlossene Haushalt des Innenministeriums (17/10806, 17/10823, 17/10824) umfasst für das kommende Jahr ein Ausgabenvolumen von gut 5,85 Milliarden Euro und damit rund 5,7 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf (17/10200) vorgesehen. Im Vergleich zum Haushalt 2012 wächst der Innen-Etat damit um 360,23 Millionen Euro.

Kritik an Ländern Unions-Fraktionsvize Günter Krings (CDU) verwies darauf, dass etwa vier Milliarden Euro für die Sicherheitsbehörden ausgegeben würden. Auch enthalte der Bundeshaushalt insgesamt etwa 25 Millionen Euro mehr zur Stärkung des Kampfes gegen den Rechtsextremismus. Krings begrüßte zugleich die Einrichtung

des GETZ, an dem zehn Bundesländer aktiv beteiligt seien. Wenn es beim Rechtsextremismus richtig sei, besser zusammenzuarbeiten, gebe es „kein sachliches Argument, warum das beim Linksextremismus oder beim Ausländerextremismus dann schädlich sein soll“. Er habe kein Verständnis für die sechs Länder, die sich „dieser effektiven Zusammenarbeit verweigern“.

»Aktionismus« vorgeworfen Der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, kritisierte dagegen mit Blick auf das GETZ, für jeden „Extremismusansatz“ brauche man eine „eigene Bekämpfungsstrategie und keine überbordenden Zentren, die einfach so, ohne Beteiligung der Länder, eingerichtet werden“. Er warf dem Minister zugleich vor, sich seit seinem Amtsantritt vergeblich „um einen Kompass“ zu bemühen. Die Innenpolitik in Deutschland „ist bei Ihnen in keinen guten Händen“, betonte Hartmann an Friedrich gewandt. So liege es etwa in der Verantwortung des Ressortchefs, „dass nach Bekanntwerden der NSU-Mordserie das Schreddern der Akten im Bundesamt für Verfassungsschutz nicht ausdrücklich untersagt wurde“. Auch dürfe man nicht bei der Behördenorganisation stehen bleiben, wenn es um die Aufarbeitung der NSU-Mordserie gehe. Man müsse die Haltungen in den Sicherheitsbehörden verändern. Hierzu vermisse er ein klares Wort des Ministers. Für die Linke hielt ihr Abgeordneter Steffen Bockhahn dem Minister „Aktionismus“ vor. Friedrich schaffe Kompetenzzentren und Gemeinsame Abwehrzentren und verknüpfe „das eine mit dem anderen, ohne zu überlegen, ob es sinnvoll ist oder nicht“. Der Koalition warf Bockhahn zudem einen „Wahn zur Online-Überwachung“ und zur „Bespitzelung der Bevölkerung“ vor, die „jedem Maß verloren“ habe. Zugleich forderte



Zum achten Mal in Folge

KULTUR Neumanns Haushalt steigt auf 1,28 Milliarden Euro

Mit 1,28 Milliarden Euro kann sich Kulturstatsminister Bernd Neumann (CDU) zum achten Mal in Folge über eine Etatsteigerung freuen. Der Haushaltsausschuss bewilligte in seinen Beratungen noch einmal 100 Millionen Euro mehr als im Regierungsentwurf veranschlagt waren. Der erneute Anstieg bei den Kulturausgaben des Bundes sei „ein Rekord in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, lobte der CDU-Kulturpolitiker Wolfgang Börsen. Von den zusätzlichen Geldern wird unter anderem ein 30 Millionen Euro umfassendes neues Denkmalschutz- und Sanierungsprogramm aufgelegt. Zudem werden die Mittel des Deutschen Filmförderfonds um zehn auf 70 Millionen Euro aufgestockt und weitere zehn Millionen Euro fließen in die Sanierung des Hauses der Kulturen der Welt in Berlin. Mit 20 Millionen Euro verteilt auf die nächsten vier Jahre unterstützt der Bund den Bau und die Gründung der Barenboim-Said-Akademie in Berlin (siehe auch Seite 13).

Bei aller Freude, die in allen Fraktionen über den erneuten Anstieg der Kulturausgaben des Bundes herrschte, wurde in der Opposition jedoch auch Kritik laut. So bemängelte Siegmund Ehrmann, kulturpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die fehlende Koordination zwischen Bund, Ländern und Kommunen bei der kulturellen Bildung. Die kulturpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Lukrezia Jochimsen, forderte einen höheren Stellenwert für die Kulturpolitik des Bundes. Dazu gehöre auch die Schaffung eines eigenen Ministeriums mit eigenem Haushalt. Bislang ist der Posten des Kulturstatsministers beim Bundeskanzleramt angesiedelt, ebenso sein Etat. Tabea Rößner, medienpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, kritisierte unter Verweis auf die Insolvenz der „Frankfurter Rundschau“ und die Einstellung der „Financial Times Deutschland“, die Regierung ignoriere das Zeitungssterben. Sie verschärfte das Problem gar mit den Lockerungen beim Pressefusionsrecht. *aw*

Lob und Tadel für Schavan

BILDUNG/FORSCHUNG Erneuter Mittelanstieg in 2013

Das Thema Bildung ist eigentlich nichts für Hautdegen. Doch in der Haushaltsdebatte am vergangenen Donnerstag zum Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung wurde nicht immer nur mit dem Florett gekämpft, Säbelrasseln war genauso angesagt. Immerhin: Die Steigerung des Etats in den vergangenen Jahren unter Schwarz-Gelb fand der SPD-Bildungsexperte René Röspe, „ausdrücklich gut“. Seine Kritik ließ indes nicht lange auf sich warten: Im Wahljahr 2013 erhöhe die Koalition die Mittel zwar noch einmal, doch halte sie nicht das Versprechen, in den Folgejahren erneut für Zuwachs zu sorgen. Schon 2014 würden die Ausgaben eingefroren. „Das ist keine nachhaltige Politik“, unterstrich Röspe, der vom „Etatentwurf einer schwachen Regierung“ sprach. Ressortchefin Annette Schavan (CDU) konterte: „Wir stehen jetzt zehn Monate vor einer Bundestagswahl, und die SPD ist vollkommen im Wahlkampfmodus.“

orts. „Eine Wissensnation, die etwas auf sich hält, trägt Sorge dafür, dass der eigene Wissenschaftsstandort attraktiv ist für die anderen starken Wissenschaftsstandorte“, betonte Schavan.

»Rohstoff Bildung« Eckhardt Rehberg (CDU) sagte, man habe für diese Wahlperiode bei Bildung und Forschung einen Zuwachs von zwölf Milliarden Euro versprochen. Letztendlich seien es 13,3 Milliarden Euro geworden. Er verwies zugleich darauf, dass die Zahl der Hochschulabsolventen in den vergangenen 15 Jahren von 14 Prozent auf 30 Prozent eines Jahrgangs gestiegen sei. Die Zahl der Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften sei 2011 um 24 Prozent gewachsen. Heinz-Peter Haustein (FDP) betonte, dass unter Schwarz-Gelb der Schwerpunkt auf Bildung und Forschung gelegt werde: „Der einzige Rohstoff, den wir im Land haben, ist Bildung und der Grips zwischen unseren Ohren. In diesen Bereich wird investiert, und das ist Investition in die Zukunft“.

Nicole Gohlke (Die Linke) kritisierte, die finanziellen Aufstockungen kämen nicht dort an, wo sie am dringendsten gebraucht würden. „Sie schieben das Geld wieder in Elite- und Standortprojekte“, hielt sie der Regierung vor. Damit werde im Bereich Bildung die Spaltung der Gesellschaft weiter verfestigt. Studien zeigten, dass in Deutschland „Bildungschancen vererbt“ würden. Für den Etatzuwachs lobte auch Tobias Lindner (Grüne) die Bundesregierung. Mit „bildungspolitischen Irläufern wie dem Betreuungsgeld“ und mit der Förderung von Kerntechnik und Genforschung setze die Bundesregierung jedoch die falschen Schwerpunkte. *Annette Rollmann*

Drei Leitlinien Die Ministerin kann im kommenden Jahr 13,74 Milliarden Euro ausgeben. Das sind 11,75 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf vorgesehen, aber 799,13 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr. Schavan verwies darauf, dass der größte Anteil der Wertschöpfung in Deutschland auf Forschung basiere. Erste Leitlinie für ihre Forschungspolitik sei, dafür zu sorgen, dass sich dieser Anteil weiterentwickeln könne, damit auch künftig „Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum vorhanden sind“. Ferner gehöre es zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft, die Zukunftschancen der jungen Generation zu sichern. Als dritte Leitlinie nannte sie die Internationalisierung des Wissenschaftsstand-

Mehr Geld für NSU-Opfer

JUSTIZ Bundestag stockt den kleinsten Ressort-Etat auf

Alle Beratungen zum Justizetat 2013 seien gut vorbereitet gewesen, lobte der SPD-Abgeordnete Ewald Schurer vergangene Woche in der Haushaltsdebatte das zuständige Ministerium. Er verwies auf die „kleinen Änderungen bei der Bereinigungssitzung“, nach der sich die Einnahmen des Ministeriums im kommenden Jahr nunmehr auf 484,3 Millionen Euro und die Ausgaben auf 606,84 Millionen Euro belaufen würden. Das sei erwähnenswert, sagte Schurer, weil das ein „Novum aller Haushalte“ sei, nämlich eine Deckungsquote von etwa 80 Prozent. Dennoch stimmte seine Fraktion am Ende der Plenardebatte gegen den Haushaltsentwurf für das Bundesjustizministerium in der vom Haushaltsausschuss geänderten Fassung (17/10807, 17/10823, 17/10824). Der Entwurf wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die der Opposition angenommen.

Zusammenarbeit gegenüber dem Etatentwurf um weitere 364.000 Euro auf nunmehr 4,1 Millionen Euro aufzustocken. Die Stiftung leiste eine „vorbildliche Arbeit beim Export deutschen Rechts in andere Länder und nun speziell in den arabischen Raum“, sagte Funk.

Dunkle Geschichte Der FDP-Abgeordnete Stephan Thomae lobte vor allem das Forschungsprojekt zur Aufklärung des Umgangs des Bundesjustizministeriums mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Es sei ein „sehr wichtiges Vorhaben“, das zeige, „dass wir nichts vertuschen wollen, sondern uns offensiv mit der dunklen Geschichte in Deutschland befassen wollen“, sagte Thomae.

Dieses Projekt sei „richtig und notwendig“, befand auch der Grünen-Abgeordnete Jerzy Montag. Er forderte die „unabhängige und vollständige Aufklärung“. Sie sei ihm ein „echtes Anliegen“. Jens Petermann (Die Linke) kam auf die hohen Verfahrenszahlen am Bundesverfassungsgericht zu sprechen. „Mit dem Konstrukt einer Mutwillensgebühr würde der Zugang zum Gericht beschnitten“, kritisierte er ein Regierungsvorhaben. „Die Bürgerinnen und Bürger sollen also zahlen, wenn sie das Gericht mit vermeintlichem Unflug beschäftigen“, sagte er weiter. Doch dieser Rechtsweg müsse allen offenstehen, auch Bürgern mit „schmalen Geldbeutel“. Der Etat des Bundesverfassungsgerichts für das kommende Jahr (17/10823, 17/10824) wird Ausgaben in Höhe von 45,13 Millionen Euro wurde einstimmig vom Bundestag verabschiedet. *ver*

»Die Forschung zur NS-Vergangenheit ist ein wichtiges Vorhaben.«

Stephan Thomae (FDP)

Massive Fallzahlen Zu den „kleinen Änderungen“ zählte unter anderem die Aufstockung der zur Verfügung stehenden Gelder für „Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe“ auf eine Million Euro. Im ursprünglichen Ansatz der Bundesregierung (17/10200) war nur die Hälfte der Summe für diesen Titel vorgesehen. Anlass für die Verdopplung sind die „massiv gestiegenen Fallzahlen im Zuge der NSU-Verbrechen“, heißt es im Bericht des Haushaltsausschusses (17/10825). Die Aufstockung war im Ausschuss interfraktionell einvernehmlich beschlossen worden. Alexander Funk (CDU) hob hervor, dass es gelungen sei, den Mittelansatz für die Deutsche Stiftung für internationale rechtliche

Helmut Stoltenberg



Bonjour Tristesse: In diesem heruntergekommenen Hochhaus in Frankfurt am Main ist ein Seniorenheim untergebracht. Die Altersarmut war ein wichtiges Thema bei der Plenardebatte über den Haushalt des Sozialministeriums für das Jahr 2013.

Mehr Geld für Grundsicherung

ARBEIT UND SOZIALES Etat macht mit fast 120 Milliarden Euro Ausgaben knapp 40 Prozent des Gesamthaushalts 2013 aus.

Mit 4:1 hat Borussia Dortmund den niederländischen Meister Ajax Amsterdam geschlagen. Zum ersten Mal seit zehn Jahren stehen die Borussen wieder in einem Achtelfinale der europäischen Königsklasse. Ein Höhepunkt für Dortmund. Für eine Stadt, in der fast jeder Vierte am Rande der Armut lebt.

Fast 120 Milliarden Euro stehen auf der Ausgabenliste im Einzelplan 11 (17/10200) des Bundeshaushalts. Der Sozialetat ist der größte Einzeletat überhaupt, er nimmt fast 40 Prozent des gesamten Haushalts ein.

300 Millionen mehr In der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses zu Monatsbeginn hatte der Bundestag den Posten für die Grundsicherung um 300 Millionen aufgestockt. Die Ausgaben dafür werden 2013 bei 31,63 Milliarden Euro liegen. Fast zehn Prozent der Deutschen beziehen laut der WSI-Studie Hart IV, und 15,1 Prozent der Bürger sind im Bundesdurchschnitt arbeitslos. Diese Zahlen sind alarmierend. Das weiß auch die Bundessozialministerin.

»Wir setzen die Akzente auf Bildung, Ausbildung und Weiterbildung«

Ursula von der Leyen (CDU)

Arbeitsstudie 24,2 Prozent der Dortmunder sind existenzgefährdet, 17,7 Prozent leben von Hartz IV. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zum Ausmaß der Armut in den 15 größten deutschen Städten. Gemeinsam mit Duisburg und Leipzig bildet Dortmund das Schlusslicht im bundesweiten Vergleich. Am Tag nach dem schwarz-gelben Erfolg dominiert am Rande des Ruhrgebiets wieder der graue Alltag. Und rund 420 Kilometer weiter östlich, im fernen Berlin, verabschiedet der Bundestag den Haushaltsplan des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales für das kommende Jahr. Was in Dortmund konkret erfahrbar ist, wird hier abstrakt diskutiert. Es geht um Zahlen. Es geht um Geld, um sehr viel Geld.

fügung, als 2012 gebraucht werden“, informierte die Ministerin. Insgesamt könne das Ministerium eine Bilanz aufweisen, „die sich sehen lassen kann“, warb sie vor den Abgeordneten für ihren Etat. Ihr Fraktionskollege Axel E. Fischer nannte den Bundeshaushalt 2013 einen „weiteren Schritt auf dem erfolgreichen Konsolidierungspfad“ der Koalition. Er verwies auf kürzlich verabschiedete Maßnahmen. So werde der Bund den Kommunen künftig 3,9 Milliarden Euro für die laufenden Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung erstatten. Durch die „beschlossene dauerhafte Übernahme der Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet der Bund die Kommunen allein bis 2016 um voraussichtlich 20 Milliarden Euro“, sagte Fischer weiter. Dies bedeute einen „Paradigmenwechsel in der Bundespolitik“.

»Kein anderer Etat wurde unter Schwarz-Gelb so geschöpft wie dieser«

Brigitte Pothmer (Grüne)

Haushaltskonsolidierung Der liberale Abgeordnete Heinrich L. Kolb reihte sich argumentativ in die Reihe der übrigen Redner der Koalitionsfraktionen ein. Die Haushaltskonsolidierung sei „ein hohes Ziel“. Als Schwarz-Gelb 2010 den Haushalt übernommen habe, „gab es ein Soll im Einzelplan 11 von 143,2 Milliarden Euro.“ In der Zwei-

schnezeit sei dieses Soll auf 119,2 Milliarden Euro zurückgeführt worden. Die Koalition mache „mit weniger Geld die bessere Sozialpolitik“, sagte Kolb. Und weiter: „Diese Regierung trägt mit großer Sorge und Sorgfalt dazu bei, dass sich die Beschäftigung in Deutschland positiv entwickelt.“ Dem widersprachen die Abgeordneten der Oppositionsparteien heftig. Gesine Lötzsch (Die Linke) erneuerte die Forderung ihrer Fraktion nach einem gesetzlichen Mindestlohn. Nur dieser sei ein „wirksames Gegenmittel“ gegen die aktuellen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.

Verletzte Würde Mehr als eine Million Menschen, sagte Lötzsch weiter, könne hierzulande nicht von ihrem geringen Gehalt leben. Und bei 350.000 Menschen reiche der Lohn nicht für das tägliche Leben, obwohl sie sogar vollzeitbeschäftigt seien. „Das ist nicht sozial. Das verletzt die Würde des Einzelnen und steht im Widerspruch zum Grundgesetz“, sagte sie.

„Kein Etat wurde unter Schwarz-Gelb so geschöpft wie der des Sozial- und Arbeitsministeriums“, hielt Brigitte Pothmer (Bündnis 90/Die Grünen) der Ministerin vor. Langzeitarbeitslose seien die „großen Verlierer Ihrer Arbeitsmarktpolitik“. Auch die „prekäre Beschäftigung“ habe sich in der

Amtszeit von der Leyens bedeutend ausgeweitet: „Millionen Niedriglöhner, fast fünf Millionen Minijobber, Hunderttausende Leiharbeiter und Leiharbeiterinnen“. Für diese Menschen gelte: „Armut trotz Arbeit im Hier und Jetzt und Altersarmut für die Zukunft.“ Altersarmut sei das „Ergebnis von Erwerbsarmut, von Langzeitarbeitslosigkeit, von prekärer Arbeit, von schlechten Entlo-

harbeit durch den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ abgewendet werden. Und schließlich müsse die Ministerin den „Missbrauch von Werkverträgen und Minijobs“ zurückdrängen. Im kommenden Jahr sollen sich die Leistungen an die Rentenversicherung auf 81,16 Milliarden Euro belaufen. So sieht es der Haushaltsplan vor. Darin enthalten ist unter anderem der Bundeszuschuss an die allgemeine Rentenversicherung in Höhe von 30,49 Milliarden Euro.

Im Anschluss an die etwa eineinhalbstündige Debatte wurde der Einzelplan 11 des Bundeshaushalts in der vom Ausschuss geänderten Fassung (17/10811, 17/10823) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Opposition angenommen. Vier Anträge der Opposition wurden abgelehnt. In Dortmund rechnen sie weiterhin mit kleineren Zahlen, mit Hartz-IV-Sätzen, Fußballergebnissen und Tabellenständen. Borussia bringt ein wenig Glanz in die Stadt, den Alltag und das Leben der Menschen hier. „Echte Liebe“ ist das Motto des Vereins. Wie die Spieler, sollen nun auch die Kunden des Jobcenters Prämien erhalten: Wer eine ungelernete Tätigkeit annimmt, dem werden 280,50 Euro Einstiegsgeld versprochen. Das wiederum dürfte für Diskussionen sorgen – auch in Berlin. Verena Renneberg



Größter Ausgabenposten
Leistungen an die Rentenversicherung:
81,16 Mrd. €

nungen“, erklärte der SPD-Abgeordnete Hubertus Heil. Man müsse dafür sorgen, dass Menschen in sozialversicherungspflichtiger Arbeit kämen und dass sie von der Arbeit auch leben könnten, sagte der Sozialdemokrat weiter. Auch dürften Frauen nicht „in Teilzeitaltern gefangen“ sein. Darüber hinaus müsse der Missbrauch von Zeit- und

Etat kürzung findet zweigeteiltes Echo

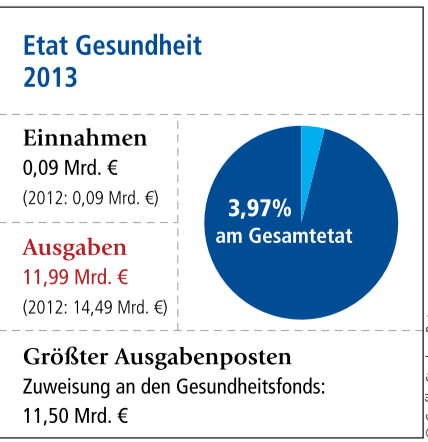
Gesundheit Opposition und Koalition sind sich uneinig über die Verwendung der Überschüsse der GKV.

Die Ausgaben des Gesundheitsministeriums werden im Jahr 2013 um knapp zwei-einhalb Milliarden Euro - von 14,50 auf 11,99 Milliarden Euro - sinken. Dies hat der Bundestag am vergangenen Dienstag mit der Koalitionsmehrheit beschlossen. Der größte Teil dieser Kürzung resultiert aus der Verminderung des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds von 14 Milliarden Euro im Jahr 2012 auf 11,5 Milliarden Euro. Bei dem Fonds handelt es sich um jenen Topf, in den neben den Steuermitteln die Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern fließen und aus dem die Krankenkassen pro Versicherten einen bestimmte Summe als Zuweisung erhalten. Ein leichter Anstieg ist demgegenüber bei den Personalausgaben - von 187,05 auf 196,00 Millionen Euro - sowie bei den sächlichen Verwaltungsausgaben - von 133,06 auf 138,75 Millionen Euro - zu verzeichnen.

Minister Daniel Bahr wertete es als Erfolg, dass sein Etat den größten Sparbeitrag aller Einzeletats leiste und so maßgeblich dazu beitrage, das Ziel eines ausgeglichenen Gesamthaushalts zu erreichen. „Dies beweist, dass die Politik mit dem Geld, das die Bürger ihr zur Verfügung stellen, auch auskommt“, unterstrich der Minister. Zu Beginn der Wahlperiode habe der GKV noch das größte Defizite ihrer Geschichte gedroht. Heute missgönne es die Opposition der Regierung, dass es Überschüsse in der GKV gebe, sagte Bahr. Diesen Erfolg habe die Regierung nicht durch Leistungskürzungen erreicht, sondern durch kluge Politik, wie etwa in der Arzneimittelversorgung.

Der SPD-Abgeordnete Karl Lauterbach attestierte der Regierung degegenüber eine negative Leistungsbilanz in der Gesundheitspolitik. Die vom Minister gepriesenen Überschüsse in der GKV seien nicht auf gutes Wirtschaften, sondern auf eine historische beispiellose Beitragssatzerhöhung zurückzuführen. Außerdem habe die Koalition den Versicherten eine Kopfpauschale auferlegt. „Nun hat die Regierung Angst vor deren Umsetzung“, sagte Lauterbach, weil sie die Reaktion der Bürger fürchte. Schwer nachvollziehbar sei auch, dass im Haushalt des Gesundheitsministers ausgerechnet bei der Vorbeugung gespart werde. „Das ist so, als wenn der Landwirt sein Saatgut an die Tiere verfüttert“, kritisierte Lauterbach.

Die FDP-Abgeordnete Christine Aschenberg-Dugnus hielt dagegen, indem sie auf die positiven Wirkungen der von der Koalition initiierten Gesetzesvorhaben wie der Neuordnung des Arzneimittelmarktes, der Pflege und der Versorgungsstrukturen hinwies. Der Haushalt des Gesundheitsministers runde diese positive Leistungsbilanz ab. „Wir führen den Nachweis, dass wir sparsam haushalten und zugleich politisch gestalten können“, sagte Aschenberg-Dugnus. Der CSU-Abgeordnete Alois Karl argumentierte als Haushaltspoliker: „Wir haben in den letzten Jahrzehnten zu viel Geld ausgegeben“, be-



Gefüllte Kassen Die Entscheidung über den Gesundheitsetat fiel vor dem Hintergrund gut gefüllter Kassen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Nach Berechnungen des Schätzerkreises der GKV wird allein der Überschuss im Gesundheitsfonds Ende 2012 fast 13 Milliarden Euro betragen. Dieser Überschuss einerseits und die Etatkürzungen andererseits waren die zentralen Themen in der Plenardebatte über den Haushalt des Gesundheitsministers.

Anzeige

FÜR EINE MINENFREIE WELT

20 JAHRE KAMPAGNE ZUR ÄCHTUNG VON LANDMINEN

KUNST & FOTO AUSSTELLUNG
30. NOV. – 21. DEZ. 2012

EINTRITT FREI
TÄGLICH 9 – 18 UHR
AUSWÄRTIGES AMT
WERDERSCHER MARKT 1
10117 BERLIN

U-BAHN: U2 HAUSVOGTEIPLATZ
INFOS: TELEFON 030-5000-1460

Logo: Auswärtiges Amt, HANDICAP INTERNATIONAL, medico international, SODI!

Patrioten für Ankara

VERTEIDIGUNG Türkei-Einsatz der Bundeswehr überlagert Debatte über Wehretat. Die Koalition will Einheiten zur Luftabwehr entsenden. Auch die SPD signalisiert prinzipiell ihre Zustimmung



Abbruch einer Patriot-Rakete: In der Nato verfügen lediglich Deutschland, die Niederlande und die USA über das Luftabwehrsystem in der modernsten Version.

Deutschlands Verteidigungsausgaben steigen weiter an – trotz oder gerade wegen der Reform und der Verkleinerung der Bundeswehr. Mit 33,26 Milliarden Euro werden sie im kommenden Jahr um 1,39 Milliarden höher ausfallen als im Jahr 2012. Der Bundestag verabschiedete den Wehretat (Einzelplan 14) am vergangenen Donnerstag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition in der durch den Haushaltsausschuss geänderten Fassung (17/10813, 17/10823). Die Haushälter des Bundestages hatten den Regierungsentwurf (17/10200) noch einmal um 25 Millionen Euro gekürzt. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) zeigte sich trotz dem weitgehend zufrieden: Der Etat für die Streitkräfte sei „auskömmlich“. Mehr als zwei Drittel der Verteidigungsausgaben fließen in das militärische und zivile Personal der Streitkräfte. Dort sind auch die größten Ausgabesteigerungen zu verzeichnen. Die Personalkosten steigen um 845 Millionen auf 15,77 Milliarden Euro und die Verwaltungsausgaben um 723 Millionen auf 5,88 Milliarden Euro. Abstriche muss die Truppe hingegen bei Beschaffung und Erhalt von Material und Ausrüstung machen. Mit 10,37 Milliarden Euro fällt dieser Posten um 232 Millionen Euro niedriger aus als in diesem Jahr. Das Verteidigungsministerium begründet die Ausgabesteigerungen vor allem mit dem Sold- und Lohnhöhungen, der Wiedergewährung des Weihnachtsgeldes und der Umsetzung des Bundeswehrreformbegleitgesetzes. Zudem steigen die Mietzah-

lungen an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben kräftig an, da im kommenden Jahr auch die Bundeswehrliegenschaften im Wehrbereich West in das Einheitliche Liegenschaftsmanagement überführt werden. Allein für diesen Posten sind Ausgaben von 2,64 Milliarden Euro eingeplant.

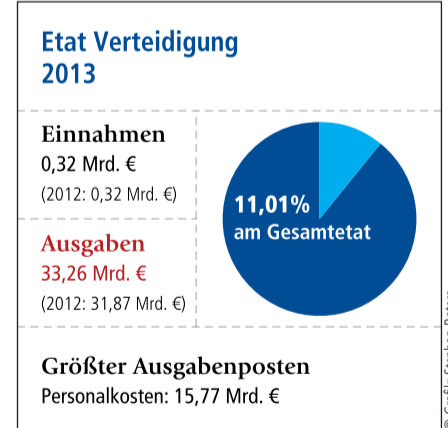
Türkei fordert Hilfe Überlagert wurde die Etatdebatte durch den geplanten Bundeswehr-Einsatz im türkisch-syrischen Grenzgebiet. Die türkische Regierung in Ankara hatte wenige Stunden zuvor die Stationierung des Flugabwehrsystems Patriot bei der Nato in Brüssel formell beantragt. Innerhalb des Bündnisses verfügen lediglich Deutschland, die Niederlande und die USA über die modernsten Patriot-Raketen vom Typ PAC-3. Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) betonte, dass der von Ankara angeforderte Einsatz „rein defensiv“ sei. Die Türkei bitte „um Hilfe beim Schutz der Bevölkerung und des Territoriums, um einen Beitrag zur Deeskalation der Krise entlang der Südgrenze des Nato-Gebietes zu leisten und um die Solidarität und die Entschlossenheit der Allianz zu demonstrieren“. Die Türkei selbst schließe in ihrem Antrag die Nutzung des Luftabwehrsystems zur Durchsetzung einer Flugverbotszone über Syrien oder anderer Offensiv-Operationen aus, erläuterte de Maizière. Damit sei „jede Verdächtigung gegenüber dem Antrag in Bezug auf eine Einmischung in den syrischen Bürgerkrieg gegenstandslos geworden“. Der Minister kündigte an, den Bundeswehr-Einsatz in der Türkei in jedem Fall durch den Bundestag mandatorien lassen zu wollen. Über das Mandat soll noch in der letzten Sit-

zungswache des Parlaments vor Weihnachten abschließend beraten werden. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Außenminister Guido Westerwelle (FDP) hatten während der Haushaltsberatungen am Mittwoch angekündigt, den Bundestag über den Einsatz entscheiden zu lassen. Eine Parlamentsmehrheit für den Einsatz scheint gesichert. Die Haushalts- und Verteidigungsexperten Klaus-Peter Willsch (CDU) und Jürgen Koppelin (FDP) machten die Unterstützung ihrer Fraktionen unter Verweis auf die Bündnisverpflichtungen Deutschlands gegenüber der Türkei deutlich. Auch die SPD signalisierte ihre prinzipielle Zustimmung, solange der Bundestag über das Mandat entscheide.

Angst vor Eskalation Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen lehnte den Einsatz zwar nicht direkt ab, meldete jedoch Bedenken an. Der Verteidigungsminister habe bislang nicht erklärt, „inwiefern ausgerechnet Pa-

triot-Raketen, die gegen Mittelstreckenraketen, aber auch gegen Flugzeuge und Hubschrauber eingesetzt werden können, ein geeignetes Mittel darstellen sollen, um auf Spannungen im türkisch-syrischen Grenzgebiet zu reagieren“, monierte Agnes Brugger. „Gegen den Beschuss durch Mörser – das ist das, was gerade passiert – können sie nämlich nichts ausrichten“, argumentierte die Verteidigungspolitikerin der Grünen. Vor allem aber müsse „offen und ehrlich“ über die Gefahr diskutiert werden, ob die Nato in den Bürgerkrieg in Syrien hineingezogen werden kann.

Die Linksfraktion hat diese Frage für sich bereits beantwortet und lehnt den Einsatz deshalb ab. Die türkische Regierung „will die Nato in eine militärische Auseinandersetzung mit hineinziehen“, behauptete deren friedenspolitische Sprecherin Christine Buchholz. Das türkische Parlament habe Anfang Oktober eine Militärintervention in Syrien per Gesetz ermöglicht und die Armee habe 250 Panzer an die Grenze verlegt. Die Bundeswehr verfügt nach eigenen Angaben derzeit über 24 Patriot-Systeme in der modernsten Version. Im Zuge der Bundeswehrreform sollen es zukünftig jedoch nur noch zwölf sein. Diese Reduzierung stieß in der Debatte auf die Kritik des verteidigungspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion, Rainer Arnold: „Wir diskutieren über den Einsatz von Patriot-Raketen. In Wirklichkeit wird diese Fähigkeit aber halbiert. Das ist ein Schmuckstück, über das nur drei Länder in der Nato verfügen.“ Alexander Weinlein



Informationen zum Waffensystem Patriot unter: www.bundeswehr.de/luftwaffe

30 Milliarden nach Brüssel

EUROPA EU finanziert sich aus Eigenmitteln ihrer Mitglieder

Wer im Bundeshaushalt nach einem Einzelposten „Finanzmittel an die Europäische Union“ schaut, wird dort vergeblich suchen. Dennoch wird die Bundesregierung nach bisherigen Berechnungen auf der Basis der Haushaltsplanung des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) im Jahr 2013 rund 30,7 Milliarden Euro nach Brüssel überweisen, rund 2,5 Milliarden Euro mehr als 2012. Insgesamt hatte der EU-Haushalt in diesem Jahr ein Volumen von 129 Milliarden Euro, der Haushalt für das kommende Jahr ist weiterhin strittig. Die Eckpunkte des EU-Haushalts werden alle sieben Jahre durch den mehrjährigen Finanzrahmen festgelegt. Momentan wird zwischen den Mitgliedstaaten der MFR für die Jahre 2014 bis 2020 verhandelt (siehe Seite 11).

Drei Komponenten Finanziert wird die Europäische Union aber nicht durch direkte Steuern ihrer Bürger, sondern über die Haushalte der einzelnen Mitgliedstaaten. Das besondere am EU-Haushalt ist dabei, dass alle Ausgaben durch Einnahmen gedeckt sein müssen – die sogenannten Eigen-

mittel. Sie setzen sich im Wesentlichen aus drei Komponenten zusammen: Zum einen finanziert sich die Union aus Zöllen und einer Zuckerabgabe, die beide – abgesehen von einer Pauschale – in voller Höhe an die EU gezahlt werden. Dazu kommen die Mehrwertsteuer-Eigenmittel, die bis zu einer Höhe von derzeit 0,3 Prozent zur Finanzierung herangezogen werden. Den größten Anteil decken die Eigenmittel, die anhand des Bruttonationaleinkommens (BNE) errechnet und zur Restfinanzierung von rund 70 Prozent herangezogen werden.

Insgesamt ist die Finanzierung des EU-Haushalts gedeckelt. So dürfen die Eigenmittel nicht mehr als 1,23 Prozent des Bruttonationaleinkommens der Union betragen. Deutschland zählt innerhalb der EU zu den Nettozahlern, die mehr Geld in die Kassen der EU einzahlen als sie durch bestimmte Politikbereiche wie die Agrarförderung oder die Strukturfonds zurück erhalten. Unterm Strich ist die EU aber nicht zuletzt aufgrund des gemeinsamen Binnenmarktes in vielerlei Hinsicht für Deutschland ein Gewinn. Annette Sach

Werte und Interessen

AUSWÄRTIGES Etat-Beratung im Zeichen der Krisendiplomatie

Eigentlich sollte es um die Zahlen gehen. Doch schnell richteten die Abgeordneten vergangene Woche in der abschließenden Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes den Blick auf das aktuelle Weltgeschehen: Etwa auf die Frage, ob sich die Bundeswehr an einem Nato-Einsatz an der türkisch-syrischen Grenze beteiligen soll (siehe Beitrag links). Und auf die jüngste Eskalation im Nahen Osten, wo sich Außenminister Guido Westerwelle (FDP) erst am Vortag um einen Waffenstillstand bemüht hatte.

Klaus Brandner (SPD) warf der Koalition vor, „kraft- und konzeptionslos“ ins Wahljahr zu stolpern. Minister Westerwelle fehle die Kraft für dringende Reformen im eigenen Hause und auch dafür, sich für mehr Mittel innerhalb der Koalition stark zu machen. Das führe zum Beispiel dazu, dass im Etat des Kanzleramts zusätzliche 100 Millionen Euro für Kultur eingeplant, bei der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik jedoch Projekte zusammengestrichen würden.

»Delikate Balance« Rainer Stinner (FDP) attestierte der Bundesregierung, „unsere Werte und Interessen in der Welt gut zu vertreten“ und mit ihrer Außenpolitik Anerkennung zu finden. Deutschland nehme eine „positiv gestaltende“ Rolle etwa in Afghanistan und in den Ländern des Arabischen Frühlings wahr – und auch bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise. Der Bundesregierung sei es gelungen, die „delikate Balance zwischen erwünschter Führung und nicht erwünschter Dominanz in Europa zu wahren“, betonte Stinner.

Michael Leutert (Die Linke), kritisierte, dass sich die „großen Ansprüche“ an die Außenpolitik nicht in der Ausstattung des Auswärtigen Amtes wiederfinden würden. Dem Amt fehlten an vielen Stellen schlicht die Kompetenzen. In der europäischen Schuldenkrise würden der Finanzminister und die Kanzlerin agieren und außerhalb Europas trete der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit einem viel größeren Etat als dem des Auswärtigen Amtes auf: „Dem Außenminister bleibt nichts weiter übrig, als ein paar Hände zu schützen“, kritisierte Leutert.

Philipp Mißfelder (CDU) lobte die Arbeit des Ministers: Die Bundesrepublik genieße bei ihren Partnern „hohes Ansehen“ und spiele bei den großen Konflikten der Welt eine „sehr starke Rolle“ – etwa beim Arabischen Frühling, in der Schuldenkrise in Europa und nicht zuletzt im Nahen Osten. Das Gesamtbild könne sich sehen lassen, sagte Mißfelder: Die Bundesregierung folge einer „nachhaltigen und überlegten außenpolitischen Konzeption“.

Dem hielt Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen) die Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses entgegen, bei der zehn Millionen Euro beim Stabilitätspakt Afghanistan gekürzt worden seien. Deutschland sende damit das Signal, sich aus der Verantwortung für den zivilen Aufbau zu verabschieden. Westerwelle, der auf der Geberkonferenz in Tokio noch vor wenigen Monaten großzügige Unterstützung für Afghanistan versichert habe, sei über diesen Vorgang nicht informiert gewesen. „Eine Blamage für Ihr Haus“ und ein Symptom dafür, „wie planlos die schwarz-gelbe Außenpolitik ist“, sagte Kindler.

Der Minister selbst entgegnete mit einem Verweis darauf, dass Deutschland vor zwei Jahren in den UN-Sicherheitsrat und nun in den UN-Menschenrechtsrat gewählt worden sei. Der Blick der Welt scheine „auf unsere Außenpolitik besser zu sein als der Blick der Opposition. Damit kann ich leben“, sagte Westerwelle.

Der Etat seines Hauses wurden im Anschluss in der vom Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (17/10805, 17/10823) mit den Stimmen der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen beschlossen. Das Auswärtige Amt kann somit im kommenden Jahr mit einem Budget in Höhe von 3,49 Milliarden Euro planen, das ist ein Zuwachs von rund 162 Millionen Euro gegenüber 2012. Keine Mehrheit fand ein Änderungsantrag der Grünen (17/11538), die eine Rücknahme der Kürzungen im Rahmen des Stabilitätspaktes Afghanistan um zehn Millionen Euro gefordert hatten. Alexander Heinrich



Guido Westerwelle in Israel

Dirk Niebel bekommt den Rotstift zu spüren

ENTWICKLUNG Die Koalitionsfraktionen kürzen beim Etat. Die Opposition sieht den Minister beschädigt und das Ziel in Gefahr, bis 2015 deutlich mehr Mittel in die Hand zu nehmen

Noch im September hat der Minister von einem „Rekordhaushalt“ gesprochen. Seit vergangener Woche ist klar: Erstmals muss Dirk Niebel (FDP) Kürzungen für sein Haus hinnehmen. Der Bundestag verabschiedete den Etat des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2013 in der Haushaltsausschuss beschlossenen Fassung (17/10823, 17/10824) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen. Das Ministerium muss demnach mit knapp 87 Millionen Euro weniger als im Haushaltsjahr 2012 auskommen. Niebels Etat umfasst damit 2013 rund 6,3 Milliarden Euro.

Nerv getroffen Für die Opposition ein willkommen Anlass zur heftigen Kritik: Sascha Raabe (SPD) meinte, der Minister lasse sich von FDP-Haushälter Jürgen Koppelin, „am Nasenring durch die Manege ziehen“. Aller-

dings taten sich auch Abgeordnete aus den Reihen der Koalition mit der Kürzung schwer. Fünf Abgeordnete enthielten sich in der namentlichen Abstimmung über einen Änderungsantrag der Grünen (17/11532), wonach sich der Bundestag zur internationalen Zusage Deutschlands bekennen sollte, bis 2015 0,7 Prozent seines Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen. 251 Abgeordnete votierten dafür, 305 dagegen. Der Antrag treffe auch den Nerv der Unionsabgeordneten, „die als Fachpolitiker vom Beschluss im Haushaltsausschuss überrascht wurden“, räumte Johannes Selle (CDU) ein. Er sagte jedoch auch: „Wir Entwicklungspolitiker wünschen uns mehr, aber wir stehen in der Verpflichtung, den Haushalt zu konsolidieren.“ Bärbel Kofler (SPD) sprach von einem „fatalen Signal“, weil Deutschland nicht bereit sei, internationalen Verpflichtung nachzukom-

men. Dem Minister warf Kofler vor, sich hinter den Haushältern zu verstecken, wenn er nun behauptete, dass das 0,7-Prozent-Ziel nicht mehr zu halten sei. Tatsächlich hätte sein Etat seit Amtsantritt 2009 jährlich um eine Milliarde Euro steigen müssen. Es wäre schön gewesen, wenn der Minister den „Drive“ von 372 Abgeordneten genutzt hätte, die sich fraktionsübergreifend für eine Erhöhung des Etats einsetzten, sagte Kofler.

Zweitgrößter Geber Jürgen Koppelin (FDP) betonte, dass Deutschland der weltweit zweitgrößte Geber der Entwicklungszusammenarbeit sei. Der Haushalt des einst SPD-geführten Ministeriums habe „null Richtung“ gehabt und sei ein „Sammelkorb“ gewesen. Es sei nicht zuletzt das Verdienst Niebels, hier eine Linie hineingebracht zu haben. „Dieser Haushalt kann sich sehen lassen“, auch wenn der Minister „jetzt vielleicht

nicht zufrieden ist“, sagte Koppelin. Für die Senkung der Neuverschuldung „hat jeder seinen Beitrag zu leisten“.

Dietmar Bartsch (Die Linke) sprach von einem „friendly fire“, das den Minister schwer beschädigt habe. Leidtragende seien die Ärmsten in der Welt. Bartsch kritisierte zudem, dass die Entwicklungszusammenarbeit auf zu viele Ministerien verteilt sei und als „zweites Standbein der Wirtschaftspolitik“ und Außenwirtschaftsförderung verstanden würde. Entwicklungszusammenarbeit heiße aber nicht, zuerst darauf zu sehen, „welche positiven Rückwirkungen sie auf die deutsche Wirtschaft hat“, sagte Bartsch. Volkmar Klein (CDU) bezeichnete die Absenkung als „nicht schön“ – allerdings gebe es sie vor allem „auf dem Papier“. Der Europäische Entwicklungsfonds fordere von Deutschland im kommenden Jahr 144 Millionen Euro weniger als geplant. 20 Millio-

nen Euro des wegfallenden Geldes seien zusätzlich auf andere Titel im BMZ-Haushalt verteilt worden, betonte Klein. Zudem würden 80 Millionen Euro der ent-



wicklungsorientierten Not- und Übergangshilfen aus dem BMZ an das Auswärtige Amt übergeben, im Gesamtetat ergebe sich also keine Kürzung der Entwicklungsmittel. Priska Hinz (Bündnis 90/Die Grünen) warf ihrem Vordränger daraufhin „schlechte Buchungsstricks“ und „Vernebelungstaktik“ vor. Ihre Fraktion habe einen „Aufholplan“ vorgelegt, der unter anderem 900 Millionen Euro zusätzlich für das BMZ vorsehe und mit dem das 0,7-Prozentziel zu erreichen sei, „zwar nicht bis 2015, aber 2017“. Keine Mehrheit fanden weitere Änderungsanträge der Fraktion von SPD (17/11528, 17/11529, 17/11530) und Die Linke (17/11531). Die SPD wollte unter anderem eine Milliarde Euro in die Hand nehmen, um dem 0,7-Ziel näherzukommen. Die Linke hatte mehr Geld für den Europäischen Zivilen Friedensdienst und für den Europäischen Entwicklungsfonds gefordert. ahe



Das religiöse Ritual hat im Judentum eine jahrtausende alte Tradition: Diese Wandmalerei zeigt die Beschneidungs-Szene von Johannes dem Täufer aus dem Lukas-Evangelium.

Gesetz regelt Zwang zur Behandlung

RECHT Die Zwangsbehandlung psychisch erkrankter Menschen muss neu geregelt werden. Deshalb haben die Koalitionsfraktionen einen Gesetzentwurf „zur Regelung der betreuungsrechtlichen Einwilligung in eine ärztliche Zwangsmaßnahme“ (17/11513) in den Bundestag eingebracht. Dieser stand in der vergangenen Woche auf der Tagesordnung. Union und FDP-Fraktion wollen „eine hinreichend bestimmte Regelung für die Einwilligung des Betreuers in eine Behandlung des Betreuten, die dieser ablehnt“, schaffen. Bis vor kurzem wurde die gesetzliche Regelung nach der bisherigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in Paragraph 1906 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) gesehen. Demnach durften „Betroffene im Rahmen einer Unterbringung und unter engen Voraussetzungen auch gegen ihren natürlichen Willen behandelt werden“, heißt es in der Vorlage. Allerdings hat der Bundesgerichtshof in zwei Entscheidungen im Juni 2012 seine bisherige Rechtsprechung aufgegeben. Er entschied, dass es an einem Gesetz, das den verfassungsrechtlichen Anforderungen genüge, fehle. Seither sei „eine auf das Betreuungsrecht gestützte Behandlung von Betroffenen, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer seelischen oder geistigen Behinderung die Notwendigkeit der ärztlichen Maßnahme nicht erkennen oder nicht nach dieser Einsicht handeln können und denen ein erheblicher gesundheitlicher Schaden droht“ nicht möglich, schreiben die Abgeordneten.

Eindeutige Rechtsgrundlage Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll nun eine hinreichend bestimmte Regelung für die Einwilligung des Betreuers in eine Behandlung des Betreuten, wenn dieser die ablehnt, geschaffen werden. In Anlehnung an das BGB müsse eine Zwangsbehandlung weiterhin „im Rahmen einer Unterbringung nach Paragraph 1906 Absatz 1 BGB erfolgen“. Sowohl Unterbringung, als auch Zwangsmaßnahme bedürften der gerichtlichen Genehmigung. Zudem, halten die Verfasser der Vorlage fest, dürften ärztliche Zwangsmaßnahmen nur das letzte Mittel sein, da mit ihnen ein „erheblicher Grundrechtseingriff“ verbunden sei. Sie sollten insbesondere in Situationen drohender erheblicher Selbstgefährdung infrage kommen. Die Gesetzesinitiative schaffe „keine neuen Eingriffsmöglichkeiten, sondern lediglich eine eindeutige Rechtsgrundlage, damit die bisher geübte und bewährte Praxis rechtssicher fortgeführt werden kann“, erklärte Thomas Silberhorn (CSU). Zudem betonte er die Dringlichkeit des Anliegens. Die SPD-Parlamentarierin Sonja Steffen argumentierte, die beiden Gerichtsentscheidungen hätten „die Selbstbestimmungsrechte betreuerter Personen völlig zu Recht erheblich gestärkt“. Mit Verweis auf die UN-Behindertenkonvention erklärte Steffen, es sei wichtig, „dass die Betroffenen selbst vor dem Erlass des Gesetzes gehört werden.“ Daher begrüße sie, dass die Regelung nicht, wie ursprünglich vorgesehen, als „Omnibusgesetz“ verabschiedet werde, sondern „den ganz normalen Gang des Gesetzgebungsverfahrens gehen wird.“ Martina Bunge (Linke) hingegen betonte, es müsse eine Debatte mit Betroffenen, mit Fachverbänden und in der Öffentlichkeit geführt werden. „Wir dürfen auch nicht vergessen, dass Deutschland wegen der Geschichte der Psychiatrie in der NS-Zeit eine besondere Verantwortung trägt.“ Die Gesetzesinitiative „wird dem in keiner Weise gerecht.“ Abschließend wurde der Entwurf zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. **Verena Renneberg**

Auf Messers Schneide

BESCHNEIDUNG Der Bundestag debattiert zwei Gesetzentwürfe, um eine rechtliche Grundlage zu schaffen

Jüdische und muslimische Religionsgemeinschaften gehörten zu Deutschland, also müsse die Beschneidung des männlichen Kindes auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden. Darüber herrschte in der Plenardebatte am vergangenen Donnerstag interfraktionelle Einigkeit. Nicht jedoch über die Ausgestaltung des neuen Gesetzes. Zwei Vorschläge standen zur Wahl, die beide in erster Lesung beraten wurden: der Gesetzentwurf der Bundesregierung über „den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes“ (17/11295) und ein von 66 Abgeordneten der Oppositionsfraktionen initiiertes Gesetzentwurf mit fast wortgleichem Titel (17/11430).

Altersfrage Die Koalition will die Zirkumzision im Kern erlauben. Die Opposition auch, aber erst ab dem vollendeten 14. Lebensjahr. Der Regierungsentwurf hingegen sieht keine Altersbeschränkung vor. Bis vor kurzem sei dieses Ritual überhaupt nicht infrage gestellt worden, sagte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) zu Beginn der Debatte. Das Urteil des Kölner Landgerichts vom 7. Mai 2012 (Aktenzeichen: 151 Ns 169/11) allerdings habe die Rechtmäßigkeit erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik

bezweifelt. In diesem Urteil hatte das Gericht die Auffassung vertreten, bei der religiös begründeten, aber nach den Regeln der ärztlichen Kunst mit Zustimmung der sorgeberechtigten Eltern vorgenommenen Beschneidung eines minderjährigen Jungen handele es sich um eine rechtswidrige Körperverletzung.

Rückkehr zur Normalität Zwar habe es sich nur um einen Einzelfall gehandelt, sagte die Justizministerin weiter, doch würden sich Juden und Muslime in ihrer Religionsausübung gefährdet sehen. „Mit dem heute zu beratenden Gesetz wollen wir zu der Normalität zurückkehren, die bisher weltweit als selbstverständlich galt“, sagte sie mit Blick auf den Regierungsentwurf. Dieser sei das Ergebnis ausführlicher Beratungen mit Experten verschiedenster Berei-

che. Die Demokratie, sagte der sozialdemokratische Abgeordnete Burkhard Lischka, sei „der beste Ort, diesen Konflikt sachlich und mit dem gebotenen Respekt zu diskutieren“. Der Regierungsentwurf sei „eine gute Grundlage zum Diskutieren und Ändern“. Zwar sei ihm die Beschneidung selbst fremd, aber er wolle deshalb nicht „Eltern mit einem anderen Glauben absprechen, dass auch sie ihre Kinder lieben, nur weil sie eine Beschneidung vornehmen, die für ih-

ren Glauben identitätsstiftend ist“. Weder muslimische noch jüdische Mitbürger bräuchten Nachhilfeunterricht in Sachen Kinderliebe und Menschenrechte. Günter Krings (CDU) war es darüber hinaus wichtig klarzustellen, dass der Gesetzentwurf der Bundesregierung auch eine Abgrenzung zu der „barbarischen Genitalverstümmelung bei Mädchen“ enthalte. Viele Mädchen, führte er aus, „sterben dabei oder werden lebensgefährlich verletzt“. Die Beschneidung von Mädchen sei im Unterschied zu der Beschneidung von Jungen „kein Ritual zur Aufnahme in eine religiöse Gemeinschaft“. Dieser Eingriff sei vielmehr „Ausdruck einer Erniedrigung von Frauen“, argumentierte Krings weiter. Deshalb lehnen wir ihn hier im Deutschen Bundestag strikt ab.“

Vernachlässigte Kinderrechte Im Bundestag gebe es viele unterschiedliche Auffassungen zum Thema Beschneidung, erklärte Raju Sharma (Die Linke). So auch in seiner Fraktion. Denn während die Koalitionspolitiker für den Regierungsantrag warben, waren die Oppositionspolitiker trotz des Gruppenantrags nicht einer Meinung. Lediglich 66 Abgeordnete von SPD, Grünen und Linke hatten ihn unterzeichnet. „Aber in einer Sache sind wir uns einig und auch im ganzen Haus einig“, sagte Sharma weiter, „wir alle betrachten das jüdische und muslimische Leben in Deutschland als eine kulturelle Bereicherung unserer Gesellschaft.“ Am Regierungsentwurf kritisierte er, dass die

Kinderrechte nicht genügend berücksichtigt worden seien: „Sie haben auch nicht Betroffene angehört, die heute unter einer Beschneidung leiden, weil sie als Kinder nicht einwilligen konnten oder dürfen“, warf er den Gesetzesinitiatoren vor. Deshalb sei er dankbar für den anderen Antrag, an dem seine Fraktionskollegin Diana Golze beteiligt war. Golze ist Vorsitzende der Kinderkommission des Bundestags, der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder.

Die Verfasser des Gruppenantrags hätten sorgfältig abgesehen, zwischen „Religionsfreiheit auf der einen“ und „Kinderrechten auf der anderen Seite“. An diesem Entwurf kritisierte der Grünen-Abgeordnete Jerzy Montag, dass er keine Beschneidung vor dem vollendeten 14. Lebensjahr erlaube. Das jedoch sei in manchen Gemeinschaften bedeutsam. So würde der Gesetzentwurf „alle Eltern und Beschneider zu Straftätern machen“. Daher werde er den Regierungsentwurf unterstützen. Allerdings habe er zwei „für mich wirklich wichtige Änderungsvorschläge“. Erstens: Das kindliche Veto müsse ein Ausschlussgrund sein. Zweitens: Die Zeitspanne, in der auch Beschneider, die keine Ärzte sind, die Beschneidung vornehmen dürften, müsse von sechs Monaten auf 14 Tage verkürzt werden.

„Deutschland ist ein tolerantes Land. Von Zeit zu Zeit muss diese Toleranz Bewährungsproben bestehen“, sagte der liberale Abgeordnete Stephan Thomae. Dieses Thema sei eine solche Prüfung, weil darin Grundrechte miteinander konkurrierten: das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit des Kindes, das Erziehungsrecht der Eltern und das Recht der Eltern und des Kindes auf freie Religionsausübung. Letzteres schütze vor allem auch Minderheiten. Im Regierungsentwurf gehe es nicht darum, etwas Verbotenes zu erlauben, „sondern etwas sozial Adäquates und in der Vergangenheit von unserer Rechtsordnung immer Akzeptiertes gesetzlich zu untermauern“. Zugleich behalte der Entwurf das Kindeswohl im Auge, weil er erstmals ausdrücklich verlange, dass der Eingriff nach den Regeln der ärztlichen Kunst zu erfolgen

habe, argumentierte Thomae weiter. Damit gelinge es der Koalition, „die kollidierenden Grundrechte in einen bestmöglichen Ausgleich zu bringen.“ Anschließend wurden die Vorlagen zur weiteren Beratung in die zuständigen Ausschüsse überwiesen. Bereits diesen Montag wird es ein Expertengespräch im Rechtsausschuss geben. Am Freitag schließlich wird das Thema Beschneidung wieder auf der Agenda des Plenums stehen. **Verena Renneberg**

»Von Zeit zu Zeit muss die Toleranz Bewährungsproben bestehen.«

Stephan Thomae (FDP)

»Religionsfreiheit auf der einen, Kinderrechte auf der anderen Seite.«

Raju Sharma (Die Linke)

Anzeige

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
parlament@fs-medien.de
Telefon 069-75014253



Eine ungenutzte Chance, Fehler und Vorwürfe

NSU-AUSSCHUSS Wegen des Kölner Attentats muss sich Nordrhein-Westfalens Ex-Minister Behrens gegen Kritik verteidigen

In einem überwiegend von Türken bewohnten Kölner Viertel werden im Juni 2004 bei der Explosion einer Nagelbombe über 20 Leute verletzt, ein Attentat, das dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelastet wird – aber erst seit dessen Aufklärung im November 2011. Im Untersuchungsausschuss ist man indes der Meinung, dass in Köln die Chancen am besten standen, die rechtsterroristischen Täter frühzeitig zu entdecken. Köln hätte ein „Wendepunkt bei den Ermittlungen“ sein können, ist FDP-Obmann Hartfrid Wolff überzeugt.

Beleg für Terrorismus Für Unions-Sprecher Clemens Binnerer ist ein Nagelbombenanschlag an sich ein „Beleg für Terrorismus“. Flugblätter mit dem Slogan „Deutsche wehrt euch“ tauchten auf, es wurden zwei auch bei einem Mord in Nürnberg präsente Radfahrer gesichtet, der Sprengsatz war baugleich wie Bomben, die von Rechtsterroristen in England gezündet wurden. Linken-Obfrau Petra Pau merkt an, dass nach dem Anschlag in Köln der Vorsitzende eines Quartiersvereins Drohbriefe erhalten habe, unter anderem mit Hinweisen auf mehrere von einem Serienkiller getötete türkische Geschäftsleute. Vergangene Woche wollte der Ausschuss vom Düsseldorfer Ex-Innenminister Fritz

Behrens wissen, warum man in Köln trotz der Indizien nicht auf die richtige Spur kam. Im Rückblick räumte der SPD-Politiker „fatale Fehleinschätzungen mit verheerenden Folgen“ ein, die Ermittler hätten den Blick „nicht ausreichend nach rechts gerichtet“.

Politische Verantwortung Hätte man die Taten in mehreren Ländern verglichen, hätte dies vielleicht zum Erfolg führen können. Der Zeuge sprach von einem „Menetekel für die Sicherheitsbehörden“. Dafür trage auch er „politische Verantwortung“. Er betonte jedoch, es sei in „alle Richtungen“ ermittelt worden. Entgegen diversen Medienberichten habe er 2004 ein terroristisches Motiv nicht verneint – wobei sich Wolfgang Wieland (Grüne) wunderte, warum Behrens gegen Falschmeldungen nicht vorgegangen sei. Energisch verwahrte sich Behrens gegen den „absurden Vorwurf“, er habe die Ermittlungen manipuliert und von der rechtsterroristischen Spur ablenken wollen. Doch die Abgeordneten interessierte, wieso direkt nach dem Anschlag in einem Fernschreiben des Landeskriminalamts von „terroristischer Gewaltkriminalität“ die Rede war, dieser Begriff jedoch aufgrund einer Forderung des polizeilichen Lagezentrums rasch entfernt wurde. Er habe diese Streichung, mit der eine Festlegung der Aufklärungs-

arbeit in nur eine Richtung habe vermie- den werden sollen, nicht veranlasst, so Behrens. Dann zitierte SPD-Obfrau Eva Högl aus Profiler-Analysen, wonach ein fremdenfeindliches Motiv zu vermuten sei. Der Zeuge konkretisierte, die Expertisen würden dies auch relativieren und letztlich Ermittlungen in alle Richtungen anraten. Laut Behrens fanden sich in Köln keine Hinwei-

se auf irgendwelche Täter. Insofern könne er nicht verstehen, wieso das Bundesinnenministerium einen terroristischen Hintergrund ausgeschlossen habe. Das hatte damals Bundesinnenminister Otto Schily getan, was er inzwischen als „Fehler“ bezeichnet. Behrens hinterlässt einen kleinen politischen Sprengsatz, falls der Ausschuss Schily befragen sollte. **Karl-Otto Sattler**



Fritz Behrens (rechts) mit dem Ausschussvorsitzenden Sebastian Edathy (SPD)

Vorerst gescheitert

HAUSHALT Bei der langfristigen Finanzplanung zeigt sich, wie tief die Gräben in Europa sind: Sparen oder Wachstum heißt die Gretchenfrage. Widerstand kommt auch aus dem EP



In Brüssel berieten die Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche vergeblich darüber, mit wieviel Geld die EU 2014 bis 2020 rechnen kann.

In Brüssel hatte man sich auf ein langes Wochenende eingestellt: Hotelzimmer und Konferenzsäle waren freigehalten worden, um auch am Samstag über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Gemeinschaft für 2014 bis 2020 weiterverhandeln zu können. Doch am vergangenen Freitag lagen die Positionen der Gipfelteilnehmer so weit auseinander, dass ein Scheitern der Verhandlungen verkündet werden musste. „Es gibt überhaupt keinen Grund, das über das Knie zu brechen“, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) im Anschluss. „Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit“.

Auf den ersten Blick geht es beim MFR um Zahlenspiele. Ursprünglich hatte die EU-Kommission einen Vorschlag über eine Höhe 1.033 Billionen Euro für die kommenden sieben Jahre ausgegeben. Dann machte EU-Ratschef Hermann van Rompuy den ersten Kompromissvorschlag, 80 Milliarden Euro einzusparen. Damit entsprach er vor allem dem Wunsch der Nettozahler wie Deutschland aber auch Großbritannien, den Haushalt um einen zweistelligen Milliardenbetrag abzusenken.

Reizthemen Hinter dem Billionenpoker steckt vor allem die Frage, wie die Union in den kommenden Jahren gestaltet werden soll. Bei den Verhandlungen geht es dabei vor allem um vier Reizthemen: die Zukunft der Agrarsubventionen, die Verteilung der Strukturfonds, Fördermittel für weniger entwickelte Regionen, aber auch um die Verwaltungsausgaben der Union. Hinter verschlossenen Türen werden die Diplomaten in den nächsten Wochen weiterverhandeln.

Doch auch wenn sich die europäischen Staats- und Regierungschefs im Januar auf einen neuen Sieben-Jahres-Plan einigen sollten, ist damit noch kein Ende der Verhandlungen in Sicht. Denn anschließend hat das Europäische Parlament noch ein entscheidendes Wörtchen mitzureden.

Kritik am Sparkus In der vergangenen Woche wurde deutlich, dass das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten dabei noch weit auseinander liegen. Bereits vor Beginn des EU-Sondergipfels stellten die Europa-Abgeordneten in Straßburg klar, dass sie den Sparkurs der Mitgliedsländer für falsch halten. „Die geforderten Kürzungen sind unverantwortlich“, sagte Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen-Fraktion. „Kürzungen können nicht die Lösung sein, um die Wettbewerbsfähigkeit Europas mit Wachstum und Beschäftigung anzukurbeln“, betonte auch Jutta Haug (SPD), stellvertretende Vorsitzende des Haushaltsausschusses. Die Differenzen zwischen den Europa-Abgeordneten und den Mitgliedstaaten sind deshalb so groß, weil das Europäische Parlament dank des Vertrags von Lissabon dem mehrjährigen Finanzrahmen erstmals zustimmen muss. Bei den vergangenen Finanzverhandlungen vor sieben Jahren verfügten die Parlamentarier noch nicht über diesen Hebel.

Noch ist offen, ob das Europäische Parlament den Konflikt auf die Spitze treiben wird. „Die Abgeordneten werden kaum ihr Veto einlegen, nachdem die 27 Mitgliedstaaten mühevoll eine Lösung gefunden haben“, mutmaßte ein EU-Diplomat. Solche Äußerungen werden im Parlament als Pro-

vokation empfunden. Alain Lamassoure, der konservative französische Vorsitzende des Haushaltsausschusses, hat bereits angekündigt, dass das Europäische Parlament einen Beschluss der Mitgliedstaaten nicht einfach abknicken werde. Im Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten und dem Parlament prallen zwei gewichtige Argumente aufeinander. Die Mitgliedstaaten argumentieren mit dem nationalen Sparzwang. In Berlin weisen Regierungskreise darauf hin, dass gegen 21 von 27 EU-Länder ein Defizitverfahren laufe und gewaltiger Druck auf den nationalen Haushalten laste. Die Europa-Abgeordneten argumentieren dagegen, dass die Mitgliedstaaten Europa neue Aufgaben zu-

KOMPAKT

> **MFR** Der mehrjährige Finanzrahmen, früher finanzielle Vorausschau, legt für sieben Jahre die Zusammensetzung und Höchstgrenzen der Ausgaben für den EU-Haushalt fest.

> **2014-2020** Die nächste Periode des MFR erstreckt sich von 2014 bis zum Jahr 2020. Dazu erstellt die Kommission einen Vorschlag, der von den Mitgliedstaaten einstimmig beschlossen und mit dem Europaparlament beraten werden muss.

> **Ziele** Mit der langfristigen Planung soll sowohl die Haushaltsdisziplin der Mitgliedstaaten verbessert als auch die Erstellung der Haushalte erleichtert werden.

weisen, diese dann aber nicht finanzieren würden. „Wenn wir alle Verpflichtungen aus dem Lissabon-Vertrag erfüllen wollen, einschließlich neuer Aufgaben, dann müssen wir eigentlich im Vergleich mit dem Haushalt ein Plus von mindestens fünf Prozent haben“, betonte Reimer Böge (CDU), Berichterstatter für die Finanzplanung. „Der europäische Haushalt ist in den vergangenen zehn Jahren weniger stark gestiegen als der Durchschnitt der nationalen Haushalte.“

Geld gegen die Krise Im Europäischen Parlament weist man auch darauf hin, dass ein Großteil des Geldes in die Mitgliedstaaten zurückfließt. „Das EU-Budget ist kein Budget für Brüssel, sondern für Investitionen gegen die Krise und für die nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit der Union“, sagte Trüpel. Allerdings gibt es unter den Nettozahlern Zweifel, ob die EU-Mittel in den Mitgliedstaaten immer gut eingesetzt werden. Die Bundesregierung dringt deshalb unter dem Schlagwort „Better spending“ auf eine effizientere Verwendung der Mittel. Anders als vor sieben Jahren geplant, wurde bei den aktuellen Verhandlungen die Chance verpasst, den EU-Haushalt in großem Stil umzubauen. Noch immer sind Agrar und Strukturhilfen die beiden größten Posten. Das Europäische Parlament setzte sich vor allem für grundlegende Änderungen auf der Einnahmenseite aus, den sogenannten Eigenmitteln. Bei diesem Punkt hat die Bundesregierung aber betont, dass darüber nach geltendem Recht die Mitgliedstaaten entscheiden – nach der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente. *Silke Wettach/Annette Sach*

»Ein wunder Punkt«

EUROPARAT Präsident will mehr Mitwirkung in Parlamenten

Herr Präsident Mignon, oft wird kritisiert, der Parlamentarischen Versammlung des Europarats fehle es an Macht. Woher kommt der Eindruck, die Abgeordneten kritisierten zwar oft die Verletzung demokratisch-rechtsstaatlicher Standards in diversen Mitgliedsländern wie etwa Russland, könnten aber keine Fortschritte durchsetzen?

Es wird gern übersehen, dass unsere Volksvertretung anders als nationale Parlamente keine legislative Macht hat, sondern innerhalb des Europarats ein konsultatives Organ ist. Wir widmen uns dem kritischen Gedankenaustausch über die Lage in den 47 Mitgliedsländern, verabschieden aber auch Resolutionen und Forderungen. Und so können wir durchaus Erfolge erreichen. Zum einen sollen sich die Mitglieder unserer Versammlung in ihren heimischen Parlamenten für unsere Ziele engagieren. Zum anderen schalten wir das Ministerkomitee ein, das als Gremium der 47 Außenminister gegenüber nationalen Regierungen mehr Macht als das Europarats-Parlament hat.

zen des Europarats konzentrieren. So können wir effizienter werden und mehr Wirkung erzielen. Bei aller Kritik darf man nicht übersehen, dass wir weltweit geachtet und geschätzt werden, und zwar wegen der Kompetenz beim Thema Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit.

Müssten sich die nationalen Volksvertretungen nicht stärker für die Politik des Europarats engagieren und schlagen sich in der nationalen Politik und Gesetzgebung Straßburger Vorgaben überhaupt nieder?

Das ist ein wunder Punkt. Auf diesem Gebiet ist unsere Position leider eher schwach. Die in unser Parlament entsandten Abgeordneten sind aufgefordert, sich zu Hause stärker zu engagieren. In manchen Ländern kümmert man sich zu wenig um den Europarat, in einigen nationalen Volksvertretungen finden wir gar nicht statt. Ich kämpfe sehr darum, dass sich das ändert. Mir geht es auch darum, die Kooperation mit dem EU-Parlament zu verbessern, damit dort unsere Politik zu Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit ebenfalls stärker beachtet wird.



Jean-Claude Mignon

Engagiert sich das Ministerkomitee mit dem nötigen Nachdruck für die Anliegen des Parlaments?

Ich bin sehr zufrieden. Beispielsweise bin ich jüngst zusammen mit der Spitze des Ministerkomitees nach Tunesien gereist, um dort gemeinsam die demokratische Entwicklung zu unterstützen. Mir ist wichtig, die Kooperation mit dem Organ der Außenminister weiter zu verbessern. Ich diskutiere nach jeder Sitzungswoche unserer Versammlung die Themen mit dem Ministerkomitee. Eine intensive Zusammenarbeit dient dazu, die Forderungen der Abgeordneten umzusetzen. Der Einfluss des Europaratsparlaments wird eher geschmälert, wenn es sich bei Themen verzettelt, die nicht zum Auftrag des Europarats gehören.

Müsste das Parlament nicht mehr Gewicht legen auf die Kernaufgabe des Europarats wie den Einsatz für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie anstatt mit Finanzkrise, Umweltfragen oder Gesundheitspolitik?

Nun, diese Themen haben letztlich auch etwas mit Grundrechten zu tun. Trotzdem sollten wir Schwerpunkte setzen und uns stärker auf die genannten Kernkompeten-

Wie sieht es denn beim Bundestag aus, spielt dort Straßburg eine angemessene Rolle?

Der Bundestag gehört zu den rühmlichen Ausnahmen unter den 47 nationalen Volksvertretungen. Daran könnten sich manch andere eine Scheibe abschneiden. Auch die deutsche Delegation beim Europaratsparlament leistet eine exzellente Arbeit. Musterbeispiele sind etwa die Abgeordneten Christoph Strässer, der sich als Berichterstatter für politische Gefangene in Aserbaidschan engagiert, oder Marieluise Beck, die sich mit Bedrohungen rechtsstaatlicher Prinzipien auf dem Kontinent auseinandersetzt. Die gute Zusammenarbeit wurde auch bei meinen Gesprächen in Berlin, etwa mit Bundestagspräsident Norbert Lammert, immer wieder deutlich.

Das Interview führte Karl-Otto Sattler.

Jean-Claude Mignon, Jahrgang 1950, ist Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und UMP-Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung.

Personalkarussell beendet

EU-SPITZENPOSTEN Borg wird Gesundheitskommissar

Nach langen Diskussionen und Protesten ist jetzt der Weg frei für die Besetzung von zwei europäischen Spitzenposten: Der maltesische Außenminister Tonio Borg wird neuer EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz. Der Luxemburger Yves Mersch zieht in das Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) ein. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments stimmten in der vergangenen Woche mit 386 Ja-Stimmen und 281 Nein-Stimmen auf die Berufung Borgs zum neuen EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz. Vor allem Parlamentarier der Grünen verweigerten dem Malteser aber ihre Zustimmung. Sie werfen dem als äußerst konservativ geltenden Borg frauen- und schwulenfeindliche Äußerungen in der Vergangenheit vor. Mitte Januar hatte sich Borg in einer Anhörung drei Stunden lang den Fragen der Parlamentarier stellen müssen.

sein Amt wegen Korruptionsvorwürfen aufgeben müssen. Die endgültige Entscheidung über die Ernennung liegt dann allerdings beim Europäischen Rat. Auch bei der Besetzung des Direktoriumspostens in der Europäischen Zentralbank behielten die Staats- und Regierungschefs das letzte Wort. Am vergangenen Freitag entschieden sie die Ratsmitglieder freitags zugunsten des Chefs der Luxemburger Zentralbank, Yves Mersch. Das Parlament hatte dagegen lange protestiert, weil sie den Einzug einer Frau in das ausschließliche von Männern besetzte Gremium gefordert hatten. Der 63-Jährige gilt als enger Vertrauter von Regierungs- und Eurogruppen-Chef Claude Juncker und vertritt ebenso wie die Deutsche Bundesbank einen stabilitätspolitischen Kurs. Das Parlament konnte sich in dieser Frage nicht durchsetzen, weil es kein Vetorecht besitzt, sondern lediglich angehört werden muss. Auch Spanien hatte sich anfangs gewehrt, Mersch zu bestätigen. Allerdings nicht, um eine Frau zu fördern, sondern um einen eigenen Kandidaten auf den Chefesessel zu heben. *Annette Sach*

Korruptionsvorwurf Dabei kündigte er an, möglichst schnell einen Gesetzesvorschlag für Tabakprodukte vorlegen zu wollen. Sein Vorgänger, der Malteser John Dalli, hatte

Viele Rechnungen sind noch offen

HAUSHALT Das Europäische Parlament will erst über den Haushalt 2013 diskutieren, wenn die Mitgliedstaaten den Nachtrag zum Etat für 2012 billigen. Vielen Projekten geht schon das Geld aus

Das Europäische Parlament hat die EU-Mitgliedstaaten aufgefordert, einen Nachtragshaushalt für 2012 zu genehmigen, damit die Verhandlungen für den Haushalt 2013 fortgesetzt werden können. „Um ernsthaft über den Haushalt 2013 verhandeln zu können, muss erst 2012 abgeschlossen werden“, sagte der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz (SPD), am vergangenen Mittwoch in Straßburg. Die Europa-Abgeordneten hatten die Verhandlungen über den Haushalt 2013 Mitte November platzen lassen, weil sich die Mitgliedstaaten geweigert hatten, einen Nachtragshaushalt von rund neun Milliarden Euro für das laufende Jahr zu genehmigen. Im Rat hatten die Mitgliedsländer lediglich eine dringend benötigte Hilfe von 670 Millionen Euro für Erdbebenopfer in der Emilia Romagna bewilligt. Mehrere Mitgliedsländer hatten die Summe von neun Milliar-

den Euro an offenen Rechnungen angezweifelt. Die Europa-Abgeordneten sind extrem verärgert über die Haltung der Mitgliedsländer. „Wenn ich Rechnungen über neun Milliarden Euro zu zahlen habe, dann kann ich nicht drauf bestehen, nur zwei oder drei Milliarden zu zahlen“, sagte Schulz. Die Blockade der Mitgliedstaaten bedroht EU-Programme wie den Studentenaustausch mit Erasmus und Zahlungen aus den Strukturfonds. In Deutschland sind derzeit 869 Millionen Euro an Zahlungen aus Sozial- und Regionalfonds offen. Die Bundesländer, die diese EU-Programme verwalten, gehen in Vorkasse und warten nun auf Bezahlung.

In Südeuropa, wo Länder ohnehin stark von der Wirtschaftskrise betroffen sind, sind noch größere Summen offen. In Spanien stehen etwas Zahlungen über 1,474 Milliarden Euro aus, in Italien sind noch über 1,888 Milliarden Euro offen. Die Abgeordneten pochen darauf, das Problem des Nachtragshaushalts für dieses Jahr zu lösen, bevor der Haushalt für das kommende Jahr verhandelt wird. „So zu tun, als ob man die Lösung auf das nächste Haushaltsjahr 2013 verschieben könnte, ist völlig unseriös und damit inakzeptabel“, sagte Jutta Haug (SPD). Die Abgeordneten irritiert, dass die Mitgliedstaaten den Nachtragshaushalt ablehnen, obwohl sie die da-

rin enthaltenen Ausgaben ausdrücklich befürwortet haben. „Das Groteske ist: Es handelt sich um Programme, die von den EU-Staaten selbst beantragt worden sind, etwa für Bildung oder Forschung“, erklärte Helga Trüpel, haushaltspolitische Sprecherin der Grünen. Grundlage für weitere Verhandlungen zwischen den Mitgliedstaaten und den europäischen Parlamentarier ist der neue Vorschlag der Kommission für 2013. Im Vorfeld hatte sich gezeigt, dass die Vorstellungen der beiden Verhandlungsparteien weit auseinander lagen. Die Europa-Abgeordne-

ten forderten eine Steigerung des Budgets von 6,8 Prozent auf 138 Milliarden Euro, so wie es die EU-Kommission ursprünglich

vorgeschlagen hatte. Die Mitgliedstaaten wollten den Zuwachs der EU-Finzen im Jahr 2013 dagegen auf zwei Prozent beschränken. Parlamentspräsident Schulz betonte vergangene Woche ausdrücklich, dass das Europäische Parlament einen Kompromiss anstrebe, der einen ordentlichen Haushalt zum 1. Januar 2013 ermögliche, wenn denn die Mitgliedstaaten einlenkten. Die Abgeordneten könnten in der Plenarwoche im Dezember über einen solchen Kompromiss abstimmen. Sollten sich die Europa-Parlamentarier und die Mitgliedstaaten nicht einigen, dann würde die sogenannte Zwölfstelregelung zum Einsatz kommen. Dabei würden in jedem Monat lediglich ein Zwölfstel des Jahreshaushalts 2012 freigegeben. Bisher ist diese Regel noch nie zum Einsatz gekommen. „Der Zwölfstelhaushalt ist ein gangbarer Weg, aber kein idealer Weg“, betonte Martin Schulz. *sw*

»Der Zwölfstel-Haushalt ist ein gangbarer Weg, aber kein idealer Weg.«

Martin Schulz, EU-Parlamentspräsident



Vor schwierigen Verhandlungen: Parlamentspräsident Schulz

Politische Lösung nicht in Sicht

MALI Der endgültige Entschluss soll zwar erst im Dezember gefasst werden. Dennoch haben sich die EU-Außenminister in der vergangenen Woche auf eine militärische Ausbildungsmission im krisengeschüttelten Mali geeinigt. In das westafrikanische Land könnten 250 Ausbilder geschickt werden, die die Armee für den Kampf gegen Islamisten trainieren sollen. Nicht erst seit der Übernahme des Nordens durch die Nationale Befreiungsbewegung von Azawad (MNLA) und später die Islamisten gilt die Armee in Mali als schlecht aufgestellt. Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) hatte im Vorfeld deutlich gemacht: Deutschland werde sich im Rahmen des EU-Einsatzes nur dann beteiligen, wenn dieser eindeutig von möglichen Kampfeinsätzen getrennt ist. Im März war es in Mali zu einem Putsch gekommen. Drei Wochen später hat die MNLA, der viele Tuareg angehören und die monatelang gegen die malische Armee gekämpft hatte, den Norden Malis für unabhängig erklärt. Seitdem gewinnen dort islamistische Gruppierungen rasant an Einfluss. Schon in der Vergangenheit hat es – etwa durch den Einsatz von US-Soldaten – Übungen in der Terrorisusbekämpfung gegeben. Die Al Qaida im Maghreb konnte trotzdem immer stärker im Norden Fuß fassen. Erst in der vergangenen Woche ist im Süden weit der Grenze zu Mauretanien ein 61-jähriger Franzose entführt worden. Drahtzieher soll auch hier Al Qaida sein.

Die Begeisterung für die EU-Entscheidung hält sich bei Amara Dagnoko, Generalsekretär der Organisation „Neue Kraft Afrikas“ (Nouvelle Force Africaine, NFA), in Grenzen. „Wir begrüßen das schon“, sagt Dagnoko. Positiv sei daran zumindest, dass Mali sich nicht allein auf die Streitkräfte der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS verlassen müsse. Monatelang hatte diese über eine Intervention diskutiert und Anfang November entschieden, 3.300 Soldaten zu schicken. Eine Entscheidung, die auch die Afrikanische Union (AU) unterstützt. Für ECOWAS-Sprecher Sunny Ugho war schon kurz nach dem Ausbreiten der Islamisten im Norden im April dieses Jahres klar: „Wir müssen die Einheit Malis gewährleisten.“ Außerdem dürften die Islamisten unter keinen Umständen in den Nachbarländern Malis Fuß fassen. Dabei soll es längst Verbindungen zwischen verschiedenen Terrorgruppen in Westafrika geben. Aufgrund dieser Zögerlichkeit nehmen viele Malier die ECOWAS nun kaum noch ernst. „Was für eine lahme Ente“, spotteten malische Zeitungen nach der langwierigen Entscheidungsfindung.

Eine diplomatische Lösung wird nunmehr unwahrscheinlicher. Mehrfach hieß es, die Übergangsregierung Malis, die islamistische Gruppierung Ansar Dine (Verteidiger des Glaubens) und die MNLA könnten sich unter Vermittlung des burkinischen Präsidenten Blaise Compaoré zu Gesprächen treffen. Große Begeisterung dafür hatte es in Bamako, der malischen Hauptstadt, ohnehin nicht gegeben. Sowohl die Forderungen von Ansar Dine, in Mali die Scharia einzuführen, als auch der MNLA-Wunsch, einen eigenen Staat im Norden zu errichten, gelten im Süden als völlig unakzeptabel.

Blaise Compaoré

Katrin Gänsler

Die Autorin ist freie Westafrika-Korrespondentin.



Nach acht Tagen der Gewalt schweigen die Waffen in Nahen Osten: Palästinenser in Gaza-Stadt feiern die Waffenruhe als Sieg (links), israelische Panzer an der Grenze zum Gazastreifen (rechts).



Wahlkampf mit Waffenruhe

ISRAEL Premier Netanjahu darf auf seine Wiederwahl hoffen – nicht wegen, sondern trotz der Gaza-Offensive

Kaum hatte die israelische Luftwaffe Mitte November die ersten Luftangriffe auf den Gazastreifen geflogen war die Sache für viele Kommentatoren außerhalb Israels schon klar: Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu wollte vor den vorgezogenen Parlamentswahlen im Januar einen Krieg vom Zaun brechen, um sich als starker Mann zu gerieren. Dass der Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen möglicherweise einfach Ausmaße angenommen hatte, die für die israelische Regierung nicht mehr stillschweigend hinzunehmen waren, kam kaum jemandem in den Sinn. Etwa Tausend Raketen waren in den umliegenden israelischen Städten und Dörfern seit Anfang des Jahres eingeschlagen. Die Hamas hatte begonnen, Mörsergranaten im Grenzgebiet einzusetzen und verletzte bei einem Angriff auf einen Militärjeep auf der israelischen Seite der Grenzbefestigung vier Soldaten.

Waffen schweigen In den für gewöhnlich wenig zurückhaltenden israelischen Medien kam deshalb niemand auf die Idee, ein Wahlkampfmanöver zu vermuten. Alle großen Parteien stellten sich hinter die Offensive, sogar der linke Friedensrockstar Aviv Geffen sah keine andere Möglichkeit mehr, denn im Süden des Landes lebenden Bewohnern zu einem normalen Leben zu verhelfen. Tatsächlich musste sich Netanjahu schon vor der Militäroffensive kaum Sorgen um seine Wiederwahl machen. Ein militärisches Abenteuer mit ungewissem Ausgang war für ihn eher ein Risiko. Letztlich sah der Regie-

rungschef das wohl auch so: Relativ schnell ließ er sich nach acht Tagen in der vergangenen Woche auf eine Feuerpause ein und schickte tausende Reservsoldaten nach Hause. Er habe in den sieben Jahren seiner zwei Legislaturperioden noch keinen Krieg begonnen, verkündete Netanjahu nicht ohne Stolz.

Stillstand beim Friedensprozess Tatsächlich kann man ihm einiges vorwerfen: Seit Jahren versucht Netanjahu, die moderate Palästinenserführung um Präsident Mahmud Abbas zu diskreditieren. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, in Jerusalem genüge man sich darin, die Schuld für die Stagnation des Friedensprozesses den Palästinensern zuschieben zu können. Doch militärisch ist Netanjahu tatsächlich – trotz aller vollmundigen Drohungen gegen den Iran – eher ein vorsichtiger Typ. Das rächt sich jetzt: Einer unabhängigen Umfrage zufolge wünschten sich 49 Prozent der Israelis die Fortsetzung der Offensive, 29 Prozent denken gar, Israel hätte mit Bodentruppen in den Gazastreifen einmarschieren müssen. Einige Reservisten bildeten mit ihren Körpern den Schriftzug „Bibi ist ein Verlierer“ und ließen sich so fotografieren. Das Bild wurde in den sozialen Netzwerken zum Renner. Könnte es also sein, dass Netanjahu sich und seiner Partei mit der Gaza-Offensive in Wahrheit geschadet hat? Die erste Umfrage zur Knesset-Wahl nach dem Waffenstillstand scheint das zu bestätigen. Die vereinigte Liste von Netanjahus Likud-Block und der Partei „Israel Beitemu“ von Außenminister Avigdor Lieberman

kommt demnach nur noch auf 33 der 120 Knesset-Sitze. Das wären neun Mandate weniger als die beiden Parteien derzeit in der Knesset innehaben. Die rechtsnationalen Wähler scheinen zumindest momentan enttäuscht von ihren Parteiführern und wenden sich anderen, noch nationalistischer auftretenden Parteien zu: Die Partei „Das jüdische Haus“ und die „Nationale Union“ kämen heute auf 13 Mandate, eine besonders extremistische Neugründung würde immerhin vier Sitze belegen. Netanjahus Machtbasis ist – da er auch auf die Koalitionsbereitschaft einiger orthodoxer Parteien rechnen könnte –



Israels Premier Benjamin Netanjahu

trotz der Verluste nicht ernsthaft in Gefahr. Um die Konkurrenz im liberalen und im linken Lager aber steht es eher schlecht. Die ehemalige Regierungspartei Kadima, heute mit 30 Sitzen die stärkste Fraktion in der Knesset, kämpft um ihr politisches Überleben. Ihr Vorsitzender, der ehemalige Stabschef und Verteidigungsminister Schaul Mofas, hat seine Überzeugungen mittlerweile so oft gewechselt, dass ihm kaum noch jemand glaubt. Unklar ist auch, ob Verteidigungsminister Ehud Barak aus der Militäraktion so viel politische Kapital ziehen kann, dass er es mit seiner Atzamaut-Partei, einer Abspaltung der Arbeitspartei Awoda, über die Zweiprozent Hürde schafft. Und selbst wenn die ideologisch orientierungslose Partei „Es gibt eine Zukunft“ des Fernsehmoderators und Journalisten Yair Lapid einige Sitze gewinnen dürfte: An der deutlichen Mehrheit der Rechtsparteien in der Knesset dürfte sich dadurch nichts ändern.

Peres sagt ab Wie verzweifelt die israelischen Links- und Zentrumsparteien sind, zeigt ein Vorschlag der ehemaligen Außenministerin Tzipi Livni (Kadima): Ausgerechnet der bald 90-jährige Präsident Schimon Peres sollte als Spitzenkandidat einer linksliberalen Liste Netanjahu herausfordern, hatte sie vorgeschlagen. Nur er könne Netanjahu wirklich gefährlich werden, soll Livni den Präsidenten bekümmert haben. Peres lehnte ab. Als Staatsoberrhaupt erfreut er sich endlich einmal allgemeiner Beliebtheit und abgesehen von seinem fortgeschrittenen Alter hat Peres mit Umfrageergebnissen in seinem Leben schon öfter schlechte Erfahrungen gemacht. Immer wenn ihm ein eindeutiger Sieg vorhergesagt wurde, hat er schließlich doch verloren.

Soziale Probleme Gestärkt aus den Wahlen hervorgehen könnte immerhin die Arbeitspartei Awoda. Musste sie sich bei dem Urnengang 2009 noch mit 13 Mandaten zufriedengeben kann sie nun den Umfragen zufolge auf bis zu 24 Sitze rechnen und konnte sich nach dem Waffenstillstand sogar noch steigern. Ihre Vorsitzende Schelly Jachimowitsch wird in den verbleibenden zwei Monaten bis zum Wahltermin alles daran setzen, die sozialen Probleme des Landes und die neoliberale Wirtschaftspolitik des Regierungschefs in den Mittelpunkt zu stellen. Obwohl die sozialen Proteste vom Sommer 2011 sich in diesem Jahr nicht wiederholten, hat das Thema für viele Israelis nicht an Dringlichkeit verloren. Über Frieden oder zumindest Verhandlungen spricht bei der Arbeitspartei derzeit niemand: Bei den Sozialdemokraten scheint man eingesehen zu haben, dass mit diesem Thema heute nur Stimmen zu verlieren sind. Auch wenn nun also Erfolg oder Misserfolg der jüngsten Militäroffensive „Säule der Verteidigung“ heiß diskutiert werden, dürfte der achtjährige Krieg weder die politische Landschaft in Israel verändert noch die Kräfteverhältnisse wesentlich verschoben haben. Zumindest was die Knesset-Wahl am 22. Januar angeht, ist nach dem Krieg auch vor dem Krieg.

Michael Borgstede

Der Autor ist freier Korrespondent in Tel Aviv.

Anzeige

Revolution und Regimewandel in Ägypten



Revolution und Regimewandel in Ägypten

Herausgegeben von Dr. Holger Albrecht und Prof. Dr. Thomas Demmelhuber
2013, 282 S., brosch., 46,- €
ISBN 978-3-8329-7872-3
(Weltregionen im Wandel, Bd. 14)
Erscheint ca. Dezember 2012

Dieses Buch stellt den Versuch einer ersten Aufarbeitung der Ereignisse im Ägypten des Jahres 2011 dar. Es markiert den aktuellen Stand der deutschsprachigen, sozialwissenschaftlichen Forschung über die „Revolution des 25. Januar“ in Ägypten, ist aber auch geeignet, Hinweise auf eine zukünftige Forschungsagenda über die Länder des Nahen Ostens zu generieren.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/19781



Ankreuzen nur nach Anmeldung

UNGARN Die regierende Fidesz-Partei plant eine Einschränkung beim Wahlrecht. Abstimmen soll nur, wer sich registrieren lässt

Im Frühjahr 2014 wählt Ungarn ein neues Parlament. Die Regierung des nationalkonservativen Ministerpräsidenten Viktor Orbán muss sich dann dem Votum der Bürger stellen. Doch die Teilnahme an den Wahlen wird kompliziert als bislang. Abstimmen kann nämlich nur noch, wer sich mindestens 15 Tage vor dem Urnengang registrieren lässt. Ein entsprechendes Gesetz wird voraussichtlich am heutigen Montag mit der Zweidrittelmehrheit der regierenden Fidesz-Partei vom ungarischen Parlament verabschiedet.

Wähler werden auch in anderen Staaten registriert; in der Regel handelt es sich jedoch um Länder ohne Meldewesen wie die USA. Anderswo, beispielsweise in Frankreich, müssen Bürger sich für den Urnengang anmelden, wenn sie volljährig werden oder umziehen. Ungarn hat jedoch – ähnlich wie Deutschland – ein funktionierendes Meldewesen, auf dessen Basis die Wählerlisten bislang erstellt wurden.

Auslandsungarn Aus Sicht der ungarischen Regierung ist die Reform notwendig, weil seit 2011 auch Angehörige der ungarischen Minderheit in Rumänien, Serbien oder der Ukraine bei der Parlamentswahl abstimmen dürfen, wenn sie die doppelte Staatsbürgerschaft beantragt haben. Sie

sind bislang nicht bei den ungarischen Behörden registriert. Oppositionspolitiker wie Gergely Karácsony, Wahlrechtsexperte der ökologisch-alternativen LMP-Partei, bezweifeln jedoch, dass man die Anmeldepflicht deshalb auch auf Inlandsungarn ausdehnen muss. Kritik erntet auch der Umstand, dass Auslandsungarn sich bequem per Brief registrieren lassen können, Bürger im Inland aber persönlich den No-



Protest gegen die Registrierungspllicht

tar aufsuchen sollen. Eine Registrierung im Internet ist nur über einen autorisierten Zugang möglich, den man ebenfalls nur persönlich beantragen kann. Kritiker der Reform wie Róbert László, Politikwissenschaftler am Budapester Institut „Political Capital“, nehmen deshalb an, dass die regierende Fidesz-Partei durch die Registrierung frustrierte Wähler von der Abstimmung fernhalten will. Untersuchungen aus den USA zeigen, dass die Registrierungspflicht vor allem die Wahlbeteiligung von Jungen, Armen und Minderheiten sinken lässt. In Ungarn könnte das auch die Roma treffen.

Mobilisierung In der Bevölkerung ist die Wählerregistrierung äußerst unbeliebt. Vier von fünf Ungarn lehnen die geplanten Änderungen ab, selbst bei den Anhängern der nationalkonservativen Fidesz ist es mehr als die Hälfte. Allerdings ist bei ihnen die Bereitschaft zur Anmeldung mit 71 Prozent höher als bei den Anhängern der Oppositionsparteien. Außerdem hat die Regierungspartei überall im Land ein gut ausgebautes Netz von Aktivisten, auf die sie bei einer Mobilisierungskampagne zurückgreifen kann. Das gilt zwar auch für die größte Oppositionspartei, die postsozialistische MSZP. Kleinere Oppositions-

parteien dürften aber Probleme bekommen, ihre Anhänger überall im Land zur Registrierung zu ermuntern. László Sólyom, langjähriger Vorsitzender des ungarischen Verfassungsgerichts und bis 2010 ungarischer Staatspräsident vertritt die Ansicht, dass die Wahlrechtsreform gegen die ungarische Verfassung verstößt. Der amtierende Staatspräsident János Ader hat angekündigt, sich an die höchsten Richter zu wenden, wenn bei einem Gesetz „auch nur der kleinste Zweifel auftaucht, ob es der Verfassung entspricht“. Allerdings hat die Fidesz mit ihrer Zweidrittelmehrheit die wichtigsten Bestimmungen zur Registrierung bereits in der Verfassung bereits verankert – die Richter müssten also prüfen, ob die Verfassung selbst verfassungsgemäß ist. Die Oppositionspartei „Demokratische Koalition“ (DK), die vergangene Woche mit einer Menschenkette um das ungarische Parlament gegen die Registrierungspllicht demonstrierte, will sich deshalb an EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wenden. Brüssel solle prüfen, ob die Einschränkung des Wahlrechts mit den europäischen Grundwerten vereinbar sei, sagte DK-Parteivize Csaba Molnár.

Kata Kottra

Die Autorin ist freie Korrespondentin.

KURZ REZENSIIERT



Heinrich Best, Everhard Holtmann (Hg.): Aufbruch der entsicherten Gesellschaft.

Campus-Verlag, Frankfurt/M. 2012; 491 S., 39,90 €

Der Text auf dem Rücken des Buches verspricht viel. Die Rede ist von „der weltweit einzigen Großforschung, die sich über zehn Jahre interdisziplinär und vergleichend (...) der Transformationsforschung widmete“. Gemeint sind Ergebnisse des Forschungsverbundes „Gesellschaftliche Entwicklungen nach dem Systemumbruch“ der Universitäten Halle und Jena, die nunmehr als Zeugnis einer umfangreichen und überaus tiefgründigen Arbeit zu den Befindlichkeiten im vereinigten Deutschland vorliegen.

Eine leichte Lektüre ist das von dem Soziologen Heinrich Best (Jena) und dem Politologen Everhard Holtmann (Halle) herausgegebene Werk „Aufbruch der entsicherten Gesellschaft“ nicht. Das liegt zuvorderst an der sprachlichen Präsentation, die wissenschaftlich exakt abgefasst ist, an dieser oder jener Stelle aber unnötig kompliziert daherkommt. Und doch lohnt sich die Lektüre ohne Einschränkung. Wer detailliert wissen will, wie Ost- und Westdeutschland seit der Wende zusammengerückt sind; wo es mehr als zwei Dekaden nach dem Fall der Mauer noch Unterschiede gibt; warum sich die Eliten in den alten und neuen Bundesländern annähern; welche Folgen die Arbeitsmarktpolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung im Osten hatte; wie sich dort die Wahrnehmung von Lebensqualität geändert hat, wird auf fundierte Antworten stoßen.

Die Präzision, mit der gearbeitet wird, macht die Aussagefähigkeit der Texte unangreifbar. Auch bei unbequemen Erkenntnissen, die politische Auseinandersetzung provozieren. Wie etwa die These, in Ostdeutschland sei noch immer Unmut über den objektiv beachtlichen Zuwachs an Zivilisationskomfort spürbar, „weil ein Maßstab von Verteilungsgerechtigkeit angelegt wird, der sich mit wechselnder Blickrichtung entweder an einer zu DDR-Zeiten vorgeblich besser gewährten Grundversicherung oder (...) ausschließlich am westdeutschen Vergleichsniveau orientiert“. Darüber mag gestritten werden. Aber: Der Debatte wird es gut tun, wenn der „Jammer-Ossi“ den Weg vom Boulevard auf den Campus findet. *jbi* ||



Peter Pragal: Wir sehen uns wieder, mein Schlesierland. Auf der Suche nach Heimat.

Piper Verlag, München 2012; 385 S., 22,90 €

Wer wegen des dem „Schlesierlied“ entlehnten Titels „Wir sehen uns wieder, mein Schlesierland“ revanchistische Auslassungen eines Heimatvertriebenen erwartet, wird sich bei der Lektüre getäuscht sehen. Vielmehr berichtet Peter Pragal, 1944 als Kind aus Breslau geflohen und Jahrzehnte später als DDR-Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“ und des „Stern“ bekannt geworden, von seiner „Suche nach Heimat“, wie es im Untertitel heißt.

Das Ergebnis ist mehr als eine stark autobiografisch geprägte, bisweilen sehr persönliche Schilderung älterer und jüngerer Zeitschichten mit besonderem Gewicht auf dem Schicksal der Vertriebenen und der aus kritischer Distanz beäugten Politik ihrer Funktionäre: Es ist auch ein Plädoyer für Verständigung und Versöhnung auf Basis gemeinsamer Wurzeln, ohne historische Schuld und Verantwortung zu verdrängen.

Als Peter Pragal im Jahr 1980 erstmals seit Kriegsende seine Geburtsstadt besuchte, war von gemeinsamen Wurzeln zu seiner Empörung keine Rede, als im Rathaus eine Museumsführerin die Geschichte „aus der damals üblichen kommunistisch-nationalistischen Sicht“ schilderte: „Dass über Jahrhunderte in diesem Rathaus Deutsch gesprochen wurde, kam in ihrer Darstellung nicht vor“, erinnert sich der Autor. „Wir schieden im Streit.“ Mehr als 30 Jahre später fühlt er sich im heutigen Wrocław „als willkommenen Gast, der seine Vaterstadt besucht“, und bescheinigt der Oder-Metropole, ihr „historisches Gedächtnis wiedergewunden“ zu haben, das auch das deutsche Erbe einbezieht.

Pragal erteilt nicht nur einseitiger Geschichtsbetrachtung jeder Art eine Absage, sondern spürt beim Umgang mit dem Reizthema Vertreibung verbindende Elemente auf. Breslau heute ist ihm „die alte Heimat, die nicht vergessen werden soll“, Berlin seine neue, die „Wahlheimat“. Und Schlesien, schreibt er, „wirkt als Brücke zwischen Polen und Deutschen, zwischen Menschen, denen das Land vor dem Krieg Heimat war, und Menschen, denen es danach zur Heimat geworden ist.“ *sto* ||



Musikalische Völkerverständigung: Daniel Barenboim bei Proben mit seinem West-Eastern Divan Orchestra

Wahre Harmonie

KULTUR Der Bund beteiligt sich maßgeblich an der Barenboim-Said-Akademie. Und setzt damit ein Zeichen für den Frieden

Dass Politiker überraschende Geldgeschenke verteilen können, passiert eher selten – umso mehr genießen die Parlamentarier aber dann ihre ungeahnte Freigebigkeit. Auch dem FDP-Haushaltspolitiker Jürgen Koppelin ist die Freude über den gelungenen Coup in den Beratungen über den Kulturetat des Bundes noch Tage später anzumerken. Großartig sei es, die Barenboim-Said-Akademie unterstützen zu können, sagt er euphorisch, die nämlich sei ein „unmögliches Projekt“. „Damit wird es einen Ort geben, an dem junge Menschen aus Israel, Palästina, Ägypten, Jordanien und dem Libanon im wahren Sinne des Wortes harmonieren und gemeinsam Musik machen. Etwas Schöneres kann ich mir kaum vorstellen.“

Magazins viel Geld kosten – etwa 28,5 Millionen Euro. 20 Millionen, verteilt auf die nächsten vier Jahre, gibt es dafür nun vom Bund, der Rest soll von privaten Spendern aufgebracht werden. Wenige Tage vor Barenboims 70. Geburtstag verkündet, konnte der die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Bundestags als großes Geschenk werten. Bislang kommen die Musiker des West-Eastern Divan Orchestra einmal im Jahr zusammen, um zu proben und schließlich gemeinsam aufzutreten. Aufgrund der schwierigen politischen Lage im Nahen Osten ist das immer wieder mit Schwierigkeiten verbunden: Jedes Jahr gibt es erneut Schwierigkeiten bei der Visavergabe und diplomatische Verwicklungen. Mit dem festen Sitz in Berlin soll sich das künftig ändern.

Das Orchester war niemals nur ein kulturelles Projekt – es ist hochpolitisch. Er kämp-

Für einen Euro Für das Vorhaben überließ das Land Berlin Barenboim die Räume für 99 Jahre zu einem symbolischen Preis von einem Euro jährlich. Das Gebäude soll künftig einen Konzertsaal für bis zu 800 Besucher, Unterrichtsräume und einen Musikkindergarten beherbergen. Obwohl sich der bekannte Architekt Frank Gehry und der Akustiker Yasuhisa Toyota bereit erklärt haben, gratis zu arbeiten, wird der Umbau des

»Wenig überraschend«

VERTRIEBENE Studie zu NS-belasteten Funktionären im BdV

Eine Mehrheit der Spitzenfunktionäre des Bundes der Vertriebenen (BdV) der Nachkriegszeit war erheblich in das nationalsozialistische Regime verstrickt. Dies belegt eine Studie des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), die der BdV in Auftrag gegeben hatte. Die Studie war von der BdV-Präsidentin und CDU-Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach im Jahr 2007 initiiert worden. Steinbach teilte am vergangenen Montag mit, „dass eine überwiegende Anzahl der damaligen Präsidialmitglieder in sehr unterschiedlicher Weise in das NS-Regime eingebunden oder durch eigene NS-Aktivitäten belastet war“. Dies sei „für mich wenig überraschend“, sagte Steinbach. Vor drei Jahren hatte sie gegenüber dem Online-Portal der Tagesschau jedoch noch geäußert, „wir haben mehr Widerstandskämpfer bei uns im Verband, als dass wir Nationalsozialisten haben“.

Steinbach betonte in ihrer Erklärung zu den Ergebnissen der IfZ-Studie, die erste Verbandsspitze des BdV habe sich „engagiert in unsere Demokratie“ eingebracht. So habe sie maßgeblich an der Eingliederungs- und Lastenausgleichsgesetzgebung mitgewirkt. Steinbach fügte an: „Die Präsidenten, die unseren Verband besonders geprägt haben, waren der von Nationalsozialismus verfolgte sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch und der Christdemokrat Herbert Czaja, der erwiesenermaßen in Opposition zum nationalsozialistischen Regime stand. Er weigerte sich, der NSDAP beizutreten.“

Von ihm wurde der Verband 24 Jahre lang geführt.“

Träger des NS-Regimes Die IfZ-Studie stuft elf von 13 Mitgliedern des BdV-Gründungspräsidiums als frühere „Träger des Regimes“ ein, sei seien NSDAP- oder SS-Mitglieder gewesen. Ähnliches gilt für andere Funktionäre des Verbandes. „Gerade die Vertreter der mittleren und jüngeren Generation, die in den 50er-Jahren die Vertriebenenarbeit dominieren sollten, zeigten eine grundlegende Loyalität und Affinität gegenüber den braunen Machthabern“, schreibt der Historiker Michael Schwarz in der Studie. Erika Steinbach erklärt den hohen Anteil an NSDAP-Mitgliedern beim BdV folgendermaßen: „Ein Millionenheer an Entwurzelten versuchte verzweifelt wieder Grund unter die Füße zu kriegen. Organisationsstrukturen dafür gab es nicht. So ist erklärlich, dass es Männer mit zuvor gesammelter organisatorischer Erfahrung waren, die das Heft in die Hand nahmen.“ Dies sei in allen Ebenen der Wirtschaft, Verwaltung, Justiz, der Medien und Politik so gewesen. Diese „organisatorische Erfahrung“ sammeln diverse BdV-Präsidenten beispielsweise als Kriegsverwalter in besetzten Gebieten oder als „Gebietskommissar in der Ukraine“. In mindestens einem Fall, so schreibt Schwarz in der Studie, sei es „sehr wahrscheinlich, dass der Betreffende an der „NS-spezifischen Partisanenkriegsführung“ in Weißrussland beteiligt war.“ *aw* ||

Rätsel um Bild von Klaus Barbie

NS-AUFARBEITUNG Richtigstellung zu unserer Berichterstattung vom 12. November

Klaus Barbie, als „Schlächter von Lyon“ in die Geschichtsbücher eingegangen, gehört zu den bekanntesten nationalsozialistischen Kriegsverbrechern, die sich zunächst – in seinem Fall mit amerikanischer Hilfe – einer Verurteilung entziehen und nach Südamerika absetzen konnten. Im Jahr 1966 wurde der ehemalige SS-Hauptsturmführer vom Bundesnachrichtendienst (BND) angeworben und lieferte gegen Bezahlung Berichte für den westdeutschen Geheimdienst aus Südamerika.

In der letzten Ausgabe von „Das Parlament“ (Nr 46/47, Seite 9) berichteten wir über den Fall Barbie im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der Wiederverwendung von ehemaligen Nationalsozialisten in deutschen Behörden in der Nachkriegszeit. In der Bildunterschrift zu dem gezeigten Bild von Barbie schrieben wir, dass er eine SS-Uniform trage. Aufmerksame Leser wiesen uns jedoch darauf hin, dass es sich nicht um eine Uniform der SS, sondern der Wehrmacht handelt. Nach einer Überprüfung kam die Redaktion schließlich zu dem gleichen Ergebnis. Doch über einen Dienst von Klaus Barbie in der Wehrmacht ist nichts bekannt. Er war bereits im Jahr 1935 der SS beigetreten, der er auch bis zu seinem Untertauchen kurz vor Kriegsende angehörte. Um diesen Widerspruch aufzuklären, wandte sich unsere Redaktion an das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam (MGFA). Die Militärgeschichtler kamen

fe damit gegen die Ignoranz beider Konfliktparteien, hat Daniel Barenboim einmal gesagt. Nirgendwo anders gebe es einen Konflikt wie den im Nahen Osten, wo zwei Völker glaubten, allein auf demselben Stück Land leben zu müssen. Er habe jedoch mit seinem Orchester des West-Eastern Divan erlebt, wie vermittelnd und erzieherisch gemeinsames Musizieren sein könne. Deswegen werde seine Akademie auch nicht nur Musik unterrichten, sondern auch Philosophie und Geschichte lehren. Mit ihrer Entscheidung, die Akademie zu unterstützen, setze die Bundesrepublik ein Zeichen zur Überwindung der Sprachlosigkeit im Konflikt zwischen Palästinensern und Israelis, sagte Barenboim.

Auch für Jürgen Koppelin ist es dies ein emotionales Anliegen. Gerade jetzt, angesichts der jüngsten Konflikte, habe sich einmal mehr bestätigt, wie wichtig Barenboims Bestrebungen zur Völkerverständigung seien. Berlin setze damit ein Signal für seine Weltoffenheit. „Dafür muss Geld da sein.“ Davon ist auch Agnes Krumwiede, kulturpolitische Sprecherin der Grünen, überzeugt. Als Bildungseinrichtung und Begegnungsstätte für Musiker aus dem Nahen Osten werde die Akademie „das deutsche Musikleben bereichern“. Sie sei von dem ganzheitlichen Ansatz des Konzeptes, das für die Studenten nicht nur Instrumentalunterricht, sondern auch Philosophie Kurse vorsehe, „rundum überzeugt“. Das Publikum könne sich schon jetzt auf „unvergessliche Konzerterlebnisse“ freuen.

Dennoch ist Krumwiede nicht glücklich damit, wie die Entscheidung für die Förderung gefallen ist. Regelmäßig werde der Kulturausschuss bei Fördermaßnahmen „durch den Kulturstaaatsminister vor vollendete Tatsachen gestellt“. Auch bei der Bereinigungssitzung für den Haushalt 2013 seien „hinter verschlossenen Türen und ohne Debatte im Kulturausschuss 10 Millionen Euro verteilt“ worden. Kulturstaaatsminister Bernd Neumann (CDU) hingegen nannte es einen „Glückstag für die Kultur in Deutschland“.

Unmut in der Künstlerszene Weniger beglückt fühlen sich indes viele Berliner Künstler, deren Einrichtungen chronisch unterfinanziert sind. Schon eine Million, meint der Geschäftsführer des Grips-Theaters, Volker Ludwig, würde seinem eigenen Projekt beim Überleben helfen, Barenboims Akademie aber wohl nicht gefährden. Und erst im Sommer dieses Jahres klagte der Münchner Operntendant Nikolaus Bachler, er bekomme keinen guten Nachwuchs mehr, „weil zum Beispiel Herr Woreweit in Berlin Herrn Barenboim so mit Geld überschüttet, dass die Musiker dort um vieles mehr verdienen als hier“. Krumwiede kann „den Unmut einiger Kulturschaffender nachvollziehen, die für ihre Projekte selbst Unterstützung durch den Bund benötigen und leer ausgehen, während einem renommierten Dirigent wie Daniel Barenboim alle Türen geöffnet werden“.

Tatsächlich ist Barenboim nicht nur ein Weltklasse-dirigent, sondern auch ein begabter Geldeinwerber. Im November 2000 profitierte er von einem Überraschungscoup des damaligen Kulturstaaatsministers Michael Naumann (SPD). Der stellte Barenboims Staatsoper unerwartet 3,5 Millionen Euro zu, obwohl der Bund sich zuvor immer geweigert hatte, eines der drei Berliner Opernhäuser finanziell zu unterstützen. Die Entscheidung fiel damals pünktlich zu Barenboims 58. Geburtstag. Zum 70. gab es für den Künstler also wieder Geld – und eine für ihn erfreuliche Personalie gleich dazu: Die Geschäftsführung der neuen Akademie wird sein alter Freund Michael Naumann übernehmen. *Susanne Kailitz* ||

»Friedensunion Europa«

GEDENKEN Der Opfer von Krieg, Terror und Gewalt hat die Bundesrepublik am Volkstrauertag gedacht. In der zentralen Gedenkstätte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge sprach Bundespräsident Joachim Gauck im Plenarsaal des Bundestags das Totengedenken; die Gedenkredede hielt CSU-Landesgruppenchefin Gerda Hasselfeldt. Die frühere Vizepräsidentin des Parlaments hob besonders die deutsch-französische Aussöhnung hervor, die sie „eine der wichtigsten Lehren aus der Vergangenheit“ nannte. Diese Aussöhnung sei die Basis eines „einzigartigen und dauerhaften Friedens- und Integrationsprozesses“ in Europa gewesen. Mit einem deutsch-französischen Tag werde im Januar der 50. Jahrestag des Abschlusses des Élysée-Vertrages gefeiert. Die Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich sei heute in den Köpfen und Herzen der Menschen „fest verankert“.

Hasselfeldt erinnerte auch an die Versöhnungsgeste von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) und Präsident François Mitterrand über den Gräbern von Verdun 1984. Als ebenso wegweisend bezeichnete sie den Kniefall von Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) 1970 am Ehrenmal für die Helden des Warschauer Ghetos. Diese Geste sei ein maßgeblicher Schritt auf dem Weg zur deutsch-polnischen Aussöhnung gewesen. Sie freue sich, dass Deutschland heute zu allen seinen östlichen Nachbarn sehr gute Beziehungen habe.



Gerda Hasselfeldt

„Nie wieder Krieg“ – dies sei und bleibe die Grundlage der europäischen Einigung, die nicht als selbstverständlich betrachtet werden sollte. Die Diskussionen über die Zukunft Europas und des Euro hätten längst verschüttet geglaubte Ressentiments wieder zum Vorschein gebracht. Deshalb müsse „mit Zuversicht und Weitblick“ am „Haus Europa“ weitergebaut werden, das auf dem starken Fundament gemeinsamer Werte stehe. In der Jugend müsse das Bewusstsein dafür gestärkt werden, wie wertvoll die europäischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sind.

Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union sei nicht nur verdiente Anerkennung für die europäischen Institutionen, sondern eine Auszeichnung für „jeden einzelnen europäischen Bürger“. „Jeder von uns sollte stolz darauf sein, Teil der Friedensunion Europa zu sein“, sagte Hasselfeldt. Der Volkstrauertag mahne, dieses „hohe Gut“ auch für künftige Generationen zu bewahren.

Der Volkstrauertag wurde durch den 1919 gegründeten Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge zum Gedenken an die Kriegstoten des Ersten Weltkrieges eingeführt. Die erste offizielle Feierstunde fand 1922 im Reichstag in Berlin statt. 1934 bestimmten die nationalsozialistischen Machthaber den Volkstrauertag zum Staatsfeiertag und nannten ihn „Heldengedenktag“. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurde der Volkstrauertag erneut vom Volksbund eingeführt und 1950 erstmals neben vielen regionalen Veranstaltungen mit einer Feierstunde im Plenarsaal des Bundestags begangen. *vom* ||



Klaus Barbie in Wehrmachtuniform

nach Prüfung zu folgendem Ergebnis: „Bei der Person in der Mitte des Bildes handelt es sich um einen Unteroffizier oder Feldwebel der Wehrmacht. Der Soldat gehört der Teilstreitkraft Heer an und ist mit einem Orden ausgezeichnet, der im zweiten Knopflack getragen wird (Eisernes Kreuz II. Klasse oder Medaille ‚Winterschlacht im Osten 1941/42‘). (...) Eine weitere Auszeichnung, die ebenfalls nicht zu ermitteln ist, trägt der Soldat an der linken Brusttasche. Der genaue Dienstgrad und die Truppengattung sind gleichfalls nicht zu identifizieren. Die Schirmmütze des Heeres besitzt ein Ho-

heitsabzeichen und einen Eichenlaubkranz mit Kokarde (...) Selbiges galt für die SS. Ausnahme: Statt des Eichenkranzes mit Kokarde wurde ein Totenkopf getragen. Auch die Kragenspiegel der SS entsprachen nicht denen der Wehrmacht. Trug der Wehrmachtsangehörige Kragenspiegel in seiner Waffenfarbe auf beiden Seiten des Uniformrocks, bei Offizieren und Mannschaften ohne, bei Unteroffiziersdienstgraden (wie auf dem Bild dargestellt) mit umrahmender Paspelierung, trug der SS-Soldat schwarze Kragenspiegel mit SS-Runen auf der rechten, schwarzer Kragenspiegel mit Dienstrock – Sternen, Streifen, Eichenlaubblätter – auf der linken Seite. Die Schulterklappen entsprachen denen der Wehrmacht.“

Datierung des Fotos Anhand der Orden an der Uniform aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges lässt sich das Entstehungsdatum des Fotos zumindest auf die Zeit zwischen 1939 und 1945 eingrenzen. Wo und zu welchem Anlass das Foto entstand, konnten jedoch auch die Militärgeschichtler in Potsdam nicht klären. Letztlich lässt sich nicht einmal einwandfrei klären, ob es sich bei dem abgebildeten Soldaten wirklich um Klaus Barbie handelt, auch wenn die Ähnlichkeit mit Bildern aus der Nachkriegszeit extrem groß ist. Das zweite bekannte Bild von Barbie aus der NS-Zeit zeigt ihn im Profil und in der Uniform eines SS-Sturmführers. Diesen Rang trug er seit 1940. *Alexander Weinlein* ||

AUFGEKEHRT

Schuld sind die anderen

Rumms – jetzt hat es auch die Franzosen erwischt. Vorbei ist es mit Triple A und der Topbonität. Bei Moody's haben sie den Daumen gesenkt. Bei Moody's? Langjährige Ozeanüberquerer, Yeti-Sucher und andere, die sich in den letzten Jahren den modernen Informationsmedien verweigert haben, mögen ins Grübeln kommen, warum es sich dabei handeln könnte. Dem Namen nach vielleicht um eine Kneipe, in der zu vorgerückter Stunde unter dem Einfluss von Alkoholika über die Zukunft philosophiert und die Situation einzelner Staaten eingeschätzt wird. So nach dem Motto: Der Pernod schmeckt heute aber irgendwie komisch. Ich glaub, mit dem Franzosen geht's bergab. Und schon ist das Top-Ranking dahin. Falsch, ihr lieben Unwissenden. Um eine Destille handelt es sich bei Moody's nicht, vielmehr um eine Rating-Agentur zur Bonitätsbewertung. Inwieweit sich das Vorgehen der dort sitzenden Fachleute von dem der Kneipengänger abhebt, ist nicht ganz klar. Unfehlbar, das jedenfalls steht fest, sind auch die Moody's-Leute nicht. Als 2008 mit der Pleite der Lehman-Bank die Weltwirtschaft zusammenbrach, staunten die Rating-Experten nicht schlecht. Dabei war der amerikanische Whiskey am Vorabend noch so lecker. Frankreich stehen nun harte Zeiten ins Haus – die Zinsen könnten steigen. Gut, dass bei den führenden Politikern unseres Nachbarlandes die Reflexe noch funktionieren: Schuld an der Misere sind nämlich die anderen. Genau gesagt die Vorgängerregierung, wie der aktuelle Finanzminister eilig versicherte. Ob Deutschland auch künftig seine Topbonität halten kann, hängt hoffentlich nicht von den grauelig schmeckenden hiesigen Kräuterschnäpsen ab. Sollte aber 2014 nach einem eventuellen Regierungswechsel der Moody's-Daumen nach unten gehen, ist die Reaktion schon jetzt klar: Schuld sind selbstverständlich jeweils die anderen. Götz Hausding

VOR 20 JAHREN ...

Eine Union mit drei Säulen

2. Dezember 1992: Vertrag über die Europäische Union Die Nachricht saß: Die D-Mark wird abgeschafft, spätestens 1999 soll eine gemeinsame Währung kommen. Im Dezember 1991 einigte man sich beim EG-Gipfel in Maastricht auf die Einführung des Euro – und die Gründung der Europäischen Union. Nur wenige Wochen später, am 7. Februar 1992, wurden die entsprechenden Verträge an gleicher Stelle unterzeichnet. Am 2. Dezember beriet der Bundestag dann abschließend über die Ratifizierung des



Die EU übernahm die Flagge der bisherigen EG.

Vertrags von Maastricht. Zwar fiel das Votum der Abgeordneten für das Regelwerk deutlich aus – 543 Parlamentarier stimmten für, nur 17 gegen „Maastricht“ –, Kritiker hatte der Vertrag aber sehr wohl. Der fraktionslose Ortwin Lowack beispielsweise warnte in der Debatte vor einem „festen Zeitplan“, nachdem die geplante Währungsunion umgesetzt werden sollte. „Ich halte das bei der mangelnden Koordinierung der Stabilitätspolitik der Mitgliedsländer für Unsinn“, sagte er. Einige Politiker bemängelten, dass der Vertrag das Europäische Parlament nicht genügend stärke. Andere zogen vor das Bundesverfassungsgericht, das sie in der Übertragung von Kompetenzen auf die EU im Zuge der Wirtschafts- und Währungsunion einen Verstoß gegen das Demokratie- und Gewaltenteilungsprinzip sahen. Doch die Karlsruher Richter gaben dem Vertrag grünes Licht, sodass er am 1. November 1993 in Kraft treten konnte. Die neu gegründete EU wurde auf drei Säulen gestellt: Die Fortführung und Ausdehnung der Gemeinschaftspolitik der EG (EG), die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres (PJZ). Benjamin Stahl

ORTSTERMIN: TREFFEN DER EHEMALIGEN MITGLIEDER DES BUNDESTAGES



Gastgeberin Ingrid Matthäus-Maier (SPD) und Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) lauschten den Anmerkungen der ehemaligen Abgeordneten.

Jung-Minister besucht Alt-Parlamentarier

Ein ehemaliger Bonner Oberbürgermeister zu Fuß, ein vormaliger Bundesforschungsminister auf dem Fahrrad – so kommen Hans Daniels (CDU) und Andreas von Bülow (SPD) zur Ausweiskontrolle am Eingang des Bonner Kanzleramtes an, dem heutigen Hauptsitz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Früher wären sie hier im Dienstwagen vorgefahren und durchgewinkt worden. Heute kommen sie zur traditionellen Bonner Veranstaltung der „Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments e. V.“. Diese war 1977 in Bonn gegründet worden. Ihr erster Präsident war der frühere Bundespräsident Eugen Gerstenmaier (CDU), Vizepräsident der „Grundgesetz-Vater“ Carlo Schmid (SPD). Obwohl der Verein seinen Sitz seit 1999 in Berlin hat, leugnet er seine Wurzeln nicht und kehrt deshalb einmal im Jahr an den Rhein zurück. Dieses Jahr fand die Mitgliederversammlung am 15. November im Filmssaal des früheren Kanzleramtes statt. Über

90 Mitglieder der Vereinigung hatten sich dafür angemeldet und wurden von der neuen Präsidentin der Vereinigung der Ehemaligen, Ingrid Matthäus-Maier (SPD), begrüßt. Als Redner waren Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) sowie Hans-Joachim Jentsch (CDU), Bundesverfassungsrichter a.D., und Jürgen Meyer (SPD), Juraprofessor an der Uni Freiburg und Vertreter des Deutschen Bundestages in den europäischen Verfassungskonventen, geladen. Minister Bahr sprach über die aktuelle Gesundheitspolitik und diskutierte danach mit den sachkundigen Gästen. Die „Ehemaligen“ konnten hier direkt zur Sache sprechen und mussten nicht mehr gegeneinander debattieren, wie einst im Plenum des Deutschen Bundestages. So erfüllten sie ihren Satzungsauftrag: Ihre Erfahrungen an aktuelle Politiker wie Bahr weiterzugeben und der parlamentarischen Demokratie in Deutschland kontinuierlich zu dienen. Diesem Auftrag fühlen sie sich erkennbar verpflichtet. Später bedankten sich Ingrid Matthäus-Maier und ihr Vor-

gänger, Harald B. Schäfer (SPD), für den Vortrag des Gesundheitsministers. Die beiden anderen Redner, Hans-Joachim Jentsch und Jürgen Meyer, sprachen über die Rechte des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlamentes bei der Bewältigung der europäischen Finanzkrise. Jentsch sah die Rechte der Parlamentarier durch das Verfassungsgericht gestärkt, wohingegen Meyer kritisierte, dass das Bundesverfassungsgericht den Charakter des Europäischen Parlaments (EP) nicht richtig beurteilt habe und das EP nicht, wie es notwendig sei, weiter gestärkt habe. Beide Professoren und die zwischen Hoffnung, Sorge und Ratlosigkeit hin- und hergerissenen Diskutanten ermutigten den Bundestag, notfalls beim Europäischen Gerichtshof zu klagen, falls EZB-Präsident Mario Draghi ungebremst und grenzenlos seine Ankündigungen der Schuldenfinanzierung wahr mache. Obwohl die Zweifel überwogen, gilt für die Ehemaligen offenkundig nicht der altösterreichische Satz „Resignation ist die schönste Nation“. Helmut Herles

LESERPOST

Zur Ausgabe 46 vom 12.11.2012, „Politische Bildung für alle“ auf Seite 14 und „Politik mit langem Atem“ auf Seite 8: Als Historiker und Zeitzeuge muss ich darauf hinweisen, dass die heutige Bundeszentrale für politische Bildung (bbp) ihre Arbeit mit ihrem Direktor, dem Historiker Paul Franken, und zwei Referenten de facto schon um die Jahreswende 1951/1952 aufnahm. In den ersten neun Monaten bis zum ministeriellen Gründungsbeschluss vom 25. November 1952, und auch noch lange danach, war der entscheidende Arbeitsschwerpunkt aller sofort entwickelten Referate die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft. Dies geschah durch die Veröffentlichung zahlreicher Bücher oder auch durch Kinovorführungen des Originalfilms über die Verhandlungen vor dem NS-Sondergericht unter dem unsäglichen Roland Freisler gegen die Männer des „20. Juli“. Die Aufklärung über den Kommunismus kam erst später hinzu, vor allem dann mit der Gründung eines „Ostkollegs der Bundeszentrale“ in Köln im Jahre 1957. Die Förderung des europäischen Gedankens war von Anfang an auch eine der Aufgabenstellungen der Bundeszentrale für politische Bildung. In ihrem Artikel „Politik mit langem Atem“ auf Seite 8 zur „Europa-Rede“ von Martin Schulz, des Präsidenten des Europäischen Parlamentes, steht in der Bildunterschrift, dass Schulz in seiner Rede vor einem „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ warnt. Diese Haltung macht mich erstaunt, weil wir ein solches Europa doch längst in vielen Bereichen haben. Carl-Christoph Schweitzer, Bonn

Zur Ausgabe 46 vom 12.11.2012, „Reifezeichen einer gefestigten Demokratie“ auf Seite 9: In Ihrer Ausgabe vom 12. November 2012 verweisen Sie auf Seite 9 unter der Überschrift „Reifezeichen einer gefestigten Demokratie“ als Beispiel der Mitarbeit von Nazis in Bundesbehörden auf die Tätigkeit von Klaus Barbie für den Bundesnachrichtendienst (BND) und veröffentlichen dazu auch zwei Bilder, das rechte Bild zeigt Barbie, wie Sie schreiben, in SS-Uniform. Der gezeigte Mann trägt aber eine Wehrmachtsuniform und zwar, wenn ich richtig sehe, die eines Unteroffiziers. Dabei meine ich, schon ein Bild von Barbie in SS-Uniform gesehen zu haben. Hans Joachim Meyer, per E-Mail

Sie schreiben, das Foto zeige Klaus Barbie „während der NS-Zeit in SS-Uniform“. Das trifft nicht zu. Das Foto zeigt Barbie in normaler Heeresuniform, nicht der Waffen-SS. Der Kragenspiegel stammt vom Heer, ebenso die Hoheitsabzeichen auf der rechten Brustseite. Die der Waffen-SS waren auf dem linken Ärmel. Offenbar gehörte Klaus Barbie zeitweise zum Heer. Klaus Voss, Amorbach

Meines Erachtens handelt es sich bei der von Klaus Barbie auf dem Bild getragenen Uniform nicht um eine SS-Uniform, sondern um eine Wehrmachtsuniform. Zumindest ist an den Kragenspiegeln und an der Schirmmütze kein Hinweis auf die SS zu finden. Wolfgang Dingarten, Erfstadt

Anmerkung der Redaktion: Die Redaktion bedankt sich für die zahlreichen Zuschriften aufmerksamer Leser bezüglich der Uniform von Klaus Barbie. Wir sind den Hinweisen nachgegangen. Anscheinend handelt es sich bei der von Klaus Barbie auf dem Foto getragenen Uniform tatsächlich um eine Wehrmachtsuniform, und keine SS-Uniform, wie in der Bildunterschrift zu lesen war. Nähere Informationen dazu finden Sie auf der Seite „Kultur und Medien“ (S.13) dieser Ausgabe.

SEITENBLICKE



PANNENMELDER

In der Ausgabe 46/47 vom 12.11.2012 ist in dem Artikel „Punkte bei Frauen und Latinos“ auf Seite 3 ein Sinn entstellender Fehler unterlaufen: Nicht mehr als 60 Prozent der Wähler, sondern mehr als 60 Millionen Wähler haben für den alten und neuen Präsidenten Barack Obama gestimmt. Grundlage dieser Zahlen waren Hochrechnungen. Inzwischen steht das Endergebnis fest: Obama siegte mit einem Stimmenanteil von 51 Prozent und 62,615 Millionen Stimmen. Herausforderer Mitt Romney erhielt mit 59,142 Millionen Stimmen einen Anteil von 48 Prozent. Auf Seite 11 wird in dem Artikel „Das Geheimnis der Gesetzgebung“ der Name des CDU-Abgeordneten Patrick Sensburg einmal falsch geschrieben.

PERSONALIA

>Werner Labsch † Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD
Am 23. Oktober starb Werner Labsch im Alter von 75 Jahren. Der Bergbauingenieur aus Burg im Spreewald trat 1989 der SPD bei, gehörte bis 1994 dem sächsischen Landesvorstand an und war von 1990 bis 1994 Bürgermeister in Cottbus. Labsch arbeitete im Bundestag zuletzt im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie mit.

>Frolinde Balsler † Bundestagsabgeordnete 1979-1980, SPD
Frolinde Balsler starb am 4. November im Alter von 88 Jahren. Die promovierte Historikerin und Bibliothekarin trat 1957 der SPD bei und war von 1964 bis 1985 Stadtverordnete in Frankfurt/Main. Balsler rückte 1979 für Hermann Schmitt-Vockenhausen in den Bundestag nach.

>Siegfried Vergin † Bundestagsabgeordneter 1990-1998, SPD
Am 5. November starb Siegfried Vergin im Alter von 79 Jahren. Der Schullektor aus Mannheim und spätere Landesvorsitzende der GEW Baden-Württembergs wurde 1960 SPD-Mitglied. Vergin engagierte sich im Bundestag zuletzt im Innenausschuss.

>Fred Zander † Bundestagsabgeordneter 1969-1990, SPD
Fred Zander starb am 6. November im Alter von 77 Jahren. Der Kraftfahrzeughandwerker und Gewerkschaftsfunktionär war von 1972 bis 1982 Parlamentarischer Staatssekretär, erst beim Bundesbildungsminister und später beim Bundesfamilienminister. Zander engagierte sich im Haushaltsausschuss.

>Hugo Hammans † Bundestagsabgeordneter 1965-1980, CDU
Am 8. November starb Hugo Hammans im Alter von 85 Jahren. Der promovierte Biologe und Gymnasiallehrer war Direktorkandidat des Wahlkreises Kempen-Krefeld und gehörte im Bundestag vorwiegend dem Ausschuss für Jugend, Familie und Gesundheit an.

>Rudolf Müller Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD
Rudolf Müller vollendet am 26. November sein 80. Lebensjahr. Der aus Schweinfurt stammende Oberstudiendirektor trat 1963 der SPD bei. Müller gehörte stets dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten an, dessen Vorsitzender er von 1987 bis 1990 war.

>Wolfgang Hackel Bundestagsabgeordneter 1980-1985, CDU
Wolfgang Hackel wird am 27. November 70 Jahre alt. Seit 1966 CDU-Mitglied, war der Diplom-Politologe und promovierte Volkswirt von 1986 bis 1989 Mitglied des Europäischen Parlaments und von 1994 bis 2004 brandenburgischer Landtagsabgeordneter, 1999/200 dort auch Wissenschaftsminister. Im Bundestag arbeitete er im Haushaltsausschuss.

>Dieter Annies Bundestagsabgeordneter 1990, FDP
Dieter Annies wird am 1. Dezember 70 Jahre alt. Der Installateurmeister aus Limbach-Oberfrohna war Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und gehörte dem Bundestag von Oktober bis Dezember 1990 an.

>Jürgen Starnick Bundestagsabgeordneter 1990-1994, FDP
Am 1. Dezember vollendet Jürgen Starnick sein 75. Lebensjahr. Der promovierte Chemiker und Hochschullehrer, von 1986 bis 1989 Berliner Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, gehörte im Bundestag dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit an. bmf

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 3. Dezember.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 26.-30.11.2012
Raumentwicklungspolitik (Do),
Europäische Bankenunion (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Peer Steinbrück, SPD:

Diese Koalition kümmert sich nicht um die Probleme dieses Landes



Peer Steinbrück (*1947)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Ohne Zweifel: Deutschland steht im europäischen Vergleich zu vielen unserer Partner innerhalb der Europäischen Währungsunion und der Europäischen Union deutlich besser da. Das hat mehrere Gründe.

Wir haben dafür Sorge getragen, dass wir eine industrielle Wertschöpfungskette erhalten, im Gegensatz zu vielen anderen Ländern. Wir haben es mit einem sehr tüchtigen Mittelstand zu tun. Viele große deutsche Unternehmen haben sich restrukturiert. Das dreisäulige Kreditwesen hat sich gerade in schwierigen Zeiten und mit Blick auf die Finanzierung des deutschen Mittelstandes bewährt. Das duale Ausbildungssystem, das berufliche Ausbildungssystem in Deutschland wird von vielen beneidet. Wir haben es mit einer exzellenten Facharbeiterschaft und mit einer starken und sehr bewährten Sozialpartnerschaft zu tun. Das ist die gute Nachricht für unser Land.

Die schlechte Nachricht ist: Diese vergleichsweise gute Entwicklung hat mit der Arbeit dieser Bundesregierung in den letzten drei Jahren wenig zu tun.

Wir sind Alice im Wunderland, nicht wegen, sondern trotz dieser schwarz-gelben Bundesregierung.

Während eine von Gerhard Schröder geführte rot-grüne Bundesregierung mit mutigen, auch mit umstrittenen Reformen Deutschland modernisiert hat, während eine Große Koalition mit maßgeblichen Beiträgen der SPD für eine sehr kluge Antikrisenpolitik gesorgt hat, die Konjunktur und Beschäftigung in Deutschland stabilisiert hat, stellt sich die Frage, welche nennenswerten Initiativen die schwarz-gelbe

Bundesregierung, die Koalition in den letzten drei Jahren für Wachstum und Beschäftigung in Deutschland ergriffen hat.

Sucht man beispielsweise unter dem Stichwort „Wirtschaft“, bekommt man elf Treffer, und zwar von einem Gesetz zur Änderung der Gewerbeordnung über ein Gesetz zur Einführung eines Zulassungsverfahrens für Bewachungsunternehmen auf Seeschiffen bis zu einem Gesetz zur Änderung des Beherbergungsstatistikgesetzes.

Dann habe ich mir die Mühe gemacht, mit einem anderen Stichwort zu suchen – ich habe gedacht, da werde ich garantiert fündig –, und zwar mit dem Stichwort „Mittelstand“. Was habe ich gefunden? Null Treffer in diesem bundestagsinternen Recherchesystem! Null, gar nichts, kein einschlägiges Vorhaben für den deutschen Mittelstand seit drei Jahren!

Zum Schluss habe ich das Suchwort „Wachstum“ eingegeben. Tatsächlich habe ich zu meiner gelinden Überraschung einen Treffer gehabt, nämlich das berühmterbüchtere Wachstumsbeschleunigungsgesetz vom 4. Dezember 2009, mit dem Sie die Hoteliers versorgt haben, mit dem Sie die Erbschaft- und Schenkungsteuer gesenkt haben und mit dem Sie die Umstrukturierung von Unternehmen im Bereich der Grunderwerbsteuer geregelt haben.

Donnerwetter, was Sie in drei Jahren unter diesen drei Stichworten alles auf den Weg gebracht haben!

All das steht in einem, wie ich finde, ganz merkwürdigen Gegensatz zu Ihrer dröhnenden Selbstbeweihräucherung. Und kommen Sie mir nicht mit der Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung und zur Rentenversicherung! Bei der Arbeitslosenversicherung haben Sie den Spielraum preisgegeben, den Sie in schlechteren Zeiten für die Reaktivierung des Kurzarbeitergeldes brauchen.

Bei der Rentenversicherung haben Sie – gleichermaßen zur Kritik von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – sträflich versäumt, eine Demografiereserve anzulegen, die wir angesichts der Altersentwicklung unserer Gesellschaft dringend brauchen, um sehr sprunghafte Steigerungen zulasten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vermeiden.

Diese Bundesregierung hat dieses Land weder im Hier und Jetzt gestaltet, noch hat sie für die Zukunft vorgesorgt. Nichts macht das deutlicher als zum Beispiel der Vergleich zwischen dem Koalitionsausschuss der Großen Koalition am 5. Januar 2009, in dem unter maßgeblicher Handschrift der SPD Schritte zur Bewältigung der damaligen Herausforderungen unternommen wurden, und zwar mit einer Kurzarbeitergeldregelung, mit einem kommunalen Investitionsprogramm, mit einer Abwrackprämie für Automobile und mit einer zusätzlichen Förderung der öffentlichen Infrastruktur, und Ihrem Koalitionsausschuss vom 4. November dieses Jahres.

Welch ein Unterschied mit Blick auf die Qualität und die Bedeutung der Themen, über die dort diskutiert worden ist!

In diesem Koalitionsausschuss haben Sie sich mit keiner einzigen Frage beschäftigt, die den Bürgerinnen und Bürgern im Augenblick unter den Nägeln brennt. Stattdessen Sendepause und Handlungsunfähigkeit: zur Spaltung des Arbeitsmarktes mit Niedrigstlöhnen, zur gleichen Bezahlung von Frauen und Männern, zur Energiewende mit drohenden Strompreiserhöhungen sowohl für private Haushalte als auch für Industrieunternehmen, zur Undurchlässigkeit und Unterfinanzierung unseres Bildungssystems, zur ungerechten steuerlichen Behandlung von Alleinerziehenden, insbesondere Frauen, zu Geschiedenen, die gleichermaßen ihre Kinder betreuen, zu eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften oder zum nach wie vor skandalösen Ehegattensplitting. Nichts dazu!

Keiner dieser Punkte – nicht ein einziger! – und vor allen Dingen kein konzises Krisenmanagement in Absprache mit Frankreich zur augenblicklichen Lage in Europa standen auf Ihrer Tagesordnung. Tatsächlich, Herr Kauder, haben wir von Ihnen eher gewisse Maßregelungen Frankreichs gehört, wo doch eine bessere Verabredung und Vorbereitung der jetzt anstehenden Sitzungen sehr viel besser gewesen wäre.

Herr Brüderle karikierte sich einmal mehr selbst mit dem Wort vom „großen Sprung nach vorn“ als Ergebnis dieses Koalitionsausschusses. Autosuggestion, lieber Herr Brüderle, ist auch eine politische Kunstform; das gebe ich zu.

Diese Koalition kämpft nur mit und für sich selbst, aber sie kümmert sich nicht um die konkreten Probleme dieses Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Wer alle Kraft braucht, um die Koalition zusammenzuhalten – statt unser Land –, der sollte in die Rehabilitation.

Frau Bundeskanzlerin, wir haben im Schloss Bellevue bereits einen Präsidenten. Ich will damit sagen: Sie sind nicht eine über Ihrem Kabinett schwebende Präsidentin, die mit den Niederungen der innenpolitischen Herausforderungen nichts zu tun hat, sondern Sie sind die Chefin einer Regierung, für deren Handwerk und Qualität in erster Linie Sie verantwortlich sind.

Deshalb ist auch Ihnen der Vorwurf zu machen, dass Sie die gute Zeit nicht genutzt haben und Vorsorge für angespannte Zeiten nicht getroffen haben. Dabei hat Ihre Koalition schlichtweg mehr Glück als Verstand: Gegenüber

Wer alle Kraft braucht, um die Koalition zusammenzuhalten, der sollte lieber in die Rehabilitation.

der ersten schwarz-gelben Finanzplanung für den Zeitraum 2010/2013 haben sich die Steuereinnahmen deutlich günstiger entwickelt, haben sich die Zinsausgaben deutlich günstiger entwickelt, haben sich die Arbeitsmarktausgaben deutlich günstiger entwickelt. Das dürfte Sie in einer Größenordnung von 130 Milliarden Euro entlastet haben.

Darüber hinaus kann der Bundesfinanzminister in einer Art Eldorado deutsche Staatsanleihen zu einem Nahezu-Null-Zins platzieren, weil viele Deutschland als sicheren Hafen suchen, in dem sie ankern wollen – eine fantastische Situation für einen Bundesfinanzminister, die ich gerne gehabt hätte.

Der Versicherungskonzern Allianz rechnet Ihnen vor, dass sich im deutschen Staatshaushalt jährlich eine Zinsersparnis von über 10 Milliarden Euro ergibt, weil in der Krise in Europa alle diesen sicheren Hafen ansteuern und deshalb deutsche Staatsanleihen, sogar mit Verlust, kaufen. Das ist eine fantastische Lage.

Jenseits des jährlichen haushaltspolitischen Rituals – mit der Erfolgspropaganda auf der einen Seite des Hauses und den vielen Belegen, dass das alles nicht der Fall ist, auf der anderen Seite des Hauses – bleibt nüch-

tern festzustellen: Nie zuvor war die haushaltspolitische Ausgangslage für eine ehrgeizige Konsolidierung und eine zügige Rückführung der Neuverschuldung in Deutschland so günstig wie heute.

Das haben Sie nicht genutzt. Sie haben – das entspricht Ihrer Mentalität – Einzelinteressen bedient, wo für die Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 4. November beispielhaft stehen.

Lenken Sie mir nicht ab, indem Sie ankündigen, dass Sie das strukturelle Defizit einige Jahre vor 2016 erreichen wollen. Sie könnten bereits in der Finanzplanung für 2014 die Neuverschuldung insgesamt auf null senken – wenn Sie denn wollten.

2013 wird nach vielen Prognosen ein wirtschaftlich schlechtes, einige sagen sogar: ein für weite Teile der Währungsunion und der Europäischen Union hochproblematisches Jahr. Das wird auf Deutschland abfärben.

Die Selbstbedienung beim Gesundheitsfonds und bei der KfW ist nicht nur haushaltspolitisch unseriös, sie ist in der Sache hanebüchen.

Für 2013 sollen zu den ohnehin vorgesehenen Kürzungen des Bundeszuschusses von 2 Milliarden Euro 0,5 Milliarden Euro hinzukommen, für 2014 weitere 2 Milliarden Euro. Statt hier angesichts eines demografischen Wandels, der sich mit mathematischer Sicherheit voraussagen lässt, Vorsorge zu betreiben, machen Sie „rechte Tasche, linke Tasche“. Der Gesundheitsfonds wird zum Sonderkonto für Wahlgeschenke, die Sie am 4. November zu verteilen beschlossen haben.

Es wird noch schlimmer: Als eine Neuauflage der Panzerknackerbande begeht diese Koalition einen Bankraub von 1 Milliarde Euro bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Die Staatsbank muss herhalten, um Haushaltslöcher zu stopfen, Haushaltslöcher, die bei der aktuellen Einnahmesituation eigentlich gar nicht entstehen dürften. Die KfW, meine Damen und Herren von der Koalition, ist eine Förderbank, die aus ihren Reserven Investitionsprogramme gestalten soll. Sie gestaltet Zukunft und

Fortsetzung auf Seite 2

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. www.bundestag.de/live/tv/index.html

Fortsetzung von Seite 1: Peer Steinbrück (SPD)

Fortschritt in diesem Land mit Programmen, die wir angesichts der sich abschwächenden Konjunktur vielleicht dringender denn je benötigen.

Und Sie plündern diese Bank! Dass sich Schwarz-Gelb nun sogar bei Investitionsmitteln bedient, um Leistungen wie das Betreuungsgeld gegenzufinanzieren, das belegt einmal mehr: Das ist Politik von gestern und wird auf Kosten der Zukunft bezahlt.

Diese Bundesregierung tut nichts, um den erkennbaren Fliehkräften in unserer Gesellschaft Einhalt zu gebieten. Es sind keine kraftvollen Initiativen erkennbar, um Deutschland wirtschaftlich in der Champions League zu halten.

Was ist mit dem gemeinsamen Fehler, den wir mit dem Kooperationsverbot im Grundgesetz gemacht haben, und der Notwendigkeit, das Bildungssystem in Deutschland zu reformieren? Welche Antworten hat die Bundesregierung auf die steigenden Energiepreise, auf die steigenden Belastungen von privaten Haushalten und Industriebetrieben? Welche Antworten haben Sie zur dramatischen Finanzlage der Kommunen, zur Unterfinanzierung von Bildung, zu den steigenden Mieten und wenig bezahlbarem Wohnraum und zur dramatischen Spaltung des Arbeitsmarktes? Welche Antworten liefern Sie der deutschen Öffentlichkeit?

Keine.

Sie ignorieren sträflich die Drift in der Einkommens- und Vermögensverteilung. Die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland nimmt deutlich zu. Ich empfehle Ihnen, dazu das sehr lesenswerte Buch *Der Preis der Ungleichheit* des US-Ökonomen und Nobelpreisträgers Joseph Stiglitz zu lesen. Der Preis der Ungleichheit bestehe darin, so schreibt er, dass eine Nation nicht mehr in der Lage sei, das Bestmögliche aus den Fähigkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger zu machen. Weiter heißt es, die vermögenden, teil-

weise durchaus nur noch ihr persönliches Interesse wahrnehmenden Eliten würden Infrastruktur, Bildung und Innovation kaputtsparen. Genau dieses Risiko lastet auch auf der Bundesrepublik Deutschland.

Ich stelle Ihnen diese Lektüre anheim.

Sie ignorieren ebenso die Unterschiede in der Bezahlung von Frauen und Männern. Frauen verdienen in diesem Land durchschnittlich 23 Prozent weniger als Männer. Wo ist Ihre Initiative für ein Entgeltgleichheitsgesetz, das mit dieser Ungerechtigkeit aufräumt?

Frauen stoßen bei der Gestaltung ihrer Karriere nach wie vor an gläserne Decken. Was tun Sie dagegen? Sie streiten über eine sogenannte Flexi-Quote.

Sie gaukeln mit Ihrem Gesetzentwurf zur kalten Progression den Bürgern einen Befreiungsschlag vor, der zwar für den Einzelnen vernachlässigbare Verteilungseffekte hat, wohl aber ernste Belastungen für alle Gebietskörperschaften in der Bundesrepublik Deutschland hervorruft. Niedrigstverdiener haben von der Abschaffung der kalten Progression allenfalls eine Entlastung von knapp 2 Euro, mehr nicht. Ich sage Ihnen an dieser Stelle: Ja, selbstverständlich wird die SPD, auch auf Länderebene, die Erhöhung des steuerfreien Minimums mittragen. Wenn Sie einen Vorschlag machen würden, der den inflationsbedingten Staubsaugereffekt vornehmlich bei unteren und mittleren Einkommen beseitigen würde, und dies mit dem Vorschlag einer Gegenfinanzierung über einen erhöhten Spitzensteuersatz verbinden würden, dann würden wir in der SPD gemeinsam aufhorchen.

Die ungeahnten Folgen des chaotischen Ausstiegs aus dem Ausstieg des Ausstiegs aus der Kernenergie muss ich Ihnen nicht länger vorhalten. Diese sind nämlich so offensichtlich, dass Sie es inzwischen mit einer entsprechenden Kritik nicht nur von der SPD, den Grünen und den Gewerkschaften, sondern auch von vielen Unternehmern und Wirtschaftsverbänden zu tun haben. Dieser Ausstieg aus dem Ausstieg des Ausstiegs aus der Kernenergie ist jenes Projekt, das Sie mit großem Aplomb als „Energiewende“ bezeichnen.

Besser als eine Ethikkommission, Frau Bundeskanzlerin, wäre damals eine Expertenkommission gewesen, die sich mit den Erzeugungskapazitäten, mit Kosten- und Preisgerüsten, mit den technischen Voraussetzungen für ein immer dezentraleres Energieversorgungssystem und mit den infrastrukturellen Notwendigkeiten beschäftigt und Ihnen die Vorlage für einen Masterplan geliefert hätte.

Von einem solchen Masterplan kann bei Ihnen keine Rede sein, sondern Sie lassen das alles im Streit der Zuständigkeiten Ihrer Ressorts laufen und stimmen es mit den Ländern zu spät ab. Jede Frittenbude in

Deutschland wird besser gemanagt als die Energiewende in diesem Land.

Statt eine energiepolitische Strategie aus einem Guss zu verfolgen, arbeiten Sie sich von Gipfel zu Gipfel voran. Niemand hier in diesem Saal weiß noch genau, welcher Gipfel eigentlich welches Ergebnis hatte. Es ist bei Ihnen wie immer dasselbe: Gipfel statt Strategie, Inszenierung statt Substanz, Palaver statt Lösungen, Nebel statt Klarheit. Aber darüber verliert diese Regierung Zeit, die unser Land nicht hat.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind mit Ihrer Semantikabteilung Weltmeisterin in der Erfindung von Etiketten. Es sind aber folgenlose Etiketten: „Energiewende“, „Bildungsrepublik Deutschland“, „Leistungsrente“, was ein nackter Zynismus ist, „Herbst der Entscheidungen“ – davon haben wir 2011 einmal gehört –, „Jahr des Vertrauens“ – das war auch 2011 –, „Lohnuntergrenze“ – Frau von der Leyen hat sich inzwischen in einer Talkshow damit gebrüht, sie hätte den Mindestlohn erfunden –, „Technologie, Talente und Toleranz“. Das alles sind Etiketten ohne jede Folge. Dazu gehört auch Ihr Spruch von „mehr Europa“.

Damit sind wir bei Europa.

Es ist nicht erst seit zehn Tagen klar, sondern eigentlich seit dem ersten Griechenland-Paket offensichtlich, dass die Probleme von Griechenland zu groß sind und dass Griechenland große Mühe hat, eine funktionsfähige und effiziente Staatsverwaltung aufzubauen, und bis heute nicht in der Lage ist, die Flucht von Kapital in Steueroasen zu bremsen. Es ist offensichtlich, dass die Rezession in diesem Land sich in eine Depression weiterentwickelt, zu einer Austerität führt und die staatliche und gesellschaftliche Ordnung dieses Landes zu destabilisieren droht. Es ist offensichtlich, dass Griechenland in diesem Jahrzehnt nicht wieder zu einigermaßen akkommodierenden Konditionen an die Kapitalmärkte zurückkehren wird. All dies ist offensichtlich.

Es ist so offensichtlich, Frau Bundeskanzlerin, dass man diese Probleme „mit einem Mix aus Warten, Wursteln und Wegsehen“, wie die Süddeutsche Zeitung geschrieben hat, nicht mehr übertünchen kann.

Die Stunde der Wahrheit ist da. Nach allgemeiner Einschätzung, Frau Bundeskanzlerin, muss endlich eine konkrete Entlastung von Griechenland und nicht nur eine bloße Verschiebung des Schuldendienstes stattfinden. Griechenland muss substanzial entlastet werden.

Bezogen auf den Radikalvorschlag von Frau Lagarde heißt das: Es ist gar nicht einmal das störende und sehr weit reichende Element, dass sie für einen weiteren Schuldenschnitt plä-

diert, das Sie in Verlegenheit bringt, sondern was Sie in Verlegenheit bringt, ist die dahinterstehende knallharte Analyse der Direktorin des Internationalen Währungsfonds, die Ihren Schleiertanz nach den Melodien „Kein Cent für die Griechen“ – das war im Frühjahr 2010 – bis hin zu „Es wird kein zusätzliches Geld für Athen geben“ – das ist die neue Melodie – auffliegen lässt. Diesen Schleiertanz haben Sie uns, der deutschen Öffentlichkeit und auch Ihrer eigenen Koalition zu lange vorgeführt, mit dem Ergebnis, dass Ihre Koalition, insbesondere Ihre Fraktion, Ihnen zunehmend rote Linien setzt, die Sie in Europa handlungsunfähig machen. Das ist das Zusammenspiel Ihres Schleiertanzes mit den darauffolgenden Reaktionen Ihrer eigenen Fraktion.

Sie haben so viele rote Linien aus Ihren eigenen Reihen zu beachten, dass Sie sich in Europa nicht mehr konstruktiv aufstellen können, um diese Krise zu lösen. Die Zeit des Lavierens, Abwartens und auch der Scheibchendiplomatie ist allerdings vorbei. Machen Sie sich selbst ehrlich und endlich eine klare Ansage! Die Finanzlücke Griechenlands ist ohne Inanspruchnahme des deutschen Steuerzahlers nicht zu schließen. Wir sind längst in einer Haftungsunion, und für die Stabilisierung der Europäischen Währungsunion werden wir wie für die deutsche Wiedervereinigung Opfer bringen müssen. Ein Schuldentilgungsfonds, eine faktische Entlastung Griechenlands, ist besser als eine unter wachsendem Problem- und unkontrollierter Staatsfinanzierung durch die EZB. Sagen Sie dies endlich der deutschen Öffentlichkeit!

Sagen Sie einfach, was ist! Damit beginnt jede Politik.

Es ist eine ganz einfache Ableitung: Erstens. Ein Kollaps Griechenlands führt zu unhaltbaren politischen und ökonomischen Kosten. Das ist die Erkenntnis, die Sie in der Sommerpause auch gewonnen haben. Zweitens. Deshalb muss Griechenland in der Euro-Zone gehalten und stabilisiert werden. Drittens. Dafür braucht es mehr Zeit und eine Streckung der Auflagen, die Griechenland erfüllen muss. Viertens. Dies führt unabweisbar zu einer Finanzlücke.

Das ist eine ganz klare Ableitung. Sie ist nicht durch irgendein Mixtum compositum zu schließen, nach dem Motto: Dann reduzieren wir einmal die Zinsen ein bisschen, eventuell auf deutsches Niveau. Was würden denn Spanien und Italien dazu sagen, wenn gleichzeitig deren Zinsen hochgingen? Oder mit Blick auf eine Streckung in den Laufzeiten? Oder indem Geld zum Abkauf von Staatsanleihen bei Privaten zu einem günstigeren Kurs investiert wird? Oder indem sogar ein weite-

rer Schuldenschnitt ansteht? Alles kostet Geld. Alles betrifft diesen Bundeshaushalt. Deshalb wäre es angemessen, dass Sie bei diesen Unwägbarkeiten die Verabschiedung dieses Haushaltsentwurfes so lange verschieben, bis in Europa Klarheit ist.

Ich will mich mit den kurzfristigen Auswirkungen gar nicht beschäftigen, die eine Bonitätsabstufung von Frankreich und die Vertagung der gestrigen Euro-Gruppe haben. Das wollen wir alle nicht herbeireden. Aber womit ich mich beschäftige, ist: Wie reagieren denn die Finanzmärkte, wenn sie merken, dass Ihre Entscheidungen vom 29. Juni dieses Jahres im Europäischen Rat folgenlos gewesen sind? Haben Sie nicht bei Spanien die Hoffnung genährt, dass eine Direktkapitalisierung spanischer Banken aus dem ESM möglich ist? Das haben die sich ja nicht ausgedacht. Sie haben dies an eine Kondition gebunden. Mit der Erfüllung dieser Kondition rechnet diese mediterranen Länder zum 1. Januar 2013.

Erkennbar ist Ihr Sinnen und Trachten darauf gerichtet, dass es zu dieser Bankenunion als Voraussetzung für eine solche Direktkapitalisierung nicht kommt. Aber wenn sie nicht kommt: Was heißt das für Spanien und für die Erwartungen der Finanzmärkte? Was heißt das, wenn das Draghi-Programm so nicht greift, wo er entgegen Ihren ursprünglichen Überzeugungen bereit ist, Staatsanleihen unlimitiert aufzukaufen, unter der Voraussetzung, dass sich die Länder vorher den Auflagen des ESM stellen? Aber vielleicht gibt es einige Länder, die sich diesen Auflagen gar nicht stellen wollen? Vielleicht ist Herr Rajoy mit der spanischen Regierung gar nicht bereit, diese Bedingungen zu erfüllen? Gerät damit die Bundesrepublik Deutschland und geraten Sie als Regierung auf eine Rutschbahn, an deren Ende Sie an dem Punkt landen, den wir Ihnen schon immer vorausgesagt haben, nämlich dass wir zahlen müssen?

Die Frage ist, wie die Finanzmärkte reagieren, wenn sie feststellen, dass vieles folgenlos geblieben ist. Ich stelle in diesem Zusammenhang auch die Frage: Was ist eigentlich aus der Umsetzung des Wachstums- und Beschäftigungspaktes vom 29. Juni dieses Jahres geworden?

Was ist denn konkret mit der Umsetzung der Finanztransaktionssteuer? Sie können sich daran erinnern, dass nicht nur für meine Fraktion, sondern auch für die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen diese beiden Punkte die Voraussetzung für unsere Zustimmung bei einer Zweidrittelmehrheit, die Sie brauchten, und von konstitutiver Bedeutung waren. Wenn wir uns in diesem Punkt von Ihnen hinter die Fichte geführt fühlen, dann werden wir Ihnen nicht erneut die Kastanien aus dem Feuer holen, wenn Sie wieder unsere Zustimmung brauchen.

Beschlüsse

Im Plenum des Bundestages wurden in der Zeit vom 19. bis 23. November 2012 folgende Vorlagen ohne Aussprache abschließend beraten:

Zustimmung

Verkehr und Bau „Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen von 2004 zur Kontrolle und Behandlung von Ballastwasser und Sedimenten von Schiffen (Ballastwasser-Gesetz)“ (Bundesregierung, 17/11052, 17/11433).

Ablehnung

Ernährung und Landwirtschaft „Wertschöpfung im ländlichen Raum absichern – Erzeugung und Einsatz reiner Pflanzenöle in der Land- und Forstwirtschaft ausbauen“ (SPD-Fraktion, 17/11552).

Jede Frittenbude in Deutschland wird besser gemanagt als die Energiewende in diesem Land.

Meine Damen und Herren, ob Haushaltskonsolidierung oder Ihre Europapolitik, ob endlose Streiterei über Dinge wie das Betreuungsgeld, die wir nicht brauchen, oder Ihr rückwärtsgewandtes Gesellschaftsbild, ob Tatenlosigkeit bei der

sozialen Spaltung des Landes oder Ihr Dilettantismus bei der Energie- wende: Diese Stümperei muss endlich aufhören!

Sie müssen, Frau Bundeskanzlerin, diese Fähigkeiten zum Aussitzen und Abwarten irgendwo gelernt ha-

ben, diese Neigung, sich nicht zu exponieren, schön in der Deckung zu bleiben, um dann auf den Zug zu springen, in dem die meisten Fahrgäste sind. Sie haben zu lange den Zusammenhalt Ihrer Koalition über die Interessen unseres Landes und

die Interessen eines gemeinsamen Europas gestellt. Im September 2013 ist es endlich so weit, dass dies beendet werden kann. Dazu werde ich beitragen.

Dieser Haushaltsentwurf ist der letzte einer schwarz-gelben Koaliti-

on, der zur Abstimmung entweder am Freitag ansteht oder später, wenn Sie auf meine Bitte eingehen, diese Verabschiedung zu verschieben.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung



Angela Merkel (*1954)
Bundeskanzlerin

Ich will das auch gerne begründen. Sie ist die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung, weil wir – das ist für die Menschen im Lande wichtig; das sollte man jetzt in diesem Haus nicht vergessen – den tiefsten Stand der Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung haben.

Das bedeutet mehr Teilhabe für Millionen von Menschen – von Bürgerinnen und Bürgern und ihren Familien.

Wir sind die erfolgreichste Bundesregierung, weil wir mehr für Forschung und Bildung ausgeben, als es seit der Wiedervereinigung jemals geschehen ist.

Das bedeutet mehr Chancen für junge Menschen.

Wir sind die erfolgreichste Bundesregierung seit der Wiedervereinigung – ich glaube, sogar über die Wiedervereinigung hinaus –, weil es noch nie eine solche Entlastung für die Kommunen in unserem Lande gegeben hat.

Wir arbeiten an zwei ehrgeizigen Projekten. Zu dem einen, der Energie- wende, kann ich nur sagen: Als Sie damals den Ausstieg unter Rot-Grün für 2022 veranlasst haben, haben Sie sich um keinerlei Vorsorge, was Leitungsbau, EEG und anderes anbelangt, gekümmert, meine Damen und Herren.

Wir haben an einer anderen Stelle akzeptiert, dass die Realität sich geändert hat. Wir haben die Wehrpflicht ausgesetzt. Wir bauen die Bundeswehr um. Das ist eines der ganz großen Projekte, die für unser Land wichtig sind. Nebenbei konnten wir noch einen Freiwilligendienst einführen, der seinesgleichen sucht, und das Ehrenamt in unserem Land sehr stärken.

Das heißt, die Menschen können sich auf uns verlassen. Aber sie können auch darauf bauen, dass wir in die Zukunft blicken. Wir wissen: Für eine gute Situation heute, die auch am morgigen Tag gilt, muss immer neu gearbeitet werden, und das in drei Bereichen: solide Finanzen, Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft und Erhaltung und Festigung der Wettbewerbsfähigkeit.

Beginnen wir einmal mit den soliden Finanzen. Die Neuverschuldung ist auf ein Niveau von 17,1 Milliarden Euro heruntergekommen.

Das heißt, wir erfüllen, drei Jahre bevor die Schuldenbremse es von uns verlangt, die Vorgabe, die strukturelle

Neuverschuldung auf 0,35 Prozent zu begrenzen. Das sucht seinesgleichen, zum Beispiel bei den Ländern, und zeigt, was der Bund hier leistet.

Des Weiteren sagen wir – das haben wir in dem schon genannten Koalitionsausschuss festgelegt –: Wenn sich die wirtschaftliche Lage vernünftig weiterentwickelt, dann werden wir 2014 daran arbeiten, die strukturelle Neuverschuldung noch einmal zu senken, und zwar auf null. Auch das ist ein ambitioniertes Ziel. 2016 – das können Sie der mittelfristigen Finanzplanung entnehmen – wollen wir die Neuverschuldung auf null geführt haben. Das wäre das erste Mal seit über 40 Jahren. Das ist unser Blick in die Zukunft, und der ist vernünftig.

Wir wissen aber: Solide Finanzen sind natürlich kein Selbstzweck, sondern es geht letztendlich darum, was die Menschen im Lande davon haben. Neben der Tatsache, dass wir

zukunftsfähiger werden, wenn wir uns weniger neuverschulden und wenn wir langfristig Schulden abbauen, ist eines der wesentlichen Resultate der guten Situation auf dem Arbeitsmarkt, dass in den letzten Jahren auch die Einkommensungleichheit gesunken ist. Das zeigt sich daran, dass zum Beispiel zwischen 2005 und 2010 1 100 Euro mehr pro Haushalt im Osten und 600 Euro mehr im Westen inflationsbereinigt zur Verfügung standen. Diese Entwicklung setzt sich jetzt gerade fort. Einkommensungleichheit wird verringert, indem wir mehr Menschen in Arbeit bringen. Das ist die Lehre aus den letzten Jahren. Dieser Kurs muss fortgesetzt werden.

Ich weiß, dass die gute Situation, die sich heute in unserem Lande darstellt, ganz wesentlich von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und den Unternehmern in unserem Lande erarbeitet wurde, und zwar jeden Tag aufs Neue, mit viel Leidenschaft, mit viel Herzblut, mit viel Ausbildung und allem, was dazu gehört. Aber gerade deshalb bedeuten solide Finanzen natürlich auch, dass wir da, wo wir den Menschen Freiräume eröffnen können, sie ihnen auch eröffnen.

Was wir geschafft haben, sind zwei Dinge: einerseits die sozialen Sicherungssysteme, auf die wir in diesem Land stolz sein können – Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung –, zu stärken, ihnen ihre Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, und andererseits da, wo es möglich ist, den Kurs durch Entlastung von Lohnzusatzkosten fortzusetzen, um wieder mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist genau der Kreislauf, auf den wir setzen, weil wir den Menschen im Lande etwas zutrauen, meine Damen und Herren; das ist vielleicht auch der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

Deshalb sagen wir: Ja, wir senken den Rentenversicherungsbeitrag, so wie es im Übrigen die rechtliche Lage erfordert, weil wir wissen, dass wir langfristig vor großen Herausforderungen stehen, aber auch, weil wir wissen, dass wir gerade jetzt in einem sehr fragilen Umfeld arbeiten und alles, was Entlastung möglich macht, wieder wachstumsfördernd wirkt. So

Sage Sie einfach mal Danke an die FDP, die das Abschaffen der Praxisgebühr ermöglicht hat.

haben wir es im Übrigen auch mit dem Gesundheitsbeitrag in der Großen Koalition gemacht. Das nur einmal zur Erinnerung.

Und wir haben die Praxisgebühr abgeschafft – auch das war der letzte Koalitionsausschuss –; das wurde offensichtlich von allen befürwortet. Der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der seines Zeichens ein Mitglied der SPD-Fraktion ist, hat darauf hingewiesen, dass es selten vorkommt, dass in so großer Einmütigkeit Entscheidungen getroffen werden. Meine Damen und Herren, sagen Sie einfach einmal Danke an die FDP, die das Abschaffen der Praxisgebühr ermöglicht hat.

Wir haben gleichzeitig den Vorschlag gemacht, dass wir in einer Zeit, in der die Einkommen nach langer Lohnzurückhaltung in Deutschland wieder steigen, nicht die Steuern senken, sondern dass wir nichts anderes machen, als den Menschen das, was ihnen durch die kalte Progression und die Inflation genommen wird, durch die Erhöhung des Grundfreibetrags wieder zurückzugeben.

Sie müssen mir einmal erklären, warum es gerecht sein soll, dass der Staat zwar den Menschen mit unteren und mittleren Einkommen das zurückgeben will, was er sich vorher, obwohl es ihm eigentlich gar nicht gehört und ihm nur durch Nebeneffekte zugefallen ist, genommen hat, dass er aber just in dem Moment zum Beispiel für die Mittelständler, die vielleicht etwas mehr verdienen, gleich

noch einmal die Steuern erhöht. Mir leuchtet das nicht ein. Das ist nicht gerecht.

Oder um es andersherum zu sagen: Lieber geben Sie denjenigen mit unteren und mittleren Einkommen nichts zurück, wenn Sie nicht gleichzeitig denjenigen mit höheren Einkommen etwas nehmen können. Das ist eine tolle Politik in Zeiten der ersten Reallohnzuwächse seit Jahren, meine Damen und Herren. Das muss man hier einfach einmal aussprechen.

Unsere Vorstellung von Gesellschaft ist, dass gerade auch die Kommunen Handlungsspielräume haben. In den Kommunen findet Politik nah bei den Menschen statt. Wir wissen, dass eine der großen Herausforderungen der Zukunft die demografische Veränderung ist. Wir wissen, dass Altersarmut ein Thema ist, das mit ansteigender Bedeutung gerade die Kommunen beschäftigen wird. Genau deshalb haben wir gesagt: Wir übertragen die Kosten der Grundversicherung auf den Bund, und zwar für alle Zeiten. Das ist einer der großen Beiträge für mehr freiheitliche Politik in unserem Land, für mehr kommunalen Handlungsspielraum. Die kommunalen Spitzenverbände erkennen das auch an. Das sollten Sie ebenfalls tun, meine Damen und Herren.

Was die zukünftigen Herausforderungen angeht, ist mit Sicherheit die demografische Veränderung eine der ganz großen Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Die Bundesregierung hat deshalb nicht nur die Lage analysiert und die Handlungsfelder, in denen wir agieren müssen, bestimmt; wir haben uns auch an alle Mitstreiter in dieser Frage gewandt. Im Übrigen haben wir auch sehr positive Antworten bekommen. Jetzt werden wir die Demografiestrategie Schritt für Schritt umsetzen – zusammen mit den Kommunen, mit den Ländern, mit den kommunalen Spitzenverbänden und mit anderen Akteuren.

Wir haben aber natürlich auch schon erste Schritte unternommen. Ich will hier nennen: die Allianz für Menschen mit Demenz, zusätzliche Leistungen für Demenzzranke – diese können wir jetzt endlich in der Pflegeversicherung besser darstellen – und die Förderung der privaten Pflegevorsorge. Das sind nur drei Punkte, bei denen wir ganz konkret beginnen, dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Natürlich wissen wir: Gerade in Zeiten, in denen sich die Bevölkerung

Fortsetzung von Seite 3: Dr. Angela Merkel (Bundeskanzlerin)

so entwickelt, dass wir mehr ältere Menschen haben, in denen die Lebensdauer glücklicherweise auch länger ist, gilt es vor allen Dingen, den Familien den Spielraum und die Lebensmöglichkeiten zu geben, die Zukunft zu bewältigen; denn in Familien werden Werte vermittelt, die der Staat so nicht vermitteln kann.

Wir setzen daher auf Wahlfreiheit. Deshalb haben wir das Betreuungsgeld hier beschlossen.

Das haben wir hier ausführlich diskutiert. Dazu möchte ich heute gar nichts sagen. Die Problematik bezüglich der Wahlfreiheit zeigt sich aber natürlich vorrangig darin, dass Deutschland über Jahrzehnte zu wenige Kinderbetreuungsplätze für unter Dreijährige hatte. Im Übrigen hat Rot-Grün in

den Jahren seiner Regierung gar nichts daran geändert. Da mussten wir erst einmal kommen, meine Damen und Herren, um dafür zu sorgen, dass man damit überhaupt einmal einfängt.

Ohne eine CDU-Familienministerin in der Großen Koalition wäre es doch gar nicht dazu gekommen. Das müssen die Menschen im Lande doch einmal wissen.

Wir haben 4 Milliarden Euro für die Kleinkindbetreuung eingesetzt. Wir haben jetzt noch einmal 580 Millionen Euro draufgelegt. Wir zahlen die Betriebskosten. Das alles tun wir trotz der Nichtzuständigkeit des Bundes, weil wir überzeugt sind, dass die Zukunft unseres Landes davon abhängt.

Nachdem wir nun verabschiedet haben, dass wir noch einmal zusätzliches Geld in die Hand nehmen, sage ich – auch im Einvernehmen mit der zuständigen Ministerin -: Jetzt ist es an den Ländern, auch wirklich das Ziel umzusetzen, das wir gemeinsam vereinbart haben, nämlich den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz zum 1. August 2013, meine Damen und Herren.

Natürlich müssen wir auch darauf achten, dass keine Generation über Gebühr belastet wird. Das wird uns in den nächsten Jahren ganz wesentlich beschäftigen; denn die jungen Menschen sind heute viel mobiler, als sie das früher waren. Keiner in Deutschland kann gezwungen werden, zu arbeiten. Deshalb müssen wir auf eine Generationenbalance achten.

Wir haben eine Situation, in der wir bis 2030 6 Millionen Erwerbstätige weniger haben werden. Wir haben eine Situation, in der sich das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Rentnern bis 2030 von heute drei zu eins auf zwei zu eins, also zwei Erwerbstätige auf einen Rentner, verändern wird.

Wir haben gesagt: Wenn die Menschen länger leben, dann müssen wir die Arbeitszeit verlängern. Deshalb haben wir uns für die Rente mit 67 entschieden.

Ich rate uns allen dringend, den Menschen keinen Sand in die Augen zu streuen und heute nicht wieder so zu tun, als wäre das alles nicht nötig und als wäre es besser, bis 2020 zu warten und dann zu entscheiden. Dann würden die Einschnitte viel dramatischer sein.

Stattdessen sollten wir doch einmal das anschauen, was wir geschafft haben. 2001 betrug die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen 21 Prozent, war also jeder Fünfte erwerbstätig. 2011 waren es 44,2 Prozent.

Das heißt, wir haben den Anteil verdoppelt. Ich bin damit nicht zufrieden. Ich weiß auch, dass diese Zahl bei den sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen geringer ist. Aber sollten wir diese Entwicklung nicht lieber positiv aufnehmen und darauf aufbauen, anstatt den Menschen einzureden, das sei alles gar nicht nötig?

Wir sagen: Wir wollen, dass alle bis 64 oder 65 Jahre im Erwerbsleben sein können. Da werden auch viele Betriebe umdenken müssen. Aber diese Herausforderungen müssen wir annehmen.

Wenn man richtig hingehört hat, weiß man: Natürlich haben wir uns im Koalitionsausschuss mit dem Thema Altersarmut beschäftigt.

Sie haben damals unter Rot-Grün die Grundsicherung eingeführt. Wir haben damals die Grundsicherung übernommen. Das war eine richtige Entscheidung. Ich rate uns jetzt allen, diese Entscheidung, die so alt auch noch nicht ist, nicht wieder so schlechtzureden, dass die Menschen den Eindruck haben, das sei etwas, was gar nicht akzeptabel ist. So etwas wie eine Grundsicherung gibt es in vielen Ländern nicht.

Aber wir sagen auch: Wer 40 Jahre gearbeitet hat, wer privat vorgesorgt hat, der soll eine Rente aus der Rentenkasse bekommen. Dafür steht die christlich-liberale Koalition, und dafür werden wir unsere Vorschläge vorlegen.

Dann möchte ich daran erinnern, dass der wichtigste Faktor, mit dem wir unseren Wohlstand erhalten können, die Investition in Bildung und Forschung ist. Hier hat die Koalition mehr getan als alle Koalitionen vor ihr. Sie hat knapp 4 Milliarden Euro pro Jahr mehr investiert. Jeder weiß, dass Wissenschaftler aus dem Ausland zu uns zurückkommen, weil die Berechenbarkeit von Forschungsbedingungen in Deutschland inzwischen ein Standortmarkenzeichen geworden ist.

Ich will auch noch an das erinnern, was wir in den Bereichen geschafft haben, in denen wir mit den Ländern zusammenarbeiten. 2008 hatten wir einen Qualifizierungsgipfel mit den Ministerpräsidenten. Wir haben inzwischen eine Studienanfängerquote von 50 Prozent. Wir haben inzwischen weniger Schulab-

brecher. Wir haben inzwischen mehr Migrantinnen und Migranten, die einen Schulabschluss machen. Es sind aber immer noch zu viele, die keinen machen. Fast doppelt so viele müssten ihn machen. Aber wir sind auf einem guten Weg, und diesen Weg werden wir ganz gezielt fortsetzen, gerade im Bereich der Integration. Denn auch hier zeigt sich, wie wir in der Zukunft mit unserer Gesellschaft klarkommen können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass die Jugendarbeitslosigkeit mit die geringste in Europa ist, dass sie in den letzten Jahren halbiert wurde, ist doch ein Riesenerfolg. Sagen wir doch den Jugendlichen: Hier arbeiten wir weiter. Keiner darf verloren gehen. – Aber malen wir doch nicht ein schwarzes Bild von Deutschland.

Meine Damen und Herren, natürlich werden wir gerade im Energiebereich vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben jetzt glücklicherweise einen Arbeitsmodus mit den Ministerpräsidenten gefunden.

Wir werden im Dezember den ersten Monitoringbericht bekommen. Den werden Sie beraten können.

Wir sagen doch überhaupt nicht, dass es nicht eine ganze Reihe von wirklichen Herausforderungen gibt. Vor welchen Herausforderungen wir stehen, haben wir bei der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes zur Photovoltaik erfahren. Es waren nicht die Koalitionsfraktionen, die einen schnelleren Abbau verhindert haben, sondern es waren zum Schluss die Abstimmungsmechanismen mit dem Bundesrat.

Wir werden die Energiewende allerdings nur schaffen, wenn wir auch im Bereich der Energieeffizienz etwas erreichen. Hier gehört es wirklich zu den Paradoxien, dass Sie das Wort „Energieeffizienz“ wunderbar im Munde führen, während die gesamte Gesellschaft, alle Verbände – von den Gewerkschaften über die Umweltverbände bis zu den kommunalen Spit-

zenverbänden, Handwerksverbänden und den restlichen Wirtschaftsverbänden – sagen: Bitte lasst uns ein steuerliches Anreizprogramm für Gebäudesanierung machen. – Darauf haben Sie uns bisher keine vernünftige Antwort gegeben. Das ist die Situation.

Eine solche steuerliche Förderung der Gebäudesanierung finanziert sich nicht nur aus sich heraus, sondern schafft noch Mehrwert.

Meine Damen und Herren, natürlich ist Deutschland mit dem, was ich beschrieben habe, und mit dem, was wir noch in Angriff nehmen werden, nicht eine Insel, sondern tief vernetzt mit der Weltökonomie und mit der europäischen Wirtschaft. Europa befindet sich in einer eher ernsten Lage. Deshalb sollten wir mit Ruhe und Anerkennung auf das schauen, was in Europa passiert, aber auch mit der Er-

kenntnis, dass diese Dinge nicht in ein, zwei Jahren zu lösen sind.

Der Chef des EFSF und des ESM, Herr Regling, sagte uns vor wenigen Tagen: Die Unterschiede in den Lohnstückkosten zwischen Nordeuropa und Südeuropa sind von 50 Prozent auf 20 Prozent gesunken. Das ist nicht alles, aber es ist ein wichtiger Indikator, der dafür spricht, dass daraus auch Arbeitsplätze entstehen werden, genauso wie aus den Arbeitsmarktreformen, die wir in Deutschland durchgeführt haben.

Wenn Sie die 500 Seiten, die wir Ihnen zu den Veränderungen in Griechenland übersandt haben, einmal durchschauen, dann wissen Sie, dass es hier nicht vorrangig um Sparauflagen geht. Es geht zwar auch um Sparen, insbesondere im öffentlichen Sektor. Aber hier geht es vor allem um einen tiefgreifenden und notwendigen Umbau des griechischen Staates, damit die Menschen in Griechenland auf lange Sicht wieder eine Chance haben, auch in Wohlstand zu leben und ihre Zukunft selbst gestalten zu können.

Ja, es ist richtig, dass es eine politische Entscheidung ist, zu sagen: Wir wollen, dass Griechenland im Euro-Raum bleibt. Natürlich sind wir in Europa durch gemeinsame Werte verbunden. Aber das entbindet uns nicht davon, darauf zu achten, dass die Reformen in Griechenland zum Wohle der Menschen in Griechenland wirklich durchgeführt werden müssen.

Deshalb ist die Kombination von Anforderungen hinsichtlich Veränderungen auf der einen Seite und von Solidarität auf der anderen Seite genau die richtige Antwort Europas in dieser Situation.

Es ist eine gute Nachricht, dass die Troika bereits jetzt gesagt hat, dass die

Vorgaben zu den Veränderungen in Griechenland erfüllt sind und dass die vorher durchzuführenden Maßnahmen – die sogenannten Prior Actions – auch durchgeführt wurden. Deshalb werden auch keinerlei Abstriche

bei den Erwartungen an die Reformen gemacht, bei deren Umsetzung Deutschland im Übrigen hilft, sowohl im Gesundheitsbereich als auch beim Aufbau der lokalen Verwaltung. Aber angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Griechenland, aber auch in Europa und weltweit, gibt man Griechenland zwei Jahre mehr Zeit, um den Primärüberschuss zu erreichen, der vorher veranschlagt war. Wir kennen das im Übrigen auch; denn bei uns hat sich die Wachstumsprognose seit dem Frühjahr ebenfalls halbiert. Es ist also nicht so, dass nur die Prognosen für Griechenland nicht ganz richtig sind. Spätestens seit der Krise sind wir daran gewöhnt, da öfter einmal etwas Neues zu hören.

Jetzt geht es darum, die notwendigen Finanzierungen bereitzustellen. Aus diesen Informationen wissen Sie, wie die Planungen aussehen. Man

weiß es zwar nicht genau, aber ich glaube, es gibt Chancen, am Montag zu einer Lösung zu kommen.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch eine Bemerkung machen. Diese Sehnsucht – darauf bin ich hier schon oft eingegangen –, es möge doch die eine Aktion, den einen Befreiungsschlag, die eine Wahrheit geben, welche bewirken, dass morgen diese Probleme nicht mehr auftauchen – diese Sehnsucht wird es nicht geben. – Die Sehnsucht gibt es natürlich, aber die Antwort auf diese Sehnsucht wird es nicht geben. Diese Sehnsucht ist zwar menschlich verständlich, aber die Antwort wird es so nicht geben. Das Ganze ist ein Prozess. Was über Jahre und Jahrzehnte versäumt wurde, kann nicht plötzlich über Nacht realisiert werden. Deshalb werden wir auch weiterhin schrittweise vorangehen müssen.

Morgen beginnt ein Europäischer Rat, der wiederum von großer Bedeutung ist. Ich weiß nicht, ob wir morgen oder übermorgen schon zu abschließenden Ergebnissen kommen können. Wir wollen das; notfalls müssen wir uns Anfang des nächsten Jahres noch einmal treffen.

Es geht um die mittelfristige finanzielle Vorausschau. Weil hier nach dem Wachstum gefragt wurde, will ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir den Wachstumspakt beschlossen haben. Dieser Wachstumspakt wird natürlich umgesetzt. Der kundige Thebaner weiß zum Beispiel, dass wir unser Geld für die Europäische Investitionsbank überwiesen haben. Der noch kundigere Thebaner weiß, dass damit schon erste Programme von Herrn Hoyer bearbeitet wurden.

Wenn die Europäische Kommission dann noch alle Fragen rund um die Beihilfe geregelt hat, dann stehen für Portugal und für Griechenland 500 Millionen Euro und vieles andere bereit, was vorher nicht möglich war. Wir haben uns also richtig entschieden, als wir uns für eine Stärkung von Wachstum, Investition und für eine größere Rolle der Europäischen Investitionsbank eingesetzt haben. Da waren wir ja alle einer Meinung.

Wenn Sie sich zugleich einmal anschauen, wie viel flexibler die Strukturfonds heute verwendet werden können – zum Beispiel zur Kofinanzierung für kleinere und mittlere Unternehmen, damit diese bei der Europäischen Investitionsbank einen Kreditantrag stellen können –, dann wissen Sie, dass wir für die Umsetzung der Beschlüsse aus dem Wachstumspakt bereits die richtigen Antworten gefunden haben.

Die mittelfristige finanzielle Vorausschau ist nun die konsequente Fortsetzung. Deutschland hat sich stark gemacht, schon jetzt, Ende 2012, eine Entscheidung zu treffen. Neulich bin ich gefragt worden: Warum denn das jetzt auch noch? Darauf habe ich geantwortet: Damit es Planbarkeit und Planungssicherheit gibt. – Denn für viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die im Au-

Es gibt das Recht auf Verteidigung der eigenen Bevölkerung und dieses Recht hat Israel.

genblick eine Haushaltskonsolidierung vornehmen, sind die europäischen Investitionsmittel fast die einzigen Mittel, die für Investitionen in die Zukunft zur Verfügung stehen.

Sie verstehen sicherlich, dass es natürlich auch eine Reihe von Eigeninteressen gibt – vom Agrarbereich bis hin zu den neuen Bundesländern –, die wir in den Verhandlungen ebenfalls vertreten werden. Insgesamt geht es darum, wie sich Europa in der Zeit von 2014 bis 2020 aufstellen wird. Wir wollen zum Schluss sagen können: Ja, wir tun mehr für moderne Netze. Ja, wir tun mehr für Investitionen in Forschung und Entwicklung. Ja, wir haben in einigen Bereichen weniger Bürokratie. Ja, wir können besser investieren, da einige Dinge von der Kommission geleistet werden können. Meine Damen und Herren, wir werden also daran arbeiten.

Ich will auf einen weiteren Bereich in Europa zu sprechen kommen, der natürlich wichtig ist. Wir alle wissen: Die Finanzkrise konnte nur dadurch entstehen, dass die Regulierung der Finanzmärkte nicht ausreichend war. Deshalb will ich auch an dieser Stelle eine klare Antwort geben: Es haben sich ausreichend Mitgliedstaaten gefunden, die in einer verstärkten Kooperation an einer Finanztransaktionssteuer arbeiten werden. Der Kommissionspräsident selber hat mir noch einmal gesagt, dass es für ihn oberste Priorität hat, dass wir das wirklich sehr schnell umsetzen. Insofern laufen die Verhandlungen.

Sie wissen, dass Deutschland in vielen Fragen der Bankenregulierung Vorreiter war.

Wir haben die Leerkäufe verboten. Das ist inzwischen in Europa Gemeingut. Wir haben den Hochfrequenzhandel verboten. Wir hoffen, dass Europa folgt. Wir waren die Ersten, die ein Restrukturierungsgesetz für die Banken hatten. In Europa arbeitet man jetzt glücklicherweise daran.

Beim nächsten G-20-Treffen – ich habe gerade mit dem russischen Präsidenten darüber gesprochen; Russland hat dann die G-20-Präsidentschaft inne – wird das Thema Schatzenbanken, das in der Tat ein Riesenthema ist, eine zentrale Rolle spielen. Das Financial Stability Board hat am Sonntag genau dazu Vorschläge gemacht. Ich werde alle Kraft daransetzen – hoffentlich mit Ihrer Unterstützung –, dass wir genau in dem Bereich vorankommen. Denn ansonsten schaffen wir nicht, was wir uns vorgenommen haben, nämlich dass jeder Finanzplatz, jeder Finanzmarktakteur und jedes Finanzprodukt einer Regulierung unterworfen werden, möglichst nicht nur in Deutschland, möglichst nicht nur in Europa, sondern möglichst überall auf der Welt.

Wenn ich über die Lage in Europa spreche, dann sei auch ein Blick auf die internationale Lage geworfen. Wir sehen in diesen Tagen, dass die Menschen in einigen Regionen in einer sehr fragilen Situation leben. Ich möchte dem Bundesaußenminister danken, dass er jetzt im Nahen Osten unterwegs war und wichtige Impulse gesetzt hat, dafür, dass wir einen Beitrag dazu leisten, einen Waffenstillstand zu erreichen, aber auch – ich sage das ganz bewusst – dass wir ein Zeichen an Israel senden.

Denn die Gewalt hatte ihren Ausgangspunkt in Beschüssen vonseiten der Hamas auf israelisches Gebiet. Wir alle, die wir nicht dort waren, können uns, glaube ich, nicht vorstellen, was es bedeutet, wenn man zusammen mit seiner Familie immer wieder Angst hat, beschossen zu werden. Deshalb sage ich ausdrücklich: Es gibt das Recht auf Verteidigung der eigenen Bevölkerung, und dieses Recht hat der israelische Staat, und er hat die Pflicht.

Nichtsdestotrotz – das wird heute in der außenpolitischen Debatte sicherlich noch eine Rolle spielen – werden wir natürlich alles daransetzen, eine Eskalation der Gewalt zu vermeiden, einen Waffenstillstand zu erreichen und den politischen Prozess so schnell wie möglich – so schwierig das auch ist – wieder in Gang zu setzen; denn zu ihm gibt es mittelfristig und langfristig keine vernünftige Alternative.

Meine Damen und Herren, wir erleben seit Monaten die quälende Situation in Syrien, wo Tausende und Abertausende von Menschen aufgrund der Gewalt sterben. Über 400 000 Flüchtlinge sind in den Nachbarländern Syriens.

Wir erleben, dass der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zu einer gemeinsamen Stimme findet, und dies ist bedrückend. Wir haben auch erlebt, dass ein Mitgliedstaat unseres Bündnisses, der NATO, angegriffen wurde. Deshalb hat die Bundesregierung, natürlich nach ganz engen Konsultationen mit Ihnen, gesagt: Wenn ein Partner in der NATO an uns einen Wunsch hat, dann prüfen wir das, dann versuchen wir na-

türlich, diesen Wunsch zu erfüllen. Natürlich schauen wir uns die Bedingungen an, und selbstverständlich wird das alles hier im Parlament umfassend diskutiert; das ist das Wesen unserer Parlamentsarmee.

Ich will einen weiteren Schwerpunkt nennen: Mali. Wir schicken uns an, dass eine Ausbildungsmission der Europäischen Union zusammengestellt wird. Auch hier erfolgt eine engste Abstimmung mit dem Parlament. Auch hier ist es, wie ich finde, richtig, zu sagen: Wir wollen keinen eigenen Einsatz; aber wenn es um den Kampf gegen den Terrorismus geht, sind wir schon verpflichtet, unser Wissen und unsere Fähigkeiten in der Ausbildung weiterzugeben. Deshalb diskutieren wir dies ganz intensiv.

Wir werden noch in diesem Jahr beginnen, über ein neues Afghanistan-Mandat zu beraten. In diesem Zusammenhang möchte ich ganz klar sagen: Es gibt viel zu tun in Afghanistan. Aber wir befassen uns inzwischen mit dem Prozess der Übergabe von Verantwortung in Verantwortung. Wir können die Zahl unserer Soldatinnen und Soldaten reduzieren; das ist eine gute Nachricht. Wir haben Erhebliches bei der Ausbildung der afghanischen Streitkräfte und bei der Ausbildung der afghanischen Polizei erreicht; auch das ist wichtig. Ich male hier kein geschöntes Bild, ich kenne die Probleme; aber ich sage: Das ist ein ganz wichtiger Prozess. Wir sind uns einig, dass wir unseren Soldatinnen und Soldaten von Herzen für ihren Dienst in Afghanistan danken, der alles andere als einfach ist.

Wir sind uns einig – das zeigt auch die vernetzte Kooperation in der Bundesregierung –, dass wieder das gilt, was für alle militärischen Konflikte gilt: Allein militärisch werden wir keinen Sieg erringen, es muss eine politische Kooperation, eine Entwicklungskooperation, eine Sicherheitskooperation geben.

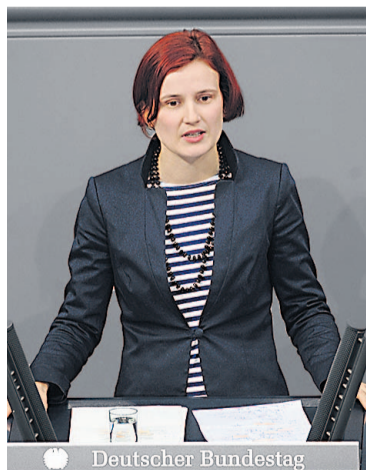
Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Debatte findet also in einer schwierigen Situation in Europa, in einer fragilen Situation in vielen Regionen der Welt statt. Umso mehr können wir uns glücklich schätzen, dass wir in Europa leben, dass diese Europäische Union am 10. Dezember den Friedensnobelpreis verliehen bekommt, und das im Übrigen nicht in einer Zeit, in der Europa große Erfolge zu verzeichnen hat – als der Kalte Krieg zu Ende ging, als die Europäische Union erweitert wurde, als der Euro eingeführt wurde –, sondern in einer Zeit, in der auch wir beweisen müssen, dass wir an unsere europäische Zukunft glauben.

Ich darf Ihnen sagen: Wir in der Bundesregierung tun alles dafür, damit der Satz, den wir anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge gesagt haben: „Wir sind zu unserem Glück vereint“, auch in Zukunft gilt. Das ist ein wesentlicher Teil der Arbeit der christlich-liberalen Koalition. Andere habe ich Ihnen vorgestellt. Wir tun unsere Arbeit: für heute, für morgen, für die Zukunft und vor allen Dingen für die Menschen in diesem Land. Das zeichnet uns aus.

(Langanhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Katja Kipping, DIE LINKE:

Politik muss mehr leisten als eine Castingshow



Katja Kipping (*1978)
Landesliste Sachsen

Wer die bisherige Debatte verfolgt hat, hat gemerkt, dass sie so ein bisschen was von einer Castingshow hatte: Deutschland sucht den Superwahlkämpfer. Beide Kandidaten versuchen, sich ins rechte Licht zu setzen.

Herr Steinbrück schenkt der Regierung mit viel rhetorischem Tamtam ein, Frau Merkel verteidigt sich tapfer. Die Fanblöcke sind aufmarschiert. Das alles ist etwas weniger glamourös als bei Deutschland sucht den Superstar; dafür ist aber Herr Lammert, finde ich, etwas sympathischer als Dieter Bohlen.

Am Ende aber ist es vor allen Dingen eine Show, und die Frage ist doch:

Wie groß sind die Unterschiede wirklich, wenn die Scheinwerfer aus sind und wenn es in den Backstagebereich geht? Wird nicht hinter der Bühne schon ganz heftig geflirtet?

Herr Steinbrück, Sie haben auf Angriff gespielt. Die Frage ist aber doch: Wie glaubwürdig ist das? Werden Sie nicht einen Haushalt mit der gleichen Schwerpunktsetzung in den höchsten Tönen loben, wenn es nach der Wahl zu einer Großen Koalition kommt? Und dass es dazu

kommen wird, pfeifen doch inzwischen schon die Spatzen von den Dächern.

Wir erleben hier eine Show. Die Medien werden morgen wieder Haltungsnoten vergeben. Die Frage ist doch: Reicht es wirklich, Haltungsnoten zu vergeben? Sind -dafür die Probleme nicht viel zu groß?

Immer mehr Menschen können ihre Stromrechnung nicht bezahlen und sind von Stromabschaltungen betroffen. Die Mieten explodieren, sodass viele Menschen aus den Wohngebieten der Innenstädte verdrängt werden. Eltern laufen sich die Hacken ab auf der Suche nach einem Kitaplatz. Die Schere zwischen Arm und Reich in diesem Land geht immer weiter auseinander, und Deutschland exportiert weiter fleißig Kriegswaffen und trägt damit zur Aufrüstung in der Welt bei.

Meine Damen und Herren, das ist die Realität in diesem Land. Ich finde, angesichts dieser Realität müssen wir hier mehr liefern als eine Show. Politik muss mehr leisten als eine Castingshow. Wir brauchen einen wirklichen Wechsel, und darum geht es uns als Linke.

Wir wollen einen wirklichen Wechsel hin zu einem sozial-ökologischen Umbau, hin zu Umverteilung, damit die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer ärmer werden. Das ist unser Verständnis von Politik.

Zu einem wirklichen Wechsel gehört die Beendigung der Zweiklassenmedizin und die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, also einer Versicherung, in die alle – auch Abgeordnete und Beamte – einzahlen. Wir haben errechnet, dass dadurch der Beitrag sogar niedriger ausfallen würde. Er läge dann nämlich bei 10,5 Prozent. Meine Damen und

Am Ende aber ist es vor allen Dingen eine Show, und die Frage ist, wie groß sind die Unterschiede?

Herren, das wäre doch etwas. Das könnten wir doch zusammen in Angriff nehmen.

Zu einem wirklichen Wechsel gehört eine soziale Energiewende. Diese muss den Wechsel hin zu erneuerbaren Energien garantieren, ohne dass die Ärmsten frieren und im Dunkeln leben müssen. Wir haben dazu Vorschläge gemacht. Um nur einen zu nennen: Wir meinen, dass wir endlich wieder eine funktionierende Preisaufsicht benötigen; denn sprudelnde Gewinne der Stromkonzerne bei steigender Energiearmut, das ist für uns als Linke nicht hinnehmbar.

Zu einem wirklichen Wechsel in diesem Land gehört auch ein Ende aller Kampfeinsätze. Deutschland ist der drittgrößte Kriegswaffenexporteur. Meine Damen und Herren, wir wissen es doch: Wenn die Waffen reden, schweigt die Vernunft. Niemand kauft sich einen Panzer, um ihn als Zierde in den Vorgarten zu stellen. Am Ende findet jede Waffe ihren Krieg. Deswegen sagt die Linke ganz klar: Wir brauchen einen sofortigen Stopp der Rüstungsexporte; denn mit dem Tod macht man keine Geschäfte. Das ist einfach unanständig.

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5: Katja Kipping (DIE LINKE)

Zu einem wirklichen Wechsel gehört aber auch, die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung ernst zu nehmen. Barrierefreiheit und Inklusion sind eben keine Almosen, die man mal gewährt, wenn es uns gerade in den Kram passt. Inklusion und Barrierefreiheit sind ein Recht. Im Übrigen würde Barrierefreiheit das Leben nicht nur für Menschen mit Behinderung, sondern für alle Menschen besser machen.

Zu einem wirklichen Wechsel gehört, dass wir nicht nur auf dem Papier für jedes Kind einen Kitaplatz

garantieren. Eltern wissen es: Man kann sich gar nicht früh genug um einen Kitaplatz bemühen, am besten fängt man schon vor dem Beginn der Schwangerschaft an.

Das sind doch unmögliche Fristen. Das geht doch nicht! Als ich geboren wurde, haben meine Eltern einen Antrag auf einen Trabant gestellt, weil die Lieferfristen für Autos damals 18 Jahre betrug. Über diese Seite der DDR-Mangelwirtschaft können wir heute nur lachen. Was mir heute Sorge bereitet, ist, dass in diesem reichen Land inzwischen Bildung zur Mangelware verkommt. Wir meinen, es kann nicht sein, dass sich Eltern die Hacken ablaufen müssen. Deswegen müssen wir die Gelder für den Kita-ausbau aufstocken.

Das alles sind Maßnahmen, die man sofort angehen kann. Ich möchte im Folgenden über drei zentrale Bereiche reden, an denen man erkennen kann, wie ein wirklicher Wechsel aussehen kann. Ich möchte auch die Debatten zwischen CDU/CSU und SPD in diesen Bereichen daraufhin abklopfen, inwieweit es tatsächlich einen Unterschied zwischen ihnen gibt.

Das erste Thema ist die sogenannte Euro-Rettung. Nun sind die Verhandlungen gestern gescheitert. In der Tat muss man deswegen die zentrale Frage aufwerfen: Wie seriös ist es angesichts des bisherigen Verhandlungsstandes überhaupt, in dieser Woche einen Haushalt zu beschließen? Wer von Ihnen kann denn wirklich ausschließen, dass am Ende Entscheidungen anstehen, die auf den Haushalt durchschlagen? Also: Am Ende stellen wir nur einen ungedeckten Scheck aus.

Europa. Dieses Wort ist im Sprachgebrauch inzwischen untrennbar verbunden mit dem Begriff „Krise“. Aber wofür könnte Europa stattdessen stehen? Europa könnte für die große Menschlichkeitshoffnung auf Frieden stehen. Europa könnte dafür stehen, dass die sozialen Grundrechte eben nicht nur Theorie sind, sondern verwirklicht werden. Europa könnte als Kraft des Fortschritts für die Beendigung von Rassismus und Nationalismus stehen.

Leider muss ich all dies im Konjunktiv formulieren; denn der Kurs von Schwarz-Gelb in Europa führt in

eine andere Richtung. Man muss sagen: Durch Ihren Kurs wird die Krise deutlich verschärft. Ja, Frau Merkel, es sind Ihre Kürzungsaufgaben, die mit dazu führen, dass Schwangere in Griechenland nur dann in einen Kreißsaal gelassen werden, wenn sie Geld hinblättern. Es sind Ihre Kürzungsaufgaben, die dazu führen, dass es in Kinderkrankenhäusern an dem Überlebensnotwendigen fehlt.

Das Kürzungsdiktat führt aber nicht nur zu humanitären Katastrophen. Es ist auch volkswirtschaftlich falsch. Mit diesem Kür-

zungsdiktat reiten Sie Europa weiter in die Krise. Das wird letztlich auch für unser Land zum Bumerang werden; denn auch deutsche Unternehmen sind auf die Nachfrage in Südeuropa angewiesen. Das ist doch ganz einfach: Wenn Lohn- und Rentenkürzungen in Südeuropa zu einer flächendeckenden Verarmung führen, spätestens dann werden wir merken, dass sich dort kaum noch jemand einen Fernseher, ein Fahrrad und anderes leisten kann. Das heißt auch, dass man dorthin nichts mehr exportieren kann. Dann wird die Krise auch hier ganz anders zutage treten. Deshalb sagen wir als Linke ganz klar: Wir wollen einen Marshallplan, wir wollen einen sozial-ökologischen Umbau in Europa, und dafür muss man Geld in die Hand nehmen.

In den Debatten über die Euro-Rettung konnten wir hier oft SPD-Redner erleben, die Frau Merkel heftigst attackierten. Ja, reden können sie. Das lassen sich einige auch gut entlohnen. Am Ende lief es aber ab wie bei einer dieser Castingshows, wo die Kandidaten im Scheinwerferlicht miteinander konkurrieren und hinterher im Backstagebereich heftig flirten. Am Ende haben SPD und Grüne dem Fiskalpakt und der sogenannten Euro-Rettung – leider – treu und brav zugestimmt.

Das Schlimme daran war nicht nur ihre Entscheidung, sondern vor allem die Begründung. Es hieß: Wir müssen die Finanzmärkte stabilisieren; wir müssen die Finanzmärkte beruhigen. Das sind verdammt teure Beruhigungspillen. Es war doch genau diese Haltung, das Erstarren vor den Finanzmärkten wie das Kaninchen vor der Schlange, die uns in diese Krise hineingeführt hat. Wenn uns die Krise eines deutlich vor Augen geführt hat, dann, dass wir die Finanzmärkte an die Kandare nehmen müssen. Deswegen lautet das Gebot der Stunde nicht, milliardenschwere Baldriantabletten für die Finanzmärkte in die Hand zu nehmen, sondern Regulierung. Sparkassen statt Zockerbanden – das ist das Gebot der Stunde.

Ich komme zum zweiten zentralen Bereich, zu Hartz IV. Erinnern Sie sich noch an die Debatten über den Hartz-IV-Regelsatz? Das glich rhetorisch einer Schlacht der Gigantinnen. Am Ende – welche Überraschung – lag

der Unterschied bei 3 Euro. Von einem Regelsatz, der wirkliche Teilhabe garantiert, sind leider SPD wie CDU/CSU weit entfernt.

Beide sind leider auch weit davon entfernt, die Sanktionen abzuschaffen. Wie diese wirken, möchte ich an einem Beispiel verdeutlichen. Eine Dresdnerin – das hat sie mir erzählt, als sie mich aufsuchte – sitzt in einem Vorstellungsgespräch. Am Ende dieses Gesprächs geht es um den Lohn. Dabei rutscht ihr der Satz heraus: Ups, der ist ja niedriger als Hartz IV. – Der Arbeitgeber meldet dies dem Jobcenter. Daraufhin wird dieser Frau Hartz IV um 30 Prozent gekürzt.

Auch das ist Kern und Wesen von Hartz IV: Die Menschen sollen gefügig gemacht werden, sollen Dumpinglöhne akzeptieren. Hartz-IV-Sanktionen untergraben aber die Grundrechte. Ich möchte eine Gesellschaft, in der sich niemand als Untertan auf einem Amt fühlt. Ich möchte eine Gesellschaft, in der niemand auf einem Amt schikaniert werden kann. Auch deswegen sagt die Linke: Wir wollen Hartz IV durch eine soziale, sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzen.

Zum dritten Bereich, zur Rente. Wir wissen: Niedrige Löhne führen am Ende auch zu niedrigen Renten. Insofern ist unser Einsatz für gute Arbeit auch ein Einsatz für gute Renten. Unser Rentenkonzept sieht eine Rentenversicherung vor, in die alle einzahlen. Wir wollen außerdem eine solidarische Mindestrente, die wirklich vor Altersarmut schützt. Das ist eine Alternative zur drohenden Altersarmut: eine armutsfeste Rente und die Garantie, dass man im Alter nicht ins Bodenlose fällt.

Die Modelle von SPD und CDU/CSU – egal wie sie bezeichnet werden – werden dem nicht gerecht. Die inzwischen zur Lebensleistungsrente degradierte Zuschussrente wird gerade einmal 2 Prozent der Geringverdienenden irgendwie helfen.

Ich finde, dass wir in diesem Bereich nicht kleckern dürfen; denn inzwischen ist Altersarmut auch in diesem Land Realität. Davon zeugt zum Beispiel das Schicksal einer 82-Jährigen, die mich vor einigen Wochen in meinem Wahlkreisbüro aufsuchte. Wegen einer Behinderung durfte sie ihr Leben lang nur halbtags arbeiten. Deswegen hat sie eine niedrige Rente. Sie hat fein säuberlich aufgeschrieben, wie viel Geld ihr pro Tag nach den notwendigen monatlichen Abzügen zum Leben bleibt: 8,47 Euro. Das reicht, um nicht zu verhungern. Aber viel mehr ist nicht drin. – So sieht Altersarmut in diesem Land aus. Das haben alle bisherigen Bundesregierungen mit zu verantworten; denn niemand von Ihnen hatte den Mut und die Courage, eine Mindestrente einzuführen, die sicher vor Altersarmut schützt. Damit muss jetzt Schluss sein.

Die Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU in der Rentenpolitik

muss man mit der Lupe suchen. Aber die Gemeinsamkeiten springen sofort ins Auge. Gemeinsam haben Sie die Rente erst ab 67 zu verantworten. Gemeinsam haben Sie sich für eine Senkung des Rentenniveaus ausgesprochen. Gemeinsam haben Sie bisher die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West immer wieder hinausgeschoben.

Nun ist etwas Bewegung in die Frage der Ostrenten gekommen. Herr Steinbrück hat das als ein wichtiges Thema erkannt. Ich sage: Das ist ein wirklicher Erfolg der Linken. Wir haben dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung gesetzt.

Hier zeigt sich einmal mehr: Die Linke wird immer mehr zum Ideengeber, zur Ideenwerkstatt. Es ist gut, wenn Sie bei uns abschreiben. Keine Sorge, wir nehmen dafür auch keine Gebühren.

Damit wir andere Wege in diesem Land einschlagen können, braucht es ein breites Bündnis für eine faire Umverteilung und einen sozial-ökologischen Umbau. Dazu möchten wir einladen. Doch wie reagieren Sie, Herr Steinbrück? Aus purer Ideologie schließen Sie jegliche Kooperation aus. Ich meine, wer so handelt, der macht vor allen Dingen eines: Er schafft eine Überlebensversicherung für eine CDU-Kanzlerin Merkel.

Sie verhindern mit diesem Agieren die Einführung von Mindestlöhnen, Mindestrenten und einer Mindestsicherung. Sie verhindern die Einführung einer Bürgerversicherung, und Sie verhindern den Stopp von Rüstungsexporten. Das haben Sie zu verantworten.

An dem vorliegenden Haushalt ist viel zu kritisieren. Ich möchte das an zwei Zahlen verdeutlichen. Die Linke hat vorgeschlagen, 22 Millionen Euro mehr für den Kampf gegen die Ausbreitung von Neonazis einzusetzen. 22 Millionen Euro sind nicht viel im Vergleich zum Volumen des gesamten Haushalts. Als die Studie „Die Mitte im Umbruch“ vorgestellt worden ist, waren wir alle betroffen. Wir haben gehört, dass jeder Vierte ausländerfeindlich und fast jeder Zehnte antisemitisch ist. Solch ein Befund erfordert mehr als bloße Betroffenheit. Da muss man doch etwas tun. Aber Sie waren nicht einmal bereit, etwas Geld in die Hand zu nehmen, um den Kampf gegen Rechtsradikalismus zu unterstützen. Das ist wirklich peinlich.

8,6 Milliarden Euro – um diese Summe sollen die Mittel im Bereich Arbeitsmarkt gesenkt werden. Das ist eine massive Kürzung. Ihre Begründung, dass Sie hier aufgrund der sinkenden Arbeitslosenzahlen kürzen, zieht einfach nicht; denn die Zahlen werden im nächsten Jahr nicht so sehr sinken. Hier zeigt sich eines ganz klar: Sie wollen den Haushalt zulasten der Arbeitsmarktpolitik sanieren.

Die Unterschiede zwischen SPD und CDU/CSU in der Rentenpolitik muss man mit der Lupe suchen.

Das ist ein Preis, den man eigentlich nicht zahlen kann.

In Haushaltsdebatten wird gern darüber gesprochen, was wir uns alles nicht leisten können. Ich möchte über drei Punkte sprechen, die wir uns aus Sicht der Linken tatsächlich nicht leisten können.

Erstens. Verzicht auf einen Mindestlohn. Wenn wir einen flächendeckenden Mindestlohn hätten, dann hätten wir weniger Ausgaben, zum Beispiel für aufstockende Hartz-IV-Leistungen. Wenn wir höhere Löhne hätten, gäbe es mehr Einnahmen bei den Sozialversicherungen. Prognos hat es ausgerechnet: Ein flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde würde zu insgesamt 12 Milliarden Euro mehr in den Haushalten und den Sozialkassen führen. Das ist doch nicht nichts. Wir können es uns einfach nicht leisten, wie Schwarz-Gelb es handhabt, aus ideologischen Gründen darauf zu verzichten. Mit dieser Form von Ideologie muss Schluss sein, auch aus haushalterischen Gründen.

Zweitens. Ausgaben für das Militär. Wir haben es ausgerechnet: Pro Einwohner geben wir für das Militär im Jahr 400 Euro aus. Es ist sehr interessant: An allen wichtigen Stellen wird gekürzt. Für den Kitausbau und den Kampf gegen Rechtsextremismus ist kein Geld vorhanden, aber beim Militär sind wir großzügig. Ich meine, diese Großzügigkeit können wir uns nicht mehr leisten. Hier gilt es, Geld einzusparen.

Drittens. Steuergeschenke an Superreiche, an Millionäre und an Konzerne. Die Steuerpolitik der vorangegangenen Bundesregierungen hat Konzerne und Reiche steuerlich enorm entlastet. Die Senkung des Spitzensteuersatzes und die Senkung der Körperschaftsteuer sind nur einige Beispiele. Die Gewerkschaft Verdi hat ausgerechnet, wie viel Geld uns durch diese Steuergeschenke seit dem Jahr 2000 durch die Lappen gegangen ist. Insgesamt wären auf allen Ebenen rund 500 Milliarden Euro zusammengekommen. Dieses Geld fehlt in den öffentlichen Kassen, zum Beispiel für den Ausbau von Kitas. 500 Milliarden Euro Steuerverlust seit 2000 – diese Großzügigkeit gegenüber den Reichen und den Konzernen können wir uns nicht mehr leisten. Deswegen sagen wir ganz klar: Wir brauchen jetzt einen Kurswechsel hin zu Steuergerechtigkeit, hin zu einer couragierten Besteuerung von Reichen und von Konzernen.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Die Probleme sind groß. Ich glaube, angesichts dessen müssen wir hier mehr leisten als eine Show im Scheinwerferlicht. Es geht um mehr als um Scheingefechte im Scheinwerferlicht. Es geht darum, wirkliche Alternativen zur Abstimmung zu stellen. Die Vorschläge der Linken zeigen diese auf. Ein erster Schritt wäre, wenn Sie unseren Änderungsanträgen heute zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Rainer Brüderle, FDP:

Die christlich-liberale Koalition macht es besser



Rainer Brüderle (*1945)
Landesliste Rheinland-Pfalz

Frau Kollegin Kipping, nach Ihrer Rede wünscht man sich den Gy-si geradezu zurück.

Der Auftritt des Kollegen Steinbrück hat heute keinen mehr überrascht. Er ist der Kollege in diesem Haus, der alles besser weiß. Ob er es besser kann, steht auf einem anderen Blatt. Der Kollege Steinbrück hat zu den meisten Themen mindestens zwei Meinungen im Angebot: Frauenquote, Rente mit 67, Griechenland-Insolvenz, Transparenz bei Nebentätigkeiten, Betreuungsgeld, Finanzmarktregulierung, Trennbankensystem. Selbst zu Ihrer Kanzlerkandidatur erklären Sie gestern dies, heute das Gegenteil. Ich habe die Zitate Ihrer Irrungen und Wirrungen dabei.

Wenn sich der Kollege Steinbrück korrigieren muss, spricht er nicht von Fehler, sondern von einer Lernkurve.

Seit der Ankündigung als Kanzlerkandidat kennt die Lernkurve von Herrn Steinbrück nur eine Richtung: steil nach unten.

Sie haben sich abhängig gemacht: nicht von den Großbanken, den Möbelhäusern, den Sparkassen und Stadtwerken, bei denen Sie gegen Geld Vorträge gehalten haben; das habe ich nie so gesehen, und das habe ich auch nicht kritisiert.

Nein, Sie haben sich abhängig gemacht von der SPD-Linken. Sie hält zu dem unterirdischen Krisenmanagement im Moment öffentlich den Mund. Heute gab es den neuesten Fall. Die Welt titelt: „Steinbrücks ‚Heuschrecke‘ entsetzt die Genossen“. Sie haben den Autor des berühmten Buches „Scheißkerle“ als Onlineberater vorgesehen und sich offenbar wieder von ihm getrennt – erneut ein „genialer“ Griff in die Personalkiste.

Sie sind offenbar „out of touch“. Ich hoffe, Sie sind nicht „out of space“.

Sie werden einen hohen Preis für das Schweigen Ihrer Linken zahlen. Jeden Linksschwenk müssen Sie mitmachen. Das werden wir in den nächsten Wochen und Monaten sehen. Die linke Programmatik geben Ihnen Sigmar Gabriel und die Jusos vor.

Der Kandidat stürzt von einer Lernkurve zur nächsten. So kann man keinen Staat machen.

Das gilt übrigens auch für das Thema Griechenland.

Sie haben erklärt – ich zitiere –: Griechenland ist pleite. Man müsse über eine Insolvenzordnung für Staaten nachdenken.

Sie haben erklärt: Ich wäre gern vorbereitet für den Fall einer griechischen Pleite. Man brauche einen Plan B.

Sie haben erklärt: In einigen Fällen mehrten sich bei mir die Zweifel, ob alle Länder in der Euro-Zone gehalten werden können.

Sie haben erklärt: Ich kann nicht erkennen, dass einige Länder die Lücke ihrer Wettbewerbsfähigkeit schließen können.

Sie haben erklärt: Wenn aber Reformzusagen permanent gebrochen werden, zweifelt man, ob unsere Solidarität nicht vergeudet ist.

Ich gebe ja zu, dass man nicht immer zu geradlinigen Ergebnissen kommt. Man schwankt ja auch unter dem Eindruck sich aktuell verändernder Daten. Man müsse Griechenland wegen der Ansteckungsgefahr retten.

Das war nur eine kleine Auswahl Ihrer diversen Griechenland-Positionen. Welchen Steinbrück hätten Sie bei der SPD denn gern? Den Steinbrück der Insolvenz, den Steinbrück der Euro-Bonds oder den Steinbrück der Ansteckungsgefahr? Die Leute sagen: Der Peer hat alles im Angebot.

Diese Bundesregierung kämpft seit über zwei Jahren für eine Ausgewogenheit von Solidarität und Solidarität. Griechenland hat unbestreitbar einige Fortschritte gemacht. Allerdings: Man ist noch nicht über den Berg. Für uns war die Reihenfolge immer klar: Die Troika legt ihren Bericht vor, danach wird auf Grundlage des Berichts entschieden. Europa ist solidarisch. Aber wir erwarten auch Gegenleistungen. Geld bringt dabei ein bisschen Zeit; aber es löst keine Strukturprobleme. Entscheidend ist, dass Griechenland die Strukturreformen im Parlament nicht nur beschließt, sondern sie auch wirklich konkret anpackt. Davon hängt die Entwicklung Griechenlands ab.

In ganz Europa brauchen wir mehr Stabilität, mehr Solidarität, mehr Wettbewerbsfähigkeit. Natürlich brauchen wir Solidarität mit den Schwächeren; aber Deutschland darf auch nicht überfordert werden. Die hilfsbedürftigen Länder müssen die Unterstützung, die sie erfahren, auch nutzen. Sie müssen ihre Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Sie müssen Wachstum schaffen. Das ist übrigens die Kernfrage für ganz Europa, nicht nur für die Länder, die unter Rettungsschirmen stehen.

Schauen Sie sich die Situation in Frankreich an: Dort hat man lange Zeit auf Konzepte der Steuererhöhung, auf

Konzepte der Arbeitszeitverkürzung, auf Konzepte der frühen Verrentung gesetzt. Der neue Präsident wollte dies anfangs noch toppen. Als Erstes hat er die Sarkozy-Reformen zurückgedreht. Er hat die Steuern erhöht, die Rentenreform gestoppt. Gleichzeitig musste er einen Wachstumseinbruch in Frankreich verkünden. Heute ist die Malaise noch größer: Rekordarbeitslosigkeit, viele Schulden und wenig Wettbewerbsfähigkeit.

Der Economist, London, hat vergangene Woche Alarm geschlagen: Er warnte vor der Zeitbombe im Herzen Europas – „The time-bomb at the heart of Europe“. Dies wurde in Frankreich als zu drastisch empfunden. Wir wissen: Magazine brauchen Schlagzeilen, und auf der Insel wird manches anders gesehen. Aber diese Analyse einfach vom Tisch zu wischen, wäre nicht richtig.

Ich darf zitieren, was Gerhard Schröder über die Politik der sozialistischen Regierung in Frankreich gesagt hat: Die Wahlkampfversprechen des französischen Präsidenten werden sich an der ökonomischen Situation brechen. Wenn es mit der Refinanzierung der Schulden schwierig wird, bekommt Frankreich echte Probleme. – Auch das wurde in Frankreich als zu drastisch empfunden. Diese Woche hat jedoch die zweite Ratingagentur Frankreichs Kreditwürdigkeit herabgestuft.

Die Franzosen warten auf den Mitterrand-Moment ihrer neuen Administration. François Mitterrand brauchte zwei Jahre, bis er die wirtschaftlichen Realitäten akzeptierte. Bei seinem ersten sozialistischen Nachfolger sind erste Ansätze erkennbar, dass er richtige Maßnahmen ergreift, etwa die Senkung der Unternehmensteuern in Frankreich. Europa braucht ein starkes Frankreich. Deutschland und Frankreich sind gute Partner und Freunde. Deshalb wünschen wir unseren französischen Nachbarn, dass sie bald die Kraft haben, die richtigen Entscheidungen zum Erfolg hin zu treffen.

Wenn wir in andere Regionen der Welt schauen, sollte uns bewusst werden, wie viel Glück wir in Europa und mit Europa haben. Europa ist eine Friedens- und Wohlstandsgemeinschaft. Die Kanzlerin hat auf die Lage im Nahen Osten hingewiesen. Ich teile die Sorgen der Bundeskanzlerin und des Bundesaußenministers zur Lage im Nahen Osten. Die Bilder, die uns täglich über die Medien, das Fernsehen erreichen, sind bedrückend.

Israel hat das Recht, sein Land und sein Volk zu verteidigen. Israels Regierung handelt zum Schutz ihrer Bürger; es ist die Reaktion auf die Raketen der Hamas.

Israel hat das Recht, sein Land und sein Volk zu verteidigen. Israels Regierung handelt zum Schutz ihrer Bürger; es ist die Reaktion auf die Raketen der Hamas.

Diese terroristischen Angriffe von radikalen Islamisten stellen – das sollten wir nicht vergessen – auch unsere Werte der Freiheit infrage. Wir müssen alle ein Interesse daran haben, dass diese Zusammenhänge von Tod und Zerstörung besprochen werden.

Die Bundesregierung setzt auf Verhältnismäßigkeit und Deeskalation. Der Bundesaußenminister war gerade zu Vermittlungsgesprächen, zu Sondierungsgesprächen in Israel, in Palästina. Er führt auch in Kairo Gespräche. Ägypten ist ein wichtiger Faktor. Ägypten hat Einfluss auf die Führung in Gaza. Präsident Mursi hat bisher sehr verantwortlich gehandelt. Wir wünschen uns von ihm, dass er seinen Einfluss geltend macht. Ein Stopp des Raketenbeschusses ist eine notwendige Bedingung für eine Waffenruhe. Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, damit dieser Konflikt nicht eskaliert. Es darf keinen Flächenbrand in dieser Region geben.

Im Moment findet das fast schon traditionelle Ringen um den europäischen Gesamthaushalt für die nächsten sieben Jahre statt. Die meisten Ger-

berländer, wie Deutschland, haben ein Angebot gemacht, das vernünftig und ausgewogen ist. Dabei geht es grob gesprochen um 1 Prozent des europäischen Bruttoinlandsprodukts.

Dass manche Nehmerländer, wie Polen, mehr wollen, ist verständlich. Sie haben das Argument: Wir müssen 40 Jahre des Eisernen Vorhangs aufholen und sind auf einem guten Weg. Hier sollte die Europäische Kommission ein Makler zwischen den Interessen sein. Aber diese Rolle ist im Moment nicht wirklich erkennbar. Zudem soll die Kommission eine gewisse Vorbildfunktion einnehmen.

Ich bin dem Ratspräsidenten Van Rompuy dankbar. Er hat sehr diskussionswürdige Vorschläge, etwa auch zum Agrarbereich, gemacht. Man muss allerdings fragen, warum die regionale Strukturpolitik europäisch ist, eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik aber nur in Umrissen erkennbar ist. Unser Außenminister und unser Verteidigungsminister, Westerwelle und de Maizière, arbeiten hart daran, dass sich da etwas ändert. Das ist richtig so.

Will Europa im Konzert der Weltmächte mitspielen, dann darf es sich nicht nur währungspolitisch stark aufstellen, sondern muss dies auch in diesen Feldern tun. Europa muss sich außen- und sicherheitspolitisch europäisieren. Das ist ein langer Weg. Da geht es sicherlich um Jahre, vielleicht auch um Jahrzehnte.

Aber ohne eine gemeinsame Armee, ohne eine gemeinsame Außenpolitik wird die europäische Integri-

on nach meiner Überzeugung nicht gelingen.

Deutschland geht es gut, besser als den meisten Ländern auf der Welt. Deutschland ist die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt. Bei der Wettbewerbsfähigkeit liegt Deutschland auf den vorderen Plätzen. Deutschland ist ein sicherer Hafen des Wohlstands. Seit drei Jahren steigen die Reallöhne. Die Arbeitslosigkeit sinkt. Das gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Kinderarmut ist zurückgegangen. Zu dieser guten Bilanz haben viele beigetragen: fleißige Menschen, erfolgreiche Unternehmen, vernünftige Sozialpartner, aber auch die christlich-liberale Koalition. Die christlich-liberale Koalition hält Deutschland auf Kurs.

Drei Jahre früher als vorgeschrieben halten wir die Schuldenbremse ein. Ohne Zusatzbelastungen von außen hätten wir einen ausgeglichenen Haushalt. Durch die Einlage in den ESM haben wir europäische Verpflichtungen übernommen. Wir überweisen den Bundesländern über 10 Milliarden Euro. Vor allem die rot-grün geführten Länder haben sich die Zustimmung zum Fiskalpakt teuer bezahlen lassen. Das ist die Realität. Sonst hätten wir schon längst einen ausgeglichenen Haushalt.

Für die rot-grünen Regierungen ging es bei den Verhandlungen nicht um die Zukunft des Euro, sondern um möglichst viele Euro für ihre Staatskassen, um ihre Länderhaushalte aufzuhübschen.

Die christlich-liberale Koalition hingegen macht das anders. Die christlich-liberale Koalition macht das besser.

Wir setzen seit Beginn dieser Legislaturperiode auf strikte Ausgabendisziplin.

Wären wir der „Wünsch dir was“-Opposition gefolgt, wären die Ausgaben Jahr für Jahr um Milliardenbeträge gestiegen. Allein für diesen Haushalt hat die SPD Erhöhungsanträge im Volumen von 7 Milliarden Euro gestellt. Kürzungsanträge: Fehlanzeige! Von den Grünen kommen 6 Milliarden Euro ohne Kürzungsvorschläge dazu.

Rot-Grün will seine Zusatzausgaben anders finanzieren.

Sie wollen die Steuern massiv erhöhen.

Kollege Trittin gibt dabei den Möchtegern-Finanzminister. Glauben Sie wirklich ernsthaft, Herr Trittin, die Deutschen würden Ihnen ihr Geld anvertrauen?

Man kann in den Beschlüssen der Grünen nachlesen, was ein Finanzminister Trittin die Steuerzahler kosten würde: Erhöhung der Einkommensteuer: 5 Milliarden, Abschaffung des Ehegattensplittings: 3,5 Milliarden,

Einführung einer Vermögensabgabe: zehn mal 10 Milliarden,

Erhöhung der Lkw-Maut, Erhöhung der Diesel- bzw. Heizölsteuer, Erhöhung der Steuern für Firmenwagen, Einführung einer Kerosinsteuer: insgesamt 10 Milliarden Steuerbelastung; Verdoppelung der Erbschaftsteuer: 4,4

Fortsetzung von Seite 7: Rainer Brüderle (FDP)

Milliarden, Erhöhung der Unternehmenssteuern: 3,5 Milliarden, Erhöhung der Mehrwertsteuer: 3,5 Milliarden.

Die Kombilösung Trittin/Steinbrück wird teuer. Sie kostet uns im Jahr 40 Milliarden Euro. Das ist Ihr Werk. Sie wollen den Leuten das Geld abnehmen, weil Sie nicht bereit sind, zu sparen. Sie flüstern das nur; Ihr Parteitag schaffte die Wahrheit an den Tag.

Die Grundsteuer wollen Sie auch erhöhen. Sie wollen Freiberuflern die Gewerbesteuer aufhalsen und eine Bürgerzwangsversicherung. Das trifft voll den Mittelstand in Deutschland, das trifft voll die Wirtschaftsdynamik, das trifft voll die Konjunktur.

Ihre Mixtur aus Steuererhöhungen, Umverteilungsfantasien und staatlichem Dirigismus wäre ein Schrumpfungsprogramm für Deutschland. Das würde uns hinten herunterwerfen. Die Hälfte unserer Erfolge im Export erzielen wir durch Aufträge für Europa. Sie führen mit Ihrer Politik nicht nur Deutschland, sondern auch Europa in die Rezession.

Die christlich-liberale Koalition macht das anders. Die christlich-liberale Koalition macht das besser. Die christlich-liberale Koalition entlastet die Bürger.

Wir schaffen die Praxisgebühr ab - Entlastung für die Bürger: 2 Milliarden.

Hinzu kommt die Ersparnis der Bürokratiekosten dafür - Entlastung: 350 Millionen Euro.

Wir senken die Rentenbeiträge in einem Volumen von 5 bis 6 Milliarden Euro. Wir warten darauf, dass Grün-Rot die unsägliche Blockade beim steuerlichen Existenzminimum und bei der kalten Progression aufgibt.

Ihre Haltung ist doch schizophoren. Sie erklären überall: „Tut was für die Binnennachfrage“, aber wenn Sie etwas dazu beitragen und mitentscheiden können, sind Sie dagegen. Sie wollten auch die Senkung der Rentenbeiträge im Bundesrat verhindern. Das wäre gegen Recht und Gesetz gewesen.

Das wäre übrigens auch das Verhindern einer zukünftigen Rentenerhöhung gewesen. Wenn die Beiträge nicht gesenkt worden wären, dann wäre das nach der Rentenformel so. Ich kann ja noch verstehen, dass Sie uns keinen politischen Erfolg gönnen. Aber weshalb wollen Sie den Rentnerinnen und Rentnern nicht das Mehr an Rente ermöglichen? Weshalb wollen Sie nicht die Belastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer reduzieren? Was haben Ihnen denn die Rentner und die Arbeitnehmer getan, dass sie von Ihnen so schlecht behandelt werden sollen?

In Wahrheit wollen Sie von Rot-Grün das Geld von den Berechtigten halten bzw. haben, um Ihre Idee von einer Einheitsrente voranzutreiben. Das Argument, dass Rücklagen gebildet werden sollen, ist an Fadenscheinigkeit gar nicht zu überbieten. Bislang gab es nur eine Regierung, die schamlos in die

Schwankungsreserve der gesetzlichen Rentenversicherung eingegriffen hat: Das war Rot-Grün. Sie haben in die Schwankungsreserve eingegriffen.

Obendrein haben Sie noch Nullrunden für die Rentnerinnen und Rentner verhängt. Das alles hätte nicht sein müssen. Hier an diesem Platz stand Gerhard Schröder mit gespielter Reue und erklärte: Ich habe mich geirrt, als ich die Rentenreform von Norbert Blüm zurückgenommen habe. – Jetzt werden die Herren Steinbrück und Gabriel die Bundesrepublik wieder in ein rentenpolitisches Abenteuer stürzen, wenn sie es können.

Die SPD behauptet immer: Ein Arbeitsplatz ist die beste Versicherung gegen Altersarmut. – Da hat sie recht. Aber wie passt das zu Ihren Rentenplänen? Sie wollen in den nächsten Jahren die Beitragssätze drastisch erhöhen. Sie wollen bis 2020 den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern 90 Milliarden Euro zusätzlich abnehmen. Das kostet 200 000 Jobs. Es ist doch kein guter Weg, erst einmal die Arbeitslosigkeit zu erhöhen, um dann die Altersarmut in der Breite bekämpfen zu können. Machen Sie es doch gleich richtig, anstatt die Menschen zu Versuchskaninchen alter sozialistischer Rezepte zu machen. Das passt nicht mehr.

Die christlich-liberale Koalition macht es anders. Die christlich-liberale Koalition macht es besser. Wir entlasten nicht nur die Arbeitnehmer und die Unternehmen. Wir erhöhen nicht nur die Rente. Wir machen sie auch zukunftsfest. Wir wollen die dritte Säule stärken, die private Altersversorgung. Die junge Gruppe von CDU/CSU und FDP hat einen guten Vorschlag zu Anrechnungsfristen bei der Grundsicherung erarbeitet. Das wollen wir umsetzen.

Wir führen eine Lebensleistungsrente ein. Sie erspart künftig Rentnerinnen und Rentnern den erniedrigenden Gang zum Sozialamt. Sie berücksichtigt aber auch: Wer mehr eingezahlt hat, muss auch mehr herausbekommen. Rente ist kein staatliches Almosen; sie ist ein eigentumsähnlicher Rechtsanspruch der Beitragszahler. Der Weg in die Einheitsrente ist mit der christlich-liberalen Koalition nicht zu machen. Das wollen CDU/CSU und FDP nicht mitmachen.

Die Grünen präsentieren Jahr für Jahr eine Studie zur Strompreisentwicklung, die sie selbst in Auftrag geben. Ich will auf die methodischen Mängel nicht eingehen; mir geht es um den Strompreispopulismus der Grünen. Sie behaupten: Die Konzerne sind schuld. Dann frage ich Sie: Warum machen Sie da nichts dagegen, wo Sie politische Verantwortung tragen? Die grün-rote Landesregierung in Baden-Württemberg ist Großaktionär von EnBW. EnBW erhöht zum 1. Januar 2013 ebenfalls massiv die Preise. Was machen die Grünen dagegen? Nichts machen sie! Sie lamentieren nur.

Ihre ehemalige Vorsitzende, Frau Röstel, und andere Grüne nehmen gern die Aufsichtsratsantien mit und machen hier im Plenum Stimmung. Wo ist denn der Anstand, den die Spitzenkandidatin der Grünen und Vizepräsidentin dieses Hauses für sich reklamiert? Wo ist der Anstand der Grünen, wenn es um ihren dreisten Solarlobbyismus geht?

Herr Trittin hat bei der Einführung des EEG gesagt: Das kostet jeden Bürger nur eine Eiskugel im Monat. – Das ist Arroganz und Ignoranz, die kaum zu überbieten sind.

Zur Kritik an den Ausnahmen des EEG für bestimmte Industriezweige: Wer hat sie denn eingeführt? Diese Ausnahmesystematik hat Trittin eingeführt. Die Leute mit dem kleinen Geldbeutel zahlen für die Klientelpolitik der Grünen. 300 Milliarden Euro an Subventionen kommen allmählich zu-

sammen. Damit ist die Dimension der Steinkohlebeihilfe längst überschritten.

Aber was schlägt die Opposition vor? Sollen wir in Deutschland eine Abwrackprämie einführen, damit die Franzosen mehr Absatz haben? Sollen wir schlechter werden, oder sollen die anderen besser werden?

Es war auch die Forderung nach Ausweitung der Kurzarbeiterregelung zu hören. Meine Damen und Herren, wir haben derzeit 40 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Das ist nicht schön, aber es ist doch nicht – der Kollege Steinbrück hat einen Vergleich zwischen dem Koalitionsausschuss auf dem Höhepunkt der Krise und dem Koalitionsausschuss heute gezogen – mit den 1,2 Millionen Kurzarbeitern vergleichbar, die wir 2008 hatten.

Genauso unverantwortlich ist es, Vermögenswerte in Höhe von 100

Milliarden Euro vergesellschaften zu wollen, wie Herr Kollege Trittin es tut. Man darf auch nicht an die Substanz der Unternehmen herangehen. Nein, die christlich-liberale Koalition, Bewahrer von Wohlstand und Freiheit, nimmt nicht den Menschen ihr Vermögen weg.

Rot-Grün bedeutet Massenarbeitslosigkeit und Wohlstandsverluste. Sie haben 5 Millionen Arbeitslose hinterlassen. Wir haben das geändert und kräftig verbessert.

Deshalb hat Deutschland eine gute Regierung. Wir setzen alles daran, dass wir mit der bürgerlichen Regierung von CDU/CSU und FDP diese erfolgreiche Politik für Deutschland und Europa fortsetzen und Ihre Experimente in der Schublade bleiben.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Jürgen Trittin, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sieben Jahre Merkel sind sieben verlorene Jahre für Deutschland



Jürgen Trittin (*1954)
Landesliste Niedersachsen

Lieber Kollege Brüderle, ich bin Ihnen dankbar. Sie haben Ihre Redezeit dafür verwendet, das grüne Programm vorzustellen. Das hilft uns.

Ansonsten kann ich Ihnen nur eines sagen: Mir ist jemand lieber, der etwas lernt. Deswegen ist mir Peer Steinbrück mit seiner Lernkurve lieber als Ihr Daueraufenthalt in einer pfälzisch genschelten Lärmkurve.

Frau Bundeskanzlerin, Sie sind seit sieben Jahren Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland. Sie berufen sich dabei gerne auf Konrad Adenauer. Konrad Adenauer hat einmal gesagt: „Ich sage immer die Wahrheit, aber nie die ganze.“

Sie haben dieses rheinische Motto zur Überschrift Ihrer Europapolitik gemacht. Sie sagen, was die Euro-Krise angeht, den Bürgerinnen und Bürgern nicht einmal die halbe Wahrheit.

Sie haben wörtlich gesagt: Was mit mir auf keinen Fall gehen wird, das ist der Weg über die Vergemeinschaftung der Schulden. – Heute haben wir über 200 Milliarden Euro gemeinschaftli-

che Schulden und Staatsanleihen in der EZB.

Heute Morgen präsentieren Sie uns den Vorschlag, statt Griechenland mit einem dritten Hilfspaket zu helfen, es mit zusätzlichen T-Bills in Höhe von 9 Milliarden Euro, also weiterer vergemeinschafteter Haftung, zu belasten. Das ist Ihre Form des Umgangs mit der Wahrheit. Dabei können Sie sich, glaube ich, nicht einmal mehr auf Konrad Adenauer berufen.

Ihre Strategie der kleinen Schritte und des Zögerns ist jetzt sichtbar an ein Ende gekommen. Sie haben das erste Hilfspaket für Griechenland aus Angst vor der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen blockiert.

Jetzt soll Griechenland zwei Jahre mehr Zeit bekommen. Das ist richtig wegen der negativen Effekte, die es geben würde, wenn man das nicht machen würde: Man würde die Rezession in Griechenland verlängern. Man würde nicht sparen, sondern mehr Schulden anhäufen. Aber Sie scheuen sich, den Menschen in Deutschland zu sagen, was das heißt. Das heißt, dass es Geld, auch Steuergeld, kosten wird. Dieses Ergebnis versuchen Sie zu verkleinern, zu verkomplizieren. Deswegen wollten Sie sich in der vergangenen Nacht nicht mit dem Rest Europas einigen.

Das Signal ist doch irre.

Wir haben den Griechen immer gesagt: Wir sind solidarisch, wenn ihr das umsetzt, was wir mit euch vereinbart haben. Jetzt bestätigt die Troika, dass die Griechen ihre Hausaufgaben gemacht haben, und in genau diesem Moment zeigt sich Europa handlungsunfähig, weil es sich über die Fragen nicht einigen kann. Wer ist denn da vertragstreu, die Griechen oder die Europäer?

Ich finde, diese Nacht in Brüssel war eine schwarze Stunde.

Sie finanzieren zwischen, Sie legen T-Bills auf, Sie greifen auf den EFSF zurück, und Sie greifen auf die EZB zurück, anstatt schlicht und ergreifend zu sagen: Ja, wir müssen für die Rettung Griechenlands Geld in die Hand nehmen.

Ich sage Ihnen: Ich verstehe das. Wenn man elf Landtagswahlen verloren hat, wenn man gerade davor steht, die zwölfte zu verlieren, dann hat man Angst vor den Wählerinnen und Wählern.

Aber die Menschen sind weiter. Sie verlieren diese Wahlen, und Sie werden auch die Niedersachsen-Wahl verlieren, nicht wegen der Wahrheit, sondern weil die Menschen den Eindruck haben, dass ihnen etwas vorgemacht wird. Das wollen sie nicht mehr.

Sieben Jahre sind Sie Bundeskanzlerin. WDR 4 wirbt ja mit dem Spruch: Gutes bleibt. – Was bleibt eigentlich von sieben Jahren Merkel? Krisenmanagement? Nehmen wir einmal die Finanzkrise. Ich zitiere die Bundeskanzlerin aus dem Jahre 2008. Sie haben gesagt: Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen kann. – Das war Angela Merkel im Jahr 2008. 2007 hatte die Deutsche Bank eine Bilanzsumme von 2 Billionen Euro; das ist das Sechsfache des Bundeshaushaltes. Heute – Sie haben sich eben zum Vorreiter der Bankenregulierung ausgerufen – beträgt die Bilanzsumme der Deutschen Bank 2,1 Billionen Euro. Nichts bleibt von Ihren Ankündigungen.

Gibt es eine Schuldenbremse für Banken? Nein. Gibt es jetzt eine Haftung für die Eigner und Gläubiger statt der Verstaatlichung von Bankschulden? Gibt es also Bail-in statt Bail-out?

Nein, das gibt es nicht. Gibt es eine europäische Bankenunion mit einer scharfen Aufsicht, einem Bankenrestrukturierungsfonds, finanziert aus einer Bankenabgabe? Nein. Sie blockieren das Inkrafttreten genau dieser Bankenunion zum 1. Januar.

Krisenmanagement – es wird so weitergemacht wie vor der Krise: mit möglichst wenig Eigenkapital möglichst viel Geld hebeln, und wenn es schiefgeht, springt der Staat schon ein. Dann reden Sie davon, wir hätten es bloß mit einer Staatsschuldenkrise zu tun. Diese „Nur-Staatsschuldenkrise“ bringt zurzeit das historische Friedensprojekt Europa in ernste Gefahr. Der Zusammenhalt Europas ist gefährdet. Dass Europa noch nicht auseinandergebrochen ist, liegt nicht am Krisenmanagement der Bundeskanzlerin, sondern an unseren europäischen Partnern, an der EZB, am IWF, die Sie letztendlich gezwungen haben, immer wieder das zu tun, was nötig ist – aber in der Regel zu spät, und zu spät heißt immer zu teuer.

Sie haben damit aber eines geschafft – und das ist lange vor Ihnen keiner Bundesregierung gelungen –: Das Ansehen Deutschlands bei der G 20, innerhalb Europas und das Ansehen international war noch nie so schlecht. Noch nie waren wir in einer Frage dermaßen isoliert wie unter Ihrer Kanzlerschaft. Was von sieben Jahren Merkel bleibt, ist ein gewaltiger Ansehensverlust Deutschlands auf internationaler Ebene.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Man muss sparen, man muss reformieren, und man muss als Kreditgeber auch Bedingungen stellen. Aber machen wir uns doch nichts vor: Griechenland und Spanien haben schon lange kein Ausgabenproblem mehr. Sie haben gespart, dass es kracht. Griechenland hat in den vergangenen drei Jahren jedes Jahr 4,5 Prozent seiner Wirtschaftsleistung eingespart, Spanien allein im Jahr 2012 6 Prozent. – Nur einmal am Rande bemerkt, Frank: Bei der Einführung von Hartz IV war es nicht einmal 1 Prozent der Wirtschaftsleistung. – Das heißt, Ihr dauernder Appell, diese Staaten sollten sparen, zielt völlig daneben. Sie haben ein Einnahmeproblem, und dieses Einnahmeproblem kann man lösen. Aber dazu bedarf es eines gemeinsamen europäischen Handelns. Wir brauchen endlich einen gemeinsamen Steuerpakt für Europa, damit Reeder und andere ihre Steuern bezahlen und wir nicht hinterher finanzieren, dass Leute ihr Geld aus Griechenland abziehen.

Was machen Sie? Sie torpedieren alle Anstrengungen zu einer gemeinsamen Politik, zum Beispiel im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Sie schließen ein bilaterales Abkommen mit der Schweiz mit dem Ergebnis, dass die Bemühungen zur Umsetzung der entsprechenden Richtlinie in Europa ins Stocken kommen. Jetzt wollen Sie uns allen Ernstes verkaufen, dass die UBS und die Credit Suisse für uns die Steuern bei den Vermögenden eintreiben. Firmen, gegen die deutsche Staatsanwälte wegen Beihilfe zur Steuerhinter-

ziehung ermitteln, sollen also die Steuern einziehen. Wissen Sie, woran mich das erinnert? Das kommt mir so vor, als würden Sie den Schutzgelderpresse von der Mafia damit beauftragen, gleich auch noch die Gewerbesteuer einzutreiben.

Außerdem haben Sie hier gesagt, Sie seien für Wachstum. Warum wollen Sie denn dann die im mehrjährigen Finanzrahmen derzeit vorgesehenen Ausgaben um 100 Milliarden Euro kürzen? Warum wollen Sie mitten in einer schweren Rezession im Süden Europas die Investitionsfähigkeit dieser Staaten auf diese Weise unterminieren? Wohin diese Kürzung führt, sieht man ja an dem Vorschlag der zyprischen Präsidentschaft und an dem Vorschlag von Herman Van Rompuy. Wo wird denn eingeschnitten? Eingeschnitten wird bei Forschung, -gespart wird bei Innovation, und zusammengegriffen werden die Connecting Europe Facilities. Es wird also dort gespart, wo Wachstum entstehen kann. Gleichzeitig erhält und konserviert man die alten Strukturen einer überalterten und veralteten Agrarpolitik.

Ich sage Ihnen: Wir haben miteinander etwas anderes vereinbart. Wir haben uns zwar nicht über die Höhe -verständnis. Das stimmt; da waren wir im Dissens. Aber Sie haben mit uns, mit der Opposition, gemeinsam beschlossen, dass es klare Prioritäten geben soll für Wachstum, für Investitionen im mehrjährigen Finanzrahmen in Innovation und in die energetische Infrastruktur. Genau da wollen Sie jetzt kürzen. Sie sind wortbrüchig, Frau Bundeskanzlerin.

Es bleibt noch etwas von sieben Jahren Ihrer Kanzlerschaft. Sie raten dem Rest Europas immer, zu sparen. Frau Bundeskanzlerin, in den sieben Jahren Ihrer Kanzlerschaft wuchsen die Staatsschulden in Deutschland um ein Drittel, um 500 Milliarden Euro, also eine halbe Billion. Sie haben allen Sparsamkeit gepredigt. Gleichzeitig haben Sie in diesem Zeitraum die gesamtstaatliche Verschuldung von 63 Prozent – damit waren die Maastricht-Kriterien fast eingehalten – auf im nächsten Jahr über 84 Prozent gesteigert. Wenn auch nicht viel von Ihrer Kanzlerschaft bleibt: Dieser Haufen Schulden bleibt für kommende Generationen. Er bleibt sehr lange.

Sie haben auch von Gerechtigkeit und von Teilhabe gesprochen. Nun, die ganze Rabulistik über die Statistik kann über zwei Dinge nicht hinwegtäuschen. Wir haben lange Zeit Reallohnrückstände gehabt; jetzt erfolgt nur ein mäßiges Aufholen. Gleichzeitig war der Besitz, das Vermögen, in Deutschland noch nie so ungerecht verteilt wie heute. Gleichzeitig müssen Kommunen zur Erfüllung gesetzlicher Aufgaben mittlerweile Kassenkredite in einer Größenordnung von 50 Milliarden Euro allein in diesem Jahr aufnehmen. In dieser Situation streiten Sie dafür, die öffentliche Hand um

noch einmal 6 Milliarden Euro zu erleichtern. Das ist unverantwortlich. Das hat übrigens auch nichts mit der kalten Progression zu tun.

Von diesen 6 Milliarden Euro würden übrigens 5 Milliarden, 83 Prozent, der oberen Hälfte der Einkommensbezieher zugutekommen und nicht der unteren Hälfte. Sie planen Steuergeschenke auf Pump für Leute, die das nicht brauchen.

Was vernünftig wäre, wäre in der Tat, das steuerfreie Existenzminimum anzuheben, und zwar stärker, als Sie es wollen. Wir sind dazu gerne bereit. Aber wir sagen: Das muss man solide gegenfinanzieren, zum Beispiel durch die Anhebung des Spitzensteuersatzes. Dann entlasten Sie

alle mit einem Jahreseinkommen unter 60 000 Euro und lassen dafür diejenigen bezahlen, die mehr als 80 000 Euro verdienen. Das ist gerecht, und das ist finanziell verantwortlich.

Was also bleibt von sieben Jahren Merkel, ist ein schamloser Klientelismus, von der „Mövenpick-Steuer“ bis hin zum Betreuungsgeld, einem Schnäppchen für die Versicherungswirtschaft. Das Betreuungsgeld ist das, was die CSU beim „Schrottwichteln“ am 4. November 2012 – Sie haben es Koalitionsausschuss genannt – bekommen hat.

Aber, meine Damen und Herren, das hilft nichts. Es schafft keine bessere Bildung. Wir müssen in Deutschland den Zustand überwinden, dass, wer einmal arm ist, arm bleibt, und dass, wer einmal reich ist, das ebenfalls bleibt, und die Mittelschicht zerbröseln. Was haben Sie an diesem Zu-

stand geändert? Nichts. Dabei liegen die Gegenmittel auf der Hand: bessere Bildung von Anfang an; eine Frauenpolitik, die die gläserne Decke einreißt und dafür sorgt, dass das begabtere Geschlecht den Weg nach oben überhaupt gehen kann; eine Frauenquote; eine Arbeitsmarktpolitik, die sich an den Stärken der Menschen orientiert, sie aktiv fördert. Was machen Sie? Sie kürzen die Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Was von sieben Jahren Merkel bleibt, ist, dass Sie das große Versprechen der sozialen Marktwirtschaft brechen, das Versprechen, dass der Fleißige nicht der Dumme ist, sondern den Aufstieg schaffen kann, dass es Chancengleichheit gibt. Unter Ihrer Kanzlerschaft ist diese Gesellschaft undurchlässiger geworden. Sie gehen schludrig mit dem Erbe von Ludwig Erhard um.

Nächste Woche wird die Klimakonferenz in Doha stattfinden. Ich bin nicht optimistisch, was ihren Ausgang angeht. Der Trend, dass immer mehr CO₂ ausgestoßen wird – wir liegen mit 800 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß übrigens weltweit immer noch auf Platz sechs –, wird nicht gebrochen werden. Das hat etwas damit zu tun, dass in Doha Europa nicht mehr die Rolle des Antreibers spielt. Warum tut Europa das nicht mehr?

Das tut Europa deswegen nicht, weil es von Deutschland gebremst wird. Es ist diese Bundesregierung, die blockiert, dass es ein europäisches Klimaschutzziel von minus 30 Prozent im Jahr 2020 gibt. Sie sind es, die verbindliche Energieeffizienzziele blockieren. Sie blockieren regelmäßig jeden Versuch ambitionierter Verbrauchsobergrenzen für Spritfresser. Ich frage Sie: Wie viele von den ökologisch schädlichen Subventionen in

Milliardenhöhe haben Sie in den sieben Jahren Ihrer Kanzlerschaft abgebaut? Keinen einzigen Euro. Sie haben diese Subventionen ausgebaut.

Sie haben sie ausgebaut, indem Sie aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz eine Subventionsmaschine für Schlachthöfe und Pommesfabriken gemacht haben. Sie haben die ökologisch schädlichen Subventionen hochgetrieben, indem Sie die Netzzulage nutzen, um Bankrechenzentren und Golfplätze zu finanzieren.

Nein, meine Damen und Herren, sieben Jahre Merkel waren sieben verlorene Jahre für dieses Land.

Frau Merkel, Sie simulieren gerne, Sie seien in der Mitte. Das ist ein Irrtum. Die Mitte Deutschlands liegt ganz woanders.

Acht von zehn Deutschen wollen eine neue Wirtschaftsordnung, die Ressourcen schont und für sozialen Ausgleich sorgt. 89 Prozent der Deutschen finden die Einkommensunterschiede zu groß. 76 Prozent wollen einen Mindestlohn, 80 Prozent die Gleichstellung der Homo-Ehe. Das ist Deutschlands Mitte. Wer sich aus dieser Mitte ausschließt, der steht nicht in der Mitte, sondern rechts von der Mitte.

Sie haben über sieben Jahre einen Mindestlohn und Frauenquoten blockiert. Sie haben sieben Jahre einen wirksamen Staatsschuldenabbau blockiert. Sie verhindern seit sieben Jahren ambitionierten Klimaschutz. Sie sind eine Dagegen-Kanzlerin. Einen Wandel zu Gerechtigkeit, zu Teilhabe, zu einer offenen Gesellschaft, zu Klimaschutz und Energiewende wird es erst geben, wenn Sie in der Opposition sitzen, und das wird ab nächstem September so sein.

(Anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Beifall bei der SPD)

Sie simulieren gerne, Sie seien in der Mitte. Das ist ein Irrtum. Die Mitte ist woanders.

Volker Kauder, CDU/CSU:

Was gut ist, bleibt!



Volker Kauder (*1949)
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Herr Trittin, es ist schön gewesen, dass Sie uns an einen richtigen Satz erinnert haben, nämlich: Was gut ist, bleibt.

Ich sage Ihnen: Deswegen bleibt Angela Merkel Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland.

Wir beraten heute den Bundeshaushalt 2013. Dass wir in diesem Bundeshaushalt zu einem guten Ergebnis kommen, hängt auch damit zusammen, dass wir in Deutschland eine stabile, gute wirtschaftliche Situation haben. Herr Trittin, es gehört schon ein Gutteil an Chuzpe oder Vergesslichkeit dazu, sich hier hinzustellen – das gilt auch für den Kollegen Steinbrück – und daran zu erinnern, was man alles machen wolle, wenn man an die Regierung kommt. Ich kann Ihnen nur sagen: Wir haben den Schrott aufräumen müssen, den Sie von Rot und Grün in diesem Land hinterlassen haben.

Es gibt aber eine Langzeitfolge. Einen Großteil der hohen Arbeitslosigkeit und der Neuverschuldung haben

wir zurückführen können durch eine kluge Politik im Rahmen der Großen Koalition. Aber eines bleibt, Herr Kollege Steinbrück und Herr Kollege Trittin: Es war die Regierung, die Sie damals als Koalition getragen haben, die in Europa das größte Chaos mit bleibenden Schäden angerichtet hat, indem sie die Stabilitätskriterien außer Kraft gesetzt hat.

Jetzt hierher zu kommen und Sprüche zu machen, wie es in Europa weitergehen soll, ist der absolute Hammer. Wenn man sich ansieht, was Sie in Ihrer Regierungszeit angerichtet haben, dann würde das ausreichen, Sie für viele Jahre von einer neuen Regierung auszuschließen.

Darüber werden wir in den näch-

Fortsetzung von Seite 9: Volker Kauder (CDU/CSU)

ten Monaten reden. Es geht auch gar nicht, Herr Kollege Trittin, sich hier hinzustellen und der Bundesregierung zu sagen, man hätte noch mehr sparen können. Ich sage: Wir sind froh, dass wir die Schuldenbremse in der Großen Koalition gegen die Stimmen der Linken durchgesetzt haben.

Nun haben wir die Schuldenbremse; vereinbart ist sie für 2016, erreichen werden wir sie 2013.

Der Bundesfinanzminister weist regelmäßig darauf hin, dass die Absenkung der Staatsverschuldung und die Einhaltung der Schuldenbremse nicht ausschließlich Aufgabe des Bundes ist, sondern aller Institutionen in diesem Land. Da kann man sich als Grüner oder als Mitglied der SPD nicht davonstellen, wenn in Baden-Württemberg seitens der neuen Regierung der bemerkenswerte Satz fällt: Zunächst müssen wir noch einmal richtig Schulden machen, damit wir danach sparen können. – Was ist denn das für eine Politik in heutiger Zeit?

Wir sagen: Wir müssen sparen und weniger Schulden machen. Sie müssen Ihrem grünen Hoffnungsträger Kretschmann einmal sagen, dass er die Zeichen der Zeit nicht verstanden hat.

Es ist schon merkwürdig, dass gerade bei einer Partei, die das Wort „Nachhaltigkeit“ ständig im Munde führt, bei der Umwelt und allen anderen möglichen Bereichen, dann, wenn es wirklich um Nachhaltigkeit geht, nämlich darum, die Schulden nicht weiter ausufern zu lassen, sondern sie zurückzuführen, um Chancen für die junge Generation zu schaffen, das Programm „Nachhaltigkeit“ auf einmal zu einem Schuldenaufwuchs führt, und das in einer Zeit, in der wir alle große Steuereinnahmen haben. Da kann ich nur sagen: Es sind die grün-rot und rot-grün regierten Bundesländer, die noch viel vor sich haben, wenn sie das erreichen wollen, was wir mit dem Bundeshaushalt 2013 erreichen werden.

Wir haben auch einen Fehler von Grün-Rot bzw. Rot-Grün korrigiert, die den Kommunen in diesem Land enorme Kosten aufgehalst haben. Es ist geradezu ein Treppenwitz, wenn sich hier Vertreter der Opposition hinstellen und darüber sinnieren, dass sich unsere Kommunen in einer schweren finanziellen Lage befinden. Sie haben den Kommunen damals mit einem einzigen Gesetz – insgesamt waren es noch viel mehr – mehr als 5 Milliarden Euro auf die Haushalte gedrückt, indem Sie die Grundsicherung für Ältere bei der Einführung den Kommunen angelastet haben. Wir nehmen das jetzt zurück. Sich aber hier hinzustellen und zu sagen: „Die Kommunen müssen entlastet werden“, ist wirklich ein Witz.

Gehen wir einmal einen Schritt weiter; das hat alles mit dem Haushalt zu tun. Reden wir einmal über das, was Wolfgang Schäuble gestern angesprochen hat, nämlich das Steuerabkommen mit der Schweiz. Ich bin einigermaßen überrascht, wenn ich höre, dass

wichtige Gesetzgebungsvorhaben, die sich entlastend für fast alle Bürgerinnen und Bürger in unserem Land auswirken, nicht im Bundesrat beschlossen werden können, weil die Bundesländer

– allen voran Nordrhein-Westfalen – meinen, sie könnten auf Steuereinnahmen nicht verzichten. Dass Nordrhein-Westfalen nicht darauf verzichten kann, kann man nachvollziehen; denn dort ist der Weg, den Baden-Württemberg jetzt geht, schon eingeschlagen worden: neue Schulden bis zur Verfassungswidrigkeit ihres Haushalts.

Wenn es aber so ist, dass die Länder sagen, sie könnten Vorhaben nicht auf den Weg bringen, die wichtig sind – die im Übrigen auch den Grünen wichtig sind –, zum Beispiel die energetische Gebäudesanierung, dann kann ich nicht verstehen – außer es handelt sich um ganz billige parteipolitische Taktik –, warum man das Angebot des Bundes nicht annimmt, mehrere Milliarden Euro, die eigentlich dem Bund zustehen würden, den Ländern und Gemeinden zu geben, um die Maßnahmen umsetzen zu können. Man müsste nur das Steuerabkommen abschließen.

Herr Trittin, wir sind uns einig – auch der Kollege Steinmeier, davon bin ich felsenfest überzeugt –, dass wir es für richtig halten, das Gebäudesanierungsprogramm jetzt umzusetzen, und dass wir es für falsch halten, bei der KfW Mittel zu mobilisieren, weil wir so mehr Geld ausgeben müssten als bei einer steuerlichen Förderung. Das wissen Sie alles. Sie trauen sich nur nicht, Ihren Ländern zu sagen: Jetzt gebt euch mal einen Ruck. – Ich fordere Sie auf: Geben Sie sich einen Ruck und veranlassen Sie, dass die Länder und Kommunen die 3 bis 4 Milliarden Euro mehr erhalten können, die Wolfgang Schäuble ihnen zugesagt hat. Ich finde es unerträglich, sich hier hinzustellen, über die Situation der Kommunen zu klagen und dann das Geld, das ihnen angeboten wird, nicht anzunehmen.

Herr Trittin, gestern riefen Sie mir, während Wolfgang Schäuble sprach, über die Reihen hinweg zu: Wir wollen die gleichen Bedingungen wie Amerika. Wolfgang Schäuble kann Ihnen im Detail erklären, dass wir in unserem Steuerabkommen mit der Schweiz bessere Bedingungen haben als Amerika.

Es gibt nämlich bei dem Abkommen mit Amerika keine Regelung für die zurückliegende Zeit. Wir bekommen für die in der Vergangenheit liegenden Fälle von der Schweiz eine entsprechende Geldsumme, die wir den Kommunen zur Verfügung stellen wollen.

Ich muss auch sagen: Herr Trittin, Sie können sich vielleicht über die Abgeltungsteuer beklagen; aber die SPD kann es nicht. Herr Kollege Steinbrück, die Abgeltungsteuer haben wir miteinander vereinbart.

Das Koch/Steinbrück-Papier hat die Voraussetzungen dafür geschaffen. Wie haben Sie gejubelt, was Sie alles auf den Weg gebracht haben! Die Abgeltungsteuer führt eben zur Anonymität: Sie wird abgezogen, und der Fall ist erledigt. Es kann nicht sein, dass man auf einmal, nur weil man Kanzlerkandidat der SPD geworden ist und die Linken zufriedenstellen muss, nicht mehr wahrhaben will, was man selber gemacht hat. So weit darf der Gedächtnisverlust nicht reichen, Herr Kollege Steinbrück.

Ich kann nur hoffen, dass Vernunft einzieht und der Bundesrat mit den Stimmen der von SPD und Grünen regierten Länder jetzt endlich das tut, wofür viele Menschen, etwa im Handwerk, warten: die Gebäudesanierung voranbringen. Ich habe nicht nur in allen Fachzeitschriften, sondern auch in Vorlagen von Ihnen, den Grünen, gelesen, dass der Gebäudebestand die größte Möglichkeit bietet, Energie einzusparen. Sie haben dafür gesorgt, dass wir da mindestens ein Jahr verloren haben. Das, was Sie hier machen, ist keine wirklich überzeugende ökologische Politik; das ist Obstruktion um der Parteiinteressen willen, nichts anderes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir schaffen mit diesem Bundeshaushalt die Voraussetzungen dafür, dass wir im Jahr 2014 zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt kommen. Das ist mehr, als wir zunächst erwartet haben. Dies ist auch Voraussetzung dafür, dass wir als Deutschland unsere Aufgaben und Herausforderungen in Europa angehen können. Mit der gigantischen Verschuldung, die Sie uns nach den Jahren der rot-grünen Bundesregierung hinterlassen haben, hätten wir gar nicht die notwendige Kraft gehabt, all diese Aufgaben zu meistern.

Ich glaube, man sollte am heutigen Tage, an dem wir wissen, dass für Griechenland eine Lösung gesucht und in der nächsten Woche sicher auch gefunden wird, noch einmal deutlich machen, was unsere Auffassung ist und welche Probleme entstünden, wenn man Ihrem Kurs folgte. Wir haben klar und deutlich formuliert, dass wir solidarisch sind, dass wir aber verlangen, dass sich in dem Land, dem wir Geld geben, Dinge ändern. Das hat nicht einmal Herr Trittin bestritten; denn auch er sagt: Einer, der Kredite gibt, kann und muss entsprechende Auflagen beschließen. – Um es noch einmal klar und deutlich zu sagen, damit der Unsinn nicht weitergetrieben wird: Wir legen bei der Euro-Rettungspolitik vor allem Wert darauf – die Bundeskanzlerin sagt es regelmäßig –, dass wir in Europa wettbewerbsfähig werden. Nur wenn Europa wettbewerbsfähig ist, werden wir die Herausforderungen meistern können, die mit einem Wettbewerb in der ganzen Welt verbunden sind. Deutschland hat eine solche Wettbewerbsfähigkeit erreicht – auch wir haben noch das eine oder andere

zu tun –; aber andere eben nicht. Wir allein werden es nicht schaffen können, selbst wenn wir wettbewerbsfähig sind, dass Europa den Wettbewerb mit der Welt aufnehmen kann. Deswegen müssen alle mitmachen.

Natürlich unterstützen wir unsere französischen Freunde dabei, den Weg konsequent in die richtige Richtung zu gehen. Herr Kollege Steinbrück, man kann sich aber nicht an dieses Rednerpult stellen und sagen, dass Wettbewerbsfähigkeit notwendig ist, um sich dann mit seinen sozialistischen Freunden zu treffen und denen ständig die falschen Ratschläge zu geben. Sie dürfen sie nicht dabei unterstützen, sozialistischen Irrsinn in Europa zu verbreiten. So funktioniert die Sache!

Es gibt einen alten, ganz einfachen Merksatz: Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Ich hoffe, dass in Frankreich die Realität sehr bald zur Kenntnis genommen wird. Gerhard Schröder hat seine Meinung dazu gesagt.

Wir wollen natürlich in Europa Wettbewerbsfähigkeit erreichen. Deshalb haben wir den Griechen auch keine Sparpolitik verordnet, sondern wir haben gesagt: Es müssen sich Strukturen ändern. Es wird geholfen, die Verwaltungskraft von Kommunen zu stärken, die Verwaltungskraft einer Steuerverwaltung aufzubauen und vieles andere mehr. Das braucht natürlich seine Zeit.

Ich glaube felsenfest: Durch das, was Sie die ganze Zeit vom Stapel lassen – nach dem Motto „Es muss auf jeden Fall geholfen werden“, Schuldenunion, Euro-Bonds usw. –, nehmen Sie den Regierungen, die mutig aufgestanden sind und gesagt haben: „Wir reformieren“, die Kraft, die notwendigen Reformen auch durchzuführen.

Wir schauen in diesen Tagen mit Sorge auf die Entwicklung im Nahen Osten. Wir alle hoffen, dass die diplomatischen Bemühungen wirklich tragen und ein Krieg verhindert werden kann. Wir werden alles tun, was in unseren Möglichkeiten ist um in dieser schwierigen Situation zu Israel zu stehen. Wir wollen aber auch alles dafür tun, dass eine diplomatische Lösung gefunden wird.

Da wir schon bei diesem Thema sind: Ja, Mursi, der ägyptische Präsident, leistet dafür einen wichtigen Beitrag. Er wird demnächst, Frau Bundeskanzlerin, Deutschland besuchen.

Wir alle wissen, in welcher glücklicher Situation wir leben. Vor wenigen Tagen haben wir am Volkstrauertag auf den Friedhöfen daran gedacht, was im letzten Jahrhundert, einem furchtbaren Kriegsjahrhundert, alles geschehen ist – auch durch unser Land, durch Deutschland. Deswegen haben wir allen Grund, uns dafür einzusetzen, dass Gewalt und Krieg keine Mittel der Politik sind.

Aber wir haben aus unserer Geschichte auch gelernt, dass Gewalt und Krieg immer dort entstehen, wo es un-

gerecht zugeht, wo Menschenrechte – beispielsweise auch die Religionsfreiheit – nicht eingehalten werden. Deswegen vergessen wir über all die Debatten, die wir jetzt über den Bundeshaushalt und über Europa führen, nicht, dass dieses Europa mehr ist als ein Europa von Euro und Cent, sondern dass es eine Werte- und Schicksalsgemeinschaft ist, die wir uns erhalten wollen als ein Vorbild für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte.

Ich glaube, dass wir mit dem Haushalt, den wir in dieser Woche verabschieden, einen wichtigen Schritt gehen, um für die junge Generation neue Chancen und Möglichkeiten zu eröffnen. Ich wäre froh, wir könnten im Bundesrat dadurch, dass wir die Korrektur der kalten Progression hinbekommen, ein deutliches Zeichen für die Menschen setzen.

Jetzt will ich noch einen letzten Hinweis geben: Sie stellen sich hier hin und sagen – auch in verschiedenen Veröffentlichungen –: Es muss die Binnenkaufkraft gestärkt werden. – Im Übrigen verstehen wir als Binnenkaufkraft inzwischen europäische Binnenkaufkraft. Wenn man aber sagt, dass die Binnenkaufkraft gestärkt werden muss, und dann alles dafür tut, dass die Menschen nicht entlastet werden und nicht mehr Geld im Geldbeutel haben, ist das das glatte Gegenteil von Stärkung der Binnenkaufkraft.

Sie sollten sich einmal entscheiden, ob Sie hü oder hott wollen. Wir wollen die Binnenkaufkraft stärken und wollen, dass die Menschen von den Lohn-erhöhungen, die sie Gott sei Dank jetzt bekommen, etwas mehr in der Tasche haben.

Sie verhindern dies aus ideologischen Gründen. Das alles können Sie den Menschen, die in den nächsten Wochen zu ihrem Weihnachtseinkauf gehen, erklären. Wir werden es auf jeden Fall machen. Politik für die Menschen in diesem Land sieht anders aus als das, was Sie gerade machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden deshalb diesen Bundeshaushalt am Freitag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen verabschieden. Er ist ein schönes Signal – das sagen wir immer wieder –: Die christlich-liberale Koalition hilft, damit es die Menschen jetzt und in Zukunft einfacher haben.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Politik für die Menschen in diesem Land sieht anders aus, als das, was Sie gerade machen.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Joachim Poß (SPD), Dr. Hermann Otto Solms (FDP), Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Axel Schäfer (SPD), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Siegmund Ehrmann (SPD), Wolfgang Bönnsen (CDU/CSU) Dr. Kukrezia Jochimsen (Die Linke) und Dr. Jürgen Koppelin (FDP). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.

Allgemeine Finanzdebatte zum Bundeshaushalt 2013 / 206. Sitzung des 17. Deutschen Bundestages am 20. November 2012

Carsten Schneider, SPD:

Das Fazit Ihrer Haushaltspolitik: Nach mir die Sintflut!



Carsten Schneider (*1976)
Landesliste Thüringen

Der Haushalt 2013 für die Bundesrepublik Deutschland wird Ende dieser Woche beschlossen werden. Die Bürger dieses Landes haben ihr Urteil über diese Regierung schon gefällt. 70 Prozent der Deutschen sagen, die Regierung Merkel betreibe nur Klientelpolitik.

65 Prozent sagen, die Regierung Merkel kümmere sich nicht um die Zukunftsprobleme dieses Landes.

Vielleicht sollten Sie sich bei der Bundesregierung informieren. Diese Angaben stammen aus einer Umfrage, die für die Bundesregierung von der Forschungsgruppe Wahlen erstellt wurde. Die Menschen in diesem Lande liegen richtig mit ihrer Einschätzung.

Chaos, Verantwortungslosigkeit, Blindheit für die großen Aufgaben, Verschleudern der Zukunftsreserven für irrsinnige Wahlgeschenke, finanzpolitische Trickserei und offensichtlicher Wählerbetrug – das ist der Haushalt 2013, den Sie uns hier vorlegen.

So taumeln Sie in die Haushaltswoche.

Zu Recht hat sich nicht nur der Sachverständigenrat der Bundesregierung Ihre Politik vorgeknöpft. Sie wollten ihn im Haushaltsausschuss nicht hören. Sie wollten an dem Tag, an dem der Bericht der Bundesregierung übergeben wurde, nicht, dass wir mit Mitgliedern des Sachverständigenrats im Haushaltsausschuss debattieren. Angesichts der Ergebnisse, die Ihnen die fünf Wirtschaftsweisen präsentiert haben, kann ich nur sagen: Ich hätte an Ihrer Stelle lieber die Ohren aufgemacht, anstatt auf Durchzug zu stellen.

Sie haben eine Legislaturperiode hinter sich, die mit Klientelpolitik

begonnen hat – Stichwort „Mövenpick-Steuer“ – und die mit dem bildungspolitischen Irrsinn des Betreuungsgeldes endet.

Es war bislang eine Legislaturperiode mit Rekordsteuereinnahmen und den geringsten Ausgaben für den Arbeitsmarkt, in der Herr Schäuble seiner Verantwortung als Finanzminister nicht gerecht wurde. Er hat in dieser Legislaturperiode 112 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, und das, obwohl es die höchsten Steuereinnahmen gab, die es in der Bundesrepublik jemals gegeben hat. Die Schuldenlast führt dazu, dass am Ende des Finanzplans die Zinsausgaben in Höhe von bislang 31 Milliarden Euro auf 41 Milliarden Euro steigen werden. Das entzieht uns Gelder, um die Zukunft zu gestalten.

Warum ist das so? Nehmen Sie nur – stilbildend – den letzten Koalitionsausschuss. Er fand am Sonntag der Woche statt, in der wir den Haushalt im Haushaltsausschuss – vielen Dank, Herr Präsident, für die Anerkennung unserer Arbeit – beschlossen haben. Es ging um viel Geld für Aufgaben, die brachliegen. Sie konnten sich aber nicht einigen, weil Sie keine Kraft mehr haben. Ich zitiere da nur die -Süddeutsche Zeitung: Im Endeffekt gebaren Sie eine Maus.

Sie haben sich auf einen Kuhhandel geeinigt: Das Betreuungsgeld wurde gegen die Abschaffung der Praxisgebühr getauscht. Der Finanzminister zog es vor, nach Mexiko zu reisen und Vorträge über Konsolidierung zu halten, anstatt sich darum zu kümmern, Deutschland vor irrsinnigen Maßnahmen zu beschützen.

Meine Damen und Herren, Bundesfinanzminister Schäuble hat in der Finanzpolitik die Hände in den Schoß gelegt. Drei innenpolitische Aufgaben stehen an: erstens Steuerpolitik, zweitens Haushaltskonsolidierung, drittens Schaffung von Ordnung auf den Finanzmärkten. In allen drei Punkten komme ich zu dem Schluss, dass Sie die Hände in den Schoß gelegt haben oder, wie im Steuerbereich, Schlimmeres angeordnet haben.

Nehmen wir als Erstes den Haushaltsbereich als Beispiel. Angesichts der höchsten Steuereinnahmen, die wir jemals hatten, und der niedrigsten Zinsausgaben, die daraus resultieren, dass wir die Krisengewinnler Europas sind, und die zu einer Ent-

lastung des Haushalts gegenüber der Planung um 11 Milliarden Euro führen, wäre es Ihre Aufgabe gewesen, die Neuverschuldung schon längst auf null zu fahren. Sie haben das nicht geschafft, und das ist Ihr Versagen.

Ich will Ihnen nur zwei Zahlen nennen. Sie beschließen für 2013 neue Schulden von 17,1 Milliarden Euro. Das haben Sie – ich komme noch darauf zu sprechen – mit Trickserei geschönt; eigentlich wären es sogar mehr. Im Jahr 2011, als die Steuereinnahmen geringer und die Sozialausgaben höher waren, haben Sie 17,3 Milliarden Euro Schulden gemacht. Das heißt, es ist Ihnen, obwohl die Einnahmen explodieren und sich die Sozialausgaben um 10 Milliarden Euro verringert haben, weil Sie im Sozialbereich kürzen und die Sozialkassen plündern – das ist der einzige Bereich, in dem Sie zugreifen; Subventionsabbau kennen Sie nicht –, nicht gelungen, die Schuldenlast zu senken. Im Gegenteil: 2012 ist die Neuverschuldung noch einmal explodiert. Jetzt geht die Neuverschuldung wieder auf das Niveau von 2011 zurück.

Das heißt, dieses Land ist in den letzten zwei Jahren, in denen Sie die Verantwortung für den Bundeshaushalt getragen haben, in die Stagnation regiert worden. Das liegt in Ihrer Verantwortung, meine Damen und Herren. Ich würde mich an Ihrer Stelle eher schämen.

Nehmen Sie zwei entscheidende Punkte zur Kenntnis: 12 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen und um 9,8 Milliarden Euro geringere Sozialausgaben. Das macht zusammen fast 22 Milliarden Euro. Die Zinsen sind in etwa gleich geblieben. Die Kreditaufnahme bleibt aber bei 17 Milliarden Euro. Ich frage mich: Wo sind die 22 Milliarden Euro hin?

Sie haben es nicht geschafft, Kraft aufzubringen, um die Aufgabe zu meistern, die Sie wirklich hätten erledigen sollen, nämlich die Neuverschuldung in Deutschland endlich auf null zu fahren; stattdessen schulmeister Sie in Europa. Sie sind an Ihrer Aufgabe gescheitert.

Ich nenne Ihnen einmal ein paar Punkte, an denen Sie Kürzungen vornehmen können, drei Punkte, die Ihre Kollegen durchgesetzt haben:

Erstens, ein kleines Beispiel dafür, womit Sie sich beschäftigen. Im Verteidigungsbereich geben Sie für ein Bundeswehrmuseum 1 Million Euro mehr aus. Sie kürzen aber einen gleich hohen Betrag bei den Betriebskosten, das heißt beim Sprit. Wenn Sie für die Panzer kein Benzin mehr

bereitstellen, können Sie sie auch ins Museum stellen. Das ist Ihre Art von Zukunftspolitik.

Zweitens. Für den Schaufelrad-dampfer „Kaiser Wilhelm“ haben Sie Geld, aber beim Goethe-Institut kürzen Sie 8 Millionen Euro. Dabei ist es doch wichtig, dass wir die Kulturpolitik im Ausland und damit die deutsche Sprache fördern.

Was machen Sie stattdessen? In einer Nacht-und-Nebel-Aktion werden 10 Millionen Euro für den Neubau eines sudetendeutschen Museums in München bereitgestellt.

Das ist Ihre Zukunftspolitik. Da kann ich nur sagen: Gute Nacht!

Zukunftsweisend wäre es gewesen, wenn Sie in der Hochphase der Konjunktur die Schulden gesenkt hätten, um Reserven für schlechte Zeiten aufzubauen. Dass schlechte Zeiten eventuell kommen, sieht man an der Situation im Euro-Raum. Schauen Sie sich die Wachstumsaussichten für Deutschland an: 0,7 Prozent!

Sie haben sie höher eingeschätzt und 1 Prozent zugrunde gelegt. Schon darin besteht ein hohes Haushaltsrisiko. Sie lagen daneben, und nun plündern Sie die Sozialkassen.

Man hätte im Zuge der Beratungen zum Haushaltsbegleitgesetz über eine einmalige Absenkung des Gesundheitszuschusses um 2 Milliarden Euro reden können, wenn gemeinsame Gespräche aufgenommen worden wären. Aber da Sie für die Beglückungsaktion der Kleinpartei in der Koalition Geld brauchen – ich erinnere an die Sonntagsnummer Betreuungsgeld –, haben Sie weiter wild in die Sozialkassen und in den Gesundheitsfonds gegriffen. Dabei geht es um einen Betrag von fast 6,5 Milliarden Euro, der dem Gesundheitsfonds entzogen wird. So verfahren Sie auch in der Rentenversicherung. Sie haben die vorhandenen Überschüsse, die wir aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage und der gerechtfertigten guten Lohnabschlüsse erzielen konnten, geplündert. Wenn Sie sich die Regeln für die Schuldenbremse genauer anschauen, dann stellen Sie fest, dass Sie diese Defizite in der Sozialversicherung in den Haushalten ab 2014 auffangen müssen. Aber da werden Sie nicht mehr regieren.

Mein Fazit Ihrer Haushaltspolitik ist: Nach mir die Sintflut!

Sie sehen nur noch zu, dass Sie über den Wahltag kommen; danach können die anderen den Scherbenhaufen wieder aufkehren. Das ist keine zukunftsweisende Politik.

Herr Schäuble, ich frage mich: Wo stehen Sie eigentlich innenpolitisch? Das fragt sich nicht nur die SPD, sondern die gesamte deutsche Presse-landschaft. Ich habe ein paar Zitate mitgebracht. Das Handelsblatt titel-

te: „Das erschöpfte Bündnis“, „Sparen? Fehlanzeige“. Die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Eine sogenannte Koalition“. Es gab Streit darüber, wann der Haushalt strukturell ausgeglichen sein wird: 2013 oder 2014? Ist das eine rote oder eine schwarze Null? Die FDP mit Herrn Rösler an der Spitze hat sich groß mokiert, im Endeffekt gebaren Sie aber eine Maus. Daher titelte die Frankfurter Rundschau: „Die Null soll stehen – nur welche? Bundesregierung verspricht ausgeglichenen Haushalt und macht weiter Schulden“.

Lassen Sie mich als Letztes eine Überschrift des Handelsblatts zitieren: „Wo steckt Schäuble?“ In der deutschen Innenpolitik ist er, zumindest aktiv, nicht mehr zu erkennen.

In Europa gebärden Sie sich als Schulmeister. In Deutschland hingegen schaffen Sie es nur durch einen Buchungstrick, eine niedrigere Neuverschuldung auszuweisen als im Jahre 2011. Dabei handelt es sich um die Einnahmen aus der Privatisierung der Treuhand Liegenschaftsgesellschaft. Gestern wurden viele Wohnungen in Ostdeutschland an einen Finanzinvestor verkauft. Wir als SPD wollten angesichts der angespannten Mietsituation, des Bedarfs an Wohnraum gerade im städtischen Bereich, nicht, dass die Wohnungen verkauft werden. Sie haben es getan. Das ist meines Erachtens ein großer Fehler, weil Sie dem Bund damit den letzte Möglichkeit zur Einflussnahme auf Wohnungspolitik und Städtebau genommen haben. Die erzielten Einnahmen verschieben Sie einfach in das nächste Jahr, um den Haushalt noch irgendwie zu retten. Das zeugt nicht gerade von einer klaren Linie, sondern von einem Schlingerkurs, und das ist eines Bundesfinanzministers unwürdig.

Im Steuerbereich ist ebenfalls nichts passiert. Das Einzige war die milliarden schwere, zusätzliche Subvention für die Hoteliers. Herr Rösler, Sie sind nicht nur Vorsitzender der FDP, sondern auch Bundeswirtschaftsminister und verfügen damit über den größten Subventionsetat des Bundes. Hieran hat sich kein Cent geändert. Die Subventionen sind geblieben, wie sie waren. Da, wo es um Finanzpolitik bzw. um einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz geht, haben Sie sogar noch einen oben draufgelegt. Das ist nicht gerecht.

Da ich gerade die Zurufe der Kollegen von der FDP höre: Ich warte immer noch, dass Sie endlich einmal Ihr Liberales Sparbuch – diese 8 Milliarden Euro – dem Bundestag zur Abstimmung vorlegen. Das ist aber

**Finanzminister
Schäuble
hat in der
Finanzpolitik
die Hände in den
Schoß gelegt.**

Fortsetzung auf Seite 12

Fortsetzung von Seite 11: Carsten Schneider (SPD)

genauso versenkt worden wie Ihre Überzeugung beim Thema „Betreuungsgeld“. Sie stimmen nur noch über das Überleben Ihrer Partei im nächsten Jahr ab. Meine Damen und Herren, seien Sie aber sicher: Dies wird ein Ende haben.

Wir Sozialdemokraten setzen dem einen klaren Kurs entgegen: ausgeglichene Haushalte so schnell wie möglich. Wir wollen nicht, dass sich die Deutschen, wenn sie der Bundesrepublik Deutschland Kredit geben wollen, nur noch an Banken wenden können. Was bedeutet das? Sie haben beschlossen, dass der Bundesschatzbrief abgeschafft wird, dass es nicht mehr möglich ist, persönlich und direkt bei seinem Staat Geld anzulegen. Man muss nun immer au-

tomatisch den Weg über die Banken gehen.

Das, meine Damen und Herren, ist ein großer Fehler. Es zeigt aber, unter welcher Fuchtel und unter welchem Lobbyeinfluss Sie hier stehen. Das trifft ebenso auf den Finanzsektor zu.

Frau Bundeskanzlerin, Sie haben hier – ich glaube, es war im Jahr 2010 – gestanden und gesagt, es werde nie wieder passieren, dass der Staat für die Banken in diesem Land haftet. Dann gebaren Sie wieder eine Maus: Eine Bankenabgabe soll nun dafür sorgen, dass, wenn eine Bank pleitegeht, der Staat nicht zahlen muss. Wie hoch sind eigentlich die Einnahmen aus dieser Abgabe? – 500 Millionen Euro pro Jahr! Meine Damen und Herren, damit können Sie

vielleicht eine mittlere Sparkasse retten, aber nicht einmal eine mittlere Großbank.

Das heißt, aufgrund Ihrer Politik wird der Steuerzahler in der Haftung bleiben. Sie schaffen kein Recht und keine Ordnung im Finanzsektor, im Gegenteil.

Wenn ich mir nur die gestrigen Empfehlungen zu den Schattenbanken anschau, sehe ich, dass da mittlerweile eine richtige Krake entstanden ist, die gefährlicher als alles ist, was wir bisher gesehen haben. Da frage ich mich: Wo sind Ihre Initiativen hier im Deutschen Bundestag, um diesen Schattenbanksektor zu regulieren? Nichts ist passiert. Auch bei der Bankenregulierung haben Sie versagt.

Zum letzten Punkt. Herr Minister, Sie fahren heute zur Euro-Gruppe nach Brüssel, um über Griechenland zu entscheiden. Ich hoffe, dass Sie endlich entscheiden. Vor allen Dingen hoffe ich, dass Sie endlich Ihre Position korrigieren und nicht mehr nur den Wahltag im September 2013 im Blick haben, sondern dass Sie eine Lösung für Europa vorschlagen, die dauerhaft tragfähig ist. Das bedeutet, dass Sie mit Ihrer Vernebelungs- und Verschleiertechnik aufhören müssen. Sie haben hier im Jahr 2010 gesagt: Für Griechenland gibt es 22,4 Milliarden Euro, keinen Cent mehr. – Wir haben immer gesagt: Auch Wirtschaftswachstum wird benötigt, und es ist eine Beteiligung der Rei-

chen in Griechenland an der Sanierung erforderlich. Das haben Sie negiert. Sie haben, innenpolitisch begründet, auf den Applaus zu Hause gesetzt, ohne das Große im Blick zu haben.

Ich sage Ihnen: Kommen Sie nun mit einer dauerhaft tragfähigen Lösung zurück, aber nicht mit einer, die verschleiert. Wir sind mittlerweile in einer Situation, wo es sich eher – egal, ob Sie das Kredit nennen – um einen Transfer als um einen Kredit handelt. Ich finde, das müssen Sie der deutschen Öffentlichkeit klar sagen; denn wir brauchen diese Sicherheit, damit es in Europa auch zukünftig weitergeht.

(Beifall bei der SPD)

Norbert Barthle, CDU/CSU:

Die Koalition führt den Kurs der Konsolidierung konsequent fort



Norbert Barthle (*1952)

Wahlkreis Backnang – Schwäbisch Gmünd

Ich will mich zunächst für den Dank des Bundestagspräsidenten bedanken. Ich gebe ihn gerne an die Kolleginnen und Kollegen weiter, die diese Haushaltsberatungen mit großem Durchhaltevermögen und teilweise mit bis an die Grenze gehendem persönlichen Einsatz geführt haben. Wir sind jetzt so weit, dass wir dies dem Deutschen Bundestag vorlegen können.

In dieser Woche werden wir nicht nur das Haushaltsgesetz, sondern noch einige andere Gesetze – das Haushaltsbegleitgesetz, den Nachtragshaushalt, das Fiskalvertragsumsetzungsgesetz beraten. Lassen Sie mich aber als Allererstes sagen: Die Kassandrarufer und Schimpfkanonaden der Opposition werden sich, wie in den vergangenen Jahren auch, in Schall und Rauch auflösen. Nichts von dem, was Sie hier dargestellt haben, wird eintreten. So war das in den vergangenen Jahren, und so wird es auch sein, wenn wir 2014 über den Haushalt reden.

Mit den Gesetzentwürfen, die wir in dieser Woche vorlegen, zeigen wir, dass die christlich-liberale Koalition

ihren Kurs einer wachstumsgerechten Konsolidierung konsequent fortsetzt. Dabei bewegen wir uns in einem europäischen Umfeld, das immer noch von Instabilitäten auf den Finanzmärkten und einer schwelenden Vertrauenskrise in Sachen Euro geprägt ist. Die gerade erfolgte Herabstufung Frankreichs durch Moody's zeigt, dass diese Vertrauenskrise noch nicht endgültig bekämpft ist. Deshalb ist es gut, dass Deutschland nach wie vor der Stabilitätsanker in Europa ist. Wir haben an dieser Stelle eine besondere Verantwortung. Wir setzen auf Solidität, und wir setzen auf Stabilität. Das sind die Grundpfeiler unserer Politik. Solidität erzeugt Vertrauen, und letztendlich geht es um Vertrauen. Deshalb, lieber Kollege Carsten Schneider, haben wir seit 2010 kontinuierlich, Jahr um Jahr, das strukturelle Defizit gleichmäßig abgebaut bzw. zurückgeführt. Wir werden in diesem Jahr bei etwa 15 Milliarden Euro landen. Mit dem Haushalt 2013 senken wir das strukturelle Defizit auf 8,8 Milliarden Euro ab. Es wird kontinuierlich zurückgeführt. Damit erreichen wir das Ziel der Schuldenbremse, die uns für 2016 ein strukturelles Defizit von 0,35 Prozent des BIP vorschreibt, bereits drei Jahre früher. Diese Leistung sollten Sie einmal würdigen; denn sie ist wirklich aller Anerkennung wert. Mit dem Haushalt 2013 erreichen wir bereits das Ziel der Schuldenbremse drei Jahre früher als vorgeschrieben.

2014 werden wir, wenn wir bereit sind, uns entsprechend anzustrengen – es bedarf noch einiger Anstrengungen –, einen strukturell ausgegli-

chen Haushalt vorlegen. Strukturelle Defizite sind das entscheidende Merkmal, wenn es um die Frage geht, ob ein Staat solide wirtschaftet oder über seine Verhältnisse lebt; denn das strukturelle Defizit zeichnet sich dadurch aus, dass konjunkturelle Effekte, finanzielle Transaktionen und Privatisierungserlöse herausgerechnet werden. Insofern verdeutlicht das strukturelle Defizit die Kernprobleme eines Staatshaushaltes. Deshalb orientieren wir uns am strukturellen Defizit. Ein ausgeglichener Haushalt 2014 in Deutschland ist das richtige Signal, nicht nur für unsere Bundesländer, sondern vor allem auch für Europa.

Ein zweites Instrument, auf das ich hinweisen möchte, ist der Fiskalvertrag. Der Fiskalvertrag schreibt die Schuldenbremse nach deutschem Vorbild vor. Das ist ein Paradigmenwechsel in der europäischen Politik. Das kann man nicht oft genug betonen. Mit der Umsetzung der Richtlinien des Fiskalvertrages – auf nationaler Ebene gibt es eine Begleitung durch einen Stabilitätsrat – erhalten wir Vorgaben, wie wir sie bisher nicht hatten. Deshalb ist es wichtig, dass wir in dieser Woche über die innerstaatliche Umsetzung dieses Fiskalvertrages diskutieren.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis, dass wir das Kontrollkonto – das ist ein Spezialbegriff, den eigentlich nur Insider kennen – ab dem Jahr 2016 auf null setzen werden. Das heißt, um kontrollieren zu können, inwiefern die Vorgaben der Schuldenbremse eingehalten werden, führen wir ein

Kontrollkonto, auf dem die Überschüsse addiert werden, die wir im Übergangszeitraum erwirtschaften, weil wir besser wirtschaften, als die Schuldenbremse es vorschreibt. Im Jahr 2016 setzen wir dieses Kontrollkonto auf null, machen es sozusagen sauber. Die 2016 amtierende Regierung – wir werden sicherlich weiterregieren – kann dann also mit einem gesäuberten Kontrollkonto weiterarbeiten.

Auch dies ist ein wichtiges Signal für unsere europäischen Partner und die deutschen Bundesländer. Dort gibt es noch einiges zu tun, weil noch einiges im Argen liegt, was die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse angeht. In unserer Anhörung an diesem Montag hat einer der Sachverständigen mein geliebtes Heimatland Baden-Württemberg genannt und gesagt: Baden-Württemberg missbraucht den Abbaupfad. Das ist leider wahr.

Deshalb sage ich nochmals: Solidarität und Solidität sind die Grundpfeiler unserer nationalen Haushalts- und Fiskalpolitik und auch unserer europäischen Strategie. Solidarität und Solidität gehören immer zusammen. Entsprechend verhalten wir uns, wenn es um unseren nationalen Haushalt geht.

Ich komme jetzt zu dem Vorwurf, den Kollege Schneider hier vorgetragen hat.

Beachten Sie bitte, dass wir im vergangenen Jahr und in diesem Jahr – zweimal! – je 8,7 Milliarden Euro in den Kapitalstock des ESM eingezahlt haben und einzahlen. Da stimmen Sie zu. Beachten Sie bitte, dass wir 1,6 Milliarden Euro in den Kapitalstock der Europäischen Investitionsbank einzahlen. Da stimmen Sie zu. Wenn Sie das addieren, kommen Sie auf 19 Milliarden Euro. Diese treiben die Nettokreditaufnahme selbstverständlich in die Höhe bzw. mindern die Absenkung. Aber das hat nichts mit dem strukturellen Defizit zu tun. Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir mit 17,1 Milliarden Euro Nettokreditaufnahme für 2013 nur knapp unter dem Niveau von 2011 liegen, dann ist das an Doppelzüngigkeit nicht zu überbieten.

Einerseits stimmen Sie dem zu, andererseits kritisieren Sie. Was wollen Sie eigentlich?

Da blickt kein Mensch mehr durch.

Ich sage nochmals klar: Unsere Strategie zur Stabilisierung des Euro ist in unserem ureigensten Interesse. ESM und Fiskalvertrag sind unsere wesentlichen Fundamente zur Stabilisierung der Währungsunion. Dass wir die Nettokreditaufnahme daher nicht so weit absenken konnten, ist klar und verständlich. Aber das dort eingezahlte Geld ist sozusagen ein Guthaben auf einem anderen Konto. Deshalb bewirkt es hinsichtlich der strukturellen Verschuldung nichts. Das ist das wesentliche Kennzeichen.

Dennoch ist es eine hervorragende Leistung, denke ich, dass wir die Nettokreditaufnahme auf 17,1 Milliarden Euro absenken konnten, also unter das Niveau von 2011, was das Ist-Ergebnis angeht. Ich habe dem Kollegen Carsten Schneider von der SPD immer gesagt: Es ist Blödsinn, Soll und Ist zu vergleichen. Aber wenn Sie es schon tun, Herr Kollege, dann gestehen Sie uns zu, dass wir mit 17,1 Milliarden Euro unter dem Ist des Jahres 2011 liegen, also eine klar absinkende Linie selbst bei der Nettokreditaufnahme aufweisen. Das Jahr 2012 muss man herausrechnen. Da haben wir einen Nachtragshaushalt mit Sondereffekten.

Was ist der wesentliche Grund für die Tatsache, dass wir dies schaffen? Die Antwort ist ganz einfach. Hier hilft ein Blick auf die Ausgaben. Wenn Sie sich anschauen, wie sich die Ausgaben in den Haushalten dieser Koalition seit 2010 entwickelt haben, dann stellen Sie fest: Wir hatten im Jahr 2010 Ausgaben des Bundes von 303,7 Milliarden Euro. Im Jahre 2013 werden es 302 Milliarden Euro sein. Das ist weniger als im Jahr 2010.

Die Ausgaben gehen zurück. Nun zeigen Sie mir eine von der SPD geführte Bundesregierung, zeigen Sie mir eine von den Grünen oder der SPD geführte Gebietskörperschaft oder Landesregierung, die es schafft, bei steigenden Einnah-

men, bei verbesserter Situation aufgrund der Konjunktur das Ausgabenniveau kontinuierlich zu senken! Zeigen Sie mir eine, dann gestehe ich Ihnen tatsächlich zu, Sparanstrengungen zu unternehmen. Wenn Sie das nicht können, müssen Sie zugeben: Die Einzigen, die wirklich konsequent und über Jahre hinweg konsolidieren, sind CDU/CSU und FDP. Dafür steht diese bürgerliche Koalition.

Das ist aus meiner Sicht eine einmalige Leistung dieser Koalition. Das muss erst einmal jemand nachmachen.

Dennoch schaffen wir es, politische Schwerpunkte zu setzen. Wir

geben von 2010 bis 2013 nicht nur, wie versprochen, 12 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung aus; inzwischen sind es bereits 13,3 Milliarden Euro. Das sind die richtigen und wichtigen Zukunftsinvestitionen. Gleichzeitig schaffen wir es, für den Verkehr nochmals deutlich mehr auszugeben. 2012 und 2013 investieren wir 1,75 Milliarden Euro mehr in die Verkehrsinfrastruktur. Das ist nicht nur ein Impuls für die Konjunktur, sondern das ist auch Standortsicherung und Zukunftsvorsorge. Deshalb machen wir das.

Was macht die Opposition? Schauen Sie sich die Vorschläge an,

die die SPD im Zuge der Haushaltsberatungen gemacht hat! Dann sehen Sie: 6 Milliarden Euro Mehrausgaben. Ausgabendisziplin sieht anders aus, meine Damen und Herren. 6 Milliarden Euro Mehrausgaben, finanziert durch Steuererhöhungen, etwa bei der Einkommensteuer, durch die Abschaffung des Ehegattensplittings und durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, also durch Steuererhöhungen, die die Bürger belasten und die Wirtschaft abwürgen. Das ist der falsche Weg.

Dass daneben im Bundesrat noch die notwendige Bekämpfung der kalten Progression verweigert wird und die CO₂-Gebäudesanierung be-

hindert wird, will ich an dieser Stelle nur erwähnen. Und die Grünen? Die Grünen haben bei der Einbringung des Haushalts noch kritisiert, dass wir den Entwicklungshilfeetat gegenüber dem Finanzplan um über 670 Millionen Euro aufstocken; das haben die Grünen, liebe Kollegin Priska Hinz, kritisiert.

Bei den Beratungen haben die Grünen eine Erhöhung dieses Etats um über 900 Millionen Euro beantragt - natürlich völlig ohne Gegenfinanzierung. Auch das ist kein Ausweis seriöser Haushaltspolitik.

Über die Linken will ich gar nicht lange reden; sie sind jenseits von Gut und Böse.

Jeweils 60 Milliarden Euro mehr Ausgaben und mehr Einnahmen, das ist ein Wunsch-dir-was-Konzert. Sie fordern das Blaue vom Himmel. Das hat mit der Realität nichts zu tun. Meine Damen und Herren, abschließend: Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes können darauf vertrauen:

Diese Koalition kämpft verlässlich und kontinuierlich für stabile Verhältnisse in Europa, und diese Koalition kämpft verlässlich und kontinuierlich in Deutschland für mehr Wachstum, für mehr Beschäftigung und für mehr Wohlstand.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

Dieser Haushalt ist unsolide und eine Gefährdung Europas



Dietmar Bartsch (*1958)
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Immer wenn ich zu vergessen drohe, was Erfolgspropaganda ist, höre ich Herrn Barthle, und dann weiß ich wieder, wie das geht:

Es gibt keine Fehler; alles ist gut. – Das kenne ich aus einer anderen Zeit. Wenn Sie hier von wachstums-gerechter Konsolidierung sprechen, dann glaube ich, Sie sprechen über einen anderen Haushalt. Dieser Haushalt ist unsolide, er setzt die Spaltung der Gesellschaft fort, und er ist letztlich eine Gefährdung Europas.

Herr Schäuble fährt heute zu einem Finanzministertreffen. Wir haben in Europa wieder einmal eine dramatische Situation. Die Aussagen, die Sie hier im Parlament gemacht haben, und auch die Aussagen der Kanzlerin haben eine erschreckend kurze Halbwertszeit. Es wurde einmal gesagt, dass es keine Hilfen mehr gibt. Jetzt haben wir wieder eine andere Situation. In der CDU herrscht offensichtlich das völlige Chaos.

Herr Oettinger fordert einen Schuldenschnitt. Jeder erzählt etwas anderes. Niemand weiß, wie die Situation wirklich ist. Sie beschönigen, Sie beruhigen, Sie beteuern Absichten. Aber in der Regel sind es

Fehleinschätzungen; es sind Fehlinformationen. Das alles soll nur der Beruhigung dienen. Der Preis aber, den die Euro-Länder und die Krisenstaaten zahlen, ist riesig. Ihr Europa-Kurs, Ihr Euro-Kurs ist gescheitert. Er ist genauso falsch wie das gesamte Szenario der bisherigen Krisenbewältigung.

Vor allen Dingen: Sie haben in diesen Haushalt nichts, aber auch gar nichts dazu eingestellt. Das ist angesichts der aktuellen Situation unverantwortlich. Schauen Sie sich die Lage in den betroffenen Ländern an! In der letzten Woche gab es in mehreren Ländern Generalstreiks. In den letzten fünf Jahren ist das Bruttoinlandsprodukt in Griechenland um 20 Prozent gesunken; das gibt es sonst eigentlich nur im Krieg. Es kommt in den Ländern zu sozialen Verwerfungen. In Spanien und in Griechenland liegt die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bei über 50 Prozent. Das alles ist auch Ergebnis Ihrer Politik. Die Grundursache ist im Übrigen, dass Sie eine Währungsunion geschaffen haben, ohne eine Sozialunion zu schaffen. Das ist der Grundmangel.

Ich will Sie eines fragen: Was haben Sie von der Großen Koalition damals in Deutschland gemacht, als das Wirtschaftswachstum um 5 Prozent eingebrochen ist? Sie haben gesagt: Wir müssen investieren, wir müssen die Abwrackprämie einführen, wir müssen die Bezugsdauer des Kurzarbeitergeldes verlängern. – Das geschah übrigens auch mit Zustimmung der Linken. Das waren die richtigen Maßnahmen.

Was machen Sie in Griechenland? Was machen Sie in Spanien? Das pure Gegenteil: Sie fordern Kürzungs-arien, eine nach der anderen. Sie wollen, dass bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, bei den Rentnerinnen und Rentnern und bei den Studentinnen und Studenten

gespart wird. Das ist Ihre Politik in diesen Ländern. Diese Politik ist falsch. Sie muss zu einer solchen Situation führen. Warum werden nicht auch einmal den Reichen in diesen Gesellschaften Auflagen gemacht, den Millionären in Griechenland, Spanien und Portugal?

Warum werden diese nicht einmal zur Kasse gebeten? Sie haben im Hinblick auf diese europapolitischen Risiken nichts – nichts! – in den Haushalt eingestellt.

Es sind noch zehn Minuten – zehn Monate bis zu den Bundestagswahlen.

Diese Koalition ist eine Koalition des gebrochenen Koalitionsvertrages. Ich will daran erinnern, was vor Tische gesagt wurde: einfach, niedrig und gerecht. – Wo haben Sie eigentlich eine Vereinfachung durchgesetzt? Wo haben Sie für mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft gesorgt? Nirgendwo!

Ein ganz konkretes Beispiel. Im Koalitionsvertrag steht: Die Ostrenten werden in dieser Legislatur angehoben. Was machen Sie? Sie brechen Ihren Koalitionsvertrag. Sie haben die Leute in den neuen Ländern letztlich wieder einmal – auf gut Deutsch muss man sagen – verarscht. Das ist Ihre Politik: Sie brechen Ihren eigenen Koalitionsvertrag.

Mit Blick auf 2013 gibt es wieder einen Wettlauf der Parteien darin, zu versprechen, dass die Angleichung in der nächsten Legislatur durchgeführt wird. Sie hatten den Leuten das versprochen; doch Sie haben es nicht realisiert.

Diese Koalition ist die Koalition mit der zweithöchsten Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesrepublik. Sie haben in dieser Koalition die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt. Letztlich gefährden Sie die Zukunftschancen Deutschlands. Der Kitt aus Mövenpick-Steuer und Herdprämie ist zu

schwach, um darauf erfolgreiches Regierungshandeln aufzubauen.

In einer zentralen Frage handeln Sie völlig falsch: Das ist das Thema Investitionen. Nun soll Herr Ramsauer noch einmal 750 Millionen Euro bekommen. Das ist sicherlich richtig. Trotzdem bleiben Sie hinter den Anforderungen zurück. Wir müssen investieren in Deutschland, in Städtebauförderung und in energetische Gebäudesanierung.

Wir müssen mehr tun für Kitas. Wir müssen mehr tun bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“. Wir müssen in Krankenhäuser investieren. Das wäre notwendig. Hier bleiben Sie hinter allen Anforderungen zurück.

Sie reden von Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau. Nach den Zahlen, die dargestellt wurden, müssten wir in einer hervorragenden Situation sein. Das ist aber nicht der Fall. Diese Koalition wird in den vier Jahren über 100 Milliarden Euro neue Schulden machen – 106 Milliarden Euro. Und dann reden Sie von Konsolidierung und Schuldenabbau!

Alle Risiken blenden Sie aus. Schauen Sie sich die Konjunkturentwicklung an: Für Europa wird von einem Nullwachstum ausgegangen, für Deutschland von weniger als 1 Prozent Wachstum. Das ist in Ihrem

Haushalt in keiner Weise abgebildet. Die Situation in Frankreich letzte Nacht, wo spiegelt sich das im Haushalt wider? Was ist mit der Zinsentwicklung? Nur 1 Prozentpunkt höhere Zinsen, und wir haben 10 Milliarden Euro mehr Ausgaben. Auch das spiegelt sich nicht wider.

Die Koalition macht diesen Haushalt wirklich nur mit Blick auf die Bundestagswahl.

Deutschland ist in puncto Haushaltsdisziplin wahrhaftig kein Vorbild in Europa: Schauen Sie sich die Staatsverschuldung an! Sie ist unter dieser Koalition auf 82 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen.

Nach den Maastricht-Kriterien dürften es maximal 60 Prozent sein. Den Vertrag von Maastricht müssen doch auch Sie einhalten. Wir liegen bei 82 Prozent!

Eines ist ganz klar: Durch Ausgabenreduzierung werden wir dieser Situation nicht Herr werden. Sicherlich lässt sich auf der Ausgabenseite etwas machen; das ist überhaupt keine Frage. Das Kernproblem ist aber, dass wir in Deutschland ein Einnahmeproblem haben.

Wir müssen endlich dazu kommen, dass die Vermögenden, die Profiteure der Krise zur Kasse gebe-

Fortsetzung auf Seite 14

Deutschland ist in puncto Haushaltsdisziplin wahrhaftig kein Vorbild in Europa.



Der Haushalt 2013 – Sparen trotz Neuverschuldung?

Fortsetzung von Seite 13: Dr. Dietmar Bartsch (DIE LINKE)

ten werden, meine Damen und Herren. Das ist das Gebot der Stunde. Nur dann wird die Gesellschaft funktionieren. Es ist doch nicht zu akzeptieren, dass die vermögensbezogenen Steuern in Deutschland bei unter 1 Prozent liegen. In Frankreich, in Großbritannien, da liegen sie bei 4 Prozent. Warum wird bei uns in dieser Richtung nichts getan?

Warum ist es so absurd, in Deutschland eine Millionärsteuer einzuführen? Im letzten Jahr ist die Zahl der Vermögensmillionäre wieder gestiegen: In Deutschland gibt es inzwischen 952 000 Vermögensmillionäre. Die Zahl derjenigen, die Grundsicherung im Alter empfangen, ist ebenfalls gestiegen; das ist die andere Seite der Medaille. Die Zahl der Vermögensmillionäre ist in den letzten beiden Jahren um 10 Prozent gestiegen, die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter ebenfalls um 10 Prozent. Schauen Sie sich die Einkommensentwicklung an: Die untersten 10 Prozent hatten in den letzten zehn Jahren einen Einkommensverlust von 9,6 Prozent zu beklagen. Die obersten 10 Prozent haben eine Einkommenssteigerung um 16,9 Prozent erzielt. Das ist doch eine Entwicklung, die wir allesamt nicht akzeptieren können.

Da müssen wir eingreifen: durch Steuerpolitik. In der Steuerpolitik muss gesteuert werden, meine Damen und Herren.

Warum ist es so abwegig, die Erbschaftsteuer zu erhöhen? In den nächsten Jahren werden in Deutschland 2,6 Billionen Euro vererbt.

Schauen Sie sich die Situation in den Ländern und Kommunen an! Sagen Sie doch nicht, dass das keine Maßnahme ist, über die man nachdenken kann.

In einer Sache, Herr Schäuble, will ich Sie ausdrücklich loben. Ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass Sie zusammen mit einigen Ländern in Europa bei der Finanztransaktionssteuer wirklich etwas hinbekommen. Das finde ich gut. Da haben Sie eine Idee der Linken, von Attac und anderen aufgenommen. Nehmen Sie mehr Vorschläge von den Linken an! Ich sage Ihnen: Das ist für das Land nur gut. Es bringt unser Land voran, wenn Sie das, was wir vorschlagen, umsetzen.

Ein wesentlicher Punkt – Kollege Carsten Schneider hat auch darauf hingewiesen – ist der: Wenn wir nicht endlich die Finanzmärkte regulieren, die Banken regulieren und dafür sorgen, dass nicht wieder neue Spekulationen stattfinden, wird diese Finanzmarktkrise jeden Haushalt ad absurdum führen.

Deswegen: Es ist notwendig, Ihre Politik der Spaltung der Gesellschaft und der Ungleichbehandlung von Ost und West sowie der Schwächung des Zusammenhalts in der Gesellschaft zu beenden. Ein Politikwechsel in unserem Land ist notwendig.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Otto Fricke, FDP:

Das ist ein Sparhaushalt, kein Wahlkampfhaushalt



Otto Fricke (*1965)
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Es ist immer wieder schön, zu sehen, dass es im Endeffekt einen grundsätzlichen Unterschied im Staatsverständnis zwischen der linken Seite des Hauses und der Mitte der deutschen Politik gibt.

Sie alle auf der linken Seite des Hauses wollen mehr Staat.

Sie wollen dem Bürger weismachen, dass Sie mit mehr Staat am Ende weniger Verschuldung machen. Was Sie wollen, ist nichts anderes, als zu sagen: Bürger, ihr braucht den Staat. Dann müsst ihr dafür auch mehr bezahlen. Wir verraten euch aber nicht, wie.

Ich sage Ihnen voraus: Das nächste Mal, wenn einer von Ihnen an der Regierung sein wird, wird es wieder eine Mehrwertsteuererhöhung geben, weil Sie nicht anders haushalten können, als durch ständige Mehreinnahmen Ihren ständigen Mehrausgaben hinterherzurrennen.

Die Koalition hingegen hat es anders gemacht. Der Kollege Barthle hat das bereits gesagt. Der Bürger kann für sich selbst überlegen: Wenn ich als Bürger sparen muss, folge ich dann linker Ideologie und frage: „Wer gibt mir mehr Geld?“, oder folge ich einem grundsätzlich wirtschaftlich vernünftigen Ansatz und frage mich: Auf was kann ich, auf was soll ich und auf was muss ich verzichten? Diese unangenehme Frage wollen Sie nicht stellen und auch nicht beantworten. Man hat es wieder bei allen Wortbeiträgen gemerkt: Wenn es um die Frage geht, wo Sie konkret einsparen wollen, bleiben Sie verschwiegen.

Dann ergehen Sie sich in allgemeinen Verschurbelungen. Nichts, gar nichts Konkretes kommt von Ihnen.

Wollen Sie im Sozialbereich einsparen? Wollen Sie das? – Nein, Sie wollen das nicht. Wollen Sie wirklich bei der Bundeswehr einsparen? – Wenn Ihre Verteidigungspolitiker im Laufe der Woche reden, dann werden sie sicherlich von Mehrausgaben sprechen. Wollen Sie bei Verkehr und Wohnungsbau einsparen? – Nein, das wollen Sie nicht. Wenn Ihre Politiker auf diesen Bereich zu sprechen kommen,

dann sagen sie, dass sie mehr ausgeben wollen.

Es ist doch immer dasselbe: Sie tun heute hier so, als wären Sie bereit, zu sparen, und werden den Rest der Woche wie immer sagen: mehr, mehr, mehr.

Anschließend kommen ein paar Leute von Ihnen und sagen: Wir würden gerne noch dafür sorgen, dass das Ehegattensplittung abgeschafft wird. – Mit anderen Worten – das kann man dann auch den Bürgern sagen –: Liebe Eheleute, wenn ihr eure Kinder großgezogen habt und danach arbeitet, wird derjenige von euch, der weniger verdient, weniger Steuern zahlen, und derjenige von euch, der mehr verdient, wird weit mehr Steuern bezahlen. Das wird dann verschurbelt. Aber am Ende wollen Sie mehr Geld vom Bürger holen, um es an anderer Stelle zu verteilen und zu sagen, wie toll Sie sind.

Wir jedoch glauben an den Bürger und gehen deswegen an die Ausgaben-seite heran. Kollege Barthle hat das bereits gesagt: Das ist die Kernbotschaft dieser Koalition. Dies ist die einzige Koalition der Bundesrepublik Deutschland, die am Ende einer Legislatur weniger ausgibt als am Anfang. Daran kann man uns messen. Das kann man ablesen – viel besser als allgemeine Steuererhöhungsversprechungen und Mehrausgaben, die Sie haben wollen.

Dann kommt immer noch der Vorwurf, dass wir ganz schlecht agieren. Die Opposition sagt: Die Koalition ist schlecht. – Die Koalition sagt: Wir sind gut.

Ich bin der Meinung: Fragen Sie doch einmal die Leute, die ihr Geld für das Alter sicher anlegen wollen. Wo lege ich denn dann mein Geld in Europa an? Lege ich das etwa beim Land Berlin – Rot geführt – an? Lege ich das beim Land Bremen – Rot geführt – an, oder lege ich das im europäischen Ausland an? – Nein. Was ist der Hort der Sicherheit und Stabilität? – Die Bundesrepublik Deutschland, geführt von einer schwarz-gelben Koalition!

Liebe Leute, stellen Sie nicht einfach nur irgendwelche Behauptungen auf, sondern schauen Sie, wie die Bürger entscheiden, wenn sie sich fragen: Wo ist mein Geld sicher?

Auch der nächste Vorwurf ist ein richtig schönes Vorurteil, nämlich wir seien unsozial. Sie sagen: Wenn die FDP dabei ist, kann das gar nicht sozial sein.

Da sieht man wieder, wie einfach strukturiert die linke Seite des Hauses ist. Ich empfehle der linken Seite des Hauses, doch einmal in die Zahlen zu gucken. Die Frage, wie sozial ein Haushalt ist, muss ich doch daran messen, wie viel Prozent des Haushaltes ich für Soziales ausgeben. Diese Koalition gibt auch im Haushalt 2013 mehr für So-

ziales aus, als es Rot-Grün in seiner Zeit geschafft hat.

Daran können Sie sehen: Dies ist ein Haushalt, der einerseits die Frage berücksichtigt: „Wie spare ich?“, ohne andererseits die Frage der sozialen Verantwortung aus dem Auge zu lassen.

Damit komme ich zu dem nächsten Vorwurf, das sei ein Wahlkampfhaushalt. Ich erinnere mich daran, dass in Wahlkampfhaushalten unter SPD-Finanzministern die Ausgaben immer stiegen, damit im Wahlkampfjahr mehr Geld ausgegeben werden konnte. Wir haben jetzt gerade aber gelernt, dass diese Koalition im Wahlkampfjahr weniger ausgeben wird.

Ist das ein Wahlkampfhaushalt, wenn man weniger ausgibt?

Das ist ein Sparhaushalt, mit dem wir an die Vernunft der Leute appellieren. Wir glauben nicht daran, dass man mit Geschenken irgendeinen Wähler dazu bewegt, irgendetwas zu wählen. Ihre alte Theorie mag funktionieren, unsere ist, dass wir an die Vernunft der Wähler glauben, die wissen, dass ein Staat, der sich auf das Wesentliche konzentriert, der Staat ist, den sie als Bürger haben wollen. Meine Damen und Herren, wir setzen auch Schwerpunkte. Ich habe den Verkehrsminister eben lächeln sehen, als Herr Bartsch hier noch mehr Milliarden für Infrastruktur und Gebäude gefordert hat.

Herr Verkehrsminister, ich gebe ehrlich zu, ich würde dafür auch gerne mehr ausgeben, aber es gibt Grenzen. Ich weiß auch, dass sich der Verteidigungsminister nicht freut, dass wir bei den Personalverstärkungsmitteln noch einmal etwas gekürzt haben, und ich weiß, dass wir im Bereich der außenwirtschaftlichen Zusammenarbeit Mittel gekürzt haben, was auch nicht allen gefällt.

Das Interessante ist: All diese Kürzungen nimmt die Opposition zwar wahr. Aber was ist die Antwort der Opposition? Sie lautet nicht etwa: „Ja, Sie sparen; das ist okay“, sondern: Es ist falsch, dass Sie sparen; wir wollen höhere Ausgaben.

Das ist der Unterschied: Wir haben die Verantwortung übernommen und die Bürde des Sparens und der Kritik, die wir für das Sparen bekommen, auf uns genommen. Ich darf auch den Koalitionären und den Haushältern der CDU und der CSU ausdrücklich sagen: Das war nicht immer einfach, aber ich finde, das waren sehr gute Haushaltsberatungen, bei denen von beiden Seiten Zugeständnisse gemacht werden mussten. So gehört sich das meiner Meinung nach in einer funktionierenden Koalition auch.

Meine Damen und Herren, in einem Bereich sparen wir weiterhin nicht. Der Bürger sei versichert, diese Koalition guckt in die Zukunft. Sie weiß, dass das Thema Bildung und Forschung für die Zukunft essenziell ist, weil sich die Rohstoffe eben nicht, wie es CDU, CSU, SPD, FDP, Grüne und Linke weiland dachten, nur in der Erde befinden. Wir als Koalition haben erkannt: Der wesentliche Rohstoff befindet sich zwischen unseren Ohren.

Deswegen werden wir den Bereich Bildung und Forschung auch weiterhin ganz besonders vom Sparen ausnehmen. Für diesen Bereich müssen wir sehr viel tun, gerade weil wir erkennen müssen, dass in einer globalisierten Welt nur der vorne sein wird, der mehr weiß, der schneller lernt und der besser an der Stelle ist, wo die Anforderungen eines Marktes sind. Das tut die Koalition, und das ist auch vorausschauend.

Ein anderer netter Vorwurf vonseiten der Opposition ist, wir würden die Sozialkassen plündern.

Haben Sie sich eigentlich einmal überlegt, ob Sie nicht auch hier einmal die Zahlen gelten lassen sollten? Ich greife jetzt nur einmal das Beispiel Gesundheit heraus:

Kann es sein, dass die letzte Gesundheitsministerin, als sie am Ende einer Legislatur aus ihrem Amt geschieden ist, Schulden im Bereich Gesundheit hinterlassen hat? Kann es sein, dass der Gesundheitsminister,

der hier, glaube ich, eine sehr gute Arbeit geleistet hat – das gilt auch für seinen Vorgänger im Amte –, einen zweistelligen Milliardenbetrag als Puffer in den Sozialkassen lässt? Das ist der Unterschied.

Meine Damen und Herren, das Liberale Sparbuch ist hier angesprochen worden. Sie alle wissen, dass man den Haushalt vom Jahre 2009 nicht mit dem Haushalt vom Jahre 2013 vergleichen kann. Ich will Ihnen aber einmal ein paar Punkte nennen: Einsparung eines Staatssekretärs. – Macht ihr nie! – Haben wir gemacht! Elterngeld für Hartz-IV-Empfänger. – Macht ihr nie! – Haben wir gemacht. – Reduzierung der Mittel für den Arbeitsmarkt. – Haben wir gemacht, weil wir durch unsere Politik dazu in der Lage waren. Zuschuss zur GKV – haben wir gekürzt.

Guckt euch das Sparbuch an dieser Stelle bitte schön einmal in Ruhe an! Ihr werdet dann feststellen, dass der Grundgedanke des Liberalen Sparbuchs, dort Ausgaben zu reduzieren, wo es möglich ist, mit dieser Koalition am Ende dieser Legislaturperiode umgesetzt worden ist, was mich mit einer großen Befriedigung und Sie, wie ich höre, mit großem Ärger erfüllt.

Meine Damen und Herren, in Bezug auf den Haushalt gibt es zudem noch Zusatzanforderungen.

Ich habe es beim letzten Mal schon gesagt: Die größte Gefahr des Haushaltes sitzt nicht auf den Bän-

Wir glauben an den Bürger und gehen deswegen an die Ausgabenseite heran.

ken der Opposition, weil sie dafür einfach zu schwach ist, sondern auf der Bundesratsbank.

Wir werden auch im Jahre 2013 wiederum 10 Milliarden Euro zusätzlich für Länder und Kommunen

ausgeben. Wir helfen den Kommunen bei der Finanzierung der Grundsicherung im Alter. Wir sorgen dafür, dass wir unseren Anteil am ESM bezahlen.

Trotz alledem können wir die Neuverschuldung senken.

Herr Steinbrück, um es klar zu sagen: Von 86 Milliarden Euro, die Sie am Ende der Legislaturperiode in Ihrem Entwurf für den Haushalt 2010

vorgesehen hatten, auf 17 Milliarden Euro herunterkommen und die Neuverschuldung in vier Jahren um 70 Milliarden Euro senken, und zwar trotz der Belastungen für Europa, trotz der Anforderungen der

Länder, trotz der Anforderungen von den Kommunen, ohne den Bürger zusätzlich zu belasten, das kann nur Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Priska Hinz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Schwarz-Gelb hat nichts gespart und nichts in die Zukunft investiert



Priska Hinz (*1959)
Landesliste Hessen

Das war jetzt wieder einmal eine Rede für fast 3 Prozent. Deswegen kann man davon ausgehen, dass dies der vierte und letzte Haushalt von Schwarz-Gelb ist.

Die Herausforderungen waren klar und lagen auf der Hand: Die Energiewende musste in den letzten Jahren vorangetrieben werden, die soziale Spaltung überwunden werden, Steuergerechtigkeit hergestellt werden, und die Neuverschuldung musste abgebaut werden. - Das Fazit ist: Sie haben kläglich versagt!

In keinem Bereich haben Sie irgendetwas hinbekommen. Die Energiewende ist nicht ausfinanziert. Die soziale Schere geht weiter auseinander. In der Steuerpolitik gibt es nur etwas für die eigene Klientel, lieber Otto Fricke. Der Schuldenstand wird in den vier Jahren um 100 Milliarden Euro gestiegen sein, obwohl es in diesem Zeitraum bei den Steuereinnahmen einen Zuwachs von 33 Milliarden Euro gibt. Das ist die Bilanz von Schwarz-Gelb.

Der Haushalt fügt sich in eine lange Reihe vergebener Chancen ein. Sie haben selten so gute Rahmenbedingungen wie in diesem Jahr gehabt, um das strukturelle Defizit im Haushalt dauerhaft zu senken. Aber statt vorzusorgen, haben Sie das Gegenteil gemacht: Allein durch die Mehreinnahmen aufgrund der konjunkturellen Effekte und durch Ihre schlechten Buchungstricks bei den Privatisierungserlösen – dabei sind wir Ihnen sofort auf die Schliche gekommen – hätte die Nettokreditaufnahme um 2,8 Milliarden Euro gesenkt werden können. Aber Sie haben die Neuverschuldung nur um 1,7 Milliarden Euro abgesenkt, weil

Sie nämlich immer wieder die Ausgaben erhöhen.

Dabei nützt es gar nichts, dass Sie die Einführung des Betreuungsgeldes verschieben, weil Sie es am Ende trotzdem ausfinanzieren müssen. Dass Sie sich dafür rühmen, mehr Mittel für den Straßenbau bereitzustellen, damit Herr Ramsauer Spatenstiche in Bayern machen kann, ist an Frechheit wirklich kaum noch zu überbieten.

Ansonsten greift die Koalition bei der Bundesagentur für Arbeit, beim Gesundheitsfonds und bei der Rentenversicherung zu. Mit 5,5 Milliarden Euro aus den Taschen der Beitragszahlerinnen und Beitragszahler soll der Haushalt 2013 saniert werden. Da sage ich ganz klar, Otto Fricke: Wir halten es nicht für gerecht, gerade die Leute zu schröpfen, die in den gesetzlichen Kassen versichert sind.

Wir sind für Steuergerechtigkeit und dafür, dass Menschen mit hohen Einnahmen und hohem Einkommen diesen Staat mitfinanzieren. Dabei geht es nicht um einen starken Staat oder um mehr Staat, sondern es geht um einen funktionierenden Staat.

Deutschland ist auch noch Krisengewinner. Deswegen ist es Ihnen möglich, den Haushalt so gut aussehen zu lassen. Allein 400 Millionen Euro verdienen wir an Griechenland, an dem ärmsten Land in der Euro-Zone.

Auch bei den Zinsen für unsere eigenen Schulden profitiert Deutschland massiv. Teilweise bekommen wir noch Geld dafür, wenn wir Staatsanleihen ausgeben.

Gegenüber dem Haushaltsentwurf sind die Zinsausgaben um fast eine halbe Milliarde gesunken. Langfristig betrachtet haben wir Einsparungen in Milliardenhöhe. Man muss Vorsorge betreiben, weil das nicht so bleibt. Griechenland wird uns demnächst Geld kosten. Sie sollten sich endlich einmal hier hinstellen, der Bevölkerung reinen Wein einschenken, Frau Kanzlerin, und sagen: Wenn wir die politische Entscheidung treffen, Griechenland in der Euro-Zone zu halten – was wir Grünen immer wollten und auch gesagt haben –, dann kostet uns das auch Geld. Das geht nicht aus der Portokasse, und das geht nicht allein aus Bürgschaften.

Das wäre wirklich wichtig; und es wäre auch ehrlich, wenn Sie es vor der Wahl sagen würden und nicht erst nach der Wahl, wenn eine andere Regierung dran ist.

Unsere Haushaltspolitik orientiert sich an den gesellschaftlichen Herausforderungen und Erfordernissen, und wir können auch noch besser haushalten als Schwarz-Gelb. Das werde ich Ihnen jetzt zeigen.

Wir wollen insgesamt 1 Milliarde Euro mehr in die Kinderbetreuung investieren. Da ist es besser angelegt als beim Betreuungsgeld, das nur Herrn Seehofer retten soll.

Kommunen mit besonderem Bedarf sollen hier besonders profitieren. Bei Erwachsenen wollen wir mehr -Engagement für Teilhabe und Chancengerechtigkeit. Wir wollen – natürlich – das Existenzminimum verbessern und den Regelsatz erhöhen, aber wir setzen auch konsequent auf Bildung und Qualifizierung, sowohl bei Arbeitslosen als auch bei Studierenden wie auch bei der beruflichen Weiterbildung von Arbeitnehmern. Allein von Fachkräften zu reden, hilft nämlich nicht weiter.

Man muss auch etwas dafür tun, und man muss dafür auch investieren.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Wir bemühen uns, unserer Verantwortung gerecht zu werden



Wolfgang Schäuble (*1942)
Bundesminister

Die Energiewende muss sich auch im Haushalt so wiederfinden, dass sie gelingt. Andere Staaten schauen nämlich auf uns und darauf, ob wir nicht nur den Atomausstieg, sondern auch die Energiewende schaffen. Das gelingt nicht mit einem Sondervermögen, das von Zertifikatspreisen abhängig ist, und das gelingt vor allen Dingen nicht mit einem Umweltminister, dem 25 Prozent erneuerbare Energien zu viel sind, und das gelingt schon gar nicht mit einem Wirtschaftsminister, der das Erneuerbare-Energien-Gesetz schleifen will.

Nein, hier braucht es starke Grüne. Nur so können wir künftig den Haushalt mitbestimmen.

Nun komme ich zur Rückwärtsrolle bei der ODA-Quote. Lieber Norbert Barthle, du hast hinsichtlich des 0,7-Prozent-Ziels bei der ODA-Quote irgendwas missverstanden.

Wir haben kritisiert, dass nicht genügend Geld im Haushaltsentwurf enthalten war, um das Ziel tatsächlich so zu erreichen, wie es international vereinbart ist. Was aber die Koalition jetzt gemacht hat, ist, dass sie die Erreichung des Ziels aufgegeben hat.

Damit lasst ihr auch die Kanzlerin im Regen stehen. Um sie tut es mir, ehrlich gesagt, nicht so richtig leid.

Aber um die Staaten, die unsere Unterstützung brauchen, und um die Menschen, die dort leben, tut es mir leid.

Wir Grünen haben deutlich gemacht, dass wir das Ausbauziel mit 1,2 Milliarden Euro mehr in diesem und in den nächsten Haushalten erreichen können.

Natürlich kosten die Zukunftsinitiativen, die ich gerade benannt habe, auch Geld. Das ist logisch. Dafür wollen wir ökologisch schädliche Subventionen abbauen. Dafür brauchen wir aber auch mehr Steuergerechtigkeit.

Im Gegensatz zu Schwarz-Gelb, die in die Taschen der Beitragszahler greifen, sagen wir das ehrlich.

Ich glaube, dass Ehrlichkeit am längsten währt und dass die Bevölkerung wissen will, wie Politik agiert, und das entsprechend honoriert.

Wenn wir „Mehr Steuergerechtigkeit“ sagen, dann meinen wir auch Entlastung von unteren Einkommen. Außerdem wollen wir eine Vermögensabgabe; die Einnahmen daraus sollen ganz gezielt zum Schuldenabbau eingesetzt werden. Damit haben wir ein Alleinstellungsmerkmal; denn ansonsten hat niemand in diesem Saal und keine von den Parteien ein Konzept, um einen tatsächlichen Schuldenabbau zu betreiben.

Wir Grüne wollen mutige Strukturentscheidungen treffen und damit den Haushalt zusätzlich um 4,6 Milliarden Euro entlasten. Jeder kann das nachrechnen. Das, was wir auf den Tisch gelegt haben, ist ganz seriös. Daran muss man den Haushalt der Koalition politisch und faktisch messen. Wenn man ihn daran misst, lautet das Fazit: Schwarz-Gelb hat erstens nichts gespart und zweitens nichts in die Zukunft investiert. Grün kann es besser. Wir sind gut auf den Herbst 2013 vorbereitet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

chen mehr mit dem beschäftigen, was auch die Menschen in diesem Lande interessiert, nämlich wie wir eine erfolgreiche Politik in schwierigen Zeiten für die Zukunft unseres Landes fortsetzen.

Ich wünsche mir vielmehr, dass wir diese Haushaltsdebatte auch dazu nutzen, uns mit der Substanz der Probleme unseres Landes in Sachen Wirtschaft und Finanzen zu beschäftigen.

Ich will es an einem einfachen Beispiel deutlich machen. Wenn Sie sa-

Fortsetzung auf Seite 16

Fortsetzung von Seite 15: Dr. Wolfgang Schäuble (BUNDESMINISTER DER FINANZEN)

gen, wir hätten in dieser Legislaturperiode insgesamt 100 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, dann will ich daran erinnern, dass zunächst Herr Steinbrück und ich gemeinsam in der Großen Koalition und dann ich als sein Nachfolger für das Jahr 2010 einen Haushaltsentwurf mit 86 Milliarden Euro Neuverschuldung vorlegen mussten. Wenn wir also in vier Jahren insgesamt auf eine Neuverschuldung von 100 Milliarden Euro gekommen sind, kann es, ausgehend von dieser Ausgangslage, nicht ganz so schlecht gewesen sein. Auch das muss man einmal sagen.

Mit unserer Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik sind wir in die Bemühungen eingebettet, Europa stabil zu halten, und nehmen

Verantwortung für die Entwicklung der Weltwirtschaft wahr. Wir haben Absprachen und Verabredungen seit 2008, seit der mit der Insolvenz von Lehman Brothers verbundenen Krise, im Rahmen der G 20, im globalen Rahmen und mit dem Internationalen Währungsfonds. Diese Absprachen besagen, dass wir nachhaltig, aber maßvoll unsere Defizite reduzieren müssen, dass die zu hohe Staatsverschuldung überall reduziert werden muss und wir das in einer Weise machen müssen, die unserer Verantwortung für die Entwicklung nachhaltigen Wachstums in der ganzen Welt, in den Industrieländern, in den Schwellenländern und in den Entwicklungsländern, gerecht wird. Das ist die internationale Absprache, die wir gemeinsam getroffen haben und zu der wir mit unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik unseren Beitrag leisten.

Deswegen sollte man unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern bei aller Verunsicherung doch einmal sagen: In allen Berichten von der EU-Kommission – hier geht es um die länderspezifischen Empfehlungen und die Überwachung nach der Verschärfung des Sekundärrechts –, von der OECD, vom Internationalen Währungsfonds wird wieder und wieder bestätigt, dass Deutschland seine europäischen und globalen Verpflichtungen erfüllt, nicht mehr und nicht weniger. Wenn alle anderen das auch täten, wäre es gut. Ich will jetzt aber nicht über andere reden. Ich will auch nicht behaupten, dass wir Musterschüler sind, sondern ich sage: Wir bemühen uns, unserer europäischen und globalen Verantwortung gerecht zu werden. Das tun wir in diesen Tagen und Wochen, und damit sind wir ganz erfolgreich.

Nach dem Debattenverlauf möchte ich auch noch folgende Bemerkung machen: Natürlich kann man zu hohe Verschuldung auf unterschiedliche Weise zurückführen. Man kann auch darüber streiten, was das richtige Tempo ist. Ich glaube, wir haben in der letzten Legislaturperiode mit der im Grundgesetz ver-

ankerten Schuldenbremse die richtige Entscheidung getroffen, nämlich uns, wie Norbert Barthle erläutert hat, im Wesentlichen auf das strukturelle Defizit zu konzentrieren. Das ist schließlich die entscheidende Größenordnung in Bezug darauf, ob eine Finanzpolitik in die richtige Richtung geht oder nicht. Wenn wir in einem Jahr anteilig Kapital in die Europäische Investitionsbank oder auch in den Europäischen Stabilitätsmechanismus einzahlen, hat das ja mit der langfristigen Linie unserer

Finanzpolitik relativ wenig zu tun. Entscheidend ist also das strukturelle Defizit. Im Grundgesetz haben wir uns verpflichtet – diese Regelung, die wir gemeinsam getroffen haben, ist übrigens Vorbild für alle Län-

der in Europa im Fiskalvertrag geworden; sie kann wohl nicht so dumm sein –, dass wir das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt bis spätestens 2016 auf maximal 0,35 Prozent zurückführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt, den der Haushaltsausschuss jetzt zur Verabschiedung vorlegt, sieht vor, dass bereits im kommenden Jahr das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt auf 0,35 Prozent bzw. genau 0,34 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt wird. Wir schaffen das also drei Jahre vor dem Zeitpunkt, den wir uns im Grundgesetz selber vorgegeben haben. Genau diese Linie werden wir in den kommenden Jahren konsequent fortsetzen. Das entspricht unserer Verantwortung für die Zukunft.

Nun kann man zwischen den verschiedenen politischen Lagern immer darüber streiten, wie man eine zu hohe Verschuldung zurückführt. Die einen fordern höhere Steuern, während die anderen dafür plädieren, eher bei den Ausgaben kürzerzutreten. Das ist im Kern die Alternative. Jetzt will ich Ihnen einmal die Ausgaben im Bundeshaushalt nennen. Die Istaussgaben betragen 2010 303 Milliarden Euro und 2011 296 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 sind die Ausgaben durch die zwei Nachtragshaushalte mit den Kapitaleinzahlungen in ESM und EIB noch einmal auf 311 Milliarden Euro gestiegen. Nach dem zu verabschiedenden Haushalt werden sie 2013 302 Milliarden Euro betragen und nach der mittelfristigen Finanzplanung 2014 bei 302,9 Milliarden Euro und 2015 bei 303,3 Milliarden Euro liegen. Das heißt: Von 2010 bis 2015 halten wir die Ausgaben im Bundeshaushalt konstant – bei steigendem Bruttoinlandsprodukt und bei steigenden Steuereinnahmen. So reduzieren wir unser Defizit. Das ist die Finanzpolitik der christlich-liberalen Koalition. Sie ist erfolgreich, und sie sichert unsere Zukunft.

Wir müssen das vor dem Hintergrund machen, dass sich die wirtschaftliche Lage eher abschwächt.

Das ist weltweit so. Es ist alles gar nicht nur auf Europa beschränkt. Was Europa angeht, haben wir heute Nacht die Nachricht bekommen, dass unser wichtigster Partner von einer Ratingagentur eine ein kleines bisschen mahnende Beurteilung bekommen hat. Noch immer ist das Rating für Frankreich sehr stabil. Das sage ich ganz deutlich, damit man da auch jede Dramatisierung meidet. Wir haben jedes Interesse daran, dass wir alle in Europa unsere Aufgaben wahrnehmen und unserer Verantwortung gerecht werden.

Wir müssen allerdings sehen, dass wir im kommenden Jahr nur mit verringertem Wachstum rechnen können. Damit ist eine gewisse Verlangsamung der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen – in unserem Land, in Europa und in der globalen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund haben wir dennoch Vorsorge getroffen. Es ist ja völlig unbestritten, Deutschland ist in Europa Stabilitätsanker und zugleich Wachstumslokomotive. Ohne Deutschland wäre Europa insgesamt, die EU und die Euro-Zone, in der Rezession. Wir sichern mit unserer Politik, dass es zwar auf einem niederen Niveau, aber nachhaltig weiterhin aufwärts geht. Das ist die entscheidende Frage. Dieser Herausforderung wird unser Haushalt gerecht.

Jetzt haben Sie gesagt, man müsse auch in der Steuerpolitik mehr machen, und eine entsprechende Diskussion angeregt. Diese Argumentation ist allerdings ein bisschen unglaubwürdig; das muss ich in aller Freundlichkeit sagen. Man kann nicht auf der einen Seite über den Bundesrat jede noch so sinnvolle Maßnahme aus parteipolitischen Gründen blockieren und gleichzeitig sagen: Es geschieht in der Steuerpolitik nichts. Das ist die Methode „Haltet den Dieb!“, und die wird vom Strafrecht längst erkannt.

Es ist völlig inakzeptabel, wenn der Bundesrat – in dem wir keine Mehrheit haben; für Steuergesetze brauchen wir seine Zustimmung; so ist es nach dem Grundgesetz – noch nicht einmal bereit ist, die kalte Steuerprogression zu korrigieren, also dem Zusammenwirken von – wenn auch maßvoller – Preissteigerung bzw. Geldentwertung und Steuerprogression entgegenzuwirken. Wir wollen den Steuerpflichtigen nichts zurückgeben, sondern nur verhindern, dass durch das Zusammenwirken von Steuerprogression und Preissteigerungen Steuereinnahmen erzielt werden, die der Gesetzgeber so gar nicht beschlossen hat. Wenn Sozialdemokraten und Grüne dies im Bundesrat blockieren, dann sollten sie aufhören, noch irgendeine Kritik an unserer Steuerpolitik zu erheben.

Weil wir gerade bei diesem Thema sind, will ich mit allem Nachdruck sagen: Wir haben nicht nur für den Bund Verpflichtungen, unseren Haushalt in Ordnung zu bringen – wir machen das –, sondern wir haben auch eine gesamtstaatliche Verantwortung, Stichwort „Fiskalver-

trag“. Auch das hat Norbert Barthle sehr präzise beschrieben. Wir haben uns verpflichtet – das ist auch richtig und notwendig –, das gesamtstaatliche Defizit, also das von Bund, Ländern, Kommunen und gesetzlichen Sozialversicherungen, auf maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Insofern geht es auch um die Haushalte von Ländern und Gemeinden.

Wir haben übrigens in dieser Legislaturperiode für die Kommunalhaushalte mehr getan, als die Präsidenten der kommunalen Spitzenverbände selbst auch nur zu hoffen gewagt hätten. Auch das ist die Wahrheit.

Allein die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter, die Rot-Grün zu einem großen Teil auf die Kommunen übertragen hat, in voller Höhe macht einen rasch ansteigenden Milliardenbetrag aus. Darüber brauchen wir nicht lange zu reden.

Herr Steinmeier, es hilft nichts. Sie haben es eingeführt unter Rot-Grün. Sie haben einen großen Teil dieser Kosten auf die Kommunen übertragen, und wir haben es zurückgenommen. Selbst der Präsident des Deutschen Städtetages war wirklich hocherfreut und überrascht.

Vor dem Hintergrund, dass Bund, Länder und Kommunen knappe Einnahmen haben, fände ich es völlig inakzeptabel, wenn der Bundesrat seine Zustimmung zu dem Steuerabkommen mit der Schweiz verweigern sollte.

Es gibt kein rational nachvollziehbares Argument, es gibt ausschließlich ein parteipolitisch zu begründendes Motiv dafür, dass man mit billiger Polemik dieses Abkommen zu verhindern versucht. Es ist klar: Wenn dieses Abkommen nicht zustande kommen sollte, dann wird sich ab dem 1. Januar der Zustand fortsetzen, dass Vermögensanlagen in der Schweiz steuerlich nicht so wie Vermögensanlagen in Deutschland erfasst werden. Kommt dieses Abkommen zustande, wird ab 1. Januar 2013 jede Anlage in der Schweiz genauso behandelt wie eine Anlage in Deutschland.

Es wird dann keinen Unterschied mehr geben.

Im Falle von Erbschaften wird immer der deutsche Fiskus profitieren. Und da die Erbschaftsteuer ausschließlich an die Länder geht, können Sie über die Erbschaftsteuer überhaupt nicht reden, wenn Sie dieses Abkommen aus parteipolitischen Gründen blockieren.

Im Falle einer Erbschaft wird entweder die reguläre Besteuerung durchgeführt, oder es kommt der höchstmögliche Steuersatz zur Anwendung. Darüber hinaus treffen wir eine Regelung für Fälle der Vergangenheit. Niemand kann rückwirkend belangt werden, weil auch die

Schweiz ein Rechtsstaat ist. Das Schweizer Bankengeheimnis kann man nicht rückwirkend außer Kraft setzen. Das ist auch im Hinblick auf das Bankengeheimnis der USA der Fall. Es ist eine Lüge, wenn behauptet wird, die USA hätten gegenüber der Schweiz rückwirkend etwas erreicht.

Ich sage noch einmal mit großer Klarheit: Das ist eine Lüge.

Wir haben im Hinblick auf die Vergangenheit eine Regelung formuliert, die diejenigen, die von der Anonymität Gebrauch machen, steuerlich schlechterstellt, als wenn bei ihnen die Regelbesteuerung durchgeführt würde. Wenn Sie dieses Abkommen aber verhindern, wird das Ergebnis sein, dass Einnahmen in Milliardenhöhe für Bund und Länder auf Dauer verloren sind; denn Steueransprüche verjähren innerhalb von zehn Jahren, und was verjährt ist, ist nicht mehr zu erheben. Also: Wenn Sie sich für die Einnahmen von Bund und Ländern verantwortlich fühlen, geben Sie die ausschließlich parteipolitisch motivierte Blockade auf.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um zum Kern der Haushaltsdebatte zurückzukehren: Natürlich haben wir bei dem heute Abend stattfindenden Treffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Gruppe über die mittelfristige Finanzplanung in der Europäischen Union schwierige und wichtige Entscheidungen vor uns. Wir alle wissen, dass der Wohlstand der Deutschen auf Gedeih und Ver-

derb von einer erfolgreichen Fortsetzung der Entwicklung in Europa und auch von einer gemeinsamen europäischen Währung entscheidend abhängt. Deswegen engagieren wir uns dafür, nachhaltige Lösungen zu finden. Die Lösungen müssen aber so sein, dass alle in Europa den Anreiz haben, ihren Verpflichtungen als Mitglied einer Wirtschafts- und Währungsunion gerecht zu werden. Das ist die Herausforderung. Wir werden uns alle Mühe geben, ihr gerecht zu werden. Über die Ergebnisse der Beratungen werden wir in den nächsten Tagen zu diskutieren haben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deutschland ist in Europa Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive zugleich.

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Lothar Binding und Bettina Hagedorn (beide SPD), Dr. Volker Wissing (FDP), Steffen Bockhahn (Die Linke), Sven-Christian Kindler (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Michael Meister, Bartholomäus Kalb und Andreas Mattfeldt (alle CDU/CSU). Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter: Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentsfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.